

# Das Argument

Zeitschrift für Philosophie  
und Sozialwissenschaften

162



Pasolini: Gramscis Asche

**Untergang der Gemeinwirtschaft?**

Bayer, Bergmann, Krätke, Kreisky, Novy, Oetjen, Wolf

Gorbatschow

Hermansson: Gewerkschafter lesen Peter Weiss

Rosa Luxemburg zur Volksbefragung

# Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

## *Ständige Mitarbeiter*

Heinz-Harald Abholz (Berlin), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Ursula Beer (Bielefeld), Theodor Bergmann (Stuttgart), Jutta Brückner (Berlin), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt), Bruno Frei (Wien), Kuno Füssel (Münster), Helmut Gollwitzer (Berlin), Heiko Haumann (Freiburg), Josef Held (Tübingen), Jutta Held (Osnabrück), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin), Urs Jaeggi (Berlin), Baber Johansen (Berlin), Heiner Keupp (München), Arno Klönne (Paderborn), Michael Krätke (Amsterdam), Annette Kuhn (Bonn), Thomas Metscher (Bremen), Oskar Negt (Hannover), Brita Rang (Amsterdam), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel)

## *Redaktion*

Dieter Borgers, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Birgit Jansen, Peter Jehle, Helga Karl, Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jo Rodejohann, Werner von Treeck, Thomas Weber, Frieder Otto Wolf, Erich Wulff

## *Autonome Frauenredaktion*

Sünne Andresen, Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Nora Räthzel, Eva Stäbler

*Redaktionssekretariat:* Thomas Laugstien, Gerwin Klinger

## *Redaktionsanschrift*

Tegeler Straße 6, 1000 Berlin 65, Telefon: (030) 461 80 49

*Verlagsleitung:* Georg Stenzaly

*Werbung:* Peter Südhoff

*Umschlaggestaltung:* Johannes Nawrath      Foto: © Reinhard Janke/argus

## *Verlagsanschrift*

Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13, Telefon: (040) 45 60 18 und 45 36 80

## *Auslieferung für Buchhandel*

Rotation, Mehringdamm 51 c, 1000 Berlin 61, Telefon: (030) 692 79 34

## *Abo-Auslieferung*

Hundertmorgen, Postfach 11 52, 6107 Reinheim 2, Telefon: (06162) 16 74

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1987 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 14,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 11,- DM. Jahresabo 72,- DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57,- DM zzgl. Versand. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig, 60 Anschläge) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postgiroamt Berlin West 5745—108. Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BfG) 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. Deutsche Bank Hamburg 366 54 45 (BLZ 200 700 20). — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — März/April 1987. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe einen Zahlkartensprosspekt des Argument-Verlages und einen Falt-

Zum 50. Todestag Antonio Gramscis (Sonja Puntcher-Riekmann) . . .	155
Pier Paolo Pasolini: Gramscis Asche . . . . .	156
Günther Anders: Warum Reagan seine Rede hat absagen müssen . . . .	158

## **Untergang der Gemeinwirtschaft?**

Rosa Luxemburg über Genossenschaften im Kapitalismus . . . . .	159
Hinrich Oetjen Fragen, die gestellt werden müssen . . . . .	162
Theodor Bergmann Genossenschaften und Gemeinwirtschaft als Faktoren gesellschaftlicher Veränderung? . . . . .	167
Stefan Krätke Gemeinwirtschaft: Einsteigen statt aussteigen . . . . .	174
Klaus Novy Ende oder Anfang der Gemeinwirtschaft? . . . . .	191
Kurt Bayer und Peter Kreisky Österreichs Gemeinwirtschaft nach dem Debakel bei VOEST-Alpine . .	200
Michael Krätke Vom hilflosen Antikapitalismus der Gewerkschaften . . . . .	210
Frieder Otto Wolf Illusionärer Fordismus . . . . .	220
Hansgeorg Conert: Revolutionäre Reform? Zu Gorbatschows Projekt . .	230
Giorgio Baratta: Gramsci befreien . . . . .	236
Carl-Henrik Hermansson: Gewerkschafter lesen Peter Weiss . . . . .	250
Regina Gruszka und Anja Weberling: Was sich von Rosa Luxemburg zur Frage der Volkszählung lernen läßt . . . . .	255
Leo Kofler zum achtzigsten Geburtstag (Christian Illian) . . . . .	261
<i>Interventionen</i> Jägers Rau-Diskurs-Analyse (Robling); Die Linke und Europa (Zander) .	262
<i>Kongreßberichte</i> Von der Friedensforschung zur Friedensaktion (Herms); Kopenhagener Friedenskongreß (Gaede); Alltagskultur im realen Sozialismus (Gransow)	265
Verlagsmitteilungen . . . . .	166
Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries . . . . .	321

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Honneth, Axel, und Hans Joas (Hrsg.):</i> Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' »Theorie des kommunikativen Handelns« (W.Kunstmann) . . . . .	274
<i>Bonß, Wolfgang, u.a.:</i> Die Zukunft der Vernunft. Eine Auseinandersetzung (W.Kunstmann) . . . . .	274
<i>Frank, Manfred:</i> Die Unhintergebarkeit von Individualität (K.Wingenfeld)	275
<i>Scheible, Hartmut:</i> Wahrheit und Subjekt. Ästhetik im bürgerlichen Zeitalter (R.Graf) . . . . .	276
<i>Schulz, Walter:</i> Metaphysik des Schwebens. Untersuchungen zur Geschichte der Ästhetik (W.Jung) . . . . .	278
<i>Wyss, Beat:</i> Trauer der Vollendung. Von der Ästhetik des Deutschen Idealismus zur Kulturkritik an der Moderne (W.Jung) . . . . .	279
<i>Schanze, Helmut (Hrsg.):</i> Friedrich Schlegel und die Kunsttheorie seiner Zeit (R.Konersmann) . . . . .	280

### Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Tomaschewskij, Boris:</i> Theorie der Literatur (H.-G.Held) . . . . .	281
<i>Schutte, Jürgen:</i> Einführung in die Literaturinterpretation (J.Kramer) . . . . .	282
<i>Träger, Claus:</i> Geschichte und Romantik (H.-C. Oeser) . . . . .	283
<i>Klotz, Volker:</i> Das europäische Kunstmärchen. Fünfundzwanzig Kapitel seiner Geschichte von der Renaissance bis zur Moderne (R.Steinlein) . . . . .	285
<i>Schlesier, Renate (Hrsg.):</i> Faszination des Mythos. Studien zur antiken und modernen Interpretation (H.Albrecht) . . . . .	287
<i>Woeller, Waltraud:</i> Illustrierte Geschichte der Kriminalliteratur (L.Krützfeld) . . . . .	288
<i>Bollenbeck, Georg:</i> Till Eulenspiegel — der dauerhafte Schwankheld: zum Verhältnis von Produktions- und Rezeptionsgeschichte (D.Wardenbach) . . . . .	290

### Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Glaser, Hermann:</i> Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1948 (H.Peitsch) . . . . .	292
<i>Peusch, Vibeke:</i> Opernregie-Regieoper. Avantgardistisches Musiktheater in der Weimarer Republik (P.Petersen) . . . . .	294
<i>Warnke, Martin:</i> Hofkünstler. Zur Vorgeschichte des modernen Künstlers (H.Albrecht) . . . . .	296

### Soziologie

<i>Collectif »Révoltes logiques«:</i> L'empire du sociologue (A. Demirović) . . . . .	297
<i>Löwy, Michael:</i> Paysages de la vérité. Introduction à une sociologie critique de la connaissance (R.Feld) . . . . .	298
<i>Waardenburg, Jacques:</i> Religionen und Religion (M.Baumann) . . . . .	300
<i>Wesel, Uwe:</i> Frühformen des Rechts in vorstaatlichen Gesellschaften (N.Dimmel) . . . . .	300

(Fortsetzung auf Seite VI)

## Zum Themenschwerpunkt

»Haste mal ne Mark... ?« Seit die *Neue Heimat*, der Wohnungsbaukonzern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, für eine Mark den Besitzer gewechselt hat, um bald, wie faule Ware, zurückgenommen werden zu müssen, ist dieser Witz unzählige Male gemacht worden. Der Kölner Karneval widmete ihm eine Figurengruppe. Das Lachen aber blieb den Kollegen im Halse stecken. Selbst wenn man absähe von Begleiterscheinungen wie überhöhten Gehältern und fetten Abfindungen, wirtschaftlichen Schnitzern, privater Bereicherung usw., bliebe die resignierte Bitterkeit, mit der die Enthüllungen an der gewerkschaftlichen Basis und im Apparat aufgenommen worden sind. Der Bankrott der *Neuen Heimat* riß fast den gesamten Verbund gewerkschaftseigener Unternehmen in den Untergang. Die *Volksfürsorge* wurde feilgeboten. Die Kapitalmehrheit der *Bank für Gemeinwirtschaft* wurde von der »Aachener und Münchener Holding« übernommen. Deren Hauptversammlung reagierte mit Euphorie. Der Berufsaktionär Fiebich sprach von einer »historisch einmaligen Gelegenheit« und einem »kühlen Plan, vergleichbar mit dem Einstieg von Daimler bei der AEG« (FAZ, 10.3.87, 15). Der Euphorie der Aktionäre entsprach die Niedergeschlagenheit der Arbeiter. Bedroht war die Handlungsfähigkeit bei Arbeitskämpfen, denn die Gemeinwirtschaft hatte Rückhalt gegeben. Die immaterielle Katastrophe aber könnte nicht weniger folgenreich sein: die große Enttäuschung an einem Solidarverband, seiner politischen Moral und seiner gemeinsamen Sache.

Jene »historisch einmalige Gelegenheit«, die der Untergang des Gewerkschaftskonzerns fürs Großkapital darstellt, markiert zugleich einen unumkehrbaren Einschnitt in den politisch-ökonomischen Kräfteverhältnissen der Bundesrepublik. In Österreich sieht es nicht besser aus. Das Debakel von VOEST-Alpine stürzte den österreichischen Staatssektor in die Krise und zog die politische Wende nach sich. Mehr noch: Die Blamage der Gemeinwirtschaft kommentierte sozusagen (und wurde kommentiert durch) die weltweite Krise sozialdemokratischer bzw. sozialkeynesianischer Wirtschaftspolitik. Wie ein Verstärkereffekt wirkte zu alledem das Echo auf die weltweite Stagnation wo nicht eklantante Krise realsozialistischen Wirtschaftens. Die kapitalistische Propaganda mit ihrem offensiven Kult der Marktfreiheit, der »Selbstheilungskräfte des Marktes«, der Deregulation usw., sowie ihrem durch diese Diskurse verdeckten Militärkeynesianismus<sup>1</sup> erhielt weiteren Aufwind.

Man reibt sich die Augen. Handelte es sich beim NH-Debakel etwa nicht *auch*, zumindest vom Standpunkt kapitalistischer Wirtschaft, um einen ganz normalen Bankrott im Rahmen der Weltwirtschaftskrise? War nicht in der Bundesrepublik seit Beginn der achtziger Jahre die Insolvenzenwelle unaufhaltsam höher gestiegen, von einem Nachkriegsrekord zum andern? Was lag näher, als daß Mas-

1 Ein symptomatischer Beleg für die wirtschaftspolitische Bedeutung der Rüstungsausgaben: Im Januar 1987 wurde mit 4 Prozent der größte Auftragsrückgang der US-Industrie seit 1980 verzeichnet (4,5 Prozent). Rechnet man die Rüstungsaufträge heraus, »sanken die Bestellungen im Januar sogar um 5,2 Prozent« (FAZ, 5.3.87).

senarbeitslosigkeit zum Rückgang von Massenkaufkraft führen würde? Mitten im Wohnungsmangel wuchs die Halde unverkäuflicher Eigentumswohnungen. Grundstücksankäufe wurden zu Fehlspekulationen, weil die geplanten Bauten nicht mehr verwirklicht werden konnten. Wie anders waren Regierung, Banken, Medien mit dem Bankrott etwa der AEG umgegangen! Welche Lappalien stellen die Verfehlungen von Lappas dar im Vergleich zu den betrügerischen Devisenspekulationen bei VW! Und doch konnte der NH-Bankrott politisch im Klassenkampf-von-oben ausgeschlachtet werden. Das NH-Hearing diente dem Wahlkampf gegen die SPD und war die Vergeltung für die Flick-Untersuchung. Taktik der Banken und politische Instrumentalisierung von rechts wirkten zusammen, um jede Sanierung des Gewerkschaftskonzerns zu verhindern.

Vom Standpunkt der Gewerkschaftsbewegung war es kein normaler Bankrott, sondern der Zusammenbruch eines Teils der bislang herrschenden Gewerkschaftspolitik. Ein bestimmter kompensatorischer Reformismus, der versprochen hatte, stabil und krisensicher mitten im Kapitalismus (den es womöglich gar nicht mehr gab) sich einzurichten, wurde von der Krise eingeholt, dazu noch im Klassenkampf-von-oben miterledigt und erwies sich so als illusionär. Andererseits hatte dieser illusionäre Reformismus zwar nur eine halbherzige Alternative zur Profitwirtschaft dargestellt, aber immerhin doch eine Alternative. Ihr Zusammenbruch war ein Lehrstück in Kapitalismus und könnte doch zugleich die antikapitalistischen Kräfte schwächen. Das politische Resultat wird abhängen von der analytischen, politischen und emotionalen Verarbeitung der Krise. Wie steht es damit?

Der Gewerkschaftskongreß brachte den Vorstand zu einer Linie des Rausum-jeden-Preis. Unvermittelt ließ man das Projekt eines alternativen gewerkschaftlichen Wirtschaftssektors wie eine heiße Kartoffel fallen. Es war, als wollten viele so rasch wie möglich vergessen, was bis dahin gegolten hatte. Wenn »das Debakel um die 'NH' ... einen Paradigmenwechsel in der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis« einzuleiten scheint (Gewerkschaftliche Monatshefte, Editorial zu H.11/1986, 641), dann kommt alles auf die kritische Durcharbeitung des Zusammenbruchs der bisherigen Gemeinwirtschaftspolitik an. Daran hängt die Chance der historischen Erneuerung ihres Konzepts.

Die Beiträge zum Themenschwerpunkt sollen mithelfen, den nötigen Reflexionsprozeß voranzutreiben. Überschneidungen waren nicht zu vermeiden. Auffassungsunterschiede bleiben in diesem Heft undiskutiert. Ihre Diskussion soll folgen.

W.F.H.

## Zum fünfzigsten Todestag Antonio Gramscis

Am 27. April 1937 stirbt Gramsci, sechsvierzigjährig, nach einem Schlaganfall in der römischen Klinik Quisisana. Das war der Schlußpunkt am Ende eines langen, langsamen Sterbeprozesses in den faschistischen Gefängnissen, den Gramsci mit erschreckender Luzidität in den Briefen festhält. Die rationale Analyse sollte alle Verzweiflung bannen. Im August 1932 schreibt er an die Schwägerin Tatiana Schucht, die ihn gebeten hatte, einen Vertrauensarzt zu konsultieren: »Ich glaube, daß deine Überlegungen im Prinzip richtig sind, und das Projekt erwogen werden sollte. Dies ist mein Standpunkt: — ich habe einen Punkt erreicht, an dem meine Widerstandskräfte in sich zusammenbrechen. Ich weiß nicht mit welchen Folgen.« (29.8.1932, LC, 665)\* Doch bis zum Tode vergehen weitere fünf qualvolle Jahre. Gramsci leidet an einem Morbus Pott (tuberkulöse Wirbelentzündung), an Arteriosklerose, an Bluthochdruck, an gastrischen Problemen, an einer zermürbenden Schlaflosigkeit. Er verliert die Zähne. Migräneanfälle hindern ihn an der Arbeit. Die Briefe aus dieser Zeit zeigen einen Gramsci, der mit grausamer Präzision sich und seinen Verfall beobachtet: »Wenn das Jahr '32 schlimm war, so glaub ich, daß das Jahr '33 noch schlimmer sein wird. Ich bin aufgezehrt, und zugleich wird die Last immer schwerer; das Verhältnis zwischen den vorhandenen Kräften und der nötigen Anstrengung hat sich verschlechtert. Trotzdem bin ich nicht entmutigt, im Gegenteil, mein Wille nährt sich am Realismus, mit dem ich alle Elemente meiner Existenz und meiner Resistenz analysiere.« (2.1.1933, LC, 726) Jedoch er begreift die Gefahr dieser Spaltung seiner Persönlichkeit in eine beobachtende und eine leidende Hälfte und fürchtet das Versinken in ein unkontrollierbares psychisches Chaos. Er vergleicht seine Veränderung mit jener von Menschen, die in einer Ausnahmesituation zu Kannibalen werden (6.3.1933, LC, 757f.) Aber während er an Tatiana schreibt: »Ich bin halb verrückt geworden und ich bin nicht sicher, ob ich es nicht bald zur Gänze werde. Ich bitte dich, mir zu glauben, daß ich es nicht mehr ertrage« (6.7.1933, LC, 797), ordnet und überarbeitet er seine Notizen für eine Geschichte der Intellektuellen, formuliert er die Gedanken zur Politik Machiavellis, schreibt er seine Überlegungen zur Volkskultur und Kulturpolitik, zum Amerikanismus und Fordismus, zur Literaturkritik und zur Philosophie Croce's, um nur die hervorragendsten Teile seiner Gefängnishefte aus den Jahren 1932 bis 1935 zu nennen.

Sonja Puntscher-Riekmann

\* Die Zitate sind von der Verfasserin übersetzt und folgender Ausgabe entnommen: Antonio Gramsci: Lettere dal carcere. A cura di Sergio Caprioglio e Elsa Fubini, 5. ed., Torino 1975 (im Text: LC).

Pier Paolo Pasolini

## Gramscis Asche

Neben der Urne, auf wächsernem Grund  
ein roter Fetzen, wie Partisanen  
als Halstuch ihn trugen,

und von anderem Rot, zwei Geranien.  
Hier bist du, unter fremde Tote verbannt,  
verzeichnet in harter und nicht

katholischer Würde: Gramsci's Asche ... Zwischen Hoffnung  
und altem Zweifel tret ich zu dir,  
durch Zufall in diesen mageren Garten geführt,

an dein Grab, deinen Geist, der hier  
unter diesen Freigeistern ruht. (Oder ist's  
etwas andres, ekstatisch vielleicht

und bescheidner, trunkne Symbiose  
von Lust und Tod im Jüngling ...)  
Und von dieser Nation, die zu ewiger Spannung

dich antrieb, spür ich das Unrecht  
— hier in der Ruhe des Friedhofs — und spüre,  
mit welchem Recht — in unserem unsichren Los —

du schriebst deine hochherzigen Bücher  
in den Jahren, als man dich quälte zu Tode.  
Hier liegt das Zeugnis des Samens

uralter Herrschaft, die noch nicht gebrochen,  
diese Toten, die an Besitz sich gebunden,  
der in die Jahrhunderte senkt seinen Glanz

und sein Elend: und zugleich, wie besessen,  
hört man fernher das Hämmern, gedämpft  
und herzbewegend — aus ärmlicher Werkstatt,

das ihr Ende verkündet.  
Hier stehe ich selber, arm,  
im billigen Anzug, wie ihn die Armen



im schäbigen Glanz der Schaufenster  
bewundern, gesäubert vom Schmutz  
der Gassen, der Straßenbahnbänke,

der meine Tage verstört: und immer karger,  
im Kampfe ums Brot, ist bemessen die Freiheit.  
Und wenn mir die Liebe zur Welt

wird beschieden, ist es nur  
durch heftige und naive sinnliche Liebe,  
so wie ich einst, als wirrer Jüngling,

sie haßte, wenn das Böse des Bürgerlichen  
verletzte den Bürger in mir: nun aber,  
da — durch dich — geschieden die Welt,

ist nicht der Teil, der die Macht hat,  
Objekt nur des Großs oder fast mystischer Verachtung?  
Doch deine Strenge fehlt mir noch immer,

weil ich nicht wähle. Willenlos leb ich  
seit dem verloschenen Nachkrieg: liebe die Welt,  
die ich hasse — in ihrer Misere

verachtend, verloren — aus einer unklaren  
Schmach des Bewußtseins ...

Günther Anders

## **Wie es passiert ist, daß Präsident Reagan seine angekündigte Rede hat absagen müssen**

Dazu ist es dadurch gekommen, daß am Mittwoch vor seinem Donnerstag-speech von den sieben ghostwriters, die Reagan beschäftigt, drei krank und vier verreist waren. »Was tun wir da?« fragte er Nancy in Panik. »Warum *wir?*«, fragte Nancy neckisch zurück. »Schreib sie doch mal selbst auf!«

»Ich? Bist du verrückt?«

»Warum denn nicht?«

»Für wen hältst du mich denn? Bin ich vielleicht der 'emergency man'? My ghostwriters ghostwriter?«

Sie zuckte mit den Achseln.

»Und für welchen von meinen sieben soll ich denn einspringen?«

»Das steht dir frei.«

»Frei. Wenn ich dieses Wort nur höre! Nächstens wirst du mir noch vorschlagen, ich sollte für den Koch einspringen und unser Dinner selbst kochen!«

»Now hold your horses, Ronny! Kochen muß man ja schließlich gelernt haben!«

Und so ist es also passiert, daß Präsident Reagan seinen angekündigten Donnerstag-speech im letzten Moment hat absagen müssen.

Rosa Luxemburg

## Genossenschaften im Kapitalismus — ein Zwitterding\*

Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein *Zwitterding* dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht angesichts der Konkurrenz rücksichtslose Ausbeutung, d. h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustößt und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst. Das sind die Tatsachen, die Bernstein selbst konstatiert, aber mißverstehet, indem er nach Frau Potter-Webb die Ursache des Unterganges der Produktivgenossenschaften in England in der mangelnden »Disziplin« sieht. Was hier oberflächlich und seicht als Disziplin bezeichnet wird, ist nichts anderes als das natürliche absolute Regime des Kapitals, das die Arbeiter allerdings sich selbst gegenüber unmöglich ausüben können.

Daraus folgt, daß die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann, wenn sie auf einem Umwege den in ihr verborgenen Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise aufhebt, indem sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert. Als solches Hilfsmittel dient ihr eben der *Konsumverein*. Darin wiederum und nicht in der Unterscheidung in Kauf- und Verkaufgenossenschaften, oder wie der Oppenheimersche Einfall sonst lautet, liegt das von Bernstein behandelte Geheimnis, warum selbständige Produktivgenossenschaften zugrunde gehen und erst der Konsumverein ihnen eine Existenz zu sichern vermag.

Sind aber somit die Existenzbedingungen der Produktivgenossenschaften in der heutigen Gesellschaft an die Existenzbedingungen der Konsumvereine gebunden, so folgt daraus in weiterer Konsequenz, daß die Produktivgenossen-

\* Aus Rosa Luxemburgs Bernsteinkritik von 1899, *Sozialreform oder Revolution?* (In: Politische Schriften, hrsg. v. O. K. Flechthelm, Bd. I, 47-133; desgleichen in: Gesammelte Werke 1/1, Berlin/DDR 1979, 367-466). Das hier wiedergegebene Stück stammt aus Teil 2, Kap. 2.

schaften im günstigsten Falle auf kleinen lokalen Absatz und auf wenige Produkte des unmittelbaren Bedarfs, vorzugsweise auf Lebensmittel, angewiesen sind. Alle wichtigsten Zweige der kapitalistischen Produktion: die Textil-, Kohlen-, Metall-, Petrolindustrie sowie der Maschinen-, Lokomotiven- und Schiffsbau, sind vom Konsumverein, also auch von der Produktivgenossenschaft, von vornherein ausgeschlossen. Abgesehen also von ihrem Zwittercharakter, können die Produktivgenossenschaften als allgemeine soziale Reform schon aus dem Grunde nicht erscheinen, weil ihre allgemeine Durchführung vor allem die Abschaffung des Weltmarktes und Auflösung der bestehenden Weltwirtschaft in kleine lokale Produktions- und Austauschgruppen, also dem Wesen nach einen Rückgang von großkapitalistischer auf mittelalterliche Warenwirtschaft voraussetzt.

Aber auch in den Grenzen ihrer möglichen Verwirklichung, auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft reduzieren sich die Produktivgenossenschaften notwendigerweise in bloße Anhängsel der Konsumvereine, die somit als die Hauptträger der beabsichtigten sozialistischen Reform in den Vordergrund treten. Die ganze sozialistische Reform durch die Genossenschaften reduziert sich aber dadurch aus einem Kampf gegen das Produktivkapital, d. h. gegen den Hauptstamm der kapitalistischen Wirtschaft, in einen Kampf gegen das Handelskapital, und zwar gegen das Kleinhandels-, das Zwischenhandelskapital, d. h. bloß gegen kleine *Abzweigungen* des kapitalistischen Stammes.

Was die Gewerkschaften betrifft, die nach Bernstein ihrerseits ein Mittel gegen die Ausbeutung des Produktivkapitals darstellen sollen, so haben wir bereits gezeigt, daß die Gewerkschaften nicht imstande sind, den Arbeitern einen Einfluß auf den Produktionsprozeß, weder in bezug auf den Produktionsumfang noch in bezug auf das *technische* Verfahren, zu sichern.

Was aber die rein ökonomische Seite, »den Kampf der Lohnrate mit der Profitrate«, wie Bernstein es nennt, betrifft, so wird dieser Kampf, wie gleichfalls bereits gezeigt, nicht in dem freien blauen Luftraum, sondern in den bestimmten Schranken des Lohngesetzes ausgefochten, das er nicht zu durchbrechen, sondern bloß zu verwirklichen vermag. Dies wird auch klar, wenn man die Sache von einer anderen Seite faßt und sich die Frage nach den eigentlichen Funktionen der Gewerkschaften stellt.

Die Gewerkschaften, denen Bernstein die Rolle zuweist, in dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse den eigentlichen Angriff gegen die industrielle Profitrate zu führen und sie stufenweise in die Lohnrate aufzulösen, sind nämlich gar nicht imstande, eine ökonomische Angriffspolitik gegen den Profit zu führen, weil sie nichts sind als die organisierte *Defensive* der Arbeiterschaft gegen die Angriffe des Profits, als die Abwehr der Arbeiterklasse gegen die herabdrückende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft. Dies aus zwei Gründen.

Erstens haben die Gewerkschaften zur Aufgabe, die Marktlage der Ware Arbeitskraft durch ihre Organisation zu beeinflussen; die Organisation wird aber durch den Prozeß der Proletarisierung der Mittelschichten, der dem Arbeitsmarkt stets neue Ware zuführt, beständig durchbrochen. Zweitens bezwecken die Gewerkschaften die Hebung der Lebenshaltung, die Vergrößerung des Anteils der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Reichtum; dieser Anteil wird aber

durch das Wachstum der Produktivität der Arbeit mit der Fatalität eines Naturprozesses beständig herabgedrückt. Um letzteres einzusehen, braucht man durchaus nicht ein Marxist zu sein, sondern bloß »Zur Beleuchtung der sozialen Frage« von Rodbertus einmal in der Hand gehabt zu haben.

In beiden wirtschaftlichen Hauptfunktionen verwandelt sich also der gewerkschaftliche Kampfkraft objektiver Vorgänge in der kapitalistischen Gesellschaft in eine Art Sisyphusarbeit. Diese Sisyphusarbeit ist allerdings unentbehrlich, soll der Arbeiter überhaupt zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallenden Lohnrate kommen, soll das kapitalistische Lohngesetz verwirklicht und die herabdrückende Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Wirkung paralytisiert oder, genauer, abgeschwächt werden. Gedenkt man aber, die Gewerkschaften in ein Mittel zur stufenweisen Verkürzung des Profits zugunsten des Arbeitslohnes zu verwandeln, so setzt dies vor allem als soziale Bedingung erstens einen Stillstand in der Proletarisierung der Mittelschichten und dem Wachstum der Arbeiterklasse, zweitens einen Stillstand in dem Wachstum der Produktivität der Arbeit, also in beiden Fällen — ganz wie die Verwirklichung der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft — *einen Rückgang auf vorgroßkapitalistische Zustände voraus*.

Die beiden Bersteinschen Mittel der sozialistischen Reform: die Genossenschaften und die Gewerkschaften, erweisen sich somit als gänzlich unfähig, die kapitalistische *Produktionsweise* umzugestalten. Bernstein ist sich dessen im Grunde genommen auch selbst dunkel bewußt und faßt sie bloß als Mittel auf, den kapitalistischen *Profit* abzuwackeln und die Arbeiter auf diese Weise zu bereichern. Damit verzichtet er aber selbst auf den Kampf mit der *kapitalistischen Produktionsweise* und richtet die sozialdemokratische Bewegung auf den Kampf gegen die *kapitalistische Verteilung*. Bernstein formuliert auch wiederholt seinen Sozialismus als das Bestreben nach einer »gerechten«, »gerechteren« (S. 51 seines Buches)<sup>1</sup>, ja einer »noch gerechteren« (*Vorwärts* vom 26. März 1899) Verteilung.

### Anmerkung

- 1 Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899 (wieder herausgegeben v. G. Hillmann, Reinbek b. Hamburg 1969).

Hinrich Oetjen

## **Ende einer gesellschaftspolitischen Option?**

### **Fragen, die nicht vergessen werden dürfen**

Das Debakel der Neuen Heimat offenbarte eine auch zukünftig bedeutsame Krise der gewerkschaftlichen Glaubwürdigkeit. Die wirtschaftspolitische Kompetenz der Gewerkschaften ist ebenso in Zweifel gezogen wie die Mitbestimmungspolitik. Jahrelange Forderungen nach realistischer, an sozialen Zielen orientierter Lenkung und Planung sowie mehr Mitbestimmung durch Arbeitnehmer sind fragwürdig geworden. Die Gemeinwirtschaft sollte zwar wesentlich nur »wettbewerbsfördernd« wirken, aber auch ein wirkungsvolleres, nicht allein von Profitinteressen gesteuertes Wirtschaftsprinzip darstellen. Dadurch sollten sowohl die längerfristigen Arbeitnehmerinteressen als auch schlechthin Gemeinwohlintereessen besser berücksichtigt werden können als in der nur Profitinteressen verfolgenden Privatwirtschaft.

Das alles muß jetzt neu diskutiert und definiert werden. Müssen jetzt alle diese Ansprüche über Bord geworfen werden? Sind die Gewerkschaften jetzt nur noch Interessenvertretungen im Kapitalismus und überlassen (in-)kompetenterweise die Ökonomie denen, die Privateigentümer der Produktionsmittel sind? Ist ihr Charakter von Klassenorganisationen dadurch unmißverständlicher? Was ist mit der innergewerkschaftlichen Demokratie, wenn wesentliche Entscheidungen über die Zukunft der Organisationen und ihrer Politik nur in kleinen Zirkeln von Spitzenleuten entschieden werden können, um akzeptable Preise für die gewerkschaftlichen Unternehmen zu erzielen? Wie soll so die traditionelle Forderungspolitik gegenüber den Unternehmen durchgehalten werden?

Die Tatsachen sind weitgehend bekannt. Die Gewerkschaften wollten mit der Neuen Heimat bei geringem Einsatz von Eigentum (Grundkapital) zur Lösung der Wohnungsnot nach 1945 beitragen. Gelingen konnte dieses nur mit Hilfe staatlicher Wohnungsbaumittel, mit denen gemeinnützig Sozialwohnungen gebaut wurden. Insgesamt baute die NH ca. 450000 Wohnungen.

Als das Ende des sozialen Wohnungsbaues in den sechziger Jahren absehbar war, expandierte die NH in neue Märkte. Dabei ging es um kommunale Einrichtungen, Städtebau (Sanierung bis zur Kahlschlagsanierung) und internationale Aktivitäten. Diese Vorhaben wurden aber nicht mehr im Rahmen der Gemeinnützigkeit, sondern in der Form von Kapitalgesellschaften durchgeführt. Hier sollte eine angemessene Kapitalverwertung erfolgen. Vielen Gewerkschaftsmitgliedern waren diese Aktivitäten schon damals nicht mehr vermittelbar. Zu denken ist hierbei z.B. an den Bau des Casinos und eines Luxushotels in Monaco oder des Aachener Klinikums. Das Verhalten der NH bei der geplanten Kahlschlag- oder Luxussanierung in Berlin, dabei vor allem gegenüber den Hausbesetzern, provozierte ebenso Kritik wie die durch die anderen Aktivitäten bedingte Vernachlässigung des alten Mietwohnungsbestandes. Von den Gewerkschaften wurde diese Kritik ignoriert oder mit propagandistischen Aufklärungsveranstaltungen über die Gemeinwirtschaft beantwortet. Dabei standen

dann immer die unbezweifelbaren Erfolge in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten im Mittelpunkt. Andere Mängel wurden schlicht geleugnet. Die besseren Mitbestimmungsregelungen, die höheren Einkommen der Beschäftigten und die Beschäftigungssicherung wurden als die positiven Errungenschaften herausgestellt.

Die Ziele der Gemeinwirtschaft, vor allem der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft, waren von Anbeginn umstritten und wurden seither immer wieder beschrieben und neu definiert. Eine Flut von Traktätchen ging daraus hervor. Klarheit wurde aber nie erreicht. Vorrangig wurde immer nur die Förderung des Wettbewerbs herausgestellt, welche sozial günstigere Preise und Bedingungen ergeben sollte. Soziale Ziele sollten im Mittelpunkt der Aktivitäten der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft stehen und nicht Profit oder Verwertung des gewerkschaftlichen Kapitals, obwohl auch dieses nicht verleugnet wurde. Schon die Kreditpolitik der Bank für Gemeinwirtschaft, das Verhalten der Coop, aber vor allem die Aktivitäten der NH strafte diese Ideologie Lügen. Alternative Produktionen oder Initiativen von Belegschaften bekamen keinen Kredit (wegen Mangel an Sicherheiten oder Profitabilität); die Coop war nicht mehr Vorreiter in der Preisgestaltung, und die NH bot immer mehr Eigentums- oder Luxuswohnungen an, die am Ende auf Vorrat gebaut, nicht einmal mehr auf den angeblich wachsenden Märkten zu verkaufen waren und jetzt von den Gewerkschaften oder Mietern der Sozialwohnungen oder dem Staat bezahlt werden müssen.

Obwohl die Kritik an der Gemeinwirtschaft schon früh existierte, hatte sie keine verändernden Folgen. Die Gewerkschaften setzten selbst noch in der Krise, gemäß ihrer eigenen gewerkschaftlichen keynesianischen Propaganda, auf Expansion. Der Bedarf an Wohnraum, kommunalen Einrichtungen und internationalen Wachstumschancen wurde hoch eingeschätzt. Die Beschäftigung bei der NH konnte, so die Begründung der Führung, nur durch immer mehr Aktivitäten gesichert werden. Mit diesen Annahmen und Argumenten erreichte das Management jeweils die Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter. Die weltweite Krise mit ihren Verwertungsproblemen und Wachstumshemmnissen wurde einfach ignoriert. Dieses ist ein politisch gravierender Fehler und nicht nur eine gesellschaftlich auch anderswo vorhandene Fehleinschätzung. Das Leugnen der Krise und ihrer Folgen ist nicht nur bei der NH, sondern für die gesamte gewerkschaftliche Politik bedeutsam geworden. Man konnte, das zeigt die NH, der Krise nicht einfach ausweichen oder sie durch Expansion überwinden. Dieser Fehler kostet die Gewerkschaften jetzt Milliarden.

Die Kritik wurde erst aufgegriffen, als sie — ab 1982 — durch den *Spiegel*, also über die Presse, öffentlich wurde. Diese Enthüllungen hatten Folgen — und nicht die innergewerkschaftliche Kritik der Mitglieder oder der Mieter der NH oder der Betriebsräte. Dies ist ebenfalls bedeutsam. Nicht die innergewerkschaftliche Demokratie, sondern die oft gescheute und gescholtene öffentliche Meinung erzwangen Veränderungen. Bis dahin glaubte man in den Gewerkschaftsführungen den angestellten Managern und Propagandisten der eigenen Betriebe mehr als den innergewerkschaftlichen Kritikern. Diese Erfahrung darf nicht folgenlos bleiben. Es reicht auch nicht, hinterher das Management, wie bei der NH, auszuwechseln, wenn an diesem Rollenverständnis nichts geändert wird.

Die von den Gewerkschaften angestellten Manager müssen durch die Gewerkschaften sach- und fachkundig kontrolliert werden; andernfalls wird der Mitbestimmungsanspruch zur Farce. Sind die mit Terminen und anderen Aufgaben überlasteten Funktionäre dazu in der Lage? Können sie diese Aufgabe sachkundigen Mitarbeitern überlassen? Wie sollen durch diese Vertreter die Mitglieder und die Öffentlichkeit so informiert werden, daß eine demokratische Mitwirkung an den Entscheidungen möglich wird? Erzwungene Öffentlichkeit, von den Gewerkschaften oft als Angriff auf die Gewerkschaften gescholten, war in diesem Fall der Anstoß für eine gewerkschaftliche Schadensbegrenzung. Was hätte die Unterdrückung dieser Enthüllungen am Ende gekostet? Das sind bisher zu wenig gestellte Fragen, Antworten hat noch niemand. Sie müssen aber gefunden werden, wenn künftig solche Katastrophen vermieden und gewerkschaftliche Glaubwürdigkeit wieder zurückgewonnen werden sollen.

### **Die innergewerkschaftliche Mitwirkung**

Die ganze Politik, die gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft oder an Gemeinwirtschaft ausgerichtete Wirtschaftspolitik betreffend, ist eine Politik der Gewerkschaftsspitzen. Diese Politik findet notgedrungen(?) nicht öffentlich statt. Ernst Breit selbst bezeichnet das Dilemma so: Entweder man diskutiere diese Angelegenheit öffentlich, dann erreiche man keine angemessenen Preise für den Verkauf der gemeinwirtschaftlichen Betriebe, oder das alles müsse mit einem hohen Grad an Diskretion behandelt werden, auch im materiellen Interesse der Gewerkschaftsmitglieder, die ja den »Luxus« der innergewerkschaftlichen Demokratie am Ende zu zahlen hätten.

Jeder erinnert sich aber noch gut genug, daß die Gewerkschaften im Interesse eines mündigen Arbeitnehmers »gläserne Taschen« verlangten. Das bedeutet Veröffentlichung aller wirtschaftlich relevanten Daten der Unternehmen, schonungslose Offenheit gegenüber Arbeitnehmern und ihren Vertretungen, damit diese sich ein Urteil über die Entscheidungsmöglichkeiten bilden können.

Im Fall der NH hätten spätestens ab 1982 die Mitglieder offen informiert werden müssen. Unterschiedliche Sanierungsstrategien hätten öffentlich (gewerkschaftsintern) diskutiert werden müssen. Hätten Mieter die Wohnungen genossenschaftlich übernehmen können? Wäre nicht die Regionalisierung mit Unterstützung der Mitglieder und der Mieter durch gewerkschaftliche Mobilisierung möglich gewesen? Ein Skandal besonderer Art ist dabei der überraschende Verkauf und Rückkauf der NH. Wurde der Verkauf als Lösung aller Probleme im gewerkschaftlichen Interesse gefeiert, mußte der Rückkauf anschließend als Einlösung der gewerkschaftlichen Verantwortung für die Sozialbindung propagiert werden. Wer hat dieses Abenteuer zu verantworten? Es hatte eine totale Desorientierung der Mitglieder zur Folge und zeigte deutlich, wie sie eingeschätzt werden, nämlich als störender Faktor für notwendige(?) Geschäfte. Lappas wurde auch anschließend noch als bedeutsamer Arbeiterführer verteidigt und erst gefeuert, als er sich wegen der öffentlichen Kritik an seinem Lebensstil ungeschickt verteidigte; also nicht wegen der falschen Entscheidungen, die dazu noch zusätzlich Geld kosteten. Wer hat nun dies zu verantworten? War das alles



unabwendbar notwendig? Wem will man so etwas klarmachen? — Wenn die bisherige Propaganda und die dafür grundlegenden Einschätzungen gestimmt hätten, wäre die Gemeinwirtschaft nicht in einer Krise und ihre Unternehmen müßten nicht verkauft werden. Oder ist die Gemeinwirtschaft verpflichtet, wie alle anderen Betriebe, mit einer angemessenen Kapitalverwertung zu arbeiten? Kann sie unter Vernachlässigung von Gewinninteressen soziale Aufgaben erfüllen? Entsprach es nicht der sozialistischen Doktrin (unterschiedlicher Couleur), daß die Gemeinwirtschaft wachsen kann, wenn die Privatwirtschaft kriselt? Daß die Arbeitslosigkeit gemeinwirtschaftlich vermieden werden kann? So sollte der Kapitalismus umgewandelt werden. In der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft ist diese Strategie vorerst gescheitert. Sie wird aufgegeben, also privatisiert. Wenn der Staat das bei der Post oder Eisenbahn macht, kritisieren wir es heftig. Sind das zu harte Begriffe? Aber was ist das sonst, wenn die Gewerkschaften ihre Anteile mit möglichst hohem Preis verkaufen wollen? Am liebsten wäre ihnen zwar der Staat als Käufer; für die Volksfürsorge und die BfG läßt sich das aber mit Sicherheit nicht erreichen. Die übrigen »Gemeinnützigen«, etwa die Energiebetriebe, die Sparkassen oder die staatliche Gemeinwirtschaft, betrieben, wie das RWE, schon länger eher Kapitalverwertung für die immer klammern Gemeindekassen. Das begünstigte den Atomkurs, war jedenfalls keine Garantie dagegen.

Andererseits arbeiten neuerdings wieder viele Alternativbetriebe (»Betriebe ohne Chef«) und Genossenschaften mit großem Erfolg. Sie sind in der Regel nicht gewinnorientiert. Sie widmen sich der Befriedigung kapitalistisch vernachlässigter Bedürfnisse und den Bedürfnissen ihrer Mitglieder nach anderen Formen und Inhalten des Arbeitens und Lebens. Von den Gewerkschaften werden diese Formen oftmals gering geschätzt, weil dort nicht die gewerkschaftlichen Normen, durchgesetzt in kapitalistisch erfolgreichen Branchen, gelten oder sie als Arbeitsmarkt zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht ausreichen, obwohl dort inzwischen mindestens so viele Arbeitsplätze existieren wie im Bergbau oder in der Lederindustrie.

Haben die Probleme der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft etwas mit der Größe und dem Zentralisierungsgrad zu tun? Sind bei einer bestimmten Größe und einem bestimmten Zentralisierungsgrad die Kontrolle unmöglich und deshalb Fehlentwicklungen unvermeidlich? Sind die Fehler deshalb gravierender, wenn man sich zentral verschätzt hat? Im Kleinen sind die Fehler unter Umständen schneller zu erkennen und deshalb zu vermeiden. Kleine Betriebe lassen sich durch ihre Beschäftigten einfacher kontrollieren. Passieren Fehler, die nicht auf zentralisierte Fehlentscheidungen zurückzuführen sind, werden sie auch nicht ein so verheerendes Ausmaß erreichen. Es muß deshalb über Lenkung und Planung, aber auch über die Möglichkeit, außerökonomische Ziele mit gemeinwirtschaftlichen Betrieben realisieren zu können, neu nachgedacht und diskutiert werden. Davon hängen die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften, aber darüber hinaus aller linken Strategien und Gesellschaftsmodelle ab.

Diese Mängel einfach totzuschweigen, wie es gegenwärtig versucht wird, indem mit anderen Forderungen eine gewerkschaftliche Offensive in gesellschaftspolitisch bedeutsamen Bereichen wie Technikbeherrschung und Arbeits-

zeitverkürzung eröffnet wird, ist problematisch, wenn es dabei um längerfristige Perspektiven und Ziele geht. Oder stehen solche auch in der »Linken« nicht mehr zur Diskussion?

Geht es jetzt nur noch darum, daß die Gewerkschaften die Interessen der abhängig Beschäftigten vertreten und die Ökonomie privatwirtschaftlich organisiert wird und bleiben soll, die Gewerkschaften also nur im Kapitalismus existieren können wie der »Fisch im Wasser«? Ist das die »radikale« Lösung des gegenwärtigen Dilemmas? Viele Fragen, die wir beantworten müssen. Deshalb kann die Diskussion jetzt nicht beendet werden; sie muß erst noch beginnen. Selbstkritik, das zeigt Gorbatschow in der UdSSR, ist nicht Hilfe für den Gegner oder Selbstzerfleischung, sondern das Entwickeln der eigenen besseren Möglichkeiten. Das gilt auch für uns.

### Verlagsmitteilungen

Ursprünglich für 1984 unter dem Titel »Materialien zur Ideologieforschung« angekündigt, ist nun endlich Argument-Sonderband AS 111 erschienen: *Der innere Staat des Bürgertums*. Dies ist die letzte Kollektivarbeit aus dem Projekt Ideologietheorie. Sie enthält Studien zur Entstehung des Staats- bzw. National-Theaters, zum Pietismus und zum Jakobinismus. Indem die Herausbildung wichtiger »Hegemonieapparate« der bürgerlichen Gesellschaft untersucht wird, erhält die Ideologietheorie mehr historischen Boden untergezogen. Die Autoren sind Peter Jehle, Ruedi Graf, Michael Reiter und Herbert Bosch.

Neu erschienen ist auch der Argument-Sonderband *Frauen/Männer/Computer* (AS 151), herausgegeben von Gerhard Brosius und Frigga Haug. Eine empirische Untersuchung zur Büroinformationstechnologie. Eine breit angelegte Fragebogenaktion wurde um qualitative Gruppenforschung erweitert. Gefragt wird nach Handlungsmöglichkeiten im automatisierten Büro. Mehr noch: einige der widersprüchlichen Formen werden analysiert, in denen die neue Produktionsweise eine neue Lebensweise provoziert. Zugleich ein Beitrag zur aktuellen Gewerkschaftspolitik.

*Neuaufgaben:* Wolfgang Fritz Haug: *Vorlesungen zur Einführung ins Kapital* (4. Aufl.); und in der Reihe Argument-Studienhefte SH 51: Werner Goldschmidt, *Staatstheorien* (2. Aufl.).

F.H.

Theodor Bergmann

## **Genossenschaften und Gemeinwirtschaft — Faktoren gesellschaftlicher Veränderung?**

### **Genossenschaften und Gemeinwirtschaft — ihre Rolle in der Arbeiterbewegung**

#### *Genossenschaften*

Die Rolle von Genossenschaften und Gemeinwirtschaft in der Gesellschaft und ihre spezifischen Funktionen in der Arbeiterbewegung haben zwar etwas zu tun mit der politischen Hauptspaltung der Arbeiterbewegung in Revolutionäre und Reformisten. Aber es wäre zu einfach, die Marxisten als Gegner dieser Wirtschaftsformen und die Revisionisten als Befürworter anzusehen. Marx und Engels haben mehrfach über die Genossenschaften geschrieben. In der *Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation* (1864) bezeichnet Marx die Genossenschaften als »Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals«; sie bewiesen, daß moderne Großproduktion ohne Klassengesellschaft möglich sei (MEW 16, 11). Aber:

»Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperationssystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel.« (Ebd., 12)

»Die Kooperationsfabriken der Arbeiter selbst sind, innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form. obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen.« (*Kapital III*, MEW 25, 456)

Engels schlug in einem Brief an Bebel vom 11./12.12.1884 als sozialistische Forderung vor, enteignete Domänen ungeteilt an »Genossenschaften von Ackerbauarbeitern zur gemeinsamen Bewirtschaftung« zu verpachten (MEW 36, 253). Ansonsten wandten sich Marx und Engels gegen Lassalles Überschätzung der Produktionsgenossenschaften, besonders in der Kritik am Gothaer Programm (1875). Während die Produktiv- oder Produktionsgenossenschaften, die von französischen Sozialisten und Syndikalisten propagiert wurden, in Deutschland nur eine geringe Rolle spielten, gewannen Konsumvereine und Wohnungsbaugenossenschaften hier wesentliche Bedeutung, später die Versicherungsgruppe Volksfürsorge. Insbesondere die Konsumgenossenschaften mit ihrem Zentralverband und der GEG (Großhandel und Produktion) dienten der Bewußtwerdung der Arbeitenden. Barkauf machte unabhängig von den unkontrollierten Bedingungen der Kleinhändler; Arbeiter zeigten sich fähig, Wirtschaftsunternehmen in Handel und Erzeugung gut zu leiten und selbst zu finanzieren. Mit einer wachsenden Schicht von Genossenschaftsangestellten wuchsen auch Theorien und Illusionen, über eine wesentliche Verbesserung der Lage der Werkstätigen durch Selbsthilfe, über eine allmähliche Beschränkung kapitalistischer Profite, über eine schrittweise Einschränkung des Kapitalismus, über eine nicht-revolutionäre, langsame Veränderung der Gesellschaft. Insbesondere in der Debatte um

Sozialisierung und Wirtschaftsdemokratie wurden diese Hoffnungen eifrig gepflegt, u.a. von Naphtali (1928).

Die Kommunisten sahen sowohl im Kapitalismus wie in der sozialistischen Sowjetunion viel nüchterner auf die Genossenschaften und verneinten ihren gesellschaftsverändernden Charakter. So sagt Preobrazhensky (1926/1965):

»Die Genossenschaftsbewegung als solche enthält kein aktives Prinzip der Umwandlung in Richtung auf sozialistische Produktionsverhältnisse. Die Genossenschaftsutopisten behaupteten das Gegenteil, wurden aber durch die gesamte praktische Erfahrung des Kapitalismus und der Genossenschaften widerlegt.« (219)

Neben den erzieherischen und ökonomischen Funktionen der Genossenschaften sah Marx sehr wohl auch die Begrenzungen:

»Das Kooperativsystem, beschränkt auf die zwerghaften Formen, die einzelne Lohnsklaven durch ihre privaten Anstrengungen entwickeln können, ist niemals imstande, die kapitalistische Gesellschaftsordnung umzugestalten. Um die gesellschaftliche Produktion in ein umfassendes und harmonisches System freier Kooperativarbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen. Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft, die nur verwirklicht werden können durch den Übergang der organisierten Gewalt der Gesellschaft, d. h. der Staatsmacht, aus den Händen der Kapitalisten und Grundbesitzer in die Hände der Produzenten selbst.« (MEW 16, 195f.)

Die deutschen Kommunisten glaubten nicht, mit Genossenschaften in Produktion und Konsum einen Weg zur allmählichen, friedlichen Überwindung des Kapitalismus gefunden zu haben. Im Gegenteil

»... engt das Wachstum des Monopolkapitals, die Verschmelzung von Industrie-, Bank- und Handelskapital, ihre Rolle in der kapitalistischen Gesamtwirtschaft immer mehr ein, auch dann, wenn sie sich absolut ausdehnen« (Plattform 1930, 68f.).

Dennoch seien sie nicht wertlos für die Arbeiter: »Sie sind eine wichtige, aber begrenzte Waffe der Arbeiterklasse im Kampf gegen ihre Ausbeutung durch das Handelskapital und für ihre Schulung in der Leitung der Wirtschaft« (ebd., 69).

Zeitweise haben Konsum-Genossenschaften auch eine Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus gespielt und wurden zur Unterstützung der Klassenkämpfe mobilisiert. In den 20er Jahren wurden in vielen Konsumvereinen die Mitgliedervertreter nach politischen Listen gewählt. Besonders in Sachsen und Thüringen, aber auch in anderen Gebieten, halfen sie bei Streiks und Erwerbslosigkeit. Gleichschaltung und Auflösung durch den Nationalsozialismus bedeuteten das faktische Ende dieser Säule der Arbeiterbewegung. Auch die Wiedergutmachung nach 1945 führte nicht zur Wiederbelebung alter Aktivitäten. Die totale Umorganisation der 60er Jahre zur *Coop* beendete auch formal jede Mitwirkung der Käufer-Mitglieder.

### *Gemeinwirtschaft*

Nach 1945 trat der gemeinwirtschaftliche Gedanke in den Vordergrund. Das Wort wurde zuerst benutzt von von Hermann (1832; z.n. Kühne 1978a, 10) und von Bernstein (1898, 113f.). Es ist schwieriger zu definieren als der Begriff Genossenschaften. Manche schließen darin ein alle nicht-privaten Unternehmen (also staatliche Wirtschaftsunternehmen, öffentliche Dienstleistungsbetriebe neben Konsumvereinen etc.). Die Konzepte der Gemeinwirtschaft variieren nach

Ländern und politischen Richtungen. Zeitweise gingen in sie Gedanken der Räte-demokratie, der Arbeiter selbstverwaltung u.a. ein; sie wurde als Gegenstück zur überzentralisierten sozialistischen Planwirtschaft mit ihrer Tendenz zur Bürokratisierung verstanden. Loesch (1979, 42) betrachtet die Konsumgenossenschaften und die Unternehmen der Gewerkschaften als Gemeinwirtschaft und damit als vierte Säule der Arbeiterbewegung.

Der erste, der — aus im wesentlichen marxistischer Sicht — die Gemeinwirtschaft behandelte, war der Kautsky-Schüler Zschätzsch (1924). Er stellte die Kriterien für ein derartiges Unternehmen auf:

- »1. Seine Produktionsmittel müssen frei sein von jedem persönlichen Besitzanspruch, und die Verwaltung muß in den Händen einer vom Trägerkreise des Unternehmens gewählten und kontrollierten Kooperation liegen.
2. Seine Erzeugung muß nach dem Bedarf seines Trägerkreises geregelt werden.
3. Sein wirtschaftliches Ergebnis (Ertrag, Rente) muß allen Gliedern seines Trägerkreises nach dem Maßstab der Inanspruchnahme der Einrichtung des Betriebes zugute kommen.« (257)

Loesch (1979) sieht gemeinwirtschaftliche Unternehmen nicht als politische oder ökonomische Gegner der kapitalistischen Gesellschaft: »Ihre Aufgabe ist es lediglich, die private Wirtschaft im Rahmen der gegebenen Wirtschafts- und Sozialordnung zu ergänzen und Mißstände zu beheben« (143).

Diese Unternehmen hätten sich an den privaten Unternehmenstyp angeglichen. Die Unterschiede lägen in Verhaltensweisen und Zielsetzungen. Nach Hesselbach (1971) sollen durch sie »... die Voraussetzungen eines funktionierenden marktwirtschaftlichen Prozesses hergestellt oder gesichert werden — die Unternehmen wirken als Korrektiv, als Regulativ oder indem sie durch beispielhaftes Handeln Alternativen für die privaten Unternehmen aufzeigen.« (48)

Sie haben also den Kapitalismus akzeptiert und streben in diesem System dessen gutes Funktionieren an. Loesch lehnt auch jede »politische« Aktion gegen Unternehmen, die sich gewerkschaftsfeindlich verhalten, als geschäftsgefährdend ab, also z.B. Kreditentzug durch die BfG. Die Gemeinwirtschaft sei »Instrument gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Wettbewerbspolitik im Verbraucherinteresse«. Ebenso blumig und beliebig sind die Definitionen und Aussagen des Grundsatzprogramms des DGB von 1963 und die Beschlüsse von 1972 und 1978, in denen sich Vorstand und Bundesausschuß des DGB mit der Gemeinwirtschaft befassen. Jedoch, sie »unterliegen ... der Kontrolle durch die Gewerkschaften, die Beschäftigten der Unternehmen und die Konsumgenossenschaften« (1972; z.n. Loesch 1979, 384).

Die reformistische Ideologie strebt darauf hin, daß die Genossenschaften und die gesamte Arbeiterbewegung sich in dieser Gesellschaft einrichten und sich mit ihr abfinden — trotz aller desillusionierenden Schläge, die ihnen von Unternehmern und Regierung versetzt werden. Diese Ideologie wird verstärkt durch die Gemeinwirtschafts-»Theoretiker« und entwickelt ihre eigene Logik und Eigengesetzlichkeit. So schreibt Hoffmann (1976): »Wer radikale Gewerkschaften haben will, der muß den Gewerkschaften ihre Unternehmen und ihren Einfluß über die Mitbestimmungsregelungen nehmen.« (402).

Auch für die gewerkschaftsnahen Manager dieser Unternehmen geht es offenbar wesentlich um Zähmung der Gewerkschaften, nicht um Stärkung der

Kampfkraft. — Wer alle Illusionen zusammengefaßt lesen will, der sei auf den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes von 1978 verwiesen (abgedruckt bei Loesch, 388-94).

### **Der Kapitalismus zerstört die reformistischen Illusionen**

Der Reformismus ist auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet Utopien nachgejagt und hat Illusionen genährt, obwohl seine Sprecher sich selbst als Realpolitiker gelobt haben. Die Hoffnungen dienten als Gegengewicht, eher als Surrogat für den von den Revolutionären für notwendig erklärten Kampf um eine radikale Veränderung der Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft und Staat. Zwar blieb in der BRD die höhere Bürokratie des Nazi-Reiches weitgehend erhalten; dennoch erklärte die SPD diesen Staat als den ihren bzw. den unseren. Böcklers große Idee als Vorsitzender des DGB war die Mitbestimmung: Arbeit und Kapital sollten »gleichberechtigt« in den großen Unternehmen sein. Zehntausende Arbeiter und Angestellte sollten mit ebensovielen Mitgliedern in den Aufsichtsräten vertreten sein wie die wenigen Groß-Aktionäre und unter einem neutralen (!) Vorsitzenden gemeinsam entscheiden. Klassenkampf, Mobilisierung des politischen Gewichts der werktätigen Mehrheit sollte ersetzt werden durch objektivierende, klassenübergreifende Zusammenarbeitsorganisationen.

Die in der BRD herrschende Klasse hat inzwischen demonstriert, wie sie den Pakt von 1945/46 heute auslegt, nachdem sie sich — nicht zuletzt durch die Hilfe der SPD (und bis in die 50er Jahre auch die der noch legalen KPD) — konsolidiert und die schuldhafte Niederlage von 1945 verdrängt hat. Welche Ironie: Nachdem Helmut Schmidt 1982 durch seinen Koalitionspartner FDP gestützt war, beklagte er sich über den Klassenkampf von oben; der hatte ihn überrascht, weil die SPD selbst auf Klassenkampf von unten und damit auch auf Selbstverteidigung verzichtet hatte.

Die Gemeinwirtschaft hat natürlich die selbst gesetzten Funktionen des Gegengewichtes gegen kapitalistisches Profitstreben, der Kontrolle und Zähmung der ungezügelten Profitgesellschaft, nicht erfüllen können. Trotz ihrer Mängel, Schwächen und schließlichen Mißerfolge hat sie jedoch einige positive Leistungen erbracht. 1. Sie hat gezeigt, welche Kapitalmittel die Werktätigen »primär akkumulieren« können. 2. Sie hat aus Arbeiterfunktionären fähige und ehrliche Manager herangezogen. Denn keineswegs alle sind wie Lappas und Vietor; die meisten sind fähiger und bescheidener. 3. Sie hat in einigen Situationen die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften erhalten und vergrößert. Die Verwaltung der Gewerkschaftsgelder durch die BfG hat sich bei großen Streiks als vorteilhaft erwiesen. 4. Die Neue Heimat hat anfangs wesentlich zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen.

### **Der Kapitalismus setzt alle Maßstäbe, auch die der »Geschäftsmoral«**

Aber die Logik kapitalistischer Konzentration wie die der technologischen Entwicklung läßt die effektive Existenz kleiner Unternehmen in der Produktion für den Massenbedarf immer weniger zu. (Größe ist dabei vor allem im Kapitalbe-

darf zu sehen, nicht unbedingt in der Zahl der Beschäftigten). Die Skaleneffekte (economies of scale) verlangen ein Wachstum der Unternehmen. Aber die kapitalistische Gesellschaft setzt auch die ökonomischen Rahmenbedingungen: Konjunktur, Krise, Ausmaß des kaufkräftigen Bedarfs, Preise und sonstige Bedingungen des Grundstücksmarktes, Zinssätze, Konsumgüterpreise. Ständig den Mitgliedern/Klienten günstigere als die »normalen« Marktkonditionen zu gewähren, mindert die Gewinne. Das könnte die Rahmenbedingungen nur dann allgemein zugunsten der Kunden verändern, wenn gemeinwirtschaftliche Unternehmen in ihrem Sektor eine dominierende Position einnehmen.

Der kapitalistische Staat setzt die politischen und institutionellen Regeln und ist im besten Fall gegenüber Genossenschaften neutral; im Ernstfall zerstört er sie, wie es das faschistische Deutschland getan hat. Lebens- und Arbeitsgewohnheiten und Korruption des kapitalistischen Managements färben ab auf manche Manager der Gemeinwirtschaft: Grundeinkommen, die das 25fache eines Facharbeiterlohns betragen, dazu zahlreiche Nebeneinnahmen und »kleine« Bevorzungen; Großwildjagd in Ostafrika gemeinsam mit den Feinden der Arbeiterbewegung usw., Aufsichtsräte, die keine Aufsicht üben, sondern im kleineren mit profitieren ... Immerhin werden solche Leistungsriesen (worin bestand eigentlich ihre Leistung?) von den Gewerkschaften abgesetzt, wenn man sie spät erkennt, während sie im bürgerlichen Management weiter wirken dürfen.

Noch sind die Vietor und Lappas Ausnahmen. Aber selbst ihr zeitweiliger Aufstieg wäre in früheren Perioden der Arbeiterbewegung kaum vorstellbar gewesen. Ein Lappas konnte in führende Positionen der Gemeinwirtschaft aufsteigen nur dank seines Antikommunismus und einer verleumderischen Denunziation in Zusammenarbeit mit bundesrepublikanischen Geheimdiensten. Daß dies gelang und daß alle Aufsichtsgremien versagten, ist führenden DGB-Funktionären und ihrem Antikommunismus anzulasten. Die bürgerlichen Beteiligten an den Geschäften der Neuen Heimat kommen ungeschoren davon: Wieviele und welche CDU-, CSU- und FDP-Politiker haben bei der neuen Heimat Honig gesaugt? Aber an der SPD blieb und bleibt es hängen. Denn von Arbeiterfunktionären erwartet man zu Recht ein anderes Verhalten, von ihren Institutionen andere Maßstäbe. Die bürgerlichen Beteiligten werden zudem durch das Beinahe-Monopol in den Medien weitgehend abgeschirmt.

## **NH — Opfer der Krise und der Top-Manager**

Hat die Gemeinwirtschaft den Regeln kapitalistischen Wirtschaftens zu folgen, so unterliegt sie auch den Wellen von Konjunktur und Krise. In der Hochkonjunktur der Bauwirtschaft und bei einem ungeheuren Wohnungsbedarf expandiert die Neue Heimat gewaltig und kauft bei steigenden Preisen Bauland an — z.T. auf Vorrat für späteren Bedarf. Gleichzeitig steigt sie in andere Teilmärkte ein: kommunale Dienstleistungsbauten, Feriendörfer im Ausland, »Entwicklungshilfe« im Wohnungsbau. Die Kosten des Wohnungsbaus steigen schneller als die Einkommen der Werkstätigen, für die ursprünglich die Neue Heimat bauen sollte. Obwohl der objektive, nicht der zahlungsfähige Bedarf nicht gedeckt ist, obwohl viele Menschen eine bessere Wohnung brauchen, stehen immer mehr Woh-

nungen leer. Nach vielen anderen Unternehmen der Baubranche gerät schließlich auch die Neue Heimat in den Sog der Krise.

Wieder: Die Gemeinwirtschaft ändert nicht den Kapitalismus und steht nicht außerhalb von diesem, sondern ist und bleibt Teil dieser Wirtschaft — allerdings mit erschwerten Bedingungen. Während für bankrotte kapitalistische Großunternehmen (Herstatt-Bank, Dornier, AEG usw.) Auffangstellungen geschaffen wurden, sie teils gemeinsam ausgeschlachtet, teils vom Staat mit Riesensubventionen gestützt wurden, war natürlich der Verfall der Neuen Heimat ein gefundenes Fressen für die Geschäftemacher des Kapitalismus wie für seine Propagandisten. Sie förderten systematisch den Bankrott der Neuen Heimat, während sie gleichzeitig die wertvollen Perlen der Gemeinwirtschaft (BfG, Volksfürsorge) unter sich aufteilten. Die eine Gruppe des Finanzkapitals (Banken und Versicherungen) übernimmt die BfG, eine andere die Volksfürsorge-Gruppe. Die Gewerkschaften werden über ihre Beteiligungs-AG (BGAG) zur Kasse gebeten und kräftig zur Ader gelassen, ihre Streikkasse zur Deckung der NH-Verluste herangezogen. Und natürlich haben sich die Strategen des Wahlkampfes und die Beherrscher der Medien des NH-Skandals angenommen und das recht undifferenziert und selektiv zu Ungunsten der SPD. Geldgier, Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit der Top-Manager der Gemeinwirtschaft haben sich bei dem ersten Abwicklungsversuch der Neuen Heimat deutlich gezeigt. Die Abwickler des Herrn Schiesser haben sich zuerst einmal viele Millionen privat gesichert für ihre geplanten großen Leistungen, die am ersten Tag ins Wasser fielen. Die Aufsichtsräte erwiesen sich als ebenso naiv (im besten Fall), wie die Lappas & Co. sich als Betrüger erwiesen.

### **Lehren für die Linke und für die Gewerkschaftsbewegung**

Die Probleme der auf der Linken favorisierten alternativen Ökonomie können hier nicht detailliert behandelt werden. Es ergeben sich jedoch für diese und für die Aktivitäten der Gewerkschaftsbewegung einige Lehren. In Anbetracht der inhumanen Arbeitsbedingungen, der Entfremdung der Großindustrie und der ökologischen Ängste ist der Wunsch nach Ausstieg, nach kleinen Einheiten, nach kleinräumiger, naturnaher (Über-)Lebenssicherung, nach einer alternativen Wirtschafts- und Lebensweise verständlich. Aber alle realisierten Lösungen sind nur Nischen, die der Kapitalismus (noch) nicht ausgefüllt hat. Dieses Wirtschaftssystem, wie jedes System, strebt aber danach, möglichst wenig Nischen zu lassen. Die alternativen Wirtschaftseinheiten leiden häufig an Kapitalmangel; ihre Beteiligten arbeiten unterhalb der Bedingungen von Tarif und Sozialgesetzgebung. Für die über zwei Millionen Erwerbslosen und für die 22 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten in der BRD sind sie keine realistische Alternative.

Für die Gewerkschaftsbewegung stehen Fragen (und Forderungen) zu Strategie und Organisationsmethoden zur Debatte. Gewerkschaftseigene Unternehmen beeinflussen die kapitalistische Wirtschaftspolitik kaum. Für den Klassenkampf gibt es keinen Ersatz. »Unternehmerische« Aktivitäten des DGB sind weitgehend aufzugeben, nicht weil die Arbeiter dazu nicht fähig wären, sondern



weil Mittel und Kräfte von den Kampfaufgaben abgelenkt werden. Funktionäre wie Lappas und Vietor könnten das Klassenbewußtsein nicht stärken, ohne das gewerkschaftlicher Kampf unmöglich ist. Zu hohe Bezahlung zieht nicht die Tüchtigsten, sondern die Gewissenlosesten an. Mehr proletarische Solidarität ist unerlässlich, vor allem aber mehr Demokratie und Kontrolle der Spitzen durch die Basis. Nachdem die DGB-Führung den Kampf für Demokratie in der DDR, in Polen und anderswo absolviert hat, muß in unseren bundesdeutschen Gewerkschaften die demokratische Kontrolle wiederhergestellt werden. Antikommunistische Haltung muß endlich als ungeeigneter Auswahl Gesichtspunkt erkannt werden. Die Problematik der Gemeinwirtschaft wie das Verhalten und die Verantwortung der Verantwortlichen sind offen im DGB zu diskutieren.

Die Vietor, Lappas und Genossen sind Sumpflüthen kapitalistischen Managements und nicht mit dem Funktionärskader der Gewerkschaften gleichzusetzen. Eine Gruppe hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DGB hat im November 1986 ein Diskussionspapier erarbeitet, in dem die Ursachen des NH-Skandals so zusammengefaßt werden:

- »Es ist nicht zu bestreiten, daß die NH-Krise in allen wesentlichen Dimensionen hausgemacht ist:
- krasse Fehleinschätzung der Wachstumsperspektiven in der (Wohnungs-)Wirtschaft;
  - mangelnde Professionalität von Management und Kontrollorganen;
  - 'kollegiale Vertrauensseligkeit' von Aufsichtsräten;
  - Empfänglichkeit einiger Aufsichtsratsmitglieder für private Steuerersparnisse aus NH-Anlagen;
  - offene und verdeckte Formen von Korruption und Bereicherung;
  - Verstoß gegen Bestimmungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes;
  - politische Konzeptionslosigkeit und Fehleinschätzung hinsichtlich der Möglichkeiten 'gemeinwirtschaftlicher Unternehmen' in einer kapitalistischen Marktwirtschaft.« (In: Express 12/1986)

Das Papier fordert u. a. »... das Konzept der 'Gemeinwirtschaft' grundsätzlich in Frage zu stellen«, den gewerkschaftspolitischen Sinn der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten zu diskutieren, die gewerkschaftliche Willensbildung zu demokratisieren. Werden diese Forderungen von angestellten Mitarbeitern durch Druck von der Basis durchgesetzt, kann durch nüchterne Analyse Nutzen für eine bessere Gewerkschaftsstrategie gezogen werden.

## Literaturverzeichnis

- Bernstein, Eduard. 1898/1969: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Reinbek
- Hesselbach, Walter. 1971: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen — Instrumente gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Struktur- und Wettbewerbspolitik. Frankfurt/M.
- Himmelmann, Gerhard. 1975: Gemeinwirtschaft und Sozialismus. Frankfurt/M.
- Hoffmann, Diether H.. 1976: Die Bedeutung der Gewerkschaften als Kapitalgeber für die Willensbildung im Unternehmen. In: Die Bedeutung gesellschaftlicher Veränderungen für die Willensbildung im Unternehmen. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. 88. West-Berlin
- Kühne, Karl. 1978a: Marxismus und Gemeinwirtschaft. Frankfurt/M.
- Kühne, Karl. 1978b: Neomarxismus und Gemeinwirtschaft. Frankfurt/M.
- Loesch, Achim v.. 1979: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der deutschen Gewerkschaften. Köln
- Marx/Engels Werke. 1958ff.. Berlin/DDR (zit. MEW)
- Naphtali, Fritz. 1928: Wirtschaftsdemokratie — ihr Wesen, Weg und Ziel. Berlin
- Preobrazhensky, Evgenij. 1926/1965: The new economics. Oxford
- Zschätzsch, Bruno. 1924: Die Gemeinwirtschaft als soziologisches und organisatorisches Problem. In: Jentsen, O. (Hrsg.) Der lebendige Marxismus. Festgabe zum 70. Geburtstag von Karl Kautsky. Jena
- Auftrag und Aufgaben gemeinwirtschaftlicher Unternehmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften. In: Loesch 1979, 388-394. Köln
- Was will die KPD-Opposition? (Plattform der KPD-Opposition). Berlin 1930
- Der Fall »Neue Heimat« und die Krise der Gewerkschaften — Internes Diskussionspapier. In: Express 12/1986

## Gemeinwirtschaft: Einsteigen statt Aussteigen

Nach dem Desaster der Neuen Heimat und dem eingeleiteten Verkauf der Bank für Gemeinwirtschaft sowie der Volksfürsorge-Versicherung stehen die deutschen Gewerkschaften als Aussteiger des Jahres da. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war der drohende Konkurs des gewerkschaftseigenen Wohnungskonzerns Neue Heimat, der 1986 über einen Mietwohnungsbestand von 270 000 Wohnungen verfügte. Doch nicht der Bau und die Vermietung von Sozialmietwohnungen hat den Konzern an den Rand des Zusammenbruchs gebracht, sondern die Fehlspekulation mit Vorratsgrundstücken und dem Bau von (unverkäuflichen) Eigentumswohnungen. Beides kann auf die Unternehmenskonzeption einer expansiven kapitalistischen Geschäftspolitik zurückgeführt werden, ist also nicht allein auf Fehler des Managements zu reduzieren.

Der Fall Neue Heimat hat zum einen wohnungspolitischen Handlungsdruck erzeugt: Die Erhaltung des preiswerten älteren Sozialwohnungsbestands ist zu einer vordringlichen Aufgabe geworden, zumal nicht nur bei den Neue-Heimat-Wohnungen, sondern beim *gesamten* Sozialwohnungsbestand ein fortschreitender Wegfall von Sozialbindungen droht und bereits eingesetzt hat. Der Fall Neue Heimat wird von konservativer Seite zum Anlaß für Bestrebungen genommen, die gesetzlichen Regelungen zur Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau weiter auszuhöhlen. Viele gemeinnützige Wohnungsunternehmen selbst sind bemüht, sich von Bindungen zu befreien, ihre 'unternehmerische Freiheit' insbesondere bei der Mietpreisbildung weiter auszudehnen. Der kleinste gemeinsame Nenner von SPD und Grünen besteht darin, sich für eine dauerhafte Erhaltung der Sozialbindungen einzusetzen. Der Fall Neue Heimat hat aber deutlich gemacht, daß selbst die vorhandenen Bindungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus nicht ausreichen, um die Mieter vor dem Ausverkauf der Sozialwohnungen zu schützen und ein langfristig stabiles und tragbares Mietpreisniveau zu gewährleisten. Eine wirksame Sicherung des preiswerten Sozialwohnungsbestands erfordert also eine Reform der Bindungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Über die wohnungspolitischen Probleme hinaus wirft der Fall Neue Heimat generell die Frage nach der Zukunft gemeinwirtschaftlicher Unternehmen auf. Die Gewerkschaften haben ihre gemeinwirtschaftliche Programmrhetorik offenbar ad acta gelegt. Nur noch mit nostalgischem Einschlag wird auf die »früheren großen Leistungen« von »Selbsthilfeunternehmen der organisierten Arbeiterbewegung« verwiesen. Mehrere Einzelgewerkschaften fordern nach dem Desaster der Neuen Heimat öffentlich den »Ausstieg aus der Gemeinwirtschaft« (*Frankfurter Rundschau* 2.12.86, 14.1. und 6.2.87) und verkünden die späte Erkenntnis, daß es »nicht Aufgabe der Gewerkschaften sei, Unternehmer zu spielen« (*Frankfurter Rundschau* 17.11. und 25.11.86). Ich möchte dagegen die These setzen, daß die deutschen Gewerkschaften einen Ausstieg aus der Gemeinwirtschaft gar nicht nötig haben, da sie *nie richtig eingestiegen* sind. Das läßt sich am Beispiel des Bau- und Wohnungssektors gut zeigen, wobei auch der heute modi-

sche Mythos vom reformsozialistischen Charakter der gewerkschaftseigenen Bau- und Wohnungsunternehmen der 20er Jahre in Frage zu stellen ist. Vorausgesetzt, es gab und gibt *mehrere Wege* innerhalb einer gemeinwirtschaftlichen Strategie, und nicht nur den von den deutschen Gewerkschaften faktisch eingeschlagenen Weg, läßt sich die heutige Lage auch so charakterisieren: Nicht ein Ausstieg aus 'der' Gemeinwirtschaft ist angesagt, sondern ein Ausstieg aus kapitalistisch-angepaßten Gemeinwirtschaftskonzeptionen, und ein Einstieg in andere, nicht-kapitalistische Formen der Gemeinwirtschaft.

## 1. Zur Gemeinwirtschaftstheorie

Die Gemeinwirtschaftstheorie (Schäffle 1867, Wagner 1892, Ritschl 1931) ging davon aus, daß in kapitalistischen Gesellschaften niemals ein monistisches, einheitlich kapitalistisches Wirtschaftssystem existiert, sondern eine »dualistische« Wirtschaftsordnung (Ritschl 1931), in der neben dem kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Sektor ein mehr oder weniger ausgedehnter gemeinwirtschaftlicher Sektor besteht. Diese Gemeinwirtschaft umfaßt nicht nur den öffentlichen Sektor, sondern auch 'freigemeinwirtschaftliche' Unternehmen im Besitz von privaten Trägern und Genossenschaften. Die Gemeinwirtschaftstheorie hat sich zunächst vorrangig mit dem öffentlich-gemeinwirtschaftlichen Sektor beschäftigt; Gemeinwirtschaft und öffentliche Wirtschaft wurden nahezu gleichgesetzt (Ritschl 1931). Für den aktuellen Problemzusammenhang ist von Interesse, daß in der älteren Gemeinwirtschaftstheorie (besonders in der umfassenden Schrift von Ritschl) bereits die grundlegende *Widersprüchlichkeit* der Funktionen und der Formen des gemeinwirtschaftlichen Sektors erscheint: *Der Funktion nach* kann der (öffentliche) gemeinwirtschaftliche Sektor als *Voraussetzung* für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft begriffen werden (Ritschl 1931, 69) (dieser Aspekt ist später zum Hauptgegenstand der Infrastrukturtheorie geworden), in manchen Bereichen auch als *Ergänzung* der kapitalistischen Marktwirtschaft, namentlich dort, wo diese gesellschaftlich bedeutende Bedürfnisse mangels individueller Kaufkraft der Bedarfsträger nicht befriedigt (Ritschl 1931, 58). Diese beiden Bestimmungen lassen die Gemeinwirtschaft als »Lückenbüßer« (Thiemeyer 1970) der kapitalistischen Marktwirtschaft erscheinen. Im Widerspruch dazu kann der (öffentliche) gemeinwirtschaftliche Sektor aber auch als *Gegengewicht* zur kapitalistischen Wirtschaft, als »entgegengesetztes, wesensverschiedenes System« (Ritschl 1931, 68) fungieren, wobei die Gemeinwirtschaft als »Fremdkörper« (Thiemeyer 1970) in der kapitalistischen Marktwirtschaft erscheint. Diese Bestimmung ist nicht unabhängig von den Formen des gemeinwirtschaftlichen Sektors: z. B. kann eine nicht-kapitalistische Wirtschaftsführung in gesellschaftlich bedeutsamen Versorgungsbereichen die Legitimation der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt untergraben. Zudem kann ein gemeinwirtschaftlicher Sektor den Einflußbereich der kapitalistischen Wirtschaft zurückdrängen und beispielhaft eine andersartige Wirtschaftsweise vorführen, als Modell für Bestrebungen zu weiterreichenden gesellschaftlichen Veränderungen. Die mögliche *Gegenmachtfunktion* eines gemeinwirtschaftlichen Sektors hat in der sozialistischen Denktradition und im Rahmen von Sozialisie-

rungsstrategien besondere Bedeutung erhalten (Naphtali 1928; 1977). Die dualistische Konzeption der Gemeinwirtschaftslehre setzt sich ab von monistischen Gemeinwirtschaftskonzeptionen sozialistischer Richtung, die die vollständige Umgestaltung der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine sozialistische Gemeinwirtschaft anstreben; der dualistischen Konzeption gilt gerade das Nebeneinanderbestehen des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen und des gemeinwirtschaftlichen Sektors als eine rationale und soziale wirtschaftliche Gesamtordnung. Doch läßt sie auch Raum für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, denn »innerhalb dieses Dualismus können Gemeinwirtschaft und Marktwirtschaft einen verschiedenen Anteil einnehmen, einen ungleichen Spielraum ausfüllen, in verschiedenem Maße das Gesamtbild der sozialen Ordnung beeinflussen« (Ritschl 1931, 141). Praktisch stellt sich die Frage nach dem Verhältnis Gemeinwirtschaft/kapitalistische Marktwirtschaft auch für jede reformsozialistische Richtung, die den gemeinwirtschaftlichen Sektor als Gegenmacht ausbauen will (Naphtali 1928; 1977): Auch das Ziel einer weitestmöglichen Ausdehnung des gemeinwirtschaftlichen Sektors läßt sich realistisch nur schrittweise erreichen.

*Der Form nach* kann der öffentliche gemeinwirtschaftliche Sektor *nur in globaler Betrachtungsweise* als ein der kapitalistischen Wirtschaft entgegengesetztes wesensverschiedenes System charakterisiert werden. Nach Ritschl ist die Gemeinwirtschaft des Staates »keine Erwerbswirtschaft; sie wird nicht um des Gewinnes willen geführt, nicht mit der Absicht und zu dem Zwecke, Überschüsse über die aufgewandten Kosten zu erzielen« (Ritschl 1931, 43). Sie ist eine der Wirtschaftsführung von Privathaushalten vergleichbare Haushaltswirtschaft, eine 'statische Bedarfsdeckungswirtschaft', welche ohne verselbständigten Akkumulationsdrang gesellschaftlich anerkannte Gemeinschaftsbedürfnisse befriedigt; die der staatlichen Haushaltswirtschaft wesenseigene Finanzierung durch Steuern durchbricht das privatwirtschaftliche Prinzip von Leistung und Gegenleistung; die Aufgabenerfüllung hat bürokratischen Charakter im Sinne rechtlicher Bindung und Planmäßigkeit der Haushaltsführung — im Gegensatz zur planlosen kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, in der die Unternehmensführung zwar unbürokratisch flexibel, dabei aber ohne Rücksicht auf soziale und gesellschaftliche Belange kurzfristig, konjunkturorientiert, an jeweils aktuellen Gewinnchancen ausgerichtet sei (ebd., 57ff.). Auch die Wirtschaftsrechnung des öffentlichen gemeinwirtschaftlichen Sektors unterscheidet sich grundlegend vom kapitalistischen Sektor. »In der reinen Gemeinwirtschaft fehlt ihrem Prinzip nach die Kapitalrechnung, d.h. die Bewirtschaftung unter dem Gesichtspunkte der Rentabilität« (ebd., 60).

Verläßt man die globale Betrachtungsebene und berücksichtigt, daß innerhalb des öffentlichen gemeinwirtschaftlichen Sektors Organisationseinheiten und Unternehmen mit unterschiedlichen Prinzipien der Wirtschaftsführung existieren, dann erscheint die staatliche Gemeinwirtschaft auch der Form nach nicht mehr bruchlos der kapitalistischen Erwerbswirtschaft entgegengesetzt oder wesensverschieden. Es gibt *innerhalb* des öffentlichen Sektors *gegensätzliche Formen* der Wirtschaftsführung, es gibt sowohl nicht-kapitalistisch geführte als auch kapitalistisch-angepaßte gemeinwirtschaftliche Unternehmen: Ritschls Gemein-

wirtschaftstheorie unterscheidet (1.) öffentliche Unternehmen, deren Wirtschaftsführung nach dem *Gebührenprinzip* erfolgt (bzw. am Prinzip der Ausgabendeckung ausgerichtet ist): »Die Gemeinwirtschaft verzichtet auf jeden Gewinn und auf die Verzinsung des Kapitalwertes der Anstalt« (ebd., 85), wobei »der Gewinnverzicht bewirkt, daß keine Mittel zur Selbstfinanzierung neuer Investitionen und damit des Wachstums dieser Unternehmen selber anfallen« (Ritschl 1973, 34), mit der Konsequenz, daß solche nicht-kapitalistisch geführten gemeinwirtschaftlichen Unternehmen für *Erweiterungs*-Investitionen zusätzliche öffentliche Haushaltsmittel benötigen. Es gibt (2.) öffentliche Unternehmen, die nach dem *Verzinsungsprinzip* arbeiten, wobei »die vollen Kosten der Leistungen und der bereitgestellten Güter gedeckt werden und ... eine normale Verzinsung der investierten Kapitalien herausgewirtschaftet wird«, allerdings »bei Verzicht auf die volle Ausnutzung der Gewinnaussichten« (Ritschl 1931, 87f.). Diese Form der Wirtschaftsführung gilt *heute* als Inbegriff eines gemeinnützigen Wirtschaftsstils sowohl im öffentlichen als auch im freigemeinnützigen Sektor (Thiemeyer 1970, Hesselbach 1971), wobei das Verzinsungsprinzip nach und nach in das sog. '*Kostendeckungsprinzip*' *gemeinnütziger Unternehmen umbenannt* worden ist (eine normale Eigenkapitalverzinsung gilt dabei als Kostenbestandteil). In der 'staatlichen Gemeinwirtschaft' gibt es (3.) auch Unternehmen, die ganz offen nach dem *Erwerbsprinzip* oder *Gewinnprinzip* geführt werden, rein erwerbswirtschaftlich, in manchen Fällen monopolistisch, unter Ausnutzung aller Gewinnchancen.

Die ältere Gemeinwirtschaftstheorie betonte in diesem Zusammenhang, daß der staatlichen Gemeinwirtschaft mit erwerbswirtschaftlich geführten öffentlichen Unternehmen »ein ihr wesensfremdes Element eingegliedert« sei (Ritschl 1931, 83, 89), eben eine kapitalistische Form der Unternehmensführung. Dieser Widerspruch zwischen Form und Inhalt gemeinwirtschaftlicher Tätigkeit wird in der Gemeinwirtschaftstheorie (bis auf den heutigen Tag) so 'versöhnt': »Diese Erwerbswirtschaft wird geführt, um in der Marktwirtschaft Mittel zu gewinnen, die hernach der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen dienen« (ebd., 83), d.h. die öffentliche Wirtschaft hat sich zwar ein kapitalistisches Element eingegliedert, aber »sie ordnet es zugleich den gemeinwirtschaftlichen Zwecken unter, indem die hier gewonnenen Einkünfte zur Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwandt werden« (ebd., 89). Der Kernsatz lautet: Gewinnerzielung erfolgt zum Zwecke gemeinwirtschaftlicher Gewinnverwendung. Dieser Satz beruht in einer von Klassegegensätzen und erbitterten politischen Auseinandersetzungen um die Verwendung öffentlicher Mittel geprägten Gesellschaft auf einer Gemeinwohl-*Fiktion*. Bis heute sind alle Versuche einer generellen Inhaltsbestimmung von Gemeinwirtschaftlichkeit unzureichend geblieben (Thiemeyer 1970). 'Gemeinwirtschaftsbedürfnisse', 'Öffentliches Interesse' oder 'Gemeinwohl' sind und bleiben Leerformeln. Die Gemeinwirtschaftstheorie mußte sich damit bescheiden, daß der Inhalt von Gemeinwirtschaftlichkeit zeitbezogen ist, von gesellschaftlichen Klassen- und Interessengegensätzen sowie politisch konkurrierenden Gemeinwohldefinitionen geprägt wird und rational nachvollziehbar nur für je konkrete Aufgabenbereiche (z.B. das Wohnungswesen) zu bestimmen ist, dabei in konkreten Zielvorgaben (z.B. Bau preiswerter

Wohnungen) und Verhaltensregeln (z.B. dauerhafte soziale Zweckbindung) gefaßt werden muß (Thiemeyer 1970). Festzuhalten bleibt, daß die Widersprüchlichkeit des gemeinwirtschaftlichen Sektors im Rahmen kapitalistischer Gesellschaften nicht nur die Funktion, sondern auch die Formen betrifft, daß es nicht-kapitalistische ebenso wie kapitalistisch-angepaßte Formen gemeinwirtschaftlicher Unternehmen gibt, und daher *mehrere Wege* für die Ausformung und Weiterentwicklung eines gemeinwirtschaftlichen Sektors.

Im Unterschied zum öffentlichen Sektor der Gemeinwirtschaft basieren die freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen und Genossenschaften auf der wirtschaftlichen Selbsthilfe ihrer Träger, bei Genossenschaften auf der Selbsthilfe des Mitgliederkreises. In der inneren Struktur von Genossenschaften ist durch die Vereinigung gleichgerichteter Interessen zugleich das Solidaritätsprinzip bestimmend. In den marktwirtschaftlichen Außenbeziehungen der 'freien' Gemeinwirtschaften gilt jedoch ungeachtet ihrer inneren Struktur der wirtschaftliche Eigennutz (vgl. Ritschl 1931, 38). Die Gemeinwirtschaftlichkeit solcher Träger wird gewöhnlich daran festgemacht, daß sie primär zur Bedarfsdeckung in gesellschaftlich anerkannten sozial bedeutsamen Versorgungsbereichen dienen (sollen). Nichtstaatliche gemeinwirtschaftliche Unternehmen sind als Selbsthilfeeinrichtungen ihrer Träger in ganz anderem Maße als die staatliche Gemeinwirtschaft auf die Selbstfinanzierung ihrer Tätigkeit angewiesen. Von daher ist es wesentlich erschwert, 'freie' Gemeinwirtschaften in nicht-kapitalistischen Formen zu betreiben; die Wirtschaftsführung erfolgt in der Regel nach dem Verzinsungsprinzip. Die ökonomische Basis von nicht-kapitalistischen Formen der öffentlichen Wirtschaft ist dagegen die Finanzierung aus Steuermitteln, deren Verwendung keinem Verwertungszwang unterliegt.

Es ist umstritten, wieweit den Genossenschaften ein gemeinwirtschaftlicher Charakter zugeschrieben werden kann (Ritschl 1973): Ihr Grundanliegen ist die Selbstversorgung des Mitgliederkreises, was zum kollektiven Eigennutz führen und gesellschaftlich einen Trend zum Mikrokorporatismus (Hirsch/Roth 1986) stärken kann. Unzutreffend erscheint jedenfalls die Vermutung, daß Genossenschaften deshalb gemeinwirtschaftlichen Charakter hätten, weil sie nicht-kapitalistische Gebilde seien: Dagegen steht zum einen die verbreitete Praxis, den 'alternativ ökonomischen' Charakter von Genossenschaften am Kriterium der gemeinschaftlichen Entscheidung über die Gewinnverwendung festzumachen. Dahinter kann sich ein bloß 'kollektivkapitalistisches' Wirtschaftsverhalten verbergen. Zum anderen stehen jeder Genossenschaft kapitalistische Entwicklungswege offen (Renner 1930, Compart 1977): bei Produktivgenossenschaften die Ausbeutung von Lohnarbeit ('Transformationsgesetz'), bei Konsumgenossenschaften und Wohnungsgenossenschaften der Übergang zu sogenannten Fremdgeschäften, bei denen Profitzerzielung aus Verkäufen oder Vermietungen an Nicht-Mitglieder stattfindet. Genossenschaften können nichtsdestoweniger in einen gemeinwirtschaftlichen Sektor *eingebunden* sein durch ihre Beteiligung an der Versorgung Benachteiligter in gesellschaftlich anerkannten sozial wichtigen Versorgungsbereichen (z.B. mittels Vereinbarungen zwischen Kommunen und Wohnungsgenossenschaften, die im Austausch gegen öffentliche Förderung einen Teil des genossenschaftlichen Wohnungsangebots zur Belegung mit dring-

lich Wohnungssuchenden reservieren). Der gemeinwirtschaftliche Charakter von Genossenschaften würde dabei nicht an der Art der Unternehmensführung, sondern an ihrem Beitrag zur Bedarfsdeckung festgemacht.

## 2. Die Wohnungsgemeinwirtschaft der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Historische Vorläufer des gewerkschaftseigenen gemeinnützigen Wohnungskonzerns Neue Heimat sind die gemeinwirtschaftlichen Bau- und Wohnungsunternehmen der deutschen Gewerkschaften, die auf dem Hintergrund von Sozialisierungsbestrebungen in den 20er Jahren als Selbsthilfeunternehmen der organisierten Arbeiterbewegung entstanden. Gegen den Trend zur romantischen Verklärung des Charakters dieser gewerkschaftseigenen freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen zu 'reformsozialistischen' Gebilden kann man die These setzen, daß in den 20er Jahren auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung mehrere Wege zur Ausformung eines gemeinwirtschaftlichen Sektors zur Diskussion standen (Ellinger 1920). Im Unterschied zur Gewerkschaftsbewegung anderer Länder haben sich die deutschen Gewerkschaften für die Strategie des Aufbaus von Eigenunternehmen entschieden, die später einen großen 'gemeinwirtschaftlichen Trust' bilden sollten. Sie haben ihre Eigenunternehmen seit den 20er Jahren als kapitalistisch-angepaßte Unternehmen gegründet und geführt, während sich bereits damals andere Konzepte für gemeinwirtschaftliche Unternehmen nicht durchsetzen konnten.

So hat z.B. G. Klingelhöfer 1928 einen nicht-kapitalistischen Weg der gewerkschaftseigenen Wohnungsgemeinwirtschaft dargelegt (Klingelhöfer 1928): Danach können durch die gewerkschaftlichen Wohnungsbauorganisationen vier private Rentenquellen ausgeschaltet werden: im Unterschied zur privatkapitalistischen Wohnungswirtschaft könne auf die Kapitalrente für das Eigenkapital verzichtet werden, ebenso könne die Kapitalrente für Fremdkapital der privaten Hypothekenbanken umgangen werden (was eine kapitalmarktunabhängige Finanzierung voraussetzt), ebenso die Kapitalrente für Zwischenkredite im Zeitraum der Bauausführung; schließlich könne durch die gewerkschaftseigenen »Sozialen Baubetriebe« auch die Kapitalrente des Bauunternehmers ausgeschaltet werden (Profitverzicht). Wollte man die gewerkschaftseigene Bau- und Wohnungswirtschaft mit Zins- und Profitverzicht betreiben (zugunsten sozialer Versorgungsziele), wären allerdings erhöhte Anstrengungen zur Selbstfinanzierung der Unternehmen aus gewerkschaftlichen Mitgliederbeiträgen erforderlich geworden.

Klingelhöfers Position hat sich nicht durchsetzen können. Dagegen wurde vor allem der Akkumulationszwang, dem sich die Gewerkschaftsunternehmen ausgesetzt sahen, ins Feld geführt. In der unmißverständlichen Formulierung von W. Weiß: »Daß diese vier Rentenquellen nicht ausgeschaltet, sondern höchstens 'entprivatisiert' werden können, ... — der Profit wird nicht abgeschafft, sondern nur seine Verwendung ist eine andere, er fließt in eine andere Tasche — verdeutlicht schon eine einfache Überlegung: sämtliche gewerkschaftlichen Einrichtungen, die an der Bau- und Wohnungswirtschaft teilhaben, können auf die Rente gar nicht verzichten, weil sie in sehr harter Konkurrenz stehen mit den privaten

Betrieben gleicher Art. (...) (Ihre) Festigung ist doch nur möglich auf Grund dieser allerdings 'entprivatisierten', in diesem engen Sinne 'sozialisierten' Rente; auf diese Rente ist aber nirgends zu verzichten, im Gegenteil, es handelt sich doch meist darum, eine möglichst hohe Rente herauszuwirtschaften, um bestehen, um sich sanieren zu können, ja es muß noch mehr akkumuliert werden als in den privaten Betrieben, sonst würde diese 'Sozialisierung' ja stillestehen und keine Fortschritte machen. Arbeiterbank, ... Volksfürsorge, Bauhütten usw. arbeiten kapitalmäßig genau so wie alle anderen privatkapitalistischen Unternehmen. (...) Die Gewerkschaften, die ihre Gelder in eigenen Unternehmungen anlegen, wollen und können schließlich auf eine angemessene Verzinsung nicht verzichten.« (Weiß 1930, 176f.) Das Prinzip einer aus Profiten selbst finanzierten Expansion gemeinwirtschaftlicher Unternehmen hat sich auf Grund dieser Logik schon in den 20er Jahren in den Gewerkschaftsunternehmen durchgesetzt. Von einer »Neutralisierung des Kapitals« kann keine Rede sein. Die »Sozialisierung« der bau- und wohnungswirtschaftlichen Rentenquellen reduzierte sich auf die »entprivatisierte«, »gemeinschaftliche« Entscheidung über die Gewinnverwendung in den Vorstandsetagen der Gewerkschaftsunternehmen. Die von Weiß treffend zum Ausdruck gebrachte Akkumulationswut gewerkschaftseigener Unternehmen, die sich nach dem 2. Weltkrieg u.a. bei der Neuen Heimat spektakulär fortgesetzt hat, basiert auf einem grundlegenden *Dilemma* gewerkschaftseigener Wirtschaftsbetätigung: Spezifische Einnahmequelle von Gewerkschaften sind Mitgliederbeiträge, die vorrangig zur Bestreitung der Organisationskosten und als Unterstützungsfonds für Arbeitskämpfe fungieren (sollen). Soweit diese Mittel nicht unmittelbar verbraucht werden, müssen sie auf Grund dieser primären Funktionsbestimmung zumindest sicher, im Prinzip aber auch gewinnbringend angelegt werden. Wenn aber die überschüssigen Gewerkschaftsgelder *als Kapitalanlage* in eigenen Unternehmen eingesetzt werden, können zumindest diejenigen Gewerkschaftsunternehmen, die in 'sozialpolitisch empfindlichen' Versorgungsbereichen tätig werden, ihre Kapitalverwertung nur auf Kosten sozialer Versorgungsziele betreiben. Es macht eben einen Unterschied, ob eine gewerkschaftseigene Kapitalgesellschaft Bücher und Urlaubsreisen verkauft oder Sozialwohnungen anbietet.

Die kapitalistisch angepaßte Unternehmensführung der gewerkschaftseigenen gemeinwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen hatte bereits in den 20er Jahren zur Konsequenz, daß die Mietpreise für die Masse der Arbeiter und unteren Angestellten unerschwinglich waren: Die Wirtschaftsführung nach dem Verzinsungsprinzip brachte (trotz staatlicher Subventionierung der Sozialwohnungen aus Mitteln der »Hauszinssteuer«) in den gewerkschaftseigenen Wohnbauten z.B. 1928 Mieten von 70 bis 80 RM monatlich; der Monatslohn ungelernter Fabrikarbeiter betrug 1928 150 bis 200 RM (Stratmann 1976, Kähler 1985). Die Wohnbauten und Siedlungsanlagen der Gewerkschaftsunternehmen hatten ohne Zweifel einen deutlich verbesserten Wohnstandard und höhere städtebauliche Qualität im Vergleich zur privatkapitalistischen Bautätigkeit (Kähler 1985), aber die Höhe der Mieten hatte zur Folge, daß nur besser verdienende Beamte, Angestellte und Facharbeiter solche Wohnungen erhielten (Stratmann 1976). Von einem 'reformsozialistischen' Wohnungsbau der gewerkschaftseigenen Unter-



nehmen kann insofern keine Rede sein. Vielmehr wurde aus dieser Richtung noch das herausragende Beispiel eines reformsozialistischen Wohnungsbaus der 20er Jahre in seiner Wirtschaftsführung und Mietenpolitik abqualifiziert, nämlich der kommunale Wohnungsbau des »Roten Wien«: Dessen Qualitätsmerkmal war der aus Steuermitteln finanzierte kommunale Wohnungsbau mit (für jeden Arbeiter erschwinglichen) niedrigen Mieten, die durch vollständigen Gewinnverzicht, namentlich durch Verzicht auf Kapitalverzinsung der eingesetzten öffentlichen Mittel eingehalten wurden (Bauböck 1979, Krätke 1981, Frei 1984). Dieser nicht-kapitalistische Weg zur Wohnungsgemeinwirtschaft (Ritschl 1931, 145), bei dem sozialer Wohnungsbau nicht mehr als Kapitalanlage betrieben wird, ist von der 'Leitfigur' der deutschen gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft, M. Wagner, ausdrücklich abgelehnt worden: »Wir müssen auch in der Gemeinwirtschaft den Grundsatz aufrechterhalten, daß der Konsument für eine Ware den Preis zu zahlen hat, der durch die Produktionskosten gegeben ist ... Die Zinsen für die in einen Bau investierten ... Kapitalien müssen unter allen Umständen durch die Miete aufgebracht werden, denn auch öffentliches Kapital ist seines Lohnes wert« (Wagner 1926). Der 'Praktiker' Wagner konnte sich nichts anderes vorstellen, als die herrschenden Praktiken privatwirtschaftlicher Unternehmensführung auch auf die Gemeinwirtschaft zu übertragen. Eine Verbilligung des Wohnens wollte Wagner allein durch Kostensenkung auf der Produktionsseite (nicht auf der Finanzierungsseite), durch strikte Rationalisierung des Bauprozesses erreichen, deren Voraussetzung wiederum in der Bildung von Großbetrieben, Zentralisierung der gewerkschaftlichen Auftraggeberorganisation und dem Großsiedlungsbau gesehen wurde (Wagner 1919). Zur Akkumulationswut der gewerkschaftseigenen Bau- und Wohnungsunternehmen der 20er Jahre kam die Zentralisationswut: 1924 gründeten die großen gewerkschaftlichen Dachverbände, die Arbeiterbank und der Verband Sozialer Baubetriebe, eine bewußt zentralisierte Bauherrenorganisation, die Dewog. Sie fungierte als übergeordnete Dachgesellschaft mit Betreuungs- und Finanzierungsaufgaben und gliederte sich zahlreiche regionale Tochtergesellschaften mit Bauträgerfunktion an (Fuhrich u. a. 1983). Nachdem bereits der von den Genossenschaften geschaffene Verband Sozialer Baubetriebe sich die Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter eingegliedert und zwangsweise in Kapitalgesellschaften umgewandelt hatte, ging die Dewog daran, die dezentralen Wohnungsbaugenossenschaften der Arbeiter entweder in Kapitalgesellschaften umzuwandeln und auf diesem Weg der von ihr kapitalmäßig vollkommen beherrschten Auftraggeberorganisation einzuverleiben (Weiß 1930), oder — soweit dies nicht gelang — durchzusetzen, daß die Genossenschaften nicht mehr selbst bauten, sondern sich auf die Hausverwaltung und Gemeinschaftspflege beschränkten (ebd.). Als dezentrale 'Basisorganisationen' standen die Genossenschaften der Zentralisationswut gewerkschaftseigener Bauherrenorganisationen im Wege. Die gewerkschaftseigene Bau- und Wohnungsgemeinwirtschaft bildete keineswegs einen Verbund auf genossenschaftlicher Basis, sondern schuf einen zentralisierten 'gemeinwirtschaftlichen Trust' *auf Kosten* genossenschaftlicher Ansätze. Fazit: Die gemeinwirtschaftlichen Gewerkschaftsunternehmen des Bau- und Wohnungsektors waren bereits in den 20er Jahren gekennzeichnet durch eine kapitali-

stisch-angepaßte Unternehmensführung (nach dem Verzinsungsprinzip), durch eine verselbständigte Akkumulationslogik und strikte Zentralisationsbestrebungen. Hier liegen die historischen Wurzeln für die 'kapitalistische Entartung' des Neue-Heimat-Konzerns, der nach dem Zweiten Weltkrieg mit der gleichen Logik geschaffen worden ist.

### 3. Die moderne Gemeinwirtschaftsideologie

Das unternehmerische Leitbild der freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen, die Gewinnerzielung zum Zwecke gemeinwirtschaftlicher Gewinnverwendung, ist von der Gemeinwirtschaftstheorie der deutschen Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg immer weiter verselbständigt worden (Hirche 1966, Hesselbach 1971, v. Loesch 1979). W. Hesselbach hat das Selbstverständnis der Gewerkschaftsunternehmer besonders deutlich auf den Punkt gebracht: »Der Typ des freigemeinwirtschaftlichen Unternehmens soll in der im Grundsatz erwerbswirtschaftlich orientierten Wirtschaft mit unternehmerischen Mitteln struktur- und wettbewerbspolitische Ziele verfolgen. (...) Gemeinwirtschaftliches Wirksamwerden auf bestimmten Märkten ist nur möglich, wenn ein bestimmter Marktanteil besteht. Dieser Marktanteil kann häufig nur gewonnen werden, wenn ein entsprechendes Eigenkapital gebildet wird. Aus diesem Grund kann ein gewisser Zwang auftreten, daß ursprünglich gemeinwirtschaftliche Unternehmen, die auf Grund ihres institutionellen Auftrags auf Gewinne verzichten, zur Gewinnerzielung gezwungen sind. (...) Bei den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ist die unternehmerische Verwendung der Gewinne im Allgemeininteresse das dominante Unternehmensziel. (...) Dabei wird unter Gewinn hier nicht die marktmäßig übliche Kapitalrendite verstanden; das sind Kapital-*'Kosten'*. Unter Gewinn ist hier der Differentialgewinn gemeint, der echte *'Surplus'*. (...) Das gemeinwirtschaftliche Unternehmen gleicht von außen gesehen weitgehend einem privaten, erwerbswirtschaftlich orientierten Unternehmen. Es unterscheidet sich, um es noch einmal verkürzt zusammenzufassen, von den privaten *'nur'* durch seine Zielsetzung und die Motive seines Handelns (Hesselbach 1971, 28, 48, 145, 164f.). Die hier nach ihrer inneren Logik zusammengestellten Aussagen bringen eine Argumentation zum Ausdruck, die sich bei allen Gemeinwirtschaftstheoretikern und Praktikern der Gewerkschaften wiederfindet (v. Loesch 1979): Es ist die Logik der Kapitalakkumulation aus privatunternehmerischer Sichtweise, daran angehängt die Berufung auf »Allgemeininteressen«. Nicht-kapitalistische Formen gemeinwirtschaftlicher Tätigkeit, die traditionell mit der Verhaltensregel *'Gewinnverzicht'* umschrieben werden, sind von den modernen gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaftskonzeptionen restlos ad acta gelegt worden, da sie tatsächlich einer forcierten Kapitalakkumulation im Wege stehen würden. Aber auch die wesentlich bescheideneren Verhaltensregel, die mit *'Gewinnbeschränkung'* umschrieben wird und in der Öffentlichkeit immer noch als eine der wichtigsten gemeinwirtschaftlichen Verhaltensregeln gilt, hat das gewerkschaftliche Unternehmerlager so gewendet, daß die Erzielung der marktüblichen Kapitalrendite unberührt bleibt (nachdem sie ohnehin in einen Kostenbestandteil umbenannt wurde). Es kommt allenfalls ein Verzicht auf den Maximal-

gewinn bzw. Verzicht auf Extraprofite und Spekulationsgewinne in Frage, doch selbst in dieser Sache tendiert der moderne Gewerkschaftsunternehmer dahin, sich an der Jagd nach Surplusprofiten zu beteiligen, um sie anschließend »im Allgemeininteresse« weiterzuverwenden (Hesselbach 1971, 145). Gemeinwirtschaftliche Unternehmensführung reduziert sich so auf den Kampf um Marktanteile — allerdings in Versorgungsbereichen, deren Ausbau »im Allgemeininteresse« liegt. Im Wohnungssektor galt z.B. infolge der Versorgungslücken der Nachkriegszeit für lange Zeit der massenhafte Neubau von Mietwohnungen als Aufgabe im Allgemeininteresse. Expansion der Bautätigkeit wurde zum Oberziel der Wohnungsgemeinwirtschaft und dieser reduzierten Zielsetzung konnte vermeintlich mit unternehmerischem Wachstums- und Gewinnstreben am besten entsprochen werden. Die Verbindung von Gemeinwirtschaftlichkeit als Tonnenideologie und institutionell forciertes Kapitalakkumulation hat die Neue Heimat zum größten 'gemeinnützigen' Wohnungskonzern in Europa gemacht. Wie die kapitalistisch-angepasste Wirtschaftsführung nach dem Verzinsungsprinzip und die forcierte Kapitalakkumulation im sog. gemeinnützigen Wohnungsbau *rechtsförmig institutionalisiert* ist, wird im folgenden noch genauer dargelegt.

Der Zusammenbruch des Wohnungskonzerns Neue Heimat bedeutet, daß die kapitalistisch-angepasste Form des Gewerkschaftsunternehmens selbst die vom Anspruch her stark reduzierte Zielsetzung gemeinwirtschaftlicher Betätigung im Wohnungssektor auf Dauer untergraben hat. Der Fall Neue Heimat zeigt, daß letztlich die von den Gemeinwirtschaftsideologen angebotene unternehmerische Organisation und Führung gemeinwirtschaftlicher Unternehmen versagt hat: Die gewünschte flexible unbürokratische Anpassungsfähigkeit an wechselnde Marktlagen bzw. Gewinnchancen (die immer aggressiv ideologisch gegen öffentlich-bedarfswirtschaftliche Formen der Unternehmensführung gewendet wird) hat *nicht* zu einer höheren Effizienz geführt, sondern rücksichtslosen Expansionsdrang auf Kosten sozialer Versorgungsziele und Fehlspekulation gebracht.

In der Öffentlichkeit hat die Diskussion um den Skandalfall Neue Heimat in der Vergangenheit häufig die *moralische* Empörung über offenkundige Fälle der Selbstbereicherung des Managements in den Mittelpunkt gerückt. Dabei wird vergessen, daß die unternehmerische Konzeption der gewerkschaftseigenen Gemeinwirtschaft nicht zuletzt die Austauschbarkeit des Managements begründet hat, daß es begrüßt wurde, wenn privatwirtschaftlich geschulte, d.h. betriebswirtschaftlich bornierte Manager zur Führung gemeinwirtschaftlicher Unternehmen herangezogen werden und beliebig zwischen beiden Sektoren fluktuieren (Hesselbach 1971, 46). Dann ist es aber nur eine notwendige Konsequenz, daß diese Leute auch die ihnen *standesgemäße* Selbstbereicherung betreiben (mit großzügigen Tantiemen und 'kleinen' Privatgeschäften). Viel schlimmer ist es, daß die deutschen Gewerkschaften mit ihrer Neuen Heimat die Gemeinwirtschaft *insgesamt* diskreditiert haben, da in der politischen Öffentlichkeit die nötige Differenzierung von gemeinwirtschaftlichen Strategien und Unternehmensformen meist unberücksichtigt bleibt. Zudem haben die Leitsätze der Gewerkschaftsunternehmer die Entwicklung von nicht-kapitalistischen Gemeinwirtschaftskonzeptionen durch die Gewerkschaftsbewegung jahrzehntelang erschwert oder verhindert.

#### 4. »Gemeinnütziger Wohnungsbau« als kapitalistisch-angepaßte Gemeinwirtschaft

Die vom Zusammenbruch bedrohte Neue Heimat ist ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, d.h. sie unterliegt den Vorschriften, Bindungen und Begünstigungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts. Die Gemeinnützigkeit stellt eine *rechtsförmige* Konkretisierung von Verhaltensregeln für die Gemeinwirtschaft im Wohnungssektor dar. Diese Verhaltensregeln oder Bindungen gelten auch als einzig greifbare inhaltliche Konkretisierung einer Unternehmensführung »im Allgemeininteresse«. Bei genauer Betrachtung zeigt sich, daß diese Verhaltensregeln, die den gemeinnützigen Unternehmen im Austausch für eine Reihe von Steuerbefreiungen auferlegt sind, eine kapitalistisch-angepaßte Form der Unternehmensführung keineswegs behindern, sondern rechtlich institutionalisieren (Krätke 1985). Nicht 'Rechtsverstöße' der Neuen Heimat, auf deren Untersuchung sich der extra eingerichtete Untersuchungsausschuß des Bundestags beschränkt, sondern die Verhaltensregeln des Gemeinnützigkeitsrechts in ihrer vorliegenden Form sind mitverantwortlich für die Entwicklung der Neuen Heimat und daher dringend reformbedürftig. Es gibt vier maßgebliche gemeinnützige Bindungen:

1. Vermögensbindung: Bei Auflösung eines gemeinnützigen Unternehmens erhalten die Gesellschafter nur ihr eingezahltes Kapital zurück; das darüber hinausgehende Vermögen (einschließlich Wertzuwachs) muß weiter für Zwecke des gemeinnützigen Wohnungswesens verwendet werden. Das Vermögen kann daher nicht beliebig in andere Kapitalanlagesphären transferiert werden. Allerdings: die sektorale Vermögensbindung ist eine Voraussetzung für die angestrebte Wachstumsdynamik gemeinnütziger Unternehmen. Die Bindung betrifft das Gesamtvermögen, sie kann 'portionsweise' unterlaufen werden, da der stückweise Ausverkauf von Vermögensbeständen (z.B. Mietsozialwohnungen) zulässig ist.

2. Begrenzte Gewinnausschüttung: Die gemeinnützigen Unternehmen dürfen aus dem erzielten Gewinn nur 4 % auf das eingezahlte Stammkapital an die Gesellschafter ausschütten. Daß mit dieser Regelung keinerlei 'Gewinnverzicht' verbunden ist, kann nicht oft genug betont werden. Es handelt sich in der Tat nur um eine Einschränkung von Möglichkeiten des intersektoralen Gewinntransfers von seiten der Kapitalgeber. Die Begrenzung bezieht sich auf die Gewinnentnahme. Der von einem gemeinnützigen Unternehmen insgesamt erzielbare Jahresüberschuß ist davon nicht berührt. Da mit dieser Bestimmung nicht verhindert wird, daß aus der gemeinnützigen Bautätigkeit und Wohnungsvermietung höhere Gewinne erwirtschaftet werden, handelt es sich strenggenommen nur um eine Zweckbindung der Gewinne — sie müssen größtenteils im Unternehmen verbleiben und wieder in den Wohnungsbau investiert werden. Diese Reinvestitionspflicht begünstigt die forcierte Kapitalakkumulation und steht mit der 'Baupflicht' gemeinnütziger Unternehmen in engem Zusammenhang. Die Bindung beinhaltet einen institutionalisierten Zwang zur selbstfinanzierten Unternehmensexpansion.

3. Bindung der Mieten an das Kostendeckungsprinzip: Die Mieten aller Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Unternehmen werden als »Kostenmiete« nach

den Vorschriften der II. Berechnungsverordnung für Mietsozialwohnungen bestimmt. Nach wie vor ist die Auffassung verbreitet, es handele sich hierbei um eine »Preisbindung nach dem Kostendeckungsprinzip, durch die Spekulationsgewinne ausgeschlossen würden« (Krischausky/Mackscheidt 1984). Tatsächlich gehen in die sogenannte Kostenmiete zumindest bei den ansetzbaren Grundstückskosten regelmäßig Spekulationsgewinne ein, da hier nicht etwa der für den Grundstückserwerb ursprünglich gezahlte Kaufpreis, sondern der zum Zeitpunkt der Bebauung aktuelle Verkehrswert veranschlagt wird, was sich bei den großen gemeinnützigen Gesellschaften mit ihrer 'vorausschauenden' Grunderwerbpolitik gewöhnlich bestens auszahlt. Die Neue Heimat hat sich bei der Jagd nach solchen vom Gemeinnützigkeitsrecht legalisierten Spekulationsgewinnen nur besonders hervorgetan und dabei mit den 'Vorratsgrundstücken' *fehlspe*kuliert.

In der sogenannten Kostenmiete sind von vornherein alle relevanten Bestandteile wohnungswirtschaftlicher Profiterzielung einkalkuliert. Vor allem ist die marktübliche Verzinsung von Kapitalmarktmitteln (und damit die Profite der Banken) ebenso gesichert wie die Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne für den Bauträger selbst, ganz abgesehen von den Möglichkeiten einer spekulationsgestützten kapitalistischen Grundstücksverwertung und einer Gewinnerzielung aus zweckentfremdeten Instandhaltungsrücklagen. Zwischen dem Kostendeckungsprinzip der gemeinnützigen und einer erwerbswirtschaftlichen Mietenkalkulation nach dem Verzinsungsprinzip besteht kein Unterschied. Der Begriff Kostendeckung ist und bleibt vieldeutig (Krätke 1981, Budäus 1982), und es ist keineswegs selbstverständlich, daß gemeinwirtschaftliche Träger ihrer Unternehmensführung ausgerechnet einen auf die kapitalistische Privatwirtschaft zugeschnittenen Kostenbegriff zugrundelegen, statt z.B. vom Begriff einer finanzwirtschaftlichen Kostendeckung auszugehen, die an den tatsächlichen Ausgaben orientiert wäre (Krätke/Hirsch-Borst/Schmoll 1984, Budäus 1982). Allerdings dürfen gemeinnützige Wohnungsunternehmen ebenso wie private Investoren im sozialen Wohnungsbau für das eingesetzte Eigenkapital nur einen auf 4 % *begrenzten Zinssatz* veranschlagen. Diese Begrenzung behindert keineswegs die Erzielung der marktüblichen Kapitalrendite im langfristigen Verwertungszeitraum von Sozialwohnungen: Es handelt sich nur um eine Begrenzung des *kalkulatorischen* Zinssatzes für Eigenkapital, nicht um eine Beschränkung der tatsächlich erzielten Eigenkapitalverzinsung, die sich als Residualgröße aus den finanziellen Überschüssen bestimmt, die ein gemeinnütziges Unternehmen während der langfristigen wirtschaftlichen Nutzung von Sozialwohnungen realisiert. Nur in der Anfangsphase der Verwertung von Sozialmietwohnungen bilden die für Bankkredite veranschlagten Fremdkapitalzinsen den größten Bestandteil der sogenannten Kostenmiete. Nach der Entschuldungsphase tritt bei gleichbleibendem oder ansteigendem Mietpreisniveau eine sprunghafte Steigerung der Reinerträge ein, die sich als erhöhte Eigenkapitalverzinsung darstellen und vom Bauträger angeeignet werden. So erwirtschaften gemeinnützige Unternehmen aus der langfristigen Verwertung von Sozialmietwohnungen Gewinne, die weit über dem begrenzten kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatz liegen (Winter/Barth/Schlemmermeyer 1982).

Das Kostendeckungsprinzip dient im gemeinnützigen Sektor vor allem der ideologischen Verklärung einer Unternehmensführung, die betriebswirtschaftlich auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist. In der vielbeklagten 'Mietenexplosion' neuerer Sozialwohnungen kommt nur zum Ausdruck, daß die mit der Kostenmietbindung umschriebene Verhaltensregel gemeinnütziger Unternehmen einen sozialpolitisch funktionsfähigen Mietwohnungsbau heute geradezu unmöglich macht. Bei älteren Sozialwohnungen dagegen, die noch eine vergleichsweise niedrige Kostenmiete aufweisen, sind die gemeinnützigen Unternehmen an Neuregelungen interessiert, die solche Wohnungen bis zum Niveau der 'Marktmiete' verteuern, oder darum bemüht, sie in den 'freien Markt' zu verkaufen (Fuhrich 1984). Diese Interessenlage steht auch hinter den massenhaften Verkäufen von älteren Sozialmietwohnungen durch die Neue Heimat. Das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht enthält keinerlei dauerhafte Zweckbindung *der Wohnungen*, d.h. der Ausverkauf von Sozialmietwohnungen durch gemeinnützige Unternehmen zwecks Realisierung von Wertsteigerungen ist legalisiert.

4. Baupflicht: Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind zum ständigen Bauen verpflichtet. Mit der Baupflicht sind auch qualitative Bestimmungen verbunden: Die Gemeinnützigen sind zum Bau von 'Kleinwohnungen' verpflichtet, d.h. der Bau von Luxuswohnungen soll ausgeschlossen werden. Ursprünglich ging es bei dieser Beschränkung der gemeinnützigen Bautätigkeit darum, die Befriedigung des Bedarfs von Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen zu sichern. Heute wird der Begriff der Kleinwohnung dagegen soweit gefaßt, daß sich die Wohnungen gemeinnütziger Unternehmen in der Regel kaum von freifinanzierten Wohnungen unterscheiden. Hinzu kommt, daß auch die konkrete Ausgestaltung der Belegungsbindungen und die Belegungspraxis gemeinnütziger Unternehmen nicht sicherstellen, daß die Wohnungen vorrangig an Haushalte mit niedrigen Einkommen oder solche, die aus anderen Gründen am Wohnungsmarkt benachteiligt werden, vermietet werden (Winter/Winter v. Gregory 1983).

Die mit dem 'Kleinwohnungsbau' intendierte *Beschränkung des Geschäftskreises* gemeinnütziger Unternehmen ist im Laufe der Zeit *wesentlich gelockert* worden: Die vom Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht zugelassenen Geschäftstätigkeiten sind so weit gefaßt, daß gemeinnützige Unternehmen die mit Sozialmietwohnungen erzielten Gewinne keineswegs wieder in den Bau von neuen Sozialmietwohnungen reinvestieren müssen, sondern auch in den Bau von Eigentumswohnungen und Gewerberäumen stecken, oder in Beteiligungen investieren oder auf dem Kapitalmarkt anlegen können (Winter/Barth/Schlemmermeyer 1982). Diese vom Gemeinnützigkeitsrecht legalisierten Formen der Gewinnverwendung hat die Neue Heimat nur besonders tatkräftig realisiert (spekulative Eigentumsprojekte und Finanzanlagen).

Zusammengenommen ergibt sich aus den Verhaltensregeln der gemeinnützigen Unternehmen ein der kapitalistischen Wirtschaft keineswegs fremder Zwang zur Unternehmensexpansion, vermittelt durch den Zwang zur kontinuierlichen Investitionstätigkeit im Bau- und Wohnungssektor. Die Bindungen des Gemeinnützigkeitsrechts bringen damit in ihrer vorliegenden Form vor allem eine beschleunigte Kapitalakkumulation hervor. Auf diesem Hintergrund erscheinen die vorhandenen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen nicht als 'Fremdkör-

per' im kapitalistischen Wirtschaftssystem, sondern als 'Lückenbüßer', die für Aufgaben des sozialen Wohnungsbaus *kontinuierlich* bereitstehen, im Unterschied zu den Privatinvestoren, mit deren Investitionen man in diesem Versorgungsbereich nicht sicher rechnen kann. Die für eine beschleunigte Expansion benötigten Gewinne erscheinen vor allem in Form der Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne und werden in erster Linie über *hochgehaltene Mieten* erzielt. Fazit: Die wohnungswirtschaftliche Selbstfinanzierung gemeinnütziger Unternehmen aus Gewinnen führt zu hochgehaltenen Mieten, selbst wenn im günstigsten Fall die Gewinnerzielung zum Zwecke der Gewinnverwendung für Neubaufaufgaben im sozialen Mietwohnungsbau erfolgt; tatsächlich werden in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft erzielte Gewinne nicht zwingend wieder in den Neubau von Mietsozialwohnungen reinvestiert, sondern ebenso in spekulative Bauprojekte im Eigentumssektor, in den freifinanzierten Mietwohnungsbau, sowie in Beteiligungen und Finanzanlagen gesteckt.

Eine wirksame *Reform der gemeinnützigen Bindungen* hätte *erweiterte* Bindungen vor allem im wohnungswirtschaftlichen Bereich durchzusetzen: Man muß das Recht zum Ausverkauf von Sozialmietwohnungen abschaffen, und damit die Spekulation gemeinnütziger Träger auf die Realisierung sogenannter Wertsteigerungen auf Basis freigegebener Mieten oder Eigentumsumwandlung. Der Geschäftskreis gemeinnütziger Tätigkeit muß deutlich eingegrenzt werden (auf sozialen Mietwohnungsbau und die dazugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen). Man muß ferner die sogenannte Kostenmieten-Bindung reformieren, die in der vorliegenden Form nicht nur höchst fragwürdige Gewinngarantien enthält, sondern auch ohne Ausverkauf bereits unterlaufen wird, z.B. durch die staatlich verordnete nachträgliche Zinsanhebung für öffentliche Baudarlehen. Hier kommt es darauf an, die alte gemeinwirtschaftliche Programmatik des Gewinnverzichts wiederzubeleben und zeitgemäß zu präzisieren, um Sozialwohnungen als preiswerten Wohnraum erhalten zu können. Geeignete Verhaltensregeln wären (1.) der Verzicht gemeinnütziger Träger auf Eigenkapitalverzinsung und Entschuldungsgewinne; für Neubaufvorhaben bzw. Erweiterungsinvestitionen braucht man dann eine reformierte, vom Kapitalmarkt abgekoppelte öffentliche Direktfinanzierung; (2.) der Verzicht staatlicher Institutionen auf nachträgliche Zinsanhebungen für öffentliche Baudarlehen, und der Verzicht auf Gewinnausschüttung von seiten der öffentlichen und privaten Eigentümer/Gesellschafter gemeinnütziger Unternehmen. Dies alles verlangt eine Neubestimmung des Kostendeckungsprinzips im gemeinnützigen Sektor, die Abkehr von der herrschenden Praxis, Gewinne beliebig in Kosten umzudefinieren. Kostendeckende gemeinnützige Wohnungsbewirtschaftung soll sich an den *gebrauchsbezogenen* Kosten (Instandhaltung, Betrieb, Verwaltung, Abschreibung gemäß Abnutzung) orientieren, statt Gewinnerzielung Ausgabendeckung anstreben. Die Durchsetzung solch weitgehender Bindungen setzt wiederum voraus, daß auch neue gemeinnützige Trägerformen geschaffen werden, die geeignet sind, eine nicht-kapitalistische Wohnungsbewirtschaftung zu realisieren, die ihre Geschäftspolitik einer direkten öffentlichen Kontrolle zugänglich machen und ihren Mietern ein qualifiziertes Mitbestimmungsrecht einräumen.

## 5. Lösungskonzepte zum Fall Neue Heimat

Die Neue Heimat ist an einer forcierten kapitalistischen Geschäftspolitik gescheitert. Als Ausweg sehen die Gewerkschaften nur den Ausverkauf des gesamten Unternehmens. Mangels wirtschaftsreformpolitischer Gestaltungsansprüche und gemeinwirtschaftlicher Phantasie haben sie eine Reform ihrer Unternehmenspolitik gar nicht in Betracht gezogen: z.B. eine Aufteilung des Konzernvermögens, bei der der Sozialwohnungsbestand in nicht-kapitalistisch geführte gewerkschaftseigene Stiftungen überführt wird (mit regional begrenztem Wirkungskreis) und allein die für den drohenden Zusammenbruch verantwortlichen Vorratsgrundstücke und Eigentumsobjekte als Verkaufspaket in eine Verwertungsgesellschaft eingebracht werden, so daß im Falle des Scheiterns der Verwertungsgesellschaft wenigstens der Sozialwohnungsbestand gesichert, die Gewerkschaften zugleich reformpolitisch wieder handlungsfähig erschienen wären. Doch beschränkt sich die Phantasie der Gewerkschaftsunternehmer und ihrer Berater auf die hektische Neugründung von Auffang-, Beteiligungs- und Verwertungsgesellschaften.

Jetzt steht die sogenannte Regionalisierung der Neuen Heimat an, d.h. die Übernahme in den öffentlichen Sektor der Gemeinwirtschaft, verteilt auf die jeweiligen Bundesländer. Diese Regionalisierungslösung wäre allerdings nur zu begrüßen, wenn von ihren Finanzierungskonditionen her keine Mietsteigerungen vorprogrammiert werden, und die Sozialmietwohnungen *reformierten öffentlichen Trägern* übergeben werden, die erweiterte und verbesserte Bindungen realisieren. Die bisherigen Konzepte zur Regionalisierung drücken sich um diese Frage herum; die Sozialbindung gilt bereits dann als gesichert, wenn der Neue-Heimat-Bestand von den Ländern gekauft und anschließend den *vorhandenen* öffentlich-gemeinnützigen Wohnungsunternehmen übertragen wird. Dabei wird unterschlagen, daß auch die vorhandenen öffentlichen Wohnungsunternehmen in Deutschland seit den 20er Jahren in kapitalistisch-angepaßten Formen der Gemeinwirtschaft organisiert worden sind (Weiß 1930). Im gesamten öffentlichen Sektor der Gemeinwirtschaft hat seit Jahrzehnten eine Durchkapitalisierung stattgefunden. Sie umfaßt nicht nur eine kapitalistisch-angepaßte 'Mikroökonomisierung', sondern auch eine weitreichende Privatisierung der Geschäftspolitik, die sogenannte Organisationsprivatisierung innerhalb des öffentlichen Sektors. Die unternehmerisch verselbständigten gemeinnützigen Wohnungsunternehmen im Besitz der Kommunen und Bundesländer sind selbst reformbedürftig: Die vielfach kritisierten Erscheinungen einer zunehmend ertragsorientierten Behandlung des öffentlichen Wohnungsbesitzes basieren auf eben diesen kapitalistisch-angepaßten Unternehmensformen, die in der Vergangenheit mit bewußter politischer Absicht geschaffen wurden (Krätke 1981). Das betriebswirtschaftliche Interesse, aus preiswerten älteren Sozialwohnungen immer höhere Mieten zu erzielen und Wertsteigerungen zu realisieren, ist in den derzeitigen Formen öffentlicher Trägerschaft fest verankert worden, damit sie Erträge vorweisen können, die vermeintlich auf Wirtschaftlichkeit hindeuten. Benötigt werden neue öffentlich-gemeinwirtschaftliche Trägerformen, die dieser fatalen betriebswirtschaftlichen Interessenlage *nicht* unterworfen sind.



Für öffentlich angekaufte Sozialwohnungen der Neuen Heimat bietet sich die Überführung in öffentliche Sondervermögen an, die zugleich auch als Reformmodell für die vorhandenen öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften fungieren könnten, indem sie als nicht-kapitalistische Formen der öffentlichen Wohnungsgemeinwirtschaft ausgestaltet werden (Krätke/Hirsch-Borst/Schmoll 1984) und sich zu diesem Zwecke *präzisierte gemeinwirtschaftliche Bindungen* auferlegen:

1. Durch öffentliche Sondervermögen — die sowohl auf der Ebene der Länder als auch der Kommunen gebildet und sowohl in der Rechtsform öffentlicher Eigenbetriebe als auch öffentlich-rechtlicher Stiftungen geführt werden können — kann eine *dauerhafte Zweckbindung der Wohnungen* für die Versorgungsaufgaben des sozialen Mietwohnungsbestands gesichert werden, d.h. Ausschluß der Möglichkeit, die Wohnungen zwecks Realisierung von Wertsteigerungen zu verkaufen. Zur dauerhaften Zweckbindung des Sozialwohnungsbestands gehört auch die dauerhafte Belegungsbindung nach öffentlich legitimierten Bedarfskriterien.

2. Ein öffentliches Sondervermögen kann seinen Wohnungsbestand unter Gewinnverzicht bewirtschaften, d.h. Wohnungsvermietung nach dem Grundsatz der Ausgabendeckung (Abkehr vom Verzinsungsprinzip). So käme man zu einer *dauerhaften Sicherung niedriger Mieten* des Sozialwohnungsbestands. Die Trägerform des öffentlichen Sondervermögens kann zudem eine *dauerhafte Zweckbindung der Mieteinnahmen* für die Bewirtschaftung des zugehörigen Wohnungsbestands gewährleisten: Sondervermögen sind aus dem staatlichen Verwaltungsapparat *ausgegliedert* und schaffen einen geschlossenen, für die ordentliche Wohnungsbewirtschaftung zweckgebundenen Finanzkreislauf, in den zusätzliche öffentliche Mittel nur für Erweiterungsinvestitionen eingebracht werden müssen.

3. Die Trägerform eines öffentlichen Sondervermögens würde eine *direkte öffentliche Kontrolle* der Unternehmensentscheidungen einführen (im Unterschied zu den verselbständigten öffentlichen Kapitalgesellschaften). Dazu gehört nicht nur die politische Kontrolle durch Parlamente; vielmehr wäre auch eine *weitergehende Demokratisierung* anzustreben und realisierbar: Zum einen kann in den Leitungsgremien eines Sondervermögens eine entscheidungsrelevante Beteiligung von Bewohnervertretern und Mieterorganisationen eingeführt werden, d.h. eine *qualifizierte Mietermitbestimmung*. Zum anderen können unter dieser Form öffentlicher Trägerschaft zusätzlich Selbstverwaltungsmodelle gefördert werden. Nach dem praktischen Vorbild der 'management cooperatives' im englischen kommunalen Wohnungsbau können von den Bewohnern selbst initiierte *Mieter-Verwaltungsgenossenschaften* überschaubare Einheiten des Sozialwohnungsbestands selbstverwalten und instandhalten (Krätke/Hirsch-Borst/Schmoll 1984). Worauf es ankommt ist, daß dies auf der Basis einer kostendeckenden finanziellen Vergütung von Seiten des Sondervermögens erfolgt, damit Mieterselbstverwaltung nicht einfach für staatliche 'Spar'-Politik funktionalisiert werden kann. Die Mieter benötigen für ein derartiges Selbstverwaltungsmodell keinerlei Eigenkapital (wie beim Erwerb von Sozialwohnungen durch herkömmliche Eigentümergenossenschaften), sondern übernehmen die von ihren Mieten bereits abgedeckten Bewirtschaftungsausgaben in ihre Selbst-

verwaltung. Der öffentliche Träger behält dabei Kontrollrechte hinsichtlich Belegung und Abrechnungen. Es handelt sich hier um ein *Verbundmodell* von öffentlicher Trägerschaft und genossenschaftlicher Mieterselbstverwaltung, um die Entkapitalisierung sozialstaatlicher Aufgabenerfüllung, um eine Entbürokratisierung *ohne* Entstaatlichung (Krätke 1985). Die öffentliche Übernahme des gesamten Wohnungsbestands der Neuen Heimat, die jetzt nach und nach durchgeführt werden wird, könnte so als Anstoß für einen Neubeginn der Gemeinwirtschaft, für den Einstieg in nicht-kapitalistische Formen der öffentlichen Wohnungsgemeinwirtschaft genutzt werden. Wenn diese Chance vertan wird, hätte der Fall Neue Heimat eine bloß *formelle* Verstaatlichung gebracht, deren wohnungsreformpolitischer Nutzen wegen der Durchkapitalisierung und Organisationsprivatisierung öffentlicher Wohnungsbauträger in Frage gestellt ist.

## Literaturverzeichnis

- Bauböck, R., 1979: Wohnungspolitik im sozialdemokratischen Wien 1919-1934, Salzburg
- Budäus, D., 1982: Betriebswirtschaftliche Instrumente zur Entlastung kommunaler Haushalte, Baden-Baden
- Compart, E., 1977: Kapitalistische Entwicklungswege bei der Genossenschaft, Frankfurt/M.
- Ellinger, A., 1920: Die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens, Hamburg
- Frei, A., 1984: Rotes Wien — Austromarxismus und Arbeiterkultur. Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919-1934, West-Berlin
- Fuhrich, M., u.a., 1983: Neue Heimat, Gewerkschaften und Wohnungspolitik, Hamburg
- Fuhrich, M., 1984: Wohnungsversorgung als sozialer Auftrag. Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen am Beispiel der Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat, West-Berlin
- Hesselbach, W., 1971: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, Frankfurt/M.
- Hirche, K., 1966: Die Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaften, Düsseldorf/Wien
- Hirsch, J., R. Roth, 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg
- Kähler, G., 1985: Wohnung und Stadt. Modelle sozialen Wohnens in den 20er Jahren, Braunschweig/Wiesbaden
- Klingelhöfer, G., 1928: Gewerkschaftliche Wohnungs- und Bauwirtschaft. In: Soziale Bauwirtschaft 16/17/18
- Krätke, S., 1981: Kommunalisierter Wohnungsbau als Infrastrukturmaßnahme, Frankfurt/M./Bern
- Krätke, S., R. Hirsch-Borst, F. Schmoll, 1984: Zwischen Selbsthilfe und Staatsbürokratie. Neue Wege für die kommunale Wohnungspolitik, Hamburg
- Krätke, S., 1985: Gemeinwirtschaftliche Reformperspektiven im Wohnungsbau. Zur aktuellen Diskussion um die Zukunft gemeinnütziger Trägerformen. In: Prokla 61
- Krätke, S., 1986a: Neue Heimat. Kommunalen Ankauf umwandlungsbedrohter Sozialwohnungen. In: Alternative Kommunalpolitik 2
- Krätke, S., 1986b: Erhaltung preiswerten Wohnraums und Konzepte zur Lösung des Neue-Heimat-Problems. In: SPW 33
- Krischausky, D., K. Mackscheidt, 1984: Wohnungsgemeinnützigkeit, Köln/West-Berlin
- Loesch, A.v., 1979: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der deutschen Gewerkschaften, Köln
- Naphtali, F., 1928, 1977: Wirtschaftsdemokratie, Köln/Frankfurt/M.
- Renner, K., 1930: Skizze einer ökonomischen Theorie des Genossenschaftswesens. In: Vierteljahresschrift für Genossenschaftswesen 2
- Ritschl, H., 1931: Gemeinwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft. Zur Erkenntnis der dualistischen Wirtschaftsordnung, Tübingen
- Ritschl, H., 1973: Marktwirtschaft und Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.
- Stratmann, M., 1976: Wohnungsbaupolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart
- Schäffle, A., 1867: Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft, Tübingen
- Thiemeyer, Th., 1970: Gemeinwirtschaftlichkeit als Ordnungsprinzip. Grundlegung einer Theorie gemeinnütziger Unternehmen, West-Berlin
- Wagner, A., 1892: Grundlegung der Politischen Ökonomie, Leipzig
- Wagner, M., 1919: Die Sozialisierung der Baubetriebe, Berlin
- Wagner, M., 1926: Der internationale Wohnungs- und Städtebaukongress in Wien. In: Wohnungswirtschaft 3
- Weiß, W., 1930: Die Sozialisierung des Wohnungswesens, Heidelberg
- Winter, G., U. Barth, B. Schlemmermeyer, 1982: Die Kostenmiete, Hamburg
- Winter, G., W. Winter-v. Gregory, 1983: Die Zuteilung von Sozialwohnungen, Bremen

Klaus Novy

## Ende — oder Anfang — der Gemeinwirtschaft?

### Plädoyer für einen behutsamen Umbau

#### 1. Gemeinwirtschaft am Ende?

Hat die NH-Krise der Sache der Gemeinwirtschaft den Todesstoß gegeben oder ist es umgekehrt — wie die Gralshüterin der Marktorthodoxie in der *Spiegel*-Redaktion, Renate Merklein, bemerkt (4/1986, 123) —, daß »die Gemeinwirtschaft der Neuen Heimat den Garaus machte«? Sind es bloß die »kriminellen Energien« der Manager, die für Schaden sorgen, wie es in der jüngsten Stellungnahme der GRÜNEN im Bundestag (November 86) heißt, oder ist es das Projekt Gemeinwirtschaft selber, das hier wieder einmal seine Unmöglichkeit zur Schau stellt?

Bedeutung, Implikationen und Konsequenzen dieser Frage werden bei der Linken offensichtlich immer noch verkannt. Dies hat leider Tradition: Während man die Kritik des Kapitalismus mit schier unermüdlichem intellektuellen Aufwand betrieb, überließ man die Frage nach Alternativen, nach einer handhabbaren »positiven Ökonomie sozialer Bewegungen und Reformen« dem Projekt Hoffnung. Man begnügte sich mit Leerformeln, die als Mythen zwar oft eine große einigende Kraft hatten, für praktisches Handeln jedoch keinerlei Orientierung lieferten. Obwohl man spätestens 1918 die politische Unschuld verlor, polemisiert man noch heute wie zu Zeiten von Marx gegen die Entwicklung von »Rezepten für die Garküche der Zukunft«. <sup>1</sup> Wer anders als die linke Intelligentsia, das kollektive Gedächtnis der Bewegung, sollte denn die »Arbeit der Zuspitzung«, die Aufarbeitung der Fehler und die Konkretisierung der Leitbilder leisten? Wer heute glaubt, daß es bloß um die Gemeinwirtschaft geht, die man folgenlos verabschieden könne, der hat den historischen Blick verloren. Längst geht es um die Glaubwürdigkeit des Projektes Sozialismus überhaupt. Weil es um das Ganze geht, haben Analyse und Folgerungen aus dem heutigen Gemeinwirtschaftsdebakel strategische Bedeutung.

Daher kann man sich weder mit dem Entlastungsargument »korrupte Manager« und »kriminelle Energien« zufrieden geben, noch mit der schlichten Verabschiedung der Gemeinwirtschaft als Fehlgriff, wie das sowohl auf konservativer Seite geschieht (dort generalisierend gegen jede Alternative zur gewinn-gesteuerten Ökonomie), wie auch bei linken Gewerkschaftern (hier nur auf die Gemeinwirtschaft bezogen). Während bei den »Verabschiedern« die Konservativen à la Merklein immerhin konsequent sind, sind die Linken längst in ein unheilvolles Dilemma geraten. Es ist an reformökonomischen Topoi und möglichen Hoffnungsträgern nichts mehr da, was nicht schon durch vorgängige Politik in Mißkredit geraten ist, denn über die Jahre ist die Liste der eilig verabschiedeten Konzepte überlang geworden und fordert nun endlich Konsequenzen.

## 2. Gemeinwirtschaft am Anfang? — Vom Irrweg eines unhistorischen Wiederbelebungsversuches

Eine bemerkenswerte Reaktion auf die Krise der Gemeinwirtschaft ist das Konzept von S. Krätke u.a., denen das Verdienst zukommt, die bisher konkretesten, weil gerechneten, Perspektiven für den Bereich der Wohnungsgemeinwirtschaft vorgelegt zu haben (vgl. Krätke 1981 und 1985; Hirsch-Borst u.a. 1982 und 1984). Auf eine Formel gebracht lautet ihr Konzept: die kommunale Gemeinwirtschaft sei *die* Lösung für eine sozialistische Wohnungswirtschaft, man habe sie bisher nur nie richtig umgesetzt. Die Grundelemente ihres Vorschlages für einen »kommunalen Wohnungsbau« sind:

- 1) die unmittelbare kommunale Trägerschaft, damit
- 2) die volle Politisierung der kommunalen Wohnungswirtschaft,
- 3) die Direktfinanzierung aus Steuermitteln — analog anderen öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen,
- 4) politische Mieten unterhalb des Selbstkostenniveaus des Reformsektors,
- 5) Mietergenossenschaften als Selbstverwaltungsoption für die kommunalen Wohnungsbestände.

Bis auf den fünften Punkt, auf den ich später zurückkommen werde, handelt es sich hier um eine unveränderte Neuauflage staats- bzw. kommunalsozialistischer Positionen. Diesen Old-timer-Sozialismus als Zukunftskonzept bei einem Teil der GRÜNEN unterzubringen, dazu gehört beidseitig eine gehörige Portion Geschichts- und Realitätsverdrängung. Hundert Jahre praktische Sozialismusbemühungen in West und Ost waren ja weder so erfolgreich noch so beliebig in ihrem Scheitern, als daß man einfach so — wie im Repertoire-Theater — weitermachen könnte. Längst sind es nicht mehr nur der Kapitalismus, sondern auch die Resultate vorangegangener sozialistischer Politik, mit denen sich als Problembestände heutige Politik auseinandersetzen muß (vgl. hierzu Novy 1986a). Die bequeme argumentative Externalisierung der Ursachen des Scheiterns ins kapitalistische Umfeld verliert tendenziell seine Funktion.

Nicht daß Krätke u.a. sich nicht kritisch mit der bestehenden Gemeinwirtschaft auseinandersetzen, kann allerdings der Vorwurf sein, sondern *wie* sie es tun. In ihren Augen ist die Gesamtentwicklung der Gemeinwirtschaft Fehlentwicklung, die sie als kapitalistische Verbetriebswirtschaftlichung umschreiben. Unberührt von dieser Kritik bleibt das Projekt Sozialismus und Gemeinwirtschaft. Daß dieses selbst am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts in einer Krise steckt, die mit dem Begriff des »schwierigen Sozialismus« nur allzu vorsichtig umschrieben ist, hat Krätke und Co. noch nicht erreicht. Keine Symptome dieser Krise — Staatsverdrossenheit, Steuermüdigkeit, Bürokratisierung und Ineffizienz der Staatsverwaltung, Auflösung der Arbeiterorganisationen und Erosion der kulturellen Grundlagen sozialistischer Bewegungen — beschäftigt die Autoren. Für sie ist Sozialismus — ganz im Geiste der sozialistischen Arithmetiker Ballod-Atlanticus und Popper-Lynkeus der letzten Jahrhundertwende<sup>2</sup> — Ressourcen- und Transferökonomie, kurz eine Rechenaufgabe. Hier rächt sich das neomarxistisch inspirierte Desinteresse an der modernen bürgerlichen Ökonomie. Denn diese hat — vielleicht ihr wichtigster Schritt in der Nachkriegsära

— die Transaktions- bzw. Organisationskosten allen Wirtschaftens entdeckt und somit Sensibilität und erste Instrumente geschaffen, um komparative Institutionenanalyse zu treiben. Für sozialistisches Denken waren hingegen immer nur die *faux frais* des Kapitalismus, nie die spezifischen Organisationskosten postkapitalistischer Formen Gegenstand des Interesses. Dabei ist es gerade deren Unbeherrschbarkeit, die der Idee des Sozialismus so geschadet hat.

Sehen wir uns die Hauptprogrammpunkte der »kommunalen Gemeinwirtschaft« Krätkes u.a. unter diesem Blickwinkel an:

ad 1) Statt der heutigen freigemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen (in den Rechtsformen der eG, AG und GmbH) fordern Krätke u.a. die unmittelbar kommunale Trägerschaft im Rahmen eines kommunalen Sondervermögens. Statt die historische Entwicklung zu den freigemeinnützigen Trägern einfach zu negieren, hätten die Autoren auch nach den Gründen dieser Entwicklung, nach deren Vor- und Nachteilen fragen können. Aus den vielen Ursachen dieser Entwicklung will ich nur drei nennen, die — da einem historischen Lernprozeß entstammend — auch bei der aktuellen Reformdebatte nicht ohne Rückfall hinter schon gemachte Erfahrungen vernachlässigt werden können. Für die vorstaatliche Trägerschaft und die privatrechtliche Organisationsform sprach die Erfahrung, daß diese effizienter sind als die öffentliche Verwaltung, daß mit ihrer rechtlichen Verselbständigung ihnen eine größere Stabilität gegenüber wechselnden politischen Mehrheiten zukommt und daß nur freie Träger in der Lage sind, jenen sozial- und wohnkulturellen Pluralismus hervorzubringen, der erst die motivationalen und legitimatorischen Voraussetzungen schafft, auf die Reformpolitik strategisch angewiesen ist. Es muß doch Gründe haben, daß die Reformsiedlungen von 1890 bis 1930 Höhepunkte der Städtebau-, Architektur- und Wohnkulturentwicklung darstellen und oft bis heute preiswerten und überaus beliebten Wohnraum darstellen. Statt immer ins Ausland zu blicken, hätte ein Blick auf das *heutige* Wirken der vielen soliden gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, vor allem der Genossenschaften genügt<sup>3</sup>, um Respekt und Verständnis für die Brauchbarkeit dieser Organisationsform zu entwickeln.

ad 2) Krätke u.a. fordern die volle Politisierung der kommunalen Wohnungswirtschaft, d.h. ihre Unterwerfung unter eine laufende kommunal-parlamentarische Kontrolle. Unweigerlich fragt man sich an dieser Stelle, welchen Staat Krätke u.a. im Auge haben. Hat der Sozialismus schon gesiegt, hat der Parteienkampf aufgehört, daß sich die Autoren nicht mehr die Fragen nach einer sozialistischen Mehrheit und vor allem, wie diese auf Dauer zu sichern sei, zu stellen brauchen? Wo bleibt denn die Verarbeitung der Erfahrungen mit dem britischen council-housing als Spielball ständig wechselnder Regierungsmehrheiten? Wieso gibt es in den meisten westlichen Staaten konservative Mehrheiten für die Reprivatisierung? War es nicht ein Zuviel an Politisierung und Zentralismus, das den council-housing unwiederbringbar diskreditiert hat, sogar im eigenen Klientel? Oder umgekehrt: wieso haben sich ausgerechnet die Baugenossenschaften am resistentesten gegenüber den bitteren Wechselfällen der deutschen Geschichte erwiesen?

ad 3) Krätke u.a. fordern die öffentliche Direktfinanzierung des Wohnungsbaues aus Steuermitteln. Abgesehen davon, daß zur Zeit die Steuerlast als eher

zu hoch empfunden wird und daher Steuersenkungsparteien Mehrheiten erzielen, muß sich jeder Vorschlag einer Steuerfinanzierung die Frage der Steuerinzidenz sowie der Reformkosten gefallen lassen. Ganz im Gegensatz zur Annahme Krätkes u. a. sind die jüngeren Entwicklungen des Steuersystems (relative Ausweitung der Mehrwertsteuer, inflationsbedingter Ausbau des Lohnsteueranteils) regressiv. Wer also mehr über Steuern finanzieren will, belastet die unteren Schichten (vgl. M. Krätke 1984). Er nimmt also aus der einen Tasche, was er — abzüglich der staatlichen Transferkosten — in die andere zu stecken beansprucht, und — schlimmer noch — vernebelt einmal mehr die individuelle Überprüfbarkeit der Kosten-Nutzen-Relationen. Aber Reformen haben auch ihre Kosten, auch wenn dies bislang immer von der sozialistischen Theorie vernachlässigt wurde: Umstellungskosten, Opportunitätskosten und Verteilungswirkungen (Reforminzidenz) sowie die *faux frais* der neuen Organisationsform (vgl. Novy 1979). Bei Krätke u. a. entsteht immer wieder der Eindruck, daß, wenn der Staat etwas finanziert, es dann billiger wird. Selbst wenn der Staat auf Rückzahlung und Zinsen verzichtet, stellt sich doch das Problem des Verzichtes auf den Ertrag bei alternativer Verwendung. Auch postkapitalistische Strukturen kommen nicht ohne Opportunitätskostenüberlegungen aus; im Gegenteil, sie werden dort noch wichtiger.

ad 4) Krätke u. a. wollen eine politische Mietenbildung, die sich an den bestandsbezogenen Bewirtschaftungskosten ohne Kapitalkosten orientiert. Der gesellschaftliche Zusammenhang wird zentral-staatlich hergestellt und durch die Trennung der Wohnlast in einen Miet- und einen Steueranteil gleichzeitig vernebelt; es bleibt der Mythos vom allzuständigen Staat. Ausgehend von den Eindrücken der Staatsverdrossenheit und Grenzen der Steuerwilligkeit sowie der Vorstellung, daß mündiges Verhalten nur bei Transparenz und Zuordbarkeit von Kosten und Nutzen möglich ist, habe ich das Leitbild eines wohnungswirtschaftlichen Selbstfinanzierungs- und Selbstverwaltungssektors entworfen (vgl. Novy 1983). Während Krätke u. a. jede Überschufbildung im gemeinwirtschaftlichen Wohnungssektor ablehnen, dann aber sorglos erhöhte Steuern zur Neubaufinanzierung vorsehen, versuche ich vom historisch überstrapazierten Prinzip der allgemeinen Steuer und der Non-Affektation abzurücken in Richtung auf einen Sonderfinanzierungskreislauf in Analogie zur Transferfinanzierung im System der sozialen Sicherheit. Jedenfalls sind dann Lasten und Nutzen transparenter und Fehlentwicklungen besser erkennbar. Die Zweckabgabe (statt allgemeiner Steuer) erhöht auch die Zahlungsbereitschaft, ist also tendenziell selbstlegitimatorisch. Ob es hingegen noch ein Vertrauen in eine erweiterte öffentliche Haushaltswirtschaft gibt, auf die Krätke u. a. ein hohes Lied singen, ist mehr als zweifelhaft (vgl. Krätke 1985, 105).

ad 5) Daß Krätke u. a. in ihren neueren Arbeiten den Gedanken der Mietergenossenschaften aufgenommen haben, ist ein Fortschritt (vgl. Krätke u. a. 1984). Daß sie dies in Abgrenzung zu jenen tun, die die aktuelle Genossenschaftsrenaissance tragen<sup>4</sup>, verweist auf das durchgehende Unverständnis bezüglich der spezifisch deutschen Organisationsweise der Wohnungsbaugenossenschaften. Während Krätke u. a. immer in den simplen Dichotomien »Staat (gut) vs. Privatsektor (böse)« und »Mietergenossenschaft in Staatshand vs. Eigentümergenossenschaft

in Privathand« denken, stellt sich der deutsche Sektor der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als ordnungspolitisch durchaus faszinierender Sondertypus dar: privatrechtlich organisierte freigemeinnützige Träger innerhalb eines öffentlich-rechtlichen Sonderrahmens (des Wohnungsgemeinnützigkeitengesetzes). An der Bedeutung des Organisationsmodells ändert auch die aktuelle Krise nichts. Die aktuelle Anteilshöhe von 300 bis 3000 DM ist von einer Größenordnung, bei der man — läßt man sich auf die unhaltbare Dichotomisierung in Eigentümer- und Mietergenossenschaften ein — allenfalls von Mietergenossenschaften sprechen kann, zumal das Wohnungsamt in der Regel für die Zahlungsunfähigen den Anteil übernimmt. Statt den Popanz der Eigentümergenossenschaft aufzubauen und starr in die Geschichte rückzuprojizieren, hätte ein neugieriger Blick in die Geschichte der deutschen Wohnreformbewegung die Autoren leicht belehrt, daß dort schon früh Lernprozesse an den Strukturschwächen der Genossenschaften ansetzten (vgl. Novy 1983), die bald zu Verbundkonzepten einer vertikalen Arbeitsteilung zwischen professionellen Entwicklungs- und Betreuungsträgern und den meist genossenschaftlich organisierten Selbstverwaltungseinrichtungen der Bewohner in jeder einzelnen Siedlung führten. Dieser Weg führte vom Kölner Modell 1913 (GAG mit reinen Verwaltungsgenossenschaften; vgl. Novy 1986b) über Wagners kommunal erstellte, dann in eine Verwaltungsgenossenschaft überführte Lindenhof-Siedlung in Berlin 1918 zum freigewerkschaftlichen DEWOG-Verbundmodell 1924 (vgl. Novy/Prinz 1985) (Vorläufer der NH), das von den Schweden und Norwegern kopiert und bis heute erfolgreich praktiziert wird. (Cremer u.a. 1987)

Doch der Hauptunterschied zwischen Krätke u.a. und der Vielzahl der im WOHNBUIND vereinten Positionen ist, daß erstere im wesentlichen auf staatliche (Finanz-)Strukturveränderungen setzen, letztere dagegen die skeptischere, gleichwohl als »idealistisch« kritisierte Position vertreten, daß nämlich nur die veränderten Lebens- und Erlebnisqualitäten konkreter Menschengruppen Reformen wünschbar, machbar und auf Dauer legitimierbar erscheinen lassen. Identifikation und Organisationskultur werden dann zu strategischen Variablen. Jede Einheitslösung, erst recht eine zentralistische, ist der Tod des Spezifischen. In diesem Sinne ist der Sozialismus in eine Modernisierungsfalle geraten: In dem Maße wie Gleichheit tendenziell generalisiert, Einheitsformen (statt Lagerbildung) propagiert und symbolische Neutralität durch Verstaatlichung erzwungen werden, werden die kulturellen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit postkapitalistischer Formen untergraben. Deshalb wirkt das Programm von Krätke u.a. so archaisch wie die Forderung nach der Einheitswohnung für die Standardfamilie.

### 3. Lehren aus der Krise der Neuen Heimat

Kernpunkt folgender Bemühungen, einige positive Lehren aus der NH-Krise zu ziehen, ist die Grundthese, daß jede sozialreformerisch motivierte Alternative zur Marktsteuerung strategisch auf Organisationskultur und Wirtschaftsmoral der Beteiligten angewiesen ist. Das Eigeninteresse der Beteiligten soll dabei keineswegs zugunsten einer Gemeinschaftsethik außer Kraft gesetzt werden. Eine

Gemeinwirtschaft ohne Gemeinwirtschaftler kann nicht funktionieren. Und nichts beleuchtet diese These besser als die Peinlichkeiten der öffentlichen Auftritte ihrer leitenden Persönlichkeiten. Deren Sozialisation ist aber kein Naturgesetz, sondern Ergebnis vergangener politischer (Fehl-)Entscheidungen. Wie wichtig die Pflege von »Unternehmensphilosophie« und »Organisationskultur« ist, haben große Privatunternehmen längst erkannt, obwohl sie es viel weniger nötig haben als gemeinwirtschaftliche. Im Kampf um eine funktionsfähige und kulturell attraktive gemeinnützige Wohnungswirtschaft (GWW) scheinen mir fünf Lehren von entscheidender Bedeutung.

1. *Klare ordnungspolitische Abgrenzung* — Der Verfall der intellektuellen Reformkultur ist so weitgehend, daß es kaum noch jemanden gibt, der die aktuelle Debatte um die Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) ordnungspolitisch in der Tradition der Wohnreformbewegung begreift (vgl. Jenkis 1986). Das Konzept der GWW als Sondersektor — seine Funktionsvoraussetzungen, Stabilitätsbedingungen, seine spezifischen Allokations- und Verteilungsmechanismen — muß bekannt sein, will man nicht an dem ideenlosen, aktuellen Herumflicken und damit Zerstören teilhaben. Es bedarf wieder einer klaren ordnungspolitischen Abgrenzung von gemeinnütziger und privatwirtschaftlicher Wohnungswirtschaft, wie sie bis 1956 ansatzweise mit dem Antispekulationsparagrafen (§ 8 WGG) vorhanden war. Dies ist die Grundprämisse einer funktionsfähigen GWW als gesonderter Reformsektor (vgl. Wohnbund 1984). Heute gibt es eine unhaltbare Wettbewerbsverzerrung, da die gleiche Wohnung als frei-veräußerbare Ware sowohl von privaten wie auch von gemeinnützigen Trägern angeboten werden kann. Durch diese historische Verwischung der Grenzen wurde die Spekulation mit dem Wertgefälle zwischen beiden Sektoren möglich. Während das Verkaufen von Wohnungen aus dem gemeinnützigen Sektor längst eingeübte Praxis ist — zu Lasten des Steuerzahlers und Mieters und zugunsten des dadurch erst ermöglichten profitablen Vermittlers (BGI) — erweist sich der Verkauf von Stammkapital, der Ausstieg aus der Gemeinnützigkeit sowie die Privatisierung des Erlöses noch als unsicheres Terrain. Bricht mit der NH der Damm der aus der Genossenschaftsbewegung stammenden Sozialbindungen, so droht die größte Verschleuderungsaktion von öffentlich kontrolliertem Vermögen in der Geschichte der deutschen Wohnungspolitik (Novy 1986c).

2. *Wiedererlangung von Subventionseffizienz* — Wie das Wehklagen über die verlorenen Subventionsmilliarden zeigt, sollte die Förderung sich wieder an den klassischen Prinzipien der Wohnreform orientieren: keine Geschenke, sondern Förderung nur gegen Dauerbindung und öffentliche Leistungen. Die Umschichtung der Förderung von direkter zu indirekter hat zur Vernebelung der Zusammenhänge, zum Verlust an Steuerungsmöglichkeiten und zum Entstehen einer Doppelmoral beigetragen. Während die direkte, budgetsichtbare Förderung unter höchstem Legitimationsdruck steht und deshalb ständig gekürzt wird, und Bauminister Schneider sich weigert, mit Steuergeldern die Sozialbindungen der NH-Wohnungen zu sichern, reißen die budgetunsichtbaren indirekten Förderformen (Steuervorteile) für private Träger und Spekulanten immer größere Löcher ins Steueraufkommenspotential und destabilisieren zudem den Wohnungs-



markt, da dadurch primär kurzfristig interessierte Abschreiber und nicht gebrauchswertorientierte Bauherren und solide Wohnungsverwalter »gezüchtet« werden.

3. *Strategische Bedeutung der Organisationskultur* — Die Gemeinwirtschaft in Gestalt von Gesellschaften wie die NH ist als Reformprojekt strukturell immer gefährdet. Denn sie ist auf Organisationskultur und die Moral der Beschäftigten angewiesen, da Kapitalkontrolle (wie im Kapitalismus) und Bewohnerkontrolle (wie bei der Genossenschaft) entfallen. Da das eindeutige Unternehmensziel — die Gewinnmaximierung — entfällt, wächst zunächst der Handlungsspielraum; umgekehrt sind nun Ziele komplexer, Anforderungen oft höher; auf Grund von Politiknähe und Steuerbefreiung die Ressourcen jedoch teilweise größer. Jedenfalls sind nun managerielles Handlungsfeld und die Prinzipien der Komplexitätsreduktion offener. Daher die erhöhte Bedeutung wertgeleiteter Handlungssicherheit und Kontrolle. Werden Organisationskultur und Wirtschaftsmoral aber — wie jahrzehntelang in der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft — weder gefragt noch gefördert, dann setzen sich die Normen der privatwirtschaftlichen Umgebung durch. Es kommt dann in der Gemeinwirtschaft zu einer paradoxen Umkehrung privatwirtschaftlicher Maximen: statt Gewinne zu internalisieren und Kosten zu externalisieren, wurden nun Gewinnmöglichkeiten externalisiert und Kosten internalisiert. Also: Kosten wurden einerseits regelrecht »produziert« statt sie zu minimieren, da die Gewinnausschüttung begrenzt wurde. Die Transformation von potentiellen Überschüssen in Kosten kann beispielsweise die Form von Ausstattungsluxus, von überbetrieblichen Leistungen, Höchstgehältern, überhöhten Spenden und Geschenken annehmen. »Fiktive« Kosten können andererseits auch internalisiert werden, um Gewinnmöglichkeiten zu externalisieren. Nicht-gemeinnützige Gesellschaften wie die Terrafinanz, Baustoffunion, Heizungs- und Antennengesellschaften wurden systematisch vor- und nachgeschaltet, um dort verfügbare Gewinne zu Lasten der NH beziehungsweise der Mieter und Steuerzahler zu machen. Und immer waren es die Führungskader selber, die von diesem Geschäft mit sich selber (teilweise versteckt hinter Strohmännern) am meisten profitierten. Ob BGAG oder gar DGB als Organisationen davon profitierten, muß noch geklärt werden. So wurde die NH »gemolken«, bis sie an Substanzverzehr kollabierte (der natürlich auch der Veränderung der objektiven Rahmenbedingungen, Marktsättigung, verfehlte Wachstums- und Bodenbevorratungspolitik usw. geschuldet war). Statt die Bestimmungen der Wohnungsgemeinnützigkeit reformpolitisch zu vertreten und ideelles Kapital daraus zu ziehen, haben Vorstände und Eigentümer immer nur kurzfristig gedacht, die gemeinnützigkeitsrechtliche Vermögensbindung nur als lästige Schranke empfunden und daher nie die entsprechenden Eigenkapitalerhöhungen vorgenommen. Investitionen aus Eigenmitteln und Überschüsse wollte man tunlichst dort realisieren, wo man ohne gemeinnützigkeitsrechtliche Sozialbindungen verfügen konnte, beispielsweise bei der NH-Städtebau oder International.

All dies sind keine Fragen individueller Unmoral, sondern des Fehlens einer anderen Moral. Nur der Kadergeist einer Akademie der Gemeinwirtschaft, eingebettet in eine intellektuelle Reformkultur, hätte hier ein anderes Fundament legen können. Jene aber wurde früh (in den fünfziger Jahren) geopfert (die heu-

tige *Hochschule für Wirtschaft und Politik*, Hamburg). Die Reformkultur aber — wie sie z. B. in den zwanziger Jahren durch Martin Wagner und Bruno Taut als Gewerkschaftsstrategie gelang — hatte zwischen den sozialpartnerschaftlichen und den zu abstrakt oppositionellen Flügeln der Arbeitnehmerorganisationen keine Chance.

4. *Selbstverwaltungsverbund statt Konzern* — Wenn dieser Kadergeist nicht technokratisch abdriften soll, muß er eingebunden sein in den Diskurs mit den Betroffenen. Dies war auch das Konzept zu Beginn des gewerkschaftlichen Engagements 1924: programmgebende Muttergesellschaft (DEWOG), örtliche professionelle Serviceunternehmen und Verwaltungsgenossenschaften in allen Siedlungen (Novy/Prinz 1985, 103ff.). Während die Nazis dieses funktionierende differenzierte Selbstverwaltungs-konzept zerstörten und 1938 durch regional zentralisierte »Neue Heimaten« ersetzen, pflegen die Schweden und Norweger das von uns importierte Konzept bis heute erfolgreich: jede Baueinheit eine Bewohnergenossenschaft im Verbund mit der Muttergesellschaft. Dort ruht die Gemeinwirtschaft auf dem soliden Fundament von Tausenden von Selbstverwaltungseinheiten. Die kulturelle Basis von Demokratie und Solidarität wird in täglicher Kleinarbeit gesichert. Und das soll bei uns nicht gehen? Längst sind die programmatischen Ansätze (WOHNBUND) da, erste Beispiele von Bewohnergenossenschaften (Duisburg und Frankfurt) auf dem Weg.

5. *Traditionspflege und Perspektivendebatte* — Wer nicht weiß, woher er kommt, kann auch nicht wissen, wohin er geht. Die NH war so traditionslos, daß sie nicht einmal ihren Geburtstag im richtigen Jahr (nämlich 1924 in Berlin und nicht der Zufall von 1926 der Hamburger Regionalgründung) feiert und sich auch nie vom Stigma ihres Nazi-Namens und — schlimmer noch — der NS-Organisationskonzepte (nämlich Verzicht auf Selbstverwaltungsorganisationen in den Siedlungen) befreit hat. Eine Gemeinwirtschaft ohne Pflege von Tradition, Mythen und Hoffnungen geht eben nicht.

Es ist daher auch nicht aufgefallen, daß in einer Vielzahl von Schritten, an denen die NH beteiligt war, die objektive Funktion der GWW geradezu ins Gegenteil verkehrt wurde. Ursprünglich war die GWW Wohnreformsektor im Dienste der Bewohner (Konsumenten), von dem auch Reformdruck auf die vorgelagerten kostentreibenden Märkte ausging: bodenreformerische Bemühungen, gemeinwirtschaftliche Bemühungen im Baustoff- und Bausektor (Bauhütten usw.), Umgehung der Kapitalmarktfinanzierung durch Sonderkreisläufe. Heute dagegen ist die GWW, als in dieser Kette einzig übriggebliebener regulierter Markt, zur »sozialisierten« Absatzorganisation der Hochpreispolitikinteressen der »liberalisierten« Vormärkte (Boden-, Baustoff-, Bau- und Kapitalmarkt) geworden. Über die Institutionen WGG, Sozialer Wohnungsbau, Kostenmiete und Nachsubventionierung werden die Gewinninteressen der Anbieter in den Vormärkten staatlich gesichert statt gedämpft und kontrolliert. Am deutlichsten ist dies im Bereich der Bodenpreise und Kapitalkosten. Die Privatbanken haben in den letzten dreißig Jahren einen einzigartigen Siegeszug vollbracht und alle Reste reformerischer Sonderfinanzierungskreisläufe verdrängt. Die Bauhütten sind zugunsten der Sozialpartnerschaft zu Beginn der sechziger Jahre von der IG Bau, Steine, Erden geopfert worden. Bodenreform ist heute ein Fremdwort. Konsum-

ment und Steuerzahler sind dem ganzen hilfloser ausgeliefert als dem reinen Marktssystem. Der wohnungswirtschaftliche Komplex — privatwirtschaftlich organisierte Vormärkte, »sozialisierter« Endabsatz — hat auch hier den »administrierten Zwangskonsum« durchgesetzt (Novy 1980).

Der ruhmreiche gewerkschaftliche Aufbruch in die Wohnungspolitik der zwanziger Jahre endete — bitter und paradox zugleich — im gleichsam »tariflich« gesicherten Gewinn der Anbieter in den wohnungswirtschaftlichen Vormärkten. Die NH selber wurde das erste Opfer. Es können noch andere folgen.

Nun rächt sich, daß SPD und Gewerkschaften es versäumt haben, mehr reformökonomisch-ordnungspolitische Konzepte aufzubauen: an Hochschulen, Fortbildungsstätten, in den eigenen Programmen und Organisationen. Eine Gemeinwirtschaft ohne Gemeinwirtschaftstheorie, -politik und -kultur kann sich nicht halten.

## Anmerkungen

- 1 Eine Formulierung von Marx (Nachwort zur zweiten Auflage des *Kapital*, MEW 23, 25), die von Kautsky aufgegriffen wurde. Vgl. hierzu meine Kritik des seit Kautsky verbreiteten Theorieabsentismus in Novy 1978, 13ff.
- 2 Vgl. Atlanticus 1898 und Popper-Lynkeus 1912. Beide sind sozialistisch-technokratische Utopisten, die die Vorteile sozialistischer Produktion errechnen, indem sie nur die kapitalistischen faux frais herausrechnen, aber keine Organisationskosten der naturalen Planwirtschaft ansetzen. Vgl. hierzu auch Belke 1978.
- 3 Ich denke beispielsweise an die Köln-Ehrenfelder Arbeiterbaugenossenschaft, den Solinger Spar- und Bauverein, die Freie Scholle in Bielefeld und Berlin, die Arbeiterbaugenossenschaft Altmansdorff-Hetzendorf in Wien. Wer deren Arbeit kennt, weiß, daß es eine gute Tradition und reale Praxis der Selbstverwaltung in der Gemeinwirtschaft gibt. Leider hat diese nie Eingang in die linke Fachdebatte gefunden; vgl. z.B. den Argument-Sonderband 61 über Selbstverwaltung. West-Berlin 1981.
- 4 Diese sind im wohnungspolitischen Bereich im WOHNBUND — Verein zur Förderung wohnpolitischer Initiativen e.V. (Ploenniesstr. 18, 61 Darmstadt) zusammengeschlossen. Dieser bundesweit operierende Verband stellt einen Zusammenschluß von neuen Wohnprojekten, reformoffenen alten Wohnungsunternehmen, Beratungsvereinen und engagierten Einzelpersonen dar. Ziel ist die Entwicklung, Popularisierung, lobbyistische und beratende Umsetzung zeitgemäßer Formen sozial-gebundenen Wohnens, also nicht — wie Krätze u.a. unterstellen — die ausschließliche Förderung des Genossenschaftsgedankens.

## Literaturverzeichnis

- Atlanticus (Pseudonym für Carl Ballod) 1898: *Produktion und Konsum im Sozialstaat*. Stuttgart
- Belke, I., 1978: *Die sozial-reformerischen Ideen von J. Popper-Lynkeus*. Tübingen
- Cremer, C., Kujath, H.J., Novy, K., 1987: *Dienste ausbauen statt Weiterbauen. Zur Zukunft gemeinnütziger Trägerformen im Wohnungsbereich*. Forschungsbericht (im Erscheinen)
- Hirsch-Borst, R., Krätze, S., Schmoll, F., 1982: *Städterneuerung ohne Spekulanten*. West-Berlin
- Dies., 1984: *Zwischen Selbsthilfe und Staatsbürokratie — Neue Wege für die kommunale Wohnungspolitik*. Hamburg
- Jenkis, H.W., 1986: *Reform oder Abschaffung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes*. In: *ZöG* 9, 14ff. und 155ff.
- Krätze, M., 1984: *Kritik der Staatsfinanzen. Zur politischen Ökonomie des Steuerstaats*. Hamburg
- Krätze, S., 1981: *Kommunalisierter Wohnungsbau als Infrastrukturmaßnahme. Eine Alternative zum sozialen Wohnungsbau in der BRD*. Frankfurt/M., Bern
- Ders., 1985: *Gemeinwirtschaftliche Reformperspektiven im Wohnungsbau*. In: *Prokla* 61, 95ff.
- Novy, K., 1978: *Strategien der Sozialisierung*. Frankfurt/M.
- Ders., 1979: *Der Wiener Gemeindewohnungsbau: Sozialisierung von unten*. In: *Arch+* 45, 9ff.
- Ders., 1980: *»Administrierter Zwangskonsum« — Zur paradoxen Funktionalität erhöhter Staatseingriffe*. In: *Leviathan* 8, 357ff.
- Ders., 1983: *Genossenschaftsbewegung*. West-Berlin
- Novy, K., Prinz, M., 1985: *Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft*. Bonn, West-Berlin
- Novy, K., 1986a: *Renaissance der Genossenschaften — Realismus oder Utopie?* In: Berger, J. u.a. (Hrsg.), *Selbstverwaltete Betriebe in der Marktwirtschaft*. Bielefeld 79ff.
- Ders. (Hrsg.), 1986b: *Wohnreform in Köln. Geschichte der Baugenossenschaften*. Köln
- Ders., 1986c: *»Keine sonstigen Vermögensvorteile ...«* Bricht der Damm der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vermögensbindung? In: *Stadtbauwelt* 92, 1828ff.
- Popper-Lynkeus, J., 1912: *Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage*. Dresden
- Wohnbund 1984: *Forderungen zur Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG)*. Darmstadt; auch in: *Wohnbund-Journal* 2/1984

## Die österreichische Gemeinwirtschaft nach dem Debakel bei VOEST-Alpine

### Ausmaß und Verbreitung der Gemeinwirtschaft in Österreich

Als »Gemeinwirtschaft« bezeichnet die österreichische Statistik jene Betriebe und Unternehmungen, »die im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt von Gebietskörperschaften oder sonstiger Träger des öffentlichen Rechts, von Genossenschaften oder gemeinnützigen Institutionen stehen«, wobei der Eigentumsanteil dieser Organisationen mindestens 50 % betragen muß.

Durch diese Definition versteckt sich unter dem Titel »Gemeinwirtschaft« ein äußerst heterogenes Bündel von Unternehmen wie z.B. fast die gesamte Elektrizitätswirtschaft, die verstaatlichte Industrie, verstaatlichte Banken und deren Industriekonzerne, Raiffeisen- und Konsumgenossenschaften, Bundesbetriebe (Post, Bahn, Rundfunk), Wohnbaugenossenschaften, kommunale Versorgungseinrichtungen, Betriebe im Eigentum der Kirche und von politischen Parteien u.v.a.m. Zwar fallen nur 2 1/2 % aller österreichischen Betriebe in den so definierten Bereich der Gemeinwirtschaft, doch waren dort 25 % aller Lohnabhängigen beschäftigt, die 33 % des gesamtwirtschaftlichen Personalaufwands erhielten (1983); 47 % aller Investitionen wurden von gemeinwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt, die etwa 33 % des gesamtwirtschaftlichen Nettoproduktionswerts erzeugten. Bis auf die sogenannten »Freien Berufe« ist die Gemeinwirtschaft in allen Wirtschaftsklassen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, vertreten: praktisch Monopolcharakter (95 % Anteil gemessen am Nettoproduktionswert) hat sie im Energieversorgungsbereich, im Bergbausektor, bei Verkehrs-Nachrichtenübermittlung, im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft sowie bei Versicherungen und Wirtschaftsdiensten (jeweils 67 %). Bei den persönlichen, sozialen und öffentlichen Diensten (29 %) sowie in der verarbeitenden Industrie und im Gewerbe (25 %) spielt die Gemeinwirtschaft vor allem in Einzelbereichen eine herausragende Rolle, ebenso im Handel (10 %); nur im Bauwesen (4 %) und Beherbergungswesen (2 %) sind keine wichtigen gemeinwirtschaftlichen Positionen sichtbar. Dennoch können auch hier, in einzelnen Unterbereichen, beherrschende Positionen bestehen.

Der Bund dominiert als Eigentümer den gemeinwirtschaftlichen Bereich mit fast 60 % (direkte Aktivitäten des Bundes, verstaatlichte Industrie, verstaatlichte Banken, andere Kapitalbeteiligungen des Bundes), danach kommen die Kommunalwirtschaft (11 %), die Genossenschaften (12 %) und die Bundesländer (7 %). Der Rest verteilt sich auf gemischte Beteiligungen.

Seit der Bereichszählung 1976 hat sich sowohl die Zahl der gemeinwirtschaftlichen Betriebe als auch die Zahl der dort Beschäftigten deutlich erhöht, ebenso die dort erarbeitete Wertschöpfung. Daraus könnte man bei oberflächlicher Betrachtung schließen, daß der österreichische gemeinwirtschaftliche Sektor floriert und eine der Stützen der österreichischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung darstellt. Das Gegenteil ist jedoch der Fall.

## Krisensymptome

Seit der Bereichszählung von 1983 haben sich auch die rein ökonomischen Kennzahlen weiter Teile des gemeinwirtschaftlichen Sektors drastisch verschlechtert: Die verstaatlichte Industrie hat einen öffentlichen Finanzbedarf von über 40 Mrd Schilling (fast sechs Mrd DM) angemeldet, nachdem Ende 1985 das Debakel ihres »Flaggschiffes« VOEST-Alpine, das durch die Folgen der internationalen Eisen- und Stahlkrise, Mißmanagement und Ölpekulationsgeschäfte verursacht war, bekannt wurde. Für die zwei größten mehrheitlich verstaatlichten Banken wurden rechtliche und finanzielle Mittel großen Ausmaßes bereitgestellt, um vor allem Verluste, die sie mit ihren Industriekonzernen erlitten hatten, auszugleichen. Einige Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, Wohn-Baugenossenschaften wurden teilweise liquidiert bzw. saniert, und die finanziellen Probleme der österreichischen Bundesbahn sind notorisch. Die einseitige Forcierung des Straßenverkehrs, bei gleichzeitiger eklatanter Vernachlässigung des Bahnverkehrs und da vor allem der Nebenbahnen (Investitionsverbot Mitte der sechziger Jahre, das nur auf wenigen Strecken übergangen wurde), hat bis Anfang der siebziger Jahre die Bahnen und damit eine ökologisch sinnvolle Verkehrspolitik ins Abseits gedrängt.

Viel gravierender als diese rein ökonomisch-betriebswirtschaftlichen Probleme ist jedoch die Tatsache, daß heute der gemeinwirtschaftliche Sektor zu einem Synonym für Versteinerung, illegale Parteienfinanzierung, Korruption, brutales Machtdenken und Lobbyismus (Neo-Feudalismus) geworden ist. In fast allen Bereichen des Gemeinwirtschaftssektors ist von der ursprünglichen Zielsetzung und Idee der Gemeinwirtschaft nurmehr wenig zu merken: Es besteht weder eine wirksame Mitwirkungsmöglichkeit der Mitglieder in Genossenschaften noch eine wirksame Mitbestimmung der Belegschaften. Eine stärkere Hinwendung zur Erzeugung von sinnvollen Produkten unterblieb ebenso wie eine deutlichere gemeinnützige Orientierung der Unternehmung. Kurz, eine strategische Rolle dieses Sektors in Richtung auf eine weniger von Marktmachtpositionen dominierte Zukunft wurde nur unzureichend entwickelt.

In fast allen Bereichen der Gemeinwirtschaft ähneln innerbetriebliche Organisations- und Mitwirkungsstrukturen immer stärker denen von ausschließlich an der Erhaltung ihres Profits orientierten privatwirtschaftlichen Monopolen. Dasselbe trifft auf die außerbetrieblichen Aktivitäten zu. Dazu gehört auch, daß die Gehaltsniveaus der Funktionärsschichten der Gemeinwirtschaft fast ausschließlich im oberen Bereich der österreichischen Gehaltshierarchie zu finden sind. Es ist sicher zu begrüßen, daß die Sozialeinrichtungen und zusätzlichen Sozialleistungen in einem Teil der Unternehmungen der Gemeinwirtschaft außergewöhnlich gut ausgestattet sind, doch wäre die Priorität ihrer Finanzierung sicher an Indikatoren einer bedarfsgerechteren Leistungserstellung und -verrechnung, die weit größeren Personenkreisen zukäme, zu überprüfen, um Entsolidarisierungseffekte mit weiten Teilen der Bevölkerung zu vermeiden. In jüngster Zeit sind vor allem in der Schwerindustrie Kürzungen dieser Sozialleistungen erfolgt.

Es scheint, daß in vielen Bereichen die österreichische Gemeinwirtschaft zu Machterhaltungspositionen der beiden großen politischen Parteien (SPÖ, ÖVP)

und ihrer führenden Politiker und einzelner Manager verkommen sind. Dies geht von der parteipolitischen Besetzung von Vorstandsposten und Anstellung überhaupt, über die Definierung parteimachterhaltender Strategien in Wohn-, Verkehrs-, Medien-, Energie- und Wirtschaftspolitik bis hin zu Aktivitäten, die von Parteifunktionären ausgeheckt waren und gravierende gesellschaftliche Konflikte produzierten. Besonders deutlich wurde dies im Energiebereich, beim inhaltlichen Widerstand gegen eine gesundheits- und umweltorientierte Energiepolitik, die gleichzeitig auch in vielen Bereichen eine kostengünstigere Nutzung des Primärenergieaufkommens ermöglichen würde. In fast allen Fällen mußte die Elektrizitätswirtschaft durch die Umwelt- und Bürgerinitiativenbewegung erst zu ihrem eigenen Glück gezwungen werden.

Es scheint, daß diese Mischung aus Filz, Illegalität, Ignoranz und Überheblichkeit nur so weit gedeihen konnte, weil sie konstituierender Teil der österreichischen Sozialpartnerschaft und des damit einhergehenden Proporz- und Besitzstanddenkens (»Du bekommst Deinen roten Generaldirektor bei der Firma X, wenn Du unserem schwarzen bei der Unternehmung Y zustimmst«) geworden ist. Damit ist die Partei- und Funktionärsherrschaft gewahrt, aber die ursprünglichen gemeinwirtschaftlichen Zielsetzungen sind ausgehöhlt worden.

Das heute in der Bevölkerung bestehende negative Image der Gemeinwirtschaft, als nur den Interessen der eigenen Partei, Funktionärsschicht und vielleicht noch Belegschaften dienendes, monopolartig auf geschützten Märkten wucherndes Konglomerat, haben sich die heute in jede kleine Verästelung des gesellschaftlichen, privaten und wirtschaftlichen Lebens eingedrungenen politischen Parteien selbst zuzuschreiben. Die Rechnung wurde den Großparteien bei den letzten Wahlen präsentiert. Dies führte jedoch nur dazu, daß die SPÖ-Führung, die ja traditionell Träger der Gemeinwirtschaftsidee war, mit allen erdenklichen Mitteln versuchte, diese ihr anhängende politische Hypothek loszuwerden. Aus diesem Grund hat sie sich dem Druck der ÖVP (»Sozialistische Staats- und Mißwirtschaft« als Schlagwort) in vielen Bereichen gebeugt und ist nunmehr eifrig dabei, in den von ihr kontrollierten Bereichen die letzten Reste übriggebliebenen gemeinwirtschaftlichen Gedankenguts zu eliminieren. »Privatisierung«, »Orientierung an rein betriebswirtschaftlichen Grundsätzen«, »Ausgliederung« sind die neuen Parolen.

Natürlich muß die Krise der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen Österreichs in Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen und -wirtschaftlichen Krise gesehen werden, als deren spezielle Ausprägung sie verstanden werden kann. Zugleich wird sichtbar, daß eindimensionale »Sachzwänge« und ökonomische Rationalität beschwörende Sanierungsformeln zu einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß auf die sozialpartnerschaftlich bedingte Phantasielosigkeit der österreichischen Sozialisten, die letztlich in- und ausländischen »Machern« zur Spitze verhelfen, mitverschuldet sind. Die »Wende« in Österreich findet zu einem beträchtlichen Teil innerhalb der SPÖ und der sie tragenden gemeinwirtschaftlichen Funktionärsschicht statt.

## **Entwicklungsbedingungen und Ursachen der Krise**

Die Verstaatlichung bedeutender Teile der österreichischen Wirtschaft nach 1945 war ein Ergebnis der ökonomischen Schwäche des österreichischen Bürgertums nach der Zerschlagung der nationalsozialistischen Herrschaft sowie der Enteignung des »deutschen Eigentums« (vgl. Deutsch 1978, Muley u. Karner 1986). Wesentlicher Faktor war eine bewußte Politik der Arbeiterbewegung, die aus der tragenden Rolle deutschen und österreichischen Kapitals beim Aufstieg des Faschismus die Konsequenz zog, strategisch wichtige Wirtschaftsbereiche politisch zu neutralisieren oder sogar für breite Bevölkerungsinteressen zu nutzen. Die große bürgerliche Regierungspartei (Österreichische Volkspartei — ÖVP) wollte durch die Verstaatlichung vor allem der Grundstoffindustrie und der beiden größten Banken und ihrer Industriekonzerne verhindern, daß ein beträchtlicher Teil dieses Sektors auf Dauer an die sowjetische Besatzungsmacht fällt. Große Investitionserfordernisse, privater Kapitalmangel und das Interesse der überwiegend privaten Verarbeitungsindustrie und des Gewerbes an niedrigen Vormaterialpreisen — bis Mitte der sechziger Jahre lagen diese beträchtlich unter dem Weltmarktniveau (vgl. Scherb, Morawetz 1986) — waren weitere Motive für die parlamentarischen Verstaatlichungsbeschlüsse unter Beteiligung der über die absolute Mehrheit verfügenden Österreichischen Volkspartei.

Unter dem noch frischen Trauma der nationalsozialistischen Herrschaft stehend, erfolgte für die wenigen Jahre bis zum Kalten Krieg eine Linksverschiebung von Teilen des bürgerlich-bäuerlichen politischen Lagers.

Die Beteiligung eines großen Teils der wirtschaftlichen Führungsschicht am nationalsozialistischen Regime trug zur kurzfristigen Diskreditierung und Schwächung von politisch militanten Teilen des Bürgertums bei. So verloren ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen für vier Jahre das Wahlrecht und mußten sich einem sehr formalen und widersprüchlichen Entnazifizierungsverfahren stellen. Der unmittelbare Wiederaufbau erfolgte durch die Arbeiter und Angestellten aus der Notlage heraus und in einem Herrschaftsvakuum, das Formen spontaner Selbstverwaltung möglich machte (vgl. Rauscher 1981, 5ff.). Die an der nationalsozialistischen Aufrüstung beteiligte und für diesen Zweck ausgebaute Schwerindustrie war für den österreichischen Binnenmarkt weit überdimensioniert. Ein beträchtlicher Teil der technischen und kaufmännischen Führungskräfte der verstaatlichten Industrien und Banken orientierten sich in dieser Periode noch immer an der nationalsozialistischen Ideologie, den ehemaligen deutschen Mutterunternehmungen und deren autoritären Leitungskonzepten. Viele Arbeiter und Angestellte — vor allem in Linz — waren ebenfalls den nationalsozialistischen Industrialisierungs- und Beschäftigungserfolgen in politischer Dankbarkeit ergeben.

Das traditionell staatlich-bürokratische Verwaltungsmodell, durch austrofaschistische und nationalsozialistische Führungsmethoden noch zusätzlich verhärtet, war eine weitere Determinante der Innovationsschwäche in wichtigen Teilen der verstaatlichten Betriebe in den siebziger Jahren. Provinzialismus, sogar rassistische Vorurteile, die der österreichischen Gesellschaft tief inhärent sind, waren auf wichtigen neuen Märkten für Unternehmungen eines kleinen

Staates nicht unbedingt von Vorteil. Mitarbeiter skandinavischer Unternehmungen, von Firmen der Benelux-Staaten und sogar der Schweiz, weisen eine weltoffenere Grundhaltung auf. Umstellungs- und Anpassungsprobleme des schwerindustriellen Sektors auf neue Produktionen kamen zu den angeführten Krisenursachen noch hinzu.

Ab Mitte der fünfziger Jahre rückte die ÖVP deutlich vom verstaatlichten Bereich ab und führte erfolgreiche Reprivatisierungskampagnen durch, die nur durch immer wieder entfachten Widerstand von seiten großer Beschäftigtengruppen und der politischen und gewerkschaftlichen Massenorganisationen eingedämmt werden konnten. Die verstaatlichte Schwerindustrie wurde durch ein Diktat der ÖVP bereits in den fünfziger Jahren zu Gunsten der Privatindustrie einem »Finalproduktionsverbot« unterworfen, das deutliche strukturschwächende Wirkungen zeitigte.

### **Die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft für die Entwicklung des »Österreichischen Modells«**

Neben Norwegen, Schweden, der Schweiz und Japan gehörte Österreich bisher zu den wenigen kapitalistischen Industriestaaten, die relativ niedrige Arbeitslosenraten aufweisen. Faktoren, die zu dieser Entwicklung geführt haben, waren relativ konfliktfreie Arbeitsbeziehungen vor dem Hintergrund einer der stärksten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegungen der kapitalistischen Welt. Ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad zwischen 55 und 60 %, die nahezu ununterbrochene Regierungsbeteiligung oder Alleinregierung der österreichischen Sozialdemokratie seit 1945 und eine aus der gewerkschaftlichen Position der Stärke entwickelte Fähigkeit zur »sozial- und wirtschaftspartner-schaftlichen« Lösung von Konflikten im Frühstadium — im Wege von Kompromissen oder indem diesen durch Vermeidung und Verdrängung ausgewichen wurde — haben zum »österreichischen Klima« geführt. Der im Vergleich der kapitalistischen Industriestaaten größte Anteil an öffentlicher Wirtschaft und die starke gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung bedingten einander wechselseitig. Ziemlich große regionale, branchen- und geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsunterschiede waren außerdem für die bis vor kurzem hochgradige Stabilität des »österreichischen Weges« maßgeblich. Seit der krisenhaften Entwicklung Anfang der siebziger Jahre kam die stabilisierende Funktion einer expansiven öffentlichen Haushaltspolitik sowie eine Öffnung von Teilen der österreichischen Wirtschaft zur Dritten Welt, und zwar insbesondere zu den Ölstaaten des Nahen Ostens hinzu. Der Preisverfall des Öls, die Schuldenkrise in vielen Staaten der Dritten Welt sowie nur unzureichend auf die Bedürfnisse dieser Staaten abgestimmte Investitionsprojekte, wie vor allem die Auswirkungen der Stahlkrise, führten zu größeren Absatzproblemen des verstaatlichten und indirekt verstaatlichten Industriesektors. Der große Anteil der Staaten des RGW, insbesondere am Export der verstaatlichten Industrie, war ein weiterer Stabilisierungsfaktor, der in der Folge aber zunehmend Probleme hervorrief, da häufig Kompensationsgeschäfte mit branchenfernen agrarischen und industriellen Produkten erforderlich wurden, und ein Teil der osteuropäischen Staaten größere



Verschuldungsprobleme aufzuweisen haben. Zugleich trat in vielen neuindustrialisierten Ländern eine Sättigung im Bereich von Industrieanlagen des Grundstoffsektors auf, und einige von ihnen wurden selbst zu Exporteuren derartiger Produktionsanlagen.

Ab Mitte der siebziger Jahre leisteten viele Unternehmungen der verstaatlichten Industrie einen bedeutsamen Beitrag zur Beschäftigungssicherung, indem sie weit weniger rigoros als die meisten vergleichbaren Unternehmungen des westlichen Auslands Arbeitskräfte abbauten, damit aber in der Folge ihre betriebswirtschaftliche Substanz schwächten.

In Österreich existiert die vielleicht dichteste Form einer korporatistischen »Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft«, die den Vorteil hat, die Konfliktkosten auch für die Arbeiter und Angestellten niedrig zu halten, aber mit Entpolitisierung und Passivierung erkaufte wird. Da die mehr konfliktorientierten Arbeiterbewegungen Westeuropas nicht wesentlich erfolgreicher waren oder manchmal sogar weniger Durchsetzungskapazität besaßen, war deren Attraktivität für die meisten Arbeiter und Angestellten gering. Die Schreckpropaganda der österreichischen Massenmedien gegenüber ausländischen Streikbewegungen, bei gleichzeitiger Belobigung der gesamtwirtschaftlichen Vernunft des angeblich übermächtigen Österreichischen Gewerkschaftsbundes, tat ein übriges zur Entwicklung von Selbstüberschätzung gewerkschaftlicher Stärke. Latent antiromanische und -angelsächsische Vorurteile aus den beiden Weltkriegen wirkten nach und schufen eine zusätzliche Barriere. Große Wiederaufbauerfolge und die günstige wirtschafts- und sozialpolitische Bilanz der Hochkonjunkturperiode führten zu einer bedeutenden Verringerung des traditionellen österreichischen ökonomischen Rückstandes gegenüber vielen westeuropäischen Staaten. Alle diese Faktoren erzeugten die vorherrschende Einschätzung, daß eine Position der defensiven Stärke, mit realistischem Verhandlungsgeschick verknüpft, zu einer weit überlegenen Strategie der österreichischen Gewerkschaftsbewegung entwickelt werden könnte.

### **Vom »Austrokeynesianismus« und der »mixed economy« zum »Austrothatcherismus«?**

Die starke Stellung der direkt und indirekt verstaatlichten Industrie und der verstaatlichten Banken war eine wesentliche Voraussetzung für die relativ unabhängige und neutrale Position Österreichs nach dem Staatsvertrag 1955. Dieser Wirtschaftssektor konnte trotz aller Beschränkungen ein Gegengewicht zur dominanten ökonomischen Orientierung auf den Westen, insbesondere zur BRD, bilden. Die hohe Exportquote der verstaatlichten Industrie in die osteuropäischen Staaten bildete einen gewissen Ausgleich.

Mit dem wachsenden Auslandskapitalanteil, vor allem in strategischen Industriebranchen wie der Elektro-, Elektronik- und chemischen Industrie, wird das Ungleichgewicht zwischen den West- und Ostbeziehungen Österreichs jedoch immer größer. So warnt der langjährige Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien und kritisch marxistische Ökonom Eduard März davor, daß bei einem derzeit bald 40 prozentigen Auslandsanteil

am industriellen Eigentum Österreich in die Position einer industriepolitischen Halbkolonie gedrängt werden könnte (März 1986). Aus der österreichischen Geschichte sind die vielen besonders rücksichtslosen Schließungen von Betriebsstätten deutscher Konzerne (Thyssen, Krupp u.a.) nach der »großen Krise« 1929/30 in unheilvoller Erinnerung, da diese Konzerne nationalsozialistische und austrofaschistische Organisationen und Terroraktivitäten finanzierten.

Diejenigen Länder, die eine relativ niedrige Arbeitslosenrate verzeichnen, sind bis auf Japan Kleinstaaten (Norwegen, Finnland, Schweiz, Schweden und Österreich), die trotz der großen Unterschiede in ihrer Struktur einige Gemeinsamkeiten haben: ein maximal mittleres Niveau an internationaler Handelsverflechtung und einen relativ begrenzten Einfluß ausländischen Kapitals. Diejenigen westeuropäischen Kleinstaaten, die einen hohen Anteil ausländischen Kapitaleinflusses aufweisen — Belgien, Niederlande, Dänemark und Irland —, sind interessanterweise auch die Staaten, die doppelt bis dreimal so hohe Arbeitslosenraten haben.

Während in den nordeuropäischen Staaten mit einer dominanten sozialdemokratischen Regierungstradition eine Vielzahl von Strukturreformen des Sozialstaates und des soziokulturellen Bereichs erfolgten, konzentrierte sich die österreichische Reformpolitik seit 1945 vor allem auf Veränderungen im ökonomischen und sozialpolitisch-gesetzgeberischen Bereich sowie auf eine beträchtliche quantitative Ausweitung sozialstaatlicher Dienstleistungen und Transferzahlungen. Bis Ende der sechziger Jahre vernachlässigte die österreichische Sozialdemokratie aber den sozio-kulturellen Sektor.

Die Vernichtung und Vertreibung fast der gesamten linken und liberalen Intelligenz jüdischer Herkunft sowie die westliche Politik des Kalten Krieges und der Stalinismus bewirkten, daß in den fünfziger und sechziger Jahren eine Art postfaschistische kulturelle Hegemonie aufrechterhalten werden konnte. Die nach dem Faschismus vorherrschende rechtssozialdemokratische Politik war auf Grund der Anlehnung an das US-amerikanische Gewerkschaftskonzept und der abschreckenden Wirkung des Stalinismus weder imstande noch bereit, dem etwas Wirksames entgegenzusetzen. In den siebziger Jahren der sozialdemokratischen Alleinregierung wurde zwar ein kulturliberaler Öffnungs- und Aufholprozeß eingeleitet, aber mit der Politik der neuen großen Koalition und den vier Symbolfiguren der Rückwärtswende (Waldheim, Erzbischof Groer, Außenminister Mock und der rechtsradikale Oppositionsführer Jörg Haider) sind diese Tauwetter-Ergebnisse gefährdet. Die Entwicklungsbedingungen einer Kompradoren- oder Lumpenbourgeoisie (André Gunder Frank) waren in Österreich noch nie so günstig.

Nach 1945 konnte im Unterschied zu den skandinavischen Staaten keine sozialdemokratisch-linksliberale Hegemonie entwickelt werden. Die aus der Periode vor den beiden faschistischen Regimen herübergeretteten Traditionen der Arbeiterkultur konnten nur mehr in Teilen und zumeist um ihre zentrale politische Dimension entschärft aufrechterhalten werden.

## Der notwendige Umbau der industriellen Arbeitsorganisation und die Angst der organisierten Arbeiterbewegung

Eine wesentliche Krisenursache vieler verstaatlichter Betriebe ist das Festhalten an überholten hierarchischen Organisationsformen. Die sozialdemokratische und die kommunistische Arbeiterbewegung stehen in der Tradition bürokratisch-zentralistischer Organisationskonzepte. Dieser Konservatismus und die Angst vor innerorganisatorischem Machtverlust gehen soweit, daß in einer Periode, in der transnationale Konzerne kooperativere Formen der Arbeitsorganisation und Dezentralisierung aus Effizienzgründen entdeckt haben, starke Widerstände in sozialdemokratischen und kommunistischen Führungsschichten gegenüber einer Revision der Organisationstheorie und -praxis noch immer aufrechterhalten werden. Von vereinzelt linksstehenden sowie vor allem humanistisch orientierten Organisationstheoretikern und Arbeitswissenschaftlern wurden Konzepte zur Reform der Arbeitsorganisation bereits vor vielen Jahrzehnten entwickelt.

Der österreichische Sozialökonom Emil Lederer hat schon im Jahre 1914 die mitteleuropäischen Gewerkschaften vor ihrer unkritisch-positiven Haltung dem technischen Fortschritt und dem Taylorismus gegenüber gewarnt und darauf hingewiesen, daß der Verdrei- bis Verfünffachung des Produktionsvolumens bei gleichbleibender Zahl der Beschäftigten keine ausreichende Steigerung der Konsumkraft der Arbeiterschaft gegenüberstünde und daß Arbeitslosigkeit, Absatzstockung und Krisen in noch stärkerem Maße entstehen würden, als dies bei der überstürzten Einführung der Maschinen der Fall war. Nur eine starke und auch dezentral gut organisierte Gewerkschaft könne

»die Durchführung des Taylorsystems kontrollieren und in ihrem Umfang und dem Tempo der Einführung entscheidend bestimmen. Aber gerade dort jedoch, wo das Taylorsystem am ehesten und raschesten durchgeführt werden dürfte, in der Großindustrie, reicht die Kraft der Gewerkschaften dazu nicht aus.« (Lederer 1914, 775f.)

In einem ähnlichen Sinne übt der französische Soziologe Serge Mallet im Jahre 1963 Kritik. Obwohl Marx im *Kapital* den Strukturen der industriellen Arbeitsorganisation die größte Bedeutung beigemessen hat, habe

»die marxistische Theorie zwischen den zwei Weltkriegen praktisch das Interesse an der inneren Entwicklung der Arbeitswelt verloren. Die damals wenig bekannten Texte von Antonio Gramsci über den 'Amerikanismus und Fordismus' bestätigen nur durch ihre Einzigartigkeit diese Regeln der Gleichgültigkeit. Und das Scherbengericht, das die französische Arbeiterbewegung lange Zeit gegenüber den Werken nicht nur von Georges Friedman, sondern auch von einem Marxisten wie Pierre Naville übte, zeigt diesen nachteiligen Bruch zwischen der Arbeitssoziologie und der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Wenn die positiven und empirischen Vorstellungen amerikanischen Ursprungs in Westeuropa gegen jede theoretische Beeinflussung seitens des Marxismus auf die jungen Sozialwissenschaften einwirken konnten, dann verdanken sie dies zum großen Teil diesem Versagen des offiziellen Marxismus, seiner Unfähigkeit, die Veränderungen der technischen Produktionsprozesse und deren neue Form der Arbeitsorganisation mit den immanenten Konflikten der kapitalistischen Produktionsweise zu vermitteln.« (Mallet 1972, 31f.)

Der österreichische Ökonom Egon Matzner hat an einem Gutachten im Auftrag der Österreichischen Metallarbeitergewerkschaft zum Sanierungskonzept der Vereinigten Edelstahlwerke mitgearbeitet und kommt auf Grund dieser und anderer österreichischer Erfahrungen zu der Einschätzung:

»Vielen jedoch, so vermute ich, ist die Komplementarität zwischen technologischer und sozialer Innovation, verstanden als Veränderung der Organisation des Zusammenwirkens der Menschen bei der Handhabung und kreativen Weiterentwicklung der technischen Neuerungen, seien diese Werkzeuge oder Denkzeuge, nicht bewußt. Ein solches verkürztes Verständnis des Phänomens der Innovation, das sich bei vielen Entscheidungsträgern auf der Makroebene der Wirtschaftspolitik wie der Mikroebene der Unternehmenspolitik feststellen läßt, ist verhängnisvoll. Wer nicht erkennt, daß sich technologische Innovationen bei Konstanz der Organisation nur selten voll nutzen lassen, insbesondere eine solche Konstanz weitere technologische Innovationen behindert, gerät im Wettbewerb mit jenen Unternehmungen und jenen Volkswirtschaften, die die Botschaft begriffen haben, über kurz oder lang in Nachteil.« (Matzner 1985, 27f.)

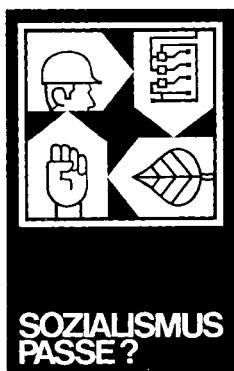
Die hier angesprochene arbeitswissenschaftliche Richtung der soziotechnischen Reform, deren Pioniere K. Lewiek, E. Thorsrud, F. Emery, E. Trist, Ph. Herbst und E. Ulich waren, hat bisher in Österreich vor allem im öffentlichen Wirtschaftssektor wenig Resonanz gefunden (vgl. Emery, Thorsrud 1982). Diese Variante einer an praktischen gesellschaftlichen Reformen orientierten Wissenschaft wurde nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und als Versuch, aus der Machtergreifung autoritärer Systeme reformpolitische Konsequenzen für den Arbeitsbereich zu ziehen, entwickelt. Das britische Tavistock-Institut und das Osloer Institut für Arbeitspsychologie waren federführend bei der Realisierung der ersten größeren Experimente dieser Art. In Zusammenarbeit mit den norwegischen Gewerkschaften wurde eine Strategie auf mehreren Ebenen zur Entwicklung der industriellen Demokratie konzipiert. Demokratisch orientierte führende Funktionäre der norwegischen Arbeitgeberorganisationen unterstützen, beeinflusst durch die Schicksalsgemeinschaft im antinazistischen Widerstand und motiviert durch das Interesse an Produktivitätssteigerungen, diesen Reformprozeß. Während diese Entwicklung durch die Polarisierung in der Frage des EWG-Anschlusses ins Stocken geriet, setzte ein Diffusionsprozeß in Schweden ein, dessen berühmtestes Beispiel das »Volvo-Projekt« wurde. Ein neokonservativer Wendeversuch, der Anfang der achtziger Jahre einsetzte, scheiterte inzwischen weitgehend. In Österreich ist der innergewerkschaftliche und sozialdemokratische Widerstand von seiten der Führungsschichten jedoch so groß, daß derzeit wenig Aussicht auf Entwicklungen der norwegischen und schwedischen Art besteht. Man ist eher geneigt, eine Entwicklung zur »Zweidrittelgesellschaft« hinzunehmen oder sogar zu unterstützen, nur um ja nicht eigene Privilegien und Machtpositionen auf verschiedenen Ebenen zu gefährden. Zentrale Errungenschaften der österreichischen Arbeiterbewegung, wie die Neutralisierung eines Teils der privatkapitalistischen Verfügungsgewalt durch die Verstaatlichungen seit 1945 und das Hauptziel der Sicherung von Vollbeschäftigung, werden der Expansion ausländischen Kapitals sowie einer Verdichtung von korruptionsartigen Netzen, die immer größere Teile der österreichischen Gesellschaft überziehen, geopfert.

Der Grundwiderspruch ist, daß Österreich einerseits über Institutionen, die dem direkten privatkapitalistischen Einfluß entzogen sind, in einem Ausmaß verfügt, von dem andere, fortschrittlichere Länder nur träumen können, andererseits aber die inhaltliche Entleerung dieser Institutionen sie mehr zum Hemmschuh als zur Speerspitze der notwendigen Umbauten auf dem Weg zu einer ökologisch und sozial wirtschaftenden Gesellschaft werden ließ. Gerade die jetzt

in Umlauf kommenden Sanierungskonzepte für einzelne Unternehmungen der verstaatlichten Industrie zeigen, daß hier Stück für Stück saniert und rationalisiert werden soll, ohne Rücksicht auf die Bedeutung des gesamten Industriekomplexes. Neue Institutionen, die an die Standorte der verstaatlichten Industrie angepaßt sind, könnten dagegen die Nachfrage nach gebrauchswertorientierten Infrastruktureinrichtungen kanalisieren und in demokratischer Weise die Interessen der Unternehmungen mit denen der Regionen ausgleichen. Dazu aber bräuchte es offene Diskussion, die Lösung aus der Umklammerung durch die Parteien, kurz, eine politische Kultur, in der es ohne dezentrale Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten nicht geht.

### Literaturverzeichnis

- Deutsch, R., 1978: Chronologie eines Kampfes. Geschichte der Verstaatlichungen in Österreich, Bd.1 und 2. Wien
- Emery, F. und E. Thorsrud, 1982: Industrielle Demokratie. Bern, Stuttgart, Wien
- Friedmann, P. und K. Schmahl (Hrsg.), 1979: Rationalisierung durch Humanisierung. Köln
- Karner, S., 1986: Zur Entfernung deutschen Kapitals aus der österreichischen Industrie nach 1945. Das Fallbeispiel Leykam. In: Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955. Wien
- Lederer, E., 1914: Die ökonomische und sozialpolitische Bedeutung des Taylor-Systems. In: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd.38. Tübingen
- März, E., 1986: Eine Lanze für die Verstaatlichte. In: H. Kepplinger (Hrsg.), Ausbau statt Schrumpfung. WISO-Arbeiterkammer Oberösterreich, H.2. Linz
- Mallet, S., 1972: Die neue Arbeiterklasse. Darmstadt, Neuwied
- Matzner, E., 1985: Öffentliche Unternehmungen — technologische und institutionelle Neuerungen. In: Gemeinwirtschaft 3. Wien
- Muley, K.-D., 1986: Zur Entnazifizierung der österreichischen Wirtschaft. In: Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Wien
- Scherb, M., und I. Morawetz (Hrsg.), 1986: Stahl und Eisen bricht. Industrie und staatliche Politik in Österreich. Wien
- Rauscher, F., 1981: Die Arbeiter wollten nicht mehr für die Geldgeber ihrer Gegner arbeiten. In: Mitbestimmung, H.2
- Weber, F., 1986: Der Kalte Krieg in der SPÖ 1945-50. Wien



### Sozialismus passé?

Hrsg. von Karl-Ernst Lohmann

»Ein Band mit Kontroversen, wie ich sie gerne in der taz gelesen hätte ... Ein anregendes Buch, gerade da, wo es den neuen common sense verletzt.« Arno Widman, taz. — Über grüne Technikkritik, Sozialismus und Automation (O.Ullrich/R.Nemitz), Gründe für den technologischen Immobilismus der realsozialistischen Ökonomien (K.-E.Lohmann/G.Heinsohn/O.Steiger) und ordnungspolitische Alternativen: Markt, Plan und informeller Sektor (E.Bergmann/D.Krischausky/R.Pfriem/K.G.Zinn).

Alternative Wirtschaftspolitik 7, AS 135  
18,50 DM/f. Stud. 15,50 DM (Abo: 16,50/13,50)

## Vom hilflosen Antikapitalismus der Gewerkschaften

»Daß es in der politischen wie in der gewerkschaftlichen Bewegung zu der so beklagenswerten Zerklüftung der Kampffront kommen mußte, ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Kleinkämpfer die Orientierung an dem großen Endziel verloren haben und die Großkämpfer die Realitäten des Tages unterschätzen. Das Versagen beider Richtungen wiederum ist darauf zurückzuführen, daß dem Übermaß von Klarheit im Kleinkampf ein ungeheurer Mangel von Klarheit im Großkampf gegenübersteht. Der Kleinkämpfer findet den 'Illusionismus' der Großkämpfer verächtlich, und der Großkämpfer wird den Kleinkämpfer solange als 'Judas', als 'Schacherer' und 'Diener des Kapitals' bezeichnen, solange er nicht in jeder Handlung des Tages den klaren und sicheren Willen zum letzten Ziele sieht.«

Martin Wagner (1924)

### 1. Ein Debakel, das nicht sein darf — wie die Gewerkschaften den Neue-Heimat-Skandal bewältigen

Einige Jahre lang haben die meisten DGB-Gewerkschaften erheblich an Mitgliedern verloren. 1984 waren es mehr als 100 000, die ihnen den Rücken kehrten. Seit dem Herbst 1985 scheint dieser Trend gestoppt: Der DGB kann wieder einen Zuwachs von fast 60 000 neuen Mitgliedern, zwei Drittel davon Jugendliche bis zu 25 Jahren, vermelden. Zwar geht dieser Zuwachs fast ausschließlich zugunsten einiger Einzelgewerkschaften wie der IG Metall, der IG Chemie, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, der ÖTV und der Postgewerkschaft, während anderen, vor allem der IG Bau, Steine, Erden nach wie vor die Mitglieder davonlaufen. Aber der große, langanhaltende Einbruch, die Auszehrung der Gewerkschaften, wie von vielen nach der Kette der veröffentlichten Neue-Heimat-Skandale seit 1982 erwartet, scheint vorerst abgewendet. Diese Trendwende, wenn es denn eine ist, läßt befürchten, daß die DGB-Spitze, und leider nicht nur sie, voreilig aufatmen und sich vollends damit begnügen wird, das Debakel der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft finanziell zu liquidieren.

Kritik an der Neuen Heimat und ihren dubiosen Geschäftsmethoden hat es gewerkschaftsintern immer wieder gegeben, teilweise schon seit Jahren. Es bedurfte einer politischen Konstellation, in der die Korruption des einen gegen die des anderen politischen Lagers aufzurechnen war — im Sinne der »Ausgewogenheit«, der obersten Maxime der bundesdeutschen politischen Kultur, die sich auch im Sumpf prächtig bewährt —, es bedurfte der bürgerlichen Öffentlichkeit, um den Skandal um die Neue Heimat ins Rollen zu bringen. Als die enormen Fehlspekulationen Ende der 70er Jahre nicht mehr zu übersehen waren, wurde die gewerkschaftsinterne Kritik noch nach schönster Lagerlogik (was gut ist für die Neue Heimat, ist gut für den DGB) abgeblockt. Das ist der eigentliche Skandal für Gewerkschafter und Gewerkschaftsfreunde: daß die Gewerkschaften offenbar noch schlechter als gewöhnliche Kapitalisten imstande sind, auch nur

ihre materiellen Eigentümerinteressen zu wahren, Manager zu feuern, die sich verspekuliert haben, Praktiken abzustellen, die ihre Unternehmen in Mißkredit bringen. Die Erbitterung vieler Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre Spitzenfunktionäre zeigt, daß ein oft schon totgesagter moralischer Nerv der Gewerkschaftsbewegung getroffen worden ist. Denn es ist keineswegs nur der Unmut über die Selbstverständlichkeit, mit der die Gewerkschaftsmitglieder für die Folgen der Spekulationswut und organisierten Wirtschaftskriminalität einiger Spitzenfunktionäre und Manager zur Kasse gebeten werden, der sich in der Gewerkschaftspresse artikuliert. Es ist nicht nur die Wut über Milliarden an Gewerkschaftsgeldern, die demnächst in den Streikkassen fehlen werden, nicht nur die Empörung über Abfindungen und Pensionen für endlich gefeuerte Neue-Heimat-Manager in Höhe von etlichen Hunderttausend DM pro Nase — von den Versuchen von SPD und DGB mancherorts, solche Figuren noch rasch auf Lehrstühle und andere Beamtenesseln zu heben, ganz zu schweigen. Es ist auch das Bewußtsein einer enormen moralischen Niederlage, einer selbstverschuldeten Niederlage obendrein. Selbst der am häufigsten ausgesprochene Vorwurf — persönliche Bereicherung, Mißbrauch der gewerkschaftseigenen Unternehmen für individuellen sozialen Aufstieg — enthält davon noch ein Quentchen, seiner »Oberflächlichkeit« zum Trotz. Denn Anlaß zur Empörung kann Korruption nur dann bieten, wenn die Gewerkschaftsmitglieder das, was im gewöhnlichen Kapitalismus gang und gäbe ist, für die gewerkschaftseigenen Unternehmen nicht akzeptieren.

Mag sein, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder sich für die Gewerkschaftsunternehmen herzlich wenig interessiert hat. Dennoch scheint von der Botschaft, die die DGB-Spitze und führende Manager immer wieder verkündet haben, mehr angekommen zu sein, als ihnen heute lieb ist (vgl. für viele den Vorstandsvorsitzenden der Bank für Gemeinwirtschaft Hesselbach 1970). Offenbar haben zumindest viele Gewerkschaftsmitglieder unbesehen an die besseren Motive und Ziele der Gemeinwirtschaft geglaubt, so daß ihre Enttäuschung darüber, wie sich der DGB nun im ganz gewöhnlichen Kapitalismus blamiert hat, umso größer ist.

Enttäuschung und Verbitterung, das bei organisierten wie unorganisierten Arbeitern vorhandene Gefühl, durch die Neue-Heimat-Affaire persönlich gekränkt und — zumindest als Gewerkschafter — diskreditiert worden zu sein, zeigen, daß es in der Arbeiterbevölkerung der BRD noch immer eine Art von »moralischer Ökonomie« gibt. Sozialhistoriker wie Edward Thompson meinen mit »moralischer Ökonomie« einen »volkstümlichen« und stark »traditionsbestimmten« Konsensus darüber, was in einer (vor)kapitalistischen Ökonomie als legitim und was als illegitim zu betrachten sei (vgl. Thompson 1980, 69f.). Solche Komplexe von Legitimitätsvorstellungen über »gerechte Preise«, »gerechte Steuern«, »faire Konkurrenz«, »anständige Arbeitgeber«, über »soziales« Verhalten von Haus- und anderen Eigentümern haben in allen Protestbewegungen der unteren Klassen, natürlich auch in der modernen Arbeiterbewegung immer eine hervorragende Rolle gespielt. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß solche Moralvorstellungen eher punktuell, unsystematisch, als Äußerungen eines auf eine konkrete Situation bezogenen Unrechtsbewußtseins von Arbeitern zum Tragen

kommen. Wie punktuell und inkonsistent auch immer, für die moralische Ökonomie der Lohnarbeiter markiert das ökonomische Verhalten der Gewerkschaften einen neuralgischen Punkt. Denn sie sind die Großorganisationen, die von Arbeitern, auch unorganisierten, noch am ehesten als »eigene« wahrgenommen werden. Gewerkschaften werden daher von vornherein viel strenger im Sinne der Normen ihrer moralischen Ökonomie beurteilt als andere.

Wo Lohnarbeiter irgendeine überzeugende »sozialistische« Alternative zur bestehenden Gesellschaft in der Regel nicht mehr sehen, beschränkt sich »antikapitalistisches« Bewußtsein fast zwangsläufig auf ein fragmentiertes Unrechtsbewußtsein: Einzelne Praktiken des gewöhnlichen Kapitalismus werden als »unsozial« verworfen. Solcher Antikapitalismus gerät umso hilfloser, je mehr die in ihrem Rechtsgefühl Beleidigten davon überzeugt sind, an der Gesamtheit der Verhältnisse doch nichts ändern zu können. Stellt sich obendrein heraus, daß die »eigenen« Leute und Organisationen nicht nur kein Vorbild geben, sondern sich nicht anders, kaum weniger skrupellos und nicht minder »unsozial« verhalten als gewöhnliche Kapitalisten, muß die moralische Ökonomie der Arbeiterbevölkerung weitere antikapitalistische Stacheln verlieren. Die Gewerkschaften werden in den Augen ihrer Mitglieder und Anhänger als Vorkämpfer »sozialer Gerechtigkeit« ein gutes Stück unglaubwürdiger. Wieder geht ein Stück rudimentären »Klassenbewußtseins« verloren — der Glaube, daß man selbst und die »eigenen« Leute die Verhältnisse schon besser einrichten würden, wenn sie nur die Macht dazu hätten.

Welche Folgen das Debakel der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft für das Arbeiterbewußtsein in der BRD gehabt hat, ist noch gar nicht auszumachen. Empirische Untersuchungen aus den letzten Jahren haben gezeigt, daß die Gewerkschaften bei den (Industrie)arbeitern der BRD kaum einen Vertrauensverlust erlitten haben — trotz ihrer in der Krise beschränkten Handlungsmöglichkeiten (vgl. Kubach u.a. 1985, 114). Es werden eher höhere Erwartungen in die Anti-Krisenpolitik der Gewerkschaften gesetzt als zuvor (vgl. Schumann u.a. 1982, 524ff.). Allerdings scheinen organisierte wie unorganisierte Arbeiter den Gewerkschaften gegenüber immer »passiver« zu werden, ihre bekundete Loyalität verliert an Verbindlichkeit (vgl. Zoll u.a. 1984, 246ff.). Diese Inkonsistenz — zunehmende Erwartungen in die Gewerkschaft bei abnehmender Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu engagieren — schreiben diese wie andere Autoren zu einem guten Teil dem Verlust an glaubwürdigen Alternativen jenseits des real existierenden BRD-Kapitalismus zu. Dank des Neue-Heimat-Debakels dürfte vorerst selbst die brav reformistische Perspektive auf eine von der Arbeiterbewegung kontrollierte Gemeinwirtschaft verstellt sein. Folglich wird das Arbeiterbewußtsein in der Krise noch gebrochener und inkonsistenter, der Antikapitalismus der Lohnarbeiter noch hilfloser als zuvor.

## **2. Wie gemeinwirtschaftlich sind die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen des DGB?**

In der gewerkschaftlichen Haus- und Hofgeschichtsschreibung war und ist es üblich, die Neue Heimat und die übrigen Gewerkschaftskonzerne als den krönen-



den Abschluß einer nahezu ungebrochenen Fortschrittsgeschichte — von kleinen Genossenschaften hin zu weltweit operierenden, milliardenschweren Konzernen — zu präsentieren (vgl. Hirche 1966; Hesselbach 1970; von Loesch 1979). Heute liegt es näher, die Entwicklung der eigenen, einmal als »Selbsthilfe« und Vorbild einer anderen Wirtschaftsform gedachten Unternehmen der Arbeiterbewegung eher im Sinne des von Franz Oppenheimer formulierten »Transformationsgesetzes« (vgl. Oppenheimer 1896) zu interpretieren. Kurz (und frei nach Keynes): in the long run, we are all bankrupt or capitalists. Genossenschaften und andere Selbsthilfeunternehmen scheitern am ökonomischen Mißerfolg ebenso wie am Erfolg, da sich erfolgreiche Genossenschaften unweigerlich in ordinäre Kapitalgesellschaften transformieren müßten. Die Pleite der Neuen Heimat wäre demnach eine Pleite zweiter Ordnung, die ein bereits gründlich transformiertes, ökonomisch arriviertes Projekt der Arbeiterbewegung trifft, nachdem die guten Geister des Reformismus es schon verlassen haben.

Sonderlich weit war es mit der »Gemeinwirtschaft« bei der Neuen Heimat wie bei den übrigen Gewerkschaftsunternehmen schon seit langem nicht mehr her. Sie waren in erster Linie als »gemeinnützig« anerkannt — genauso wie die vielen dubiosen »Studienstiftungen« und sonstigen Spendenwaschanlagen, die dank des Flick-Skandals hinreichend bekannt geworden sind. Als »gemeinnützig« gilt nach (bundes)deutschem Recht (laut § 17 des Steueranpassungsgesetzes von 1934) eine Tätigkeit, die »dem allgemeinen Besten auf materiellem, geistigem oder sittlichen Gebiet nutzt«. Juristische Personen, die in den Augen des Gesetzes, hier vertreten vom Finanzamt, dieser Leerformel genügen, werden von der Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer ganz oder teilweise befreit, um nur die wichtigsten Steuererleichterungen zu nennen. Welche Wohnungsunternehmen als »gemeinnützig« anzuerkennen sind, das war und ist in der BRD nach der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 und diese ergänzenden Nazi-Gesetzen (vom 14. Juli 1933, 26. März 1934 und 21. Februar 1940) zu entscheiden. Demnach müssen gemeinnützige Wohnungsunternehmen wie die Neue Heimat sich an eine Reihe von Auflagen halten: Sie dürfen maximal 4 % Dividende ausschütten, ihre Mittel nur für Wohnungsbau und -bewirtschaftung verwenden, müssen fortwährend Wohnungen bauen, die im Prinzip nur Kleinwohnungen (laut Gesetz immerhin bis zu 120 qm groß) sein sollen. Ganz im Sinne der »Volksgemeinschaft« haben sie prinzipiell offen zu sein, d.h. dürfen sich ihre Mieter oder Gesellschafter nicht etwa nur unter Gewerkschaftern oder organisierten Arbeitern aussuchen. Diese Auflagen entsprechen ganz und gar der nationalsozialistischen Variante von Antikapitalismus: Dividendenbeschränkung und Förderung der Selbstfinanzierung, um dem »raffenden« Kapitel zu Leibe zu rücken (vgl. Neumann 1977, 372ff.). Im Kontext der nationalsozialistischen Aufrüstungspolitik mußte es sinnvoll erscheinen, unter der Flagge von »Gemeinnutz vor Eigennutz« öffentliche Mittel aus dem Wohnungsbau abzuziehen und zugleich die vormals gewerkschaftlichen, von der Deutschen Arbeitsfront »übernommenen«, und andere Wohnungsgesellschaften zu forcierter Akkumulation von Wohnungskapital anzutreiben.

Auch den Namen und ein gutes Stück ihrer zentralistischen Organisationsstruktur verdankt die Neue Heimat den Nazis. »Neue Heimaten«, so hießen die

Wohnungsunternehmen der Deutschen Arbeitsfront in jedem »Gau«, zu denen die enteigneten gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen zusammengeschlossen wurden (vgl. Fuhrich u.a. 1983, 75ff.). Als die Gewerkschaften nach 1945 ihr beschlagnahmtes Vermögen zurückerhielten, haben sie so gut wie keine Anstrengungen unternommen, um die von den Nazis zerschlagenen, ohnehin bescheidenen Elemente von lokaler Selbstverwaltung, wie es sie in der »Gemeinwirtschaftsbewegung« auch im Wohnungsbausektor bis 1933 gab, wiederherzustellen. Im Gegenteil. Ab 1954 entstand in einem von der DGB-Spitze gewollten Fusionsprozeß der heutige Großkonzern: eine zentrale Gewerkschaftsholding (später überwölbt durch die Superholding für alle Gewerkschaftsunternehmen BGAG), in die alle Einzelgewerkschaften ihre Wohnungsunternehmen und Beteiligungen als Töchter einzubringen hatten. Das hat dem Konzern zweifellos allerlei Rationalisierungsvorteile bei der Verwaltung, bei der Finanzierung, beim Grundstückskauf eingebracht und ihm großindustrielles Bauen ermöglicht. Auch die in den 60er Jahren erfolgte Expansion in alle möglichen Baubereiche außerhalb des Wohnungsbaus ist nach Konzernlogik leicht verständlich und als Erfolg zu werten. Ebensowenig ist die Abkehr selbst von der »Gemeinnützigkeit« zu bemäkeln, die 1969 mit der Gründung der neuen Dachgesellschaft Neue Heimat Städtebau für allerlei »freigemeinschaftliche« Tochterunternehmen ihren krönenden Abschluß fand. Daß die Gewerkschaftspolitik der Neuen Heimat den Wendungen der Wohnungspolitik in der BRD gefolgt ist und jeweils bemüht war, von den diversen Steuerspar- und sonstigen Fördermöglichkeiten den profitlichsten Gebrauch zu machen, ist ihr nicht zum Vorwurf zu machen. Nur mit Gemeinwirtschaft hatte und hat das nichts zu tun.

Zweimal immerhin, 1972 und 1978, hat der DGB-Bundesvorstand noch Versuche unternommen, das Verhältnis der Konzerne, die er unverdrossen weiter als »gemeinwirtschaftliche« bezeichnete, zur Politik der Gewerkschaften programmatisch zu bestimmen. Diese Unternehmen, heißt es in den »Grundsatzthesen« von 1972, hätten den Zielen der Gewerkschaftsbewegung zu dienen, indem sie erstens zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter beitragen und zweitens sozial- und gesellschaftspolitische Forderungen der Gewerkschaften beispielgebend verwirklichten (DGB 1972, 277f.). Ob und wie sie das tun, bleibt allerdings ihnen überlassen. Denn diese Unternehmen sollen zwar der »Kontrolle durch die Gewerkschaften« unterliegen, zugleich aber »in der Wahl der Mittel ... frei« sein (DGB 1972, 278). Der Beschluß des DGB über »Auftrag und Aufgaben der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen« vom Dezember 1978 fügt dem die Legitimationsformel hinzu, daß das von den Gewerkschaften in ihren Unternehmen eingesetzte Vermögen »zu erhalten und angemessen zu verzinsen« sei (vgl. Fuhrich u.a. 1983, 146). Mit anderen Worten: die Gewerkschaftsunternehmen haben das Gewerkschaftsvermögen zu mehren, um die gewerkschaftliche Macht zu fördern. Beifall darf man ironischerweise von den Vertretern des »revolutionären Klassenstandpunktes« erwarten, die schon in den 60er Jahren das Loblied der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen sangen, weil dort die Massenorganisationen der Arbeiterklasse als Eigentümer fungierten, womit das Kapitalverhältnis in diesem Sektor aufgehoben sei und die Profitmacherei nurmehr die ökonomische Position der proletarischen Klassenorganisationen ver-

stärke — also legitim sei (vgl. Autorenkollektiv 1968, 290f; Kalex 1967, 173f).

### **3. Was ist dran am Konzept der »Gemeinwirtschaft«?**

Mit Gemeinwirtschaft kann manches gemeint sein. Dem gewöhnlichen Kapitalismus zumindest moralisch überlegen sein, ein Beispiel für demokratische und solidarische Wirtschaft geben, Ausbeutung und Entfremdung wenigstens punktuell aufheben, eine andere ökonomische Rationalität begründen — in derlei guten Absichten sind sich die Freunde der Gemeinwirtschaft durchaus einig. Jedenfalls dem Anspruch nach könnte die »Gemeinwirtschaft« der moralischen Ökonomie der Lohnarbeiter jene normative Orientierung bieten, die der »Sozialismus« der traditionellen Arbeiterbewegung bieten sollte und teilweise auch bot.

Allerdings sind gemeinwirtschaftliche Unternehmen und ein Sektor der Gemeinwirtschaft im Kapitalismus gerade in der traditionellen Arbeiterbewegung als Elemente des Sozialismus und als Momente einer sozialistischen Transformationsstrategie gedacht worden. Gemeint waren sie als Alternative zur gescheiterten zentralstaatlichen Sozialisierungsaktion und zugleich als Alternative zu den traditionellen Genossenschaften. Sie sollten mehr sein als bloße Selbsthilfe in der Not bzw. solchen Selbsthilfeaktionen eine gemeinsame Perspektive geben. Sie sollten die Kräfte der Arbeiterbewegung auf lösbare und im Sinne einer »Sozialisierungsaktion von unten« sinnvolle Aufgaben lenken — auf den Auf- und Ausbau einer beispielgebenden »Eigenwirtschaft der Arbeiterklasse« (Renner 1926, 433) im Kapitalismus.

Gemeinwirtschaftliche Unternehmensformen haben in der Sozialisierungsdebatte und -gesetzgebung 1918/19 durchaus eine Rolle gespielt. Otto Bauer hat z.B. zwei verschiedene Rechtsformen »gemeinwirtschaftlicher Unternehmen« konzipiert, die in das österreichische Sozialisierungsgesetz vom 29. Juli 1919 eingingen. Er sah darin die wichtigste Alternative zu rein bürokratischen Staatsbetrieben, mithin eine brauchbare Lösung des Problems, wer denn ganz oder teilweise »vergesellschaftete« Betriebe leiten und verwalten sollte und auf welche Weise. Seine Antwort lautet: systematische Teilung von »Macht und Gewinn« zwischen privatem Kapital, Vertretern der Belegschaft bzw. der Betriebsräte und Staatsvertretern. Institutionalisierte »Mitverwaltung« durch die Arbeiter, die damit die Führung von (Groß)betrieben lernen, eigene »Methoden zweckmäßiger gemeinwirtschaftlicher Verwaltung« entwickeln und entsprechende Fachleute hervorbringen würden. Alles Elemente einer späteren, die »Selbstbestimmung der Arbeiterklasse ... verwirklichenden Produktionsverfassung« (vgl. OBW 2, 206f., 716, 719f.). Allerdings blieb auch dies österreichische Gesetz, bis auf wenige Ausnahmen, Papier.

Aus Eigenbetrieben der organisierten Arbeiter einen gemeinwirtschaftlichen Sektor aufzubauen, das galt zwar als reformistische, gradualistische Strategie des »Stein für Stein« (Wagner 1924, 47). Es war aber durchaus als antikapitalistische Strategie gemeint, um die vorhandenen, traditionellen Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Vereine »schon im Rahmen der bürgerlichen Welt über sich selbst hinaus« zu treiben und »im Schoß der alten die

neue Ökonomie« vorzubereiten (Renner 1929, 35, 38). Eine friedliche, aber darum nicht weniger klassenkämpferische Aktion, die in manchen Sektoren sogar zu einem dem Streik gleichwertigen Kampfmittel führen könne, wie manche meinten. Einige Gewerkschaften, vor allem die der Bauhüttenbewegung nahestehenden bzw. daran unmittelbar beteiligten, erhoben einen Sonderbeitrag bzw. investierten regelmäßig einen Teil ihrer Mitgliedsbeiträge in den Aufbau von »gemeinwirtschaftlichen« Eigenbetrieben und nannten das vielversprechend »Sozialisierungspfennige«.

Der Aufbau der Gemeinwirtschaft wurde als eigenes Reformkonzept, als Alternative zum traditionellen Genossenschaftswesen begründet und verstanden. Die traditionellen Gebrechen der Genossenschaften, ihr Betriebsegoismus, ihr »Krämergeist« (Kautsky 1897, 15), ihre Instabilität und ihre Mangelökonomie, sollten in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben nicht reproduziert werden. Martin Wagner begründete sein Konzept der »sozialen Baubetriebe« (Bauhütten) ausführlich als Alternative zur traditionellen Produktivgenossenschaft, die nicht zufällig immer wieder gescheitert war (Wagner 1919). Karl Renner argumentierte auf der Grundlage einer sorgfältigen normativen Unterscheidung zwischen »bürgerlichen« und »proletarischen« Genossenschaften (Renner 1929; 1930/31). Beide versuchten, Normen solidarischen Verhaltens der selbstverwalteten Betriebe untereinander wie zwischen ihnen und den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung zu begründen. Sie bemühten sich, Institutionen zu entwerfen, in denen diese Normen sich zu einer selbstverständlichen »gemeinwirtschaftlichen Rationalität« veralltäglichen sollten. Soviel war klar: Die neue Wirtschaftsform, unter der wenigstens vorläufig nur eine verschwindende Minderheit von Arbeitern würde arbeiten und sich in Selbstverwaltung würde üben können, konnte nur so gut sein, wie die Moral der Beteiligten. Bei fehlender Schulung, mangelnder politischer Einsicht, unzulänglicher Einbindung in die organisierte Arbeiterbewegung liefen gemeinwirtschaftliche Projekte allemal Gefahr, in Korruption und Privilegienwirtschaft für eine Arbeiterelite auszuarten. Der Arbeiterbewegung und ihren alltäglichen Kämpfen entrückt und ohne eine klare anti-kapitalistische Moral der Beteiligten, würde von den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen nicht mehr bleiben als eine Reihe von Betrieben, in denen einige ihr Brot verdienten und wenige andere sich bereicherten. Folglich trachteten Wagner, Renner und andere danach, die Gemeinwirtschaft in Bewegung zu halten und möglichst fest an die Arbeiterbewegung zu koppeln.

Ein Problem beherrschte praktisch und bald auch konzeptionell das Feld, das schon die traditionellen Genossenschaften heimgesucht hatte: Wie können Nichtkapitalisten zu Kapital kommen, Lohnarbeiter das nötige Kapitalminimum für einen konkurrenzfähigen Produktions- oder Handelsbetrieb aufbringen? Wieder ein dorniges Problem der »moralischen Ökonomie«. Denn wenn man auf Selbstausschöpfung oder Staatskredite, die traditionellen Antworten der Genossenschaften, verzichtete und stattdessen »Kapital der Arbeiterschaft« (Wagner) oder »Sozialkapital« (Renner) bilden und mobilisieren will, dann müssen die an dieser Kapitalbildung als Beitragszahler, Konsumenten, Sparer usw. beteiligten Arbeiter zumindestens Mitspracherechte über den Gebrauch dieses Kapitals erhalten. In Wagners Konzept der »sozialen Baubetriebe« waren es ursprünglich

sogar korporatistische Zwangsverbände aller im Bausektor Arbeitenden, die als Miteigentümer und Geldgeber fungieren sollten (vgl. Wagner 1919, 44ff.); faktisch wurde daraus ein Miteigentum einiger Einzelgewerkschaften. Wagner trat für eine konsequente Expansion der Gemeinwirtschaft, für eine Angliederung von Baustoffe produzierenden Betrieben, für eine feste organisatorische Verbindung von Bauhütten (als Produzentenorganisationen) mit Bau(spar)genossenschaften (als Konsumentenorganisationen) ein; zugleich plädierte er für eine fortschreitende Zentralisierung des Kapitals der Bauhüttenbewegung bis hin zur Gründung einer zentralen Holdinggesellschaft — mit einigem Erfolg, wie die Gründung des »Verbandes sozialer Baubetriebe« 1920 und der »Deutschen Wohnungsfürsorge AG« 1924 (unter Beteiligung der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der 1923 gegründeten Arbeiterbank) zeigt. Karl Renner hat die Logik einer sich stetig erweiternden Gemeinschaftsbewegung umfassender, nicht auf den (Wohnungs)bausektor beschränkt, formuliert: Diese Bewegung soll bei den Konsumenteninteressen der Lohnarbeiter beginnen und so weit reichen, wie es organisierbare ökonomische Interessen von Lohnarbeitern außerhalb des Arbeitsmarkts gibt. Proletarische Konsumgenossenschaften sollen ihre Handelsprofite aber nicht an ihre Mitglieder verteilen (rückvergüten), sondern zur schrittweisen Erweiterung verwenden. Vom Detailhandel zum Großhandel, von der Eigenproduktion für den Bedarf der Konsumentenorganisationen zur Kreditorganisation und immer weiter sollen sie den Kreis ihrer Eigenbetriebe, mithin das Feld der Reappropriation von Mehrwert, der in »Sozialkapital« verwandelt werden soll, erweitern (vgl. Renner 1930/31, 90ff.). Akkumuliert, akkumuliert heißt also die oberste Maxime auch in der Gemeinwirtschaft.

Nimmt man Umsätze, Betriebsgrößen, Beschäftigtenzahlen, Investitionen und Gewinne, dann läßt sich die Geschichte der Gemeinwirtschaftsbewegung (und der sozialistischen Genossenschaften) über weite Strecken als Erfolgsgeschichte lesen (vgl. ausführlich Novy/Uhlig 1981; Novy 1983). Was die Gemeinwirtschaft jedoch für das Alltagsleben und Bewußtsein organisierter und unorganisierter Arbeiter bedeutete, läßt sich nur schwer rekonstruieren (vgl. jedoch Novy/Prinz 1985). Die Größenordnungen waren zwar nicht zu verachten, aber doch nicht überwältigend, wenn auch in manchen Großstädten etwa der konsumgenossenschaftliche Organisationsgrad fast 50 % der Bevölkerung erreichte (bei einem Anteil der Genossenschaften am Umsatz des Lebensmitteleinzelhandels von höchstens 9 % in der Zeit der ersten Republik). Es gibt Hinweise darauf, daß sich die Begeisterung der Arbeiterbevölkerung für die Gemeinwirtschaft in Grenzen hielt. So waren die weitaus meisten der bei den Bauhütten beschäftigten Bauarbeiter der Ansicht, daß die besondere Eigentumsverfassung und die Selbstverwaltung keinerlei Auswirkungen auf ihr Arbeitsverhältnis habe (vgl. Höhn 1928, 224f.). Danach befragt, ob und wie sie ein eventuelles Geldvermögen anlegen würden, zog die große Mehrheit der Arbeiter Grund- und Hausbesitz, sogar Aktienerwerb oder die Gründung eines eigenen Geschäfts einer Investition in die Gemeinwirtschaft (Arbeiterbank oder Konsumverein) bei weitem vor (vgl. Fromm 1980, 212ff.). So läßt sich vermuten, daß die Gemeinwirtschaft selbst in ihrer Blütezeit nur eine kleine Minderheit der organisierten und sozialistisch gesinnten Arbeiter anzusprechen vermochte.

#### 4. Die Alternative der Gemeinwirtschaft: Geldanlage oder Transformationselement

Kritische Gewerkschaftsfreunde rufen nach einer »grundsätzliche(n) Neubestimmung von Auftrag und Aufgaben gemeinwirtschaftlicher Unternehmen« durch die Gewerkschaften (Fuhrich u.a. 1983, 202). Danach sieht es vorläufig nicht aus. Bezeichnenderweise hat auch die SPD in ihren jüngsten Programmentwürfen die Gemeinwirtschaft glatt vergessen und sich mit verschämten Hinweisen auf das »traditionelle Genossenschaftswesen« begnügt. Der DGB hat den »geordneten Rückzug« aus der Gemeinwirtschaft angetreten — so lautete die auf dem Bundeskongreß im Mai 1986 ausgegebene Parole.

Wollen die Gewerkschaften in der Tat ein neues normatives Konzept von »Gemeinwirtschaftlichkeit« entwickeln, das wenigstens die eigenen Anhänger überzeugt, müssen sie sich über ihre vielzitierten »gesellschaftspolitischen« Ziele klar werden. Die Frage, was die Gewerkschaften mit ihren Kassen, mit dem Gewerkschaftsvermögen tun sollen, hängt nun einmal davon ab, was sie überhaupt wollen. Eine Nur-Gewerkschaft ohne jede Transformationsperspektive und -strategie braucht eine Hausbank für die Gewerkschaftsgelder, an der sie vorsichtshalber auch als Eigentümer beteiligt sein sollte. Daneben kann sie sich mit ein paar Unternehmen begnügen wie einer Versicherung oder einem Reiseunternehmen, die bestimmte Dienstleistungen für Gewerkschaftsmitglieder erbringen, um die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft attraktiver zu gestalten. Konsumvereine, die sich gänzlich defensiv, als eine Art von selbstorganisiertem Konsumentenschutz begründen lassen, können, aber müssen nicht sein. Eine solche Gewerkschaft sollte bestrebt sein, in ihren Unternehmen Musterbeispiele einzurichten im Sinne der arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Vorstellungen, die sie vertritt — ganz so wie das heute noch für die Beschäftigten der Neuen Heimat der Fall ist. Im übrigen brauchte eine solche Gewerkschaft keinerlei Hemmungen zu haben, ihr Geldvermögen durch verständige Geldanlagen zu mehren. Wenn sie dabei gelegentlich moralische Skrupel zeigt, wie z. B. auch kirchliche Investoren, und die Finger von der Finanzierung des Waffen- oder Drogenhandels läßt, umso besser für das Image. Aber warum sie sich eine Eigenwirtschaft zulegen, sich als Unternehmer auf das Glatteis der Konkurrenz mit kapitalistischen Unternehmen begeben sollte, ist nicht überzeugend zu begründen. Wo sie »öffentliche Aufgaben« sieht wie etwa im Wohnungsbau, genügt es völlig, wenn sie sich dafür verwendet, daß der Staat sich dieser Aufgabe annimmt — und sei es mit Hilfe von Subventionsregelungen nach dem Muster der »Gemeinnützigkeit«.

Nur wenn eine Gewerkschaft eine Transformationsperspektive hat, läßt sich rational begründen, daß sie sich auf das Wagnis einlassen sollte, einen Sektor von Eigenbetrieben aufzubauen, in dem andere Regeln als im gewöhnlichen Kapitalismus gelten sollen. Die westdeutschen Gewerkschaften waren und sind besser als ihr Ruf. Doch sind sie, wie die SPD, von dem »keynesianischen« Glauben durchdrungen, daß im Prinzip alle Privatkapitalisten bei entsprechender Staatsintervention dahin gebracht werden können, als — wenn auch unfreiwillige — Funktionäre des Gemeinwohls zu agieren. Dank dieser Überzeugung hat die So-

zialdemokratie ihren reformistischen Impetus weitgehend eingebüßt und ist aus einer Bewegung für die Aufhebung des Lohnsystems zu einer Bewegung für Vollbeschäftigung, für Effizienz und für Gleichberechtigung geworden (vgl. Przeworski 1985, 40, 243f.). Ein neuer Reformismus, in dem gemeinwirtschaftliche Konzepte am Platz sind, hängt folglich davon ab, ob und wie die Sozialdemokratie das Scheitern keynesianischer Steuerungskonzepte wahrnimmt und verarbeitet. Erst wenn der keynesianische Glaube überwunden ist, hat die Gemeinwirtschaft wieder eine Chance.

## Literaturverzeichnis

- Autorenkollektiv, 1968: Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945—1966. Berlin/DDR
- DGB, 1972: Ziele und Funktionen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Abgedruckt in: Leminsky, Gerhard und Bernd Otto (Hrsg.), Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Köln 1974, 277-280
- Fromm, Erich, 1980: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Stuttgart
- Fuhrich, Manfred u.a., 1983: Neue Heimat. Gewerkschaften und Wohnungspolitik. Hamburg
- Hesselbach, Walter, 1970: Die Bedeutung der Gemeinwirtschaft in der Deutschen Volkswirtschaft. Frankfurt/M.
- Hirche, Kurt, 1966: Die Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaften. Düsseldorf, Wien
- Höhn, Bodo, 1928: Die Entwicklung der sozialen Baubetriebe (Bauhütten) zu Unternehmen der freien Gewerkschaften, Dissertation. Göttingen
- Kalex, Günter, 1967: Wirtschaftsunternehmen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland. Berlin/DDR
- Kautsky, Karl, 1897: Konsumvereine und Arbeiterbewegung. Wien
- Kubach, Norbert u.a., 1985: Krisenpolitik und Belegschaftsverhalten. Metallarbeiter zwischen Gegenwehr und Unterwerfung. Hamburg
- Loesch, Achim von, 1979: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften. Entstehung, Funktionen, Probleme. Köln
- Neumann, Franz, 1927: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933—1944. Köln, Frankfurt/M. (1942)
- Novy, Klaus, 1983: Genossenschaftsbewegung — zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform. West-Berlin
- Novy, Klaus, und Günter Uhlig, 1981: Die Bauhüttenbewegung in der Weimarer Republik. In: Nitsch, Rainer (Hrsg.), Häuserkämpfe 1872—1920—1945—1982. West-Berlin, 141-156
- Novy, Klaus, und Michael Prinz, 1985: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Bonn
- Oppenheimer, Franz, 1896: Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage. Leipzig
- OBW 2: Otto Bauer Werkausgabe, Bd. 2. Wien 1976
- Przeworski, Adam, 1985: Capitalism and Social Democracy. Cambridge, Paris
- Renner, Karl, 1926: Wirtschaftsdemokratie. Das Programm wirtschaftlicher Selbsthilfe der arbeitenden Klassen. In: Der Kampf, 19. Jg., 428-435
- ders., 1929: Wege der Verwirklichung. Berlin
- ders., 1930/31: Skizze einer ökonomischen Theorie des Genossenschaftswesens. In: Vierteljahresschrift für Genossenschaftswesen, 8. Jg., 63-108
- Schumann, Michael, u.a., 1982: Rationalisierung, Krise, Arbeiter. Eine empirische Untersuchung der Industrialisierung auf der Werft. Frankfurt/M.
- Thompson, Edward, P., 1980: Die moralische Ökonomie der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert. In: ders., Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M., West-Berlin, Wien, 66-130
- Wagner, Martin, 1919: Die Sozialisierung der Baubetriebe. Berlin
- ders., 1924: Gemeinwirtschaftspolitik. In: Die Arbeit 1, 43-48
- Zoll, Rainer u.a., 1984: »Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!« Zweiter Bericht: Arbeiterbeußsein in der Wirtschaftskrise. Köln

## Illusionärer Fordismus

Noch vor zwölf Jahren gab es eine Diskussion um die »Neue Heimat« im Zeichen der These einer übermäßigen Gewerkschaftsmacht (vgl. exemplarisch Scheiner, Schmidt 1974). Heute symbolisiert sie einen offenbar gewordenen Bankrott. Dazwischen stand eine vom *Spiegel* ausgelöste Debatte »über die Geschäftspraktiken der Unternehmensleitung« (Fuhrich u.a. 1983, 7). Und es gab auch eine — von der 1981er Hausbesetzerbewegung mit in Gang gesetzte — »gewerkschaftliche Mieterbewegung«, die »gegen ungerechtfertigte Mieterhöhungen, gegen überhöhte Heizkosten, gegen eine Vermietermentalität, die sich am Leitbild der pflegeleichten und verwaltungsfreundlichen Kleinfamilie orientiert und gegen eine Sanierungspraxis, die zur Vertreibung von Mietern und zum Leerstehen ganzer Wohnblocks führt, während sich vor den Wohnungsämtern immer längere Schlangen bilden« (ebd.). Die stand dann gegen einen Bundeskongreß des DGB — oder scheint das nur so? —, der angesichts der sich abzeichnenden Krise der »Neuen Heimat« noch einmal bekräftigte:

»Gemeinwirtschaftliche Unternehmen sind als Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeitnehmer unverzichtbar. Die Verfehlungen ehemaliger Vorstandsmitglieder haben berechtigte Kritik hervorgerufen und den Gewerkschaften Schaden zugefügt. (...) Das Fehlverhalten einzelner darf nicht dazu führen, die Gemeinwirtschaft generell in Frage zu stellen.« (Ebd., 8)

In all diesen Perspektiven auf die »Neue Heimat« (als Kernstück eines »gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaus«) ist etwas Entscheidendes hinter dem Rücken der Betrachter geblieben: Die Frage nach dem Ort von Wohnungs- und Städtebau als ideologischer Macht, innerhalb der am machtvollsten von Henry Ford konzipierten (vgl. Lüscher 1986), seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert experimentell entwickelten und durchgesetzten Verknüpfung von staatlicher Infrastrukturpolitik mit dem Marketing strategischer »ideologischer Waren«<sup>1</sup> zur Durchsetzung einer ganzen Formation von Lebenspraxen (verdichtet zum Ideologem des »American way of life«, das seit den 50er Jahren weltweit die Massenmedien beherrscht), d.h. der »Sozialwohnung« und der »Neubausiedlung« als einer — neben den anderen strategischen ideologischen Waren dieser Formation (dem Auto, der Waschmaschine, dem Kühlschrank, dem Fernseher und dem jüngst zum Walkman mutierten Kofferradio) — in großer Serie produzierten und abzusetzenden Ware, die nicht nur als Gebrauchswert Bedürfnisse befriedigte und daneben warenästhetische Orientierungsfunktionen übernahm, sondern darüber hinaus gerade *durch ihren Absatz als Ware* zugleich zur Instanz der individuellen Wunschproduktion der Konsumentenmassen und damit zu einem Instrument der beständigen Selbst-Normalisierung (vgl. Haug 1986, 108) der Lebenspraxen der konsumierenden Subjekte werden sollte.

Wenn wir diese übergreifende Frage wieder auf den Problemkomplex der Neuen Heimat richten, kommen wir zu einer weiteren Frage: Wie kommt König Albert (d.h.: Vietor) in Henry Fords Traum? In dieser Frage sind zwei unterschiedliche Fragen ineinander geschoben: die Frage, wie es hat kommen können, daß die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung im Zeichen der »Ge-



meinwirtschaft« zum Träger der materiellen Bereitstellung eines wesentlichen Scharniers dieser fordistischen Verknüpfung ideologischer Mächte hat werden können. Und die vielleicht noch anstößigere Frage, wie und wieso es denn historisch so leicht gewesen zu sein scheint, nicht nur einen vom deutschen NS geschaffenen Unternehmenstitel — eben den der »Neuen Heimat« (vgl. M. Krätke in diesem Heft) —, sondern auch Unternehmensbestand und -struktur, ja sogar ganze städtebauliche Konzepte — vergleiche Programmatik und Bauresultate der heutigen Stadt Wolfsburg mit den »Trabantenstädten« der NH in den 60er Jahren! — aus dem »Mobilisierungsprojekt«<sup>2</sup> des deutschen NS in das »Selbst-Normalisierungsprojekt« des bundesdeutschen Nachkriegsfordismus zu transponieren. Wobei hervorzuheben ist, daß diese Frage zu stellen das gerade Gegenteil davon ist, diese beiden bis zur weltgeschichtlichen militärischen Konfrontation einander entgegengesetzten Projekte miteinander zu verwechseln.

### Der versteinerte Alptraum

Mitscherlich hat — in vielleicht unbewußter Anspielung auf Kontinuitäten zwischen dem faktischen und dem bereits im NS geplanten Wiederaufbau — die Kontinuität der Zerstörungen beklagt, die unsere Städte geprägt hat: Der Zerstörung im Krieg folgte ein Wiederaufbau in selbst zerstörerischen Formen — wobei erst in den letzten Jahren exemplarisch in Berlin deutlich geworden ist, in welchem Maße dieser unter der Losung vom »Wiederaufbau« als »Rückkehr zum Friedensstandard« vorgestellte Prozeß die Zerstörung schlicht fortsetzte, wenn auch Abrißbirne und Sprengsätze an die Stelle von Spreng- und Brandbomben getreten waren, was die Einmischung der einen oder anderen Brandstiftung keineswegs ausschloß. Dieser »Stadtverwüstung« folgte dann »die Zerstörung der an die Städte grenzenden Landschaften« — mit dem Ergebnis eines »wie ... durch Züchtung zu ungeheurer Größe herangewachsenen Bahnwärterhäuschen(s)«. Ein »versteinerter Alptraum«, in dem »Sicht und Zukunft des Städters gleichermaßen verbaut scheinen« (Mitscherlich 1965, 10f., 28f.). Mitscherlich hält es für »surrealistisch«, daß dieser Alptraum »in einer Gesellschaft (wirklich wird), die sich fortschrittlich nennt« (ebd., 29). Und die Tendenz der Wohnungsbauunternehmer, für Wohnungssuchende unterschiedlicher geldwerter Nachfrage und unterschiedlicher sozialrechtlicher Kategorien die differenzierten Produkte Luxus-, Komfort- und Sozialwohnung zu bauen und anzubieten, statt für »Menschen« oder für »Städter«, betrachtet er als eine Verirrung. Worauf es dagegen ankommt, ist vielmehr, sie als den eigentlichen Witz des ganzen Unterfangens zu erkennen.

Spätestens seit Haussmanns Pariser Boulevards und Stichstraßen in ihrer militärischen Funktion als Einrichtungen zur Prävention städtischer Aufstände in jedem Reiseführer erklärt werden, ist es an sich bekannt, daß das Weichbild der großen Städte u.a. von elementaren Strategien staatlicher Repressionsapparate bestimmt ist. Auch das Berliner S-Bahn-Netz verband die wichtigsten Garnisonen mit den präsumtiven Unruheherden in Arbeitervierteln. Nachdem im Frankreich der 1870er Jahre, nach der Niederschlagung der Pariser und der Lyoner Kommune, über die Frage eines Städtebaus diskutiert worden war, der die Entstehung jener »asozialen« Verhältnisse in Industrievierteln verhindern helfen

würde, indem er ordentliche, stabile Kleinfamilien auch unter den lohnabhängigen Massen durchsetzte und deren Zusammenrottung erschwerte (vgl. Donzelot 1980), ist darüber hinaus der Frage nachgegangen worden, welche Bau- und Siedlungsformen sich als Träger elementarer Strategien der herrschenden Ordnung eignen würden. Eine plastische Illustration derartiger, zumeist philanthropisch auftretender Neuerungskonzeptionen hat Jules Verne in seinen »500 Millionen der Begum« geliefert. Und über den Zusammenhang zwischen Städtebau und, wie es dann zumeist so einleuchtend heißt, »Kriminalitätsprävention« existiert inzwischen eine ganze Bibliothek von Untersuchungen.

Nicht der »Städter« einer spätbürgerlichen Konsumtions- und Flaneurskultur, auch nicht der »Bürger« eines an die Tradition der französischen Revolution anknüpfenden egalitären Republikanismus — allerdings auch nicht der »Volksgenosse« des deutschen NS — und schon gar nicht der überhistorische »Mensch« — ist der Adressat des Bauens des bundesdeutschen Fordismus. Vielmehr tritt dieser Adressat von vorneherein in segmentierter Gestalt auf: Neben den zahlungsfähigen Miet- oder Kaufinteressenten tritt der bloß Wohnberechtigte, der seinerseits in einer Reihe von Abstufungen produziert wird: als Schutz genießender Mieter in »freien« oder in »Sozial«, in »Altbau«- oder »Neubau«-Wohnungen, als Besitzer eines »Wohnberechtigungsscheines« unterschiedlicher Güteklasse oder auch als bloß »Eingewiesener«, als »Sozialfall«. Diese Segmentierung wird dann wiederum beim Haus- und v.a. beim Städtebau räumlich verkörpert, so daß im Ergebnis dann jugendliche Arbeitnehmer woanders wohnen als ältere Facharbeiter oder Angestellte, alleinerziehende Frauen woanders als »ganze« Familien, Prokuristen woanders als Lehrlinge. Von dieser Segmentierung ausgenommen sind nur zwei soziale Kategorien, die auch vorher schon »woanders« gewohnt hatten: die Bewohner der Villenviertel, in denen Spekulanten, Bordellwirte, Staatssekretäre, Zahnärzte und Professoren in bunter Mischung mit ihren eigenen Sprößlingen und Admiralswitwen leben dürfen, und die Bewohner der verbleibenden städtischen Industrieviertel, die bereits längst zu »Sanierungsgebieten« umdefiniert sind, in denen Türken, Rentner, »Studis« und Arbeitslose mit den Trägern der sogenannten Schattenwirtschaft zusammenleben dürfen, bis das Viertel abgerissen wird.

In diesem Segmentierungsprozeß macht sich die ideologische Macht des Selbst-Normalisierungs-Diskurses beständig geltend: Denn im System der sogenannten Wohnungsbewirtschaftung kann jeder selbst am Markt entscheiden, welche Art von Wohnung er »sich leisten« will, in welchem Viertel der Stadt oder in welcher Vor- oder Schlafstadt er wohnen will usw. Und in Grenzen bestehen hier auch in der Tat gewisse Entscheidungsspielräume, in denen sich jeder einzelne (und vor allem jeder einzelne »Haushaltungsvorstand«) in seiner Individualität betätigen und so als vereinzelt Subjekt reproduzieren kann. Wieviel Kinder mensch hat und wieviel mensch verdient, sind ja bekanntlich Sachen des individuellen freien Willens ... Nur alt, arbeitslos oder erwerbsunfähig zu werden sollte mensch vermeiden. Denn dann drohen ihm die Randsegmente, in denen die Selbst-Normalisierung doch einmal mehr oder weniger kräftig durch Zuweisungen und Unterstützungen »ergänzt« wird.

Diese Segmentierung ist dabei nicht zu verwechseln mit einer Entwicklung

und Entfaltung gesellschaftlicher und kultureller Differenzen. Im Gegenteil, ihre in Beton gebauten Kategorien sind der Selbsteinordnung der einzelnen lohnabhängigen Haushalte — die selbst, wenn sie einmal als Bauherren auftreten sollten, allenfalls ein Fertighaus in einem Fertighausviertel werden erschwingen können — immer schon längst vorgegeben. Und als strategische fordistische Waren — die eine ganze Kette von Waren ihrerseits wieder zu notwendigen Konsumgütern erheben — wirken sie selbst als ein in ihrer Grundstruktur verblüffend einheitlich angelegtes Warengehäuse. Wenn Heidegger in den 50er Jahren gewaltsam über ein ursprüngliches »Bauen, Wohnen, Denken« zu sinnieren scheint, das im Sein seinen eigentlichen Grund habe, spricht er damit zugleich ein wohlgehütetes Geheimnis des fordistischen Wohnungsbaus aus: Der Vielfalt der technischen Normen und Anforderungen und der Differenzierung der »Modelle«, die im Angebot liegen, liegt eigentlich — ganz wie in der Modellvielfalt des Autos als der vordergründigsten Wunschmaschine des »American way of life« — ein einfaches »Seinsverhältnis« zugrunde: das Verhältnis der dieser ideologischen Macht unterworfenen Subjekte zu sich selbst als lebendigen gesellschaftlichen Individuen vermittelt der von ihnen gekauften und konsumierten Waren. Deren künstliche Differenzen und Hierarchien verdecken ihre Einförmigkeit: Auto vor dem Haus (oder in der Tiefgarage), Platz für Fernseher, Radio, Telefon, Platz für Herd, Kühlschrank, Waschmaschine, Tisch, Stuhl, Bett, Sofaecke, Schrankwand, Bild. Die Lebenspraxen des Pendelns zur Arbeit, der technologisch distanzierten Kommunikation und Teilhabe am kulturellen Leben, der kleinfamilialen Hausarbeit und Sexualität sind damit festgeschrieben — und auch Bilddrucke gibt es inzwischen in großen Auflagen ... Je weiter »unten« sich die einzelnen Haushalte in diesen Segmenten bewegen, desto stärker wird die Selbst-Normalisierungs-Anforderung, wie sie von der spezifischen Wohnungsware ausgeht, durch ausdrückliche Vorschriften und Kontrolleinrichtungen (Hausmeister usw.) ergänzt: Mietverträge, Hausordnungen und spezielle Benutzungsordnungen für »Gemeinschaftseinrichtungen« lassen erkennen, daß es immer wieder um ein zentrales Anliegen geht — darum, jede Art von horizontaler Kommunikation zwischen den Mietern, jede Art von unkontrollierter Öffentlichkeit zu unterbinden. »Für die ... in der Siedlung produzierte unvollständige Form des Wohnens ist an dieser Stelle wichtig, daß durch die raum-zeitlichen Regelungen in den Hausordnungen/Mietverträgen beabsichtigt ist, alle im Alltag notwendigen Tätigkeiten in die privat angemieteten Räume zu drängen. Die häusliche Produktion sowie Spuren von Freizeitbedürfnissen verschwinden dabei zwangsläufig aus dem Blickfeld des direkten Wohnumfeldes und der Nachbarschaft.« (Fuhrich u.a. 1983, 169)

Diese Strategie der ideologischen Unterwerfung durch Isolierung in der jeweiligen Privatsphäre bei gleichzeitiger Übertragung aller sozialen Verbindungen an technologische Vermittlungsglieder hat nicht nur einen hohen Grad an sozialer Handlungsunfähigkeit und individuellem Leid zur Folge. Sie ist auch mit weitreichenden ökologischen Zerstörungen verbunden. Insbesondere die Ausweitung der Verkehrs- und Transporterfordernisse, die sich als Konsequenz dieser Entwicklung vollzieht, die Chemisierung und Elektrifizierung der Hausarbeit, die diese erst als rein kleinfamilialen Arbeitsprozeß innerhalb der gemieteten

vier Wände ermöglicht, und die Elektrifizierung der Kommunikationsprozesse potenzieren ihrerseits die von dem fordistischen Städtebau als solchem bereits hervorgebrachten Prozesse der Landschaftszerstörung und ergänzen sie durch die Vergeudung nicht erneuerbarer Ressourcen und durch die Vergiftung der Umwelt. Die beiden Fantasmen der 50er Jahre, die inzwischen ihrerseits zu ausgewachsenen Alpträumen herangewachsen sind, lassen sich als Fluchtpunkte dieser Entwicklungstendenzen begreifen: das Fantasma einer unerschöpflichen Energiequelle — auf Grund der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomkraft — und das Fantasma eines unbegrenzten Raumes — für dessen Erschließung die »Raumfahrt« sorgen sollte.

Wo Unterdrückung ist, ist auch Widerstand. Und die Art des Widerstandes macht den Inhalt der Unterdrückung kenntlich. Das gilt durchaus auch für diesen Aspekt des Fordismus. Hier mag es erst einmal genügen, auf die typischen Forderungen von Mieterinitiativen in von der Neuen Heimat erbauten Trabantenstädten zu verweisen, wie sie bei einem »Pilotprojekt Wohnumfeldverbesserung« deutlich geworden sind:

»1. Schaffung von Nutzungsmöglichkeiten auf den Grün- und Freiflächen im wohnungsnahen Bereich, 2. Motivierung der Bewohner zur Selbsthilfe, 3. Stärkung und Förderung der Identifikationsmöglichkeiten, lebendige Nachbarschaft und funktionierende Quartiersöffentlichkeit sowie 4. Eindämmung der hohen Fluktuation.« (Führich u.a. 1983, 173)

### Träume von der Rationalisierung des Lebens

Die Vorstellung von der verwirklichten Vernunft ist vermutlich ein Menschheits-, sicherlich aber ein Philosophentraum. Es ist der Gedanke, durch Erkennen der Lage und methodisch planvolles Vorgehen alle die »Zufälligkeiten« auszuschalten, die machen, daß zwischen antizipierender Theorie und realisierender Praxis eine Kluft besteht, und damit all das erschreckende Unglück vermeiden zu können, das die Menschheit immer wieder befällt. Und hieße das nicht, die Menschheit (und sich selbst) glücklich zu machen? In den modernen Gesellschaften nimmt dieser Gedanke bekanntlich in und mit der Arbeiterbewegung eine greifbare Gestalt an: Mit der doppelten Vorstellung, durch den Einsatz von Technologien auf wissenschaftlicher Grundlage die Mühsal der Arbeit zurückzudrängen sowie durch die gesellschaftliche Planung von Produktion und Verteilung die »Anarchie der Produktion« der kapitalistischen Produktionsweise hinter sich lassen zu können und den gesellschaftlichen Reichtum für alle genießbar zu machen.

Auch Henry Fords großer Traum knüpft, vom Standpunkt einer auf die dauerhafte *Unterordnung* der Arbeiterbewegung zielenden Politik der kapitalistischen Großunternehmen, durchaus an jenen Traum und an diesen Gedanken an: Die Verknüpfung von taylorisierter Großserienproduktion, »keynesianischer« Stabilisierung des Lohnarbeitseinkommens und durch beständiges Marketing verstemtem Massenkonsum soll, auf dem Boden der neu regulierten kapitalistischen Produktionsweise, eine umfassende Rationalisierung des Lebens verwirklichen. Die derart zum Programm erhobene Lebensweise soll im gesamten Segment des gesellschaftlichen Lebens, für das die Lohnarbeit bestimmend ist (d.h. ohne die

»Asozialen« und ohne die »Unternehmer«), die Konsumenten nicht nur immer wieder von neuem als arbeitsbereiten und anpassungsfähigen Arbeiter (und, sofern dies mit der von der fordistischen Lebensweise unterstellten und mit ihr durchgesetzten »Hausfrauisierung« der weiblichen Lohnabhängigen zusammengeht, auch Arbeiterinnen) freiwillig vor das Fabriktor bringen, sondern auch die Produzenten immer wieder als konsumbegierige Abnehmer/innen der fordistischen Waren aus den Fabriken in die Kaufhäuser strömen lassen.

Auch wenn die Konzepte des Bauhauses zum Wohnungs- und Städtebau in ihrer Gesamtheit reichhaltiger sind, ist doch nicht zu übersehen, daß sich ihre Zuspitzung im Konzept von Le Corbusiers »Wohnmaschine« und von Neutras »funktionalem Bauen« wie architektonische Umsetzungen des fordischen Traumes lesen lassen. Das geht bei Le Corbusier gelegentlich so weit, daß ein ganz unfordistischer Kategorienfehler entsteht, ein »Überspringen« von Funktionalitätsregeln aus dem Bereich der tayloristischen Serienproduktion in den Bereich von Design und Marketing der Wohnungsware — wie in seiner (pseudo-)ergonomischen Begründung der lichten Höhe der zu bauenden Wohnungen.

In dieser doppelten Anknüpfung liegt ein erster Grund dafür, daß es so nachhaltig möglich war, nicht nur einen einzelnen Konsumenten, sondern auch bestimmte Strömungen der Arbeiterbewegung anzusprechen und sich die ideologischen Orientierungen dieser Strömungen gewissermaßen als Subsysteme einzuverleiben: Wer einmal davon überzeugt war, daß die Wohnungs-Not der lohnabhängigen Massen auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise gelöst werden konnte, indem mensch die in der fordistischen Regulierung von Produktion und Realisierung des Werts (vgl. Lipietz 1986) ausgebildeten konkreten Prinzipien der Rationalisierung auch auf die Wohnungsware anwendete und sie als in Serienproduktion zu erstellendes und ihrem Design nach als Gehäuse »modernem Lebens« zu vermarktendes Produkt neu konzipierte, der konnte auch davon überzeugt werden, daß dies mit dem Geld der organisierten Arbeiterbewegung durch eine »Selbsthilfeeinrichtung der Arbeitnehmer« zu erfolgen hätte. Eine derartige Überzeugung war in der deutschen Sozialdemokratie verwurzelt und hatte bereits während der Politik der »Arbeitsgemeinschaft« im Ersten Weltkrieg ihren Ausdruck im Komplex der »Gemeinwirtschaft« gefunden (vgl. Bermbach 1967). Die Kriegswirtschaft wurde als Chance eines Rationalisierungsschubes begriffen. Im Zusammenwirken des Staates »mit den Wirtschaftsverbänden der Unternehmer und Arbeiter« sollte nicht nur ein neues industrielles »Arbeitssystem« durchgesetzt werden, sondern auch die Durchrationalisierung der Politik — in Gestalt ihrer Parlamentarisierung — und der Ökonomie — in Gestalt der Zentralbewirtschaftung — als »objektiven Zwecksystemen des gesellschaftlichen Lebens«, denen sich der einzelne — durch Hineinnehmen der »immanenten Zwecke der Gesellschaft« in den eigenen »Lebensplan« — einordnen muß, wenn er nicht, »sozialethisch betrachtet«, in seinem Leben leer laufen will (vgl. exemplarisch Gerhardt 1925).

Es sind dies die Grundgedanken, die die relative Stabilität des in bezug auf die Kriegswirtschaft entworfenen Konzeptes der Gemeinwirtschaft über die Wechselfälle der Geschichte hinweg begründet und schließlich seine subalterne Einordnung in den bundesrepublikanischen Fordismus ermöglicht haben. Die ge-

genwärtige Krise dieses Fordismus (vgl. Hirsch 1985) hat sich nun in Krise und Fall der Neuen Heimat verdichtet. Dabei ist es keineswegs zufällig, daß diese Grundgedanken ihrerseits sowohl als Verschiebungen des Traums von der verwirklichten Vernunft als auch als Verschiebungen des revolutionären Gedankens der gesellschaftlichen Emanzipation der Arbeiterklasse gelesen werden können.

*Erstens* geht es um den Gedanken, durch die Konzentration des Kapitals vollziehe sich naturwüchsig eine Art von Verplanmäßigung des ökonomischen Reproduktionsprozesses — nicht etwa in Gestalt seines dialektischen Umschlags in die »Expropriation der Expropriateure« — deren Entwicklung wiederum dadurch gefördert werden kann und muß, daß von der Arbeiterbewegung kontrollierte »Kartelle« neben den Großunternehmen der »kapitalistischen Wirtschaft« tätig werden. (In dieser Perspektive ist es dann eigentlich auch keineswegs korrupt, wenn neben die »Ausstattung« führender Politiker durch Großkonzerne der Wirtschaft auch zumindest eine gewisse »Förderung« der Funktionsträger der Arbeiterbewegung durch deren »gemeinwirtschaftliche« Großkonzerne tritt.) Hier geht es um die Entfaltung ökonomischer Macht zur Beeinflussung von ökonomischer Macht; da ist es dann nur konsequent, daß zum einen die Tendenz besteht, alle rechtlichen Beschränkungen gemeinwirtschaftlicher Unternehmen als bloße Fesseln ihrer Macht zu begreifen und daher möglichst weitgehend unwirksam zu machen. Und es ist ebenfalls nichts weiter als konsequent, zugleich den Versuch zu machen, die Organisationsmacht der Arbeiterbewegung zur Stärkung der eigenen ökonomischen Position auf der Marketingebene zu nutzen:

»Die Gewerkschaften werden gemeinsam mit den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen Charakter, Bedeutung und Erfolge der Gemeinwirtschaft verstärkt in der Öffentlichkeit und in Gewerkschaftskreisen herausstellen.« (DGB-Bundesvorstand 1972)

*Zweitens* geht es um den Gedanken, eine Durchsetzung der wesentlichen Forderungen der Arbeiterbewegung erfolge bereits naturwüchsig im Prozeß der »Modernisierung«, so daß es im wesentlichen nur darum gehe, diesen Prozeß von Seiten der Arbeiterbewegung gegen alle »rückwärtsgerichteten Kräfte« möglichst zu stabilisieren und zu beschleunigen. Das führt dann insbesondere dazu, daß die im Zuge der Herausbildung und Durchsetzung der fordistischen Lebensweise sich entwickelnden Konzepte einer kapitalistischen Rationalisierung von »Arbeit und Leben« als solche von den »Experten« der Arbeiterbewegung übernommen und allenfalls noch zusammengefaßt und an ausgewählte Arbeitnehmer vermittelt werden — anstatt etwa sie kritisch aufzuarbeiten und dabei deren auf die fortdauernde Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse gerichtete »reaktionäre Tendenz« (Lenin) zu bekämpfen. Im Sinne dieses Gedankens ist es konsequent, wenn die gewerkschaftlichen Unternehmen zum maßgeblichen Propagator einer »modernen« Alternative zum »Häuslebau« geworden sind, das (auch auf Grund seiner Affinitäten zur NS-Siedlungsbewegung) als »reaktionär« abgelehnt wird: »Schlafstädte« um die expandierenden städtischen Siedlungskerne, exemplarisch vorgeführt im Berliner Hansaviertel, in Nürnberg-Langwasser, Köln-Chorweiler oder in der Bremer Neuen Vahr. Hier wird nicht nur die einst zur sozialen »Trockenlegung« des »asozialen« Sumpfes der alten Industrieviertel, in denen »Zille sein Milieu« negativ auf Volksgesundheit und Volksgesinnung einwirkte, ersonnene Entmischung der »Funktionen« von Arbeiten,

Wohnen und Erholen durchgesetzt (und damit von der Seite des Wohnungsbaus her die Voraussetzung der Emissionspolitik der hohen Schornsteine geschaffen). Es wird auch »modernes Wohnen« modellhaft demonstriert: Autobahnanschluß, Garagen, Zentralheizung und Gemeinschaftsantenne. Adressaten dieses spezifischen Angebots waren die ersten Nutznießer der fordistischen Normalisierung, Arbeitnehmerhaushalte mit festem und möglichst überdurchschnittlichem Einkommen (vgl. Fuhrich u.a. 1983, 89f).

*Drittens* wird in diesem Zusammenhang der alte Gedanke der Solidarität als Bedingung eigener Stärke nicht nur philanthropisch in Richtung auf die Solidarität mit den Schwächeren umgewichtet, sondern zudem noch in Richtung auf die Vorstellung verschoben, Wohnungspolitik müsse zugleich »Sozialpolitik« sein, d.h. sich »für die Versorgung von Haushalten mit niedrigem Einkommen« eignen (vgl. — affirmativ — Krätke 1985, 96). Das macht es möglich, daß sich die gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbauunternehmen der Tendenz nach mit der vollständigen Durchsetzung eines fordistischen Regulierungsmodells in der Bundesrepublik »im Zuge anhaltender Bestrebungen zur Vermarktwirtschaftlichung der Wohnungsversorgung und zur Stärkung privatwirtschaftlicher Wohnungsbauinvestitionen« (Krätke 1985, 96) darauf spezialisieren werden, für die unteren Segmente der Wohnungswirtschaft zu produzieren, die neben den Marktmechanismen noch sozialstaatlichen Regulierungsmechanismen unterworfen sind. Damit ist nicht nur ihre subalterne Einfügung in den übergreifenden Gesamtzusammenhang einer fordistischen Wohnungswirtschaft vollendet, durch den die Profitabilität der Bauwirtschaft stabilisiert und zugleich die Möglichkeit einer profitablen privaten Wohnungswirtschaft in den oberen Segmenten — der Luxus- und Komfortwohnung, dem Eigenheim und der auf die einst für die Schlafstädte anvisierten Arbeitnehmerhaushalte mit überdurchschnittlich hohem und stabilem Einkommen zugeschnittenen, neu ins Angebot tretenden Eigentumswohnung — geschaffen wird. Zugleich ist so der in den Fordismus eingeordnete »gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau« einem mittelfristig unauflösbaren Widerspruch unterworfen: Während er einerseits angetreten ist, um der ökonomischen Macht der beherrschenden Großkonzerne die Macht gewerkschaftlicher Großkonzerne korrigierend zur Seite zu stellen, wird er auf Grund seiner Abdrängung in die unteren Segmente auf eine Bestimmung zurückgedrängt, die zu überwinden doch das Lebensgesetz seiner gesamten neueren Entwicklung gewesen war: als »Wohnungsbau unter Gewinnverzicht für die städtische Arbeiterbevölkerung« (vgl. Jenkins 1973). Von hier aus werden dann sowohl die geschäftspolitischen Wendungen der Spätphase der »Neuen Heimat« — seit in den beginnenden 60er Jahren ihr Anteil an den Neubausozialwohnungen zu stagnieren begann (vgl. Fuhrich 1984) — in ihrer eigentümlichen »Rationalität« begreifbar, als auch der schließliche Bankrott.

### **Rebellionen gegen die Selbst-Normalisierung**

Ganz wie der Bau der Trabantenstädte und die anschließende Sanierung der Industrieviertel zwei Seiten einer Medaille gewesen sind — beide Male ging es darum, das alte »proletarische Milieu« auch von den Wohnverhältnissen her zu beseitigen —, sind auch der offensichtlich unausrottbare, gerade auch unter den

Lohnabhängigen, Traum vom »Häuschen im Grünen« und die Anfang der 80er Jahre offen hervortretende Rebellion gegen die »Kaputtanierung« in ihrem Grund eng miteinander verknüpft: Beide Male geht es um den Anspruch des materiell selbstbestimmten und nicht durch die Vorgaben der fordistischen Waren-Gehäuse normalisierten Wohnens. Das eine Mal, das ist gewiß einzuräumen, in Gestalt des idyllischen Traums vom »Rosenbegießen im Garten«, das andere Mal aber ganz ausdrücklich:

»Selbstverwaltete Häuser brauchen keine Hausbesitzer — die Stadtteilbewohner bestimmen durch Räte, wo und wie ihre Spielplätze, Grünflächen, Läden, Treffpunkte, Kneipen etc. hinkommen. Sie bestimmen, wie ihre Häuser aussehen sollen, sie gestalten die Hinterhöfe gemeinsam. Wir wollen die Vereinzelung und Hilflosigkeit vieler Menschen aufheben und von vornherein bzw. jetzt noch verhindern, daß wir in Betonsilos verfrachtet werden. Wenn wir diese Ziele erreichen, werden Hausbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften, Sanierungsträger und selbst der Senat überflüssig.« (Haus besetzen ... 1981)

Aus dieser radikalen Perspektive, die allerdings dann aus demselben Grunde in Gefahr steht, fordistische Selbst-Normalisierung durch den Konsum ideologischer Waren, die freiwillig gekauft werden, mit der faschistischen Unterwerfung durch »Gleichschaltung«, »Erfassung« und »Mobilisierung« zu verwechseln (vgl. Scheer, Espert 1982, 37), wird auch schließlich nachvollziehbar, wie das ideologische und handgreifliche Material eines faschistischen Wohnungsbaus in eine Praxis des fordistischen Wohnungsbaus hat umfunktioniert werden können: Jedenfalls in der Phase des »Wiederaufbaus« konnte ein fordistisches Bauen an seine faschistische Vorgeschichte in Deutschland insoweit anknüpfen, als die Freiwilligkeit des Kaufs der angebotenen Ware (nebst Übernahme der damit vor allem in den unteren Segmenten der Wohnungswirtschaft ideologischen und organisatorischen Unterwerfungsverpflichtung) für die unteren Segmente nur im formellen Sinn freiwillig war. Eine Auslegung dieses Segmentes des fordistischen Wohnungsbaus im repressiven Sinn, für den die »Sozialmieter« nur noch als präventiv einzuschränkende störende Restgröße eines unternehmerischen Expansionsprozesses erschienen, war daher möglich und durchsetzbar.

In dem Moment aber, da die Expansion der Bauangebote der oberen Segmente der fordistischen Bauwirtschaft in die oberen Schichten der Lohnabhängigen hinein mit einer neuen Renitenz der wachsenden Masse von »Bevölkerungsgruppen, die über niedrige und zudem unsichere Lohneinkommen verfügen oder bereits von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und anderen Unterstützungsleistungen leben müssen«, zusammenzufallen begann, war der Bankrott eines derart sozial-repressiv angelegten Konzeptes nur noch eine Frage der Zeit: Die Illusion, sich »gemeinwirtschaftlich« einer zentralen Repressionslinie des fordistischen Regulierungsmodells »bemächtigt« zu haben, mußte zerspringen.

## Anmerkungen

- 1 Ich begreife als »ideologische Waren« diejenigen Waren, die nicht nur in der Realität des ökonomischen Prozesses als Gebrauchswerte zur Lösung ganz realer Reinigungs-, Transport-, Kommunikations- und Vorratshaltungsprobleme fungieren, sondern zugleich als imaginäre Knotenpunkte ideologischer »Welten« die Subjekte bestimmten Praxen unterwerfen — die Welt des Autofahrens, der Hausfrau, des Hobbys, des Urlaubs usf. Fordistisches *Marketing* bewirkt also über diese »ideologischen Waren«, i.U. zu Waren, die bloß in ihrem »Design« in die »Formen-



- sprache« eines ideologischen Diskurses — etwa der »Distingiertheit« — eingegliedert sind, nicht bloß kontinuierlichen Warenverkauf, sondern aktive Reproduktion herrschender ideologischer Mächte. Der Konsum und der ihn vermittelnde Handel werden dabei zu einem paradoxen Typ von »ideologischem Staatsapparat«. Darin unterscheidet sich die fordistische ideologische Ware von älteren vergleichbaren Typen, etwa dem Maßwein oder dem Fastenfisch, die ja im Mittelalter durchaus ebenfalls eine reale ökonomische Bedeutung hatten — aber deren ideologische Aktivierung das Tätigwerden der Kirche erforderte. Einen »Übergangs-Fall« bildet der »Kieler Matrosenanzug«, der zwar das Tätigwerden der »Marinevereine« des Wilhelmismus voraussetzte, aber nicht daran gebunden und auch als bloßer Konsumartikel zu haben war — und im übrigen natürlich auch auf haltbare und erschwärzliche Weise warmhielt.
- 2 Der Begriff der »Mobilisierung« (Haug 1986, 32ff.) scheint mir geeignet, für den Typus von folgsamer Eigentätigkeit, wie sie vom faschisierten Subjekt verlangt wird, willig oder unter Androhung von Gewalt, den Begriff der »Selbst-Normalisierung« (Haug 1986, 105ff.) zu konkretisieren. Das spezifische Phänomen, daß sich das fordistisch konstruierte Subjekt (vgl. Lüscher 1986), allein gelassen mit seinen ideologischen Waren und ohne jeden Bezug auf eine höhere Ordnung, von sich »selbst« aus als Unterworfenes konstituiert — während das faschisierte Subjekt immer unter dem gedachten Auge des »Führers« agiert — schließt einen Rückgriff auf gemeinsame Voraussetzungen und Grundlagen — wie etwa die »Ratgeberliteratur« (vgl. Haug 1986, 109ff., 138f.) — keineswegs aus. Die »Sozialwohnung« und die Neubausiedlung — mit ihrer vorrangigen »Anbindung« an »Stadtautobahnnetz«, »Einkaufszentrum« oder »Fußgängerzone« — stellen hierfür spezifische Gehäuse und räumliche Materialur bereit — auch wenn in der Realität (oder auf den Plänen der Architekten) dabei manche einst der »Mobilisierung« zuge dachte Freifläche von einem Aufmarschplatz in eine sterile Rasenfläche »enträumlicht« und manch eine Prunk- und Aufmarschstraße in eine simple »Verkehrsader« umgewidmet werden mußte.

## Literaturverzeichnis

- Bermbach, U., 1967: Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Köln
- Bodenschatz, H., V. Heise und J. Korfmacher, 1983: Schluß mit der Zerstörung? Stadterneuerung und städtische Opposition in West-Berlin. Amsterdam und London, Gießen
- Buci-Glucksmann, C., 1984: Formen der Politik und Konzeptionen der Macht. In: Neue soziale Bewegungen und Marxismus. (Argument-Sonderband AS 78). West-Berlin
- Burckhardt, M., 1980: Die gesellschaftlichen Kosten des Automobilverkehrs. Freiburg
- Le Corbusier (C.E. Jeannerot) und F. de Pierrefau: La maison des hommes. Paris 1965
- DGB-Bundesvorstand, 1974: Ziele und Funktion des gemeinwirtschaftlichen Unternehmens (1972). In: Leminsky/Otto (Hrsg.): Politik und Programmatik des DGB. Köln. 277ff.
- DIHT (Hrsg.), 1974: Einkaufsmagnet Fußgängerzone. Bonn (Schriftenreihe, 176)
- Donzelot, J., 1980: Die Ordnung der Familie. Frankfurt
- Ford, H., 1923: Mein Leben, mein Werk. Hrsg. C. Thesing. Leipzig
- Fuhrich, M. u.a., 1983: Neue Heimat. Gewerkschaften und Wohnungspolitik. Hamburg
- Fuhrich, M., 1984: Wohnungsversorgung als sozialer Auftrag. Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen am Beispiel der Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat. West-Berlin
- GEW Berlin (Hrsg.), 1981: Das ist »unsere« Neue Heimat. Gewerkschaften und Wohnungspolitik. West-Berlin
- Gerhardt, J., 1925: Arbeitsrationalisierung und persönliche Abhängigkeit. Ein Beitrag zur Wirtschaftspsychologie. Tübingen
- Haug, W.F., 1986: Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. (Argument-Sonderband AS 80). West-Berlin, bes. 40ff., 109ff.
- Haus besetzen ... 1982: Hausbesetzungen sind notwendig und richtig. In: Scheer, Espert, 37
- Heinzen, G., und U. Koch, 1982: Heimat Stadt. Über das Leben in großen Siedlungen. Eine Bestandsaufnahme in Düsseldorf. West-Berlin
- Hirche, K., 1966: Die Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaften. Düsseldorf
- Hirsch, J., 1985: Auf dem Wege zum Postfordismus? In: *Das Argument* 151
- Jacobi, O., W. Müller-Jentsch und E. Schmidt, 1982: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1982/83. West-Berlin
- Jenkins, H.W., 1973: Ursprung und Entwicklung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Hamburg
- Krätke, S., 1985: Gemeinwirtschaftliche Reformperspektiven im Wohnungsbau. In: *Prokla* 61, 95ff.
- Lefebvre, H., 1976: Die Revolution der Städte. Frankfurt/M.
- Lipietz, A., 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. *Prokla* 58, 109ff.
- Lüscher, R.M., 1986: Henry und die Krümelmonster. *Widerspruch* (Zürich) 11, 20ff.
- Mitscherlich, A., 1965: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Frankfurt/M.
- Nitsche, R. (Hrsg.), 1982: Häuserkämpfe 1872, 1920, 1945, 1982. West-Berlin
- Novy, K., 1982: Politische Kultur und gewerkschaftliche Gemeinwirtschaftsbewegung. In: Jacobi, Müller-Jentsch, Schmidt (Hrsg.)
- Scheer, J., und J. Espert, 1982: Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei. München
- Scheiner, P., und H.H. Schmidt, 1974: Neue Heimat — Teure Heimat. Stuttgart

Hansgeorg Conert

## Revolutionäre Reform?

### Zu Gorbatschows Projekt

#### I

Die Reforminitiativen Gorbatschows und seiner Mitstreiter sowie ihr Drängen nach Umsetzung des Beschlossenen in die gesellschaftliche, ökonomische und politische Praxis haben in einem Ausmaß an Breite und Intensität gewonnen, das eine Prognose der Realisierungschancen kaum zuläßt. Auszuschließen ist wohl, daß Gorbatschow selbst mit der Zeit den Beharrungskräften nachgibt; keineswegs unwahrscheinlich ist dagegen, daß er und seine Gefolgsleute innerhalb der politischen Führung in die Minderheit geraten und daß er in einem spektakulären, in der sowjetischen Geschichte erstmaligen Akt zurücktritt, oder aber daß er, wie 1964 Chruschtschow, abgewählt wird, ein Beispiel, auf das er im engeren Kreis schon im Sommer vergangenen Jahres verwiesen hat (siehe »Dentente«, No. 8, 12). Ein allmähliches Einmünden des unter seiner Amtsführung in Gang gesetzten Erneuerungsprozesses in eine Phase des Verharrens bei den überkommenen gesellschaftlichen Verhältnissen und ökonomischen und politischen Strukturen ist gleichfalls kaum denkbar, wohl aber, daß die Protagonisten der Reform, vor allem Gorbatschow selbst, ihre Rhetorik abschwächen und sich auf kleinere, womöglich gründlicher durchdachte, besser vorbereitete und umfassender koordinierte Schritte und mithin auf längerfristige Perspektiven der Durchsetzung ihrer Konzeption einzulassen beginnen.

#### II

Seit unter den Amtsführungen Chruschtschows und des »frühen« Breschnew Wirtschafts- und Verwaltungsreformen an der Tagesordnung waren, ist unter westlichen »Sowjetologen« die Unterscheidung zwischen Reformen *des* Systems und Reformen *im* System en vogue. So wird auch gegenwärtig in dieser Zunft lebhaft erörtert, zu welchem Typus das Programm Gorbatschows zu rechnen sei. Ich will nicht behaupten, diese Unterscheidung sei völlig sinnlos; sie ist aber u.a. deshalb problematisch, weil »System« nicht verbindlich definiert ist und für die einen Beobachter diese und für die anderen jene Merkmale konstitutive Bedeutung haben. Dazu ein aktuelles Beispiel: Der in der Autofabrik »VAZ« (Togliattigrad) und in einem Maschinen-Kombinat in Sumy (Ukraine) seit etwa zwei Jahren erprobte und ab 1. Januar 1987 auf einige Industriebereiche ausgedehnte Übergang zu »vollständiger Rechnungsführung« und Selbstfinanzierung der Umlauf- und Investitionsmittel, in dessen Gefolge u.a. die bisherige Quantitätsregulation von Gewinnabführung an den Staatshaushalt und im Betrieb verbleibendem Gewinnanteil umgekehrt werden soll, ist für mich zentrales Element einer Reform *des* Wirtschaftssystems. Andere sehen das nicht so und machen z.B. vollständige Markt- und Konkurrenzverhältnisse zum Systemkriterium.

Ähnlich problematisch ist die vor allem von links orientierten Beobachtern benutzte Unterscheidung zwischen ökonomistisch-technokratischen und sozietär-

partizipatorischen oder emanzipatorischen Reformen. Am Ausgang und im Zentrum des aktuellen sowjetischen Reformkonzepts steht ohne Zweifel die Intention der Effizienzsteigerung aller ökonomischen Prozesse, nicht nur, aber vor allem durch Beschleunigung der Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Insoweit also eindeutig eine Reform des erstgenannten Typs, wie sie in der UdSSR schon einmal 1965 beschlossen und umzusetzen begonnen wurde. Heute ist den sowjetischen Reformern jedoch bewußt, daß die entscheidungsleitende Intention durch Änderungen der institutionellen und organisatorischen Momente des Planungs- und Leitungssystems der Wirtschaft allein nicht durchzusetzen ist. Neben substantielleren, die Verteilung von Entscheidungs- und Verfügungskompetenzen und die Funktionsmechanismen der ökonomischen Prozesse betreffenden Momenten geht es ihnen vor allem um den Wandel der »subjektiven Faktoren«, um Überwindung der Gleichgültigkeit im Hinblick auf die je eigne Arbeit, deren Resultat, die Situation des Betriebs, selbst auf den Lohn. Ähnlich wie westliche und auch sowjetische Soziologen und Ökonomen erklären die Reformpolitiker jene offenkundig verbreitete Haltung aus dem Zusammenwirken von Arbeitsplatzsicherheit, weitgehend leistungsunabhängiger Lohngarantie und Einflußlosigkeit bezüglich der Arbeitsbedingungen und -resultate sowie des Umfangs, der Art und der Verteilung der verschiedenen Formen betrieblicher Gratifikationen. In seinen häufigen Reden hebt Gorbatschow immer wieder hervor, daß ohne aktive Mitwirkung der Arbeiter, Techniker, Ingenieure, Kolchosbauern die notwendige Steigerung des Wirkungsgrades der Wirtschaftstätigkeit nicht erreichbar ist, daß die Modernisierung der Produktionstechniken keineswegs ausreicht. Offenkundig ist ihm die Unwirksamkeit ideologischer oder patriotischer Appelle zur Erzielung der gewollten Einstellungs- und Handlungsänderung bewußt. Interesse, Engagement, Initiative und Verantwortungsbewußtsein der Arbeiter und Angestellten sollen auf zwei Wegen zugleich geweckt, verallgemeinert und gestärkt werden. Der eine ist nicht neu, und seinem im Schlagwort der »materiellen Interessiertheit« zusammengefaßten Konzept haftet der Beigeschmack utilitaristischer Vulgarpsychologie an: wesentlich erhöhte, gruppenspezifisch differenzierte und strikt leistungsgebundene Prämien und andere Formen materieller Gratifizierung sollen als »Stimuli« wirken. Was Rhetorik und sogar getroffene Beschlüsse anbelangt, ist auch der zweite Ansatz nicht neu, er wird unter Gorbatschow aber unverkennbar höher als in der Vergangenheit gewichtet und mit größerer Konsequenz vorangetrieben. Es geht um die Belebung formaler bestehender und um Institutionalisierung neuer Formen der Mitwirkung der Werk-tätigen an ökonomischen und sozialen Entscheidungen im Betrieb, vor allem innerhalb des engeren Arbeitskollektivs. Dieses existiert vor allem in der wiederum zwar nicht neuen Form von Brigaden, deren Funktion und Kompetenzen in jüngerer Zeit aber nach einem Konzept erweitert wurden, das deutlich Anleihen bei den »Grundorganisationen assoziierter Arbeit« innerhalb der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung erkennen läßt. Nicht zufällig wurde auch der Begriff der »sozialistischen Selbstverwaltung« in das offizielle Vokabular aufgenommen.

Dieses Reformelement enthält eine — hier durchaus positive — Ambivalenz: wie in Jugoslawien auch, ist für die Konzeption von »Komplexbrigaden mit ei-

gener Wirtschaftsrechnung« nicht eine in Richtung von »Selbstbestimmung am Arbeitsplatz« weisende Intention anstoßgebend, sondern die Einsicht, daß Ressourcenökonomie, Rationalisierung der Arbeitsvollzüge und die geforderte enge Verbindung zwischen Entlohnung und Arbeitsresultat nur höchst unzulänglich durchzusetzen sind, wenn diese Handlungsorientierung nicht mit den unmittelbaren Interessen der Arbeiter verbunden werden kann. Das setzt aber die Gewährung von Entscheidungs- und Handlungsfreiräumen voraus, deren Nutzung die Überwindung von Apathie fördert und Motivationen und Fähigkeiten erzeugt, die weiterreichende Mitwirkungsansprüche ermöglichen. Kurz, »technokratisch« motivierte Veränderungen der Arbeitsbeziehungen können durchaus partizipatorische Schritte erheischen und soziale Dynamik in Richtung ihrer Erweiterung auslösen.

### III

Mit der Einbeziehung der staatlich-politischen Sphäre in die gesellschaftliche Umwandlung, für die es auf dem 27. Kongreß der KPdSU im Februar/März 1986 nur erste Hinweise gab und die nunmehr im Zentrum des Januar-Plenums der KPdSU stand, folgen die Reformkräfte um Gorbatschow vermutlich nicht allein der Einsicht, daß man den gewollten engagierten, initiativfreudigen und verantwortungsbewußten Bürger nicht auf den Produktionsbereich beschränken und als Staatsbürger in Unmündigkeit belassen kann. In jüngerer Zeit bestätigen sowjetische Soziologen und Ökonomen westliche Analysen aus den siebziger Jahren, wonach die konsequente Verwirklichung des ökonomischen Reformkonzepts nach 1965 vor allem durch die Organe der Wirtschaftsverwaltung bei Duldung, wenn nicht gar mit Unterstützung durch die regionalen und örtlichen Parteiinstanzen konterkariert wurde. Die Forderung nach Öffentlichkeit, nach Transparenz der politischen und sozialen Prozesse und nach Anerkennung und Ausübung des Rechts auf Kritik sowie nach allseitiger Rechenschaftspflicht soll zur Erzeugung einer sozialen Atmosphäre beitragen, die Obstruktion zumindest erschwert und denunzierbar macht. Einen erheblichen Schritt weiter gehen Gorbatschows vom Januar-Plenum nicht voll akzeptierte und in Anbetracht der eingeschliffenen Praxis in der Tat brisante Vorschläge, mehr Parteilose zu Leitungsaufgaben in Staat und Wirtschaft heranzuziehen und bei Sowjet- wie innerparteilichen Wahlen in geheimer Abstimmung über verschiedene Kandidaten entscheiden zu lassen. Für die sowjetische Reformgruppe dürfte es bei diesen Forderungen viel weniger, als in der westlichen Publizistik rezipiert, um eine Prinzipienfrage als darum gehen, mit welchem Typus von Partei- und Sowjetfunktionär in naher Zukunft das Projekt umfassender gesellschaftlicher Erneuerung zu realisieren ist.

### IV

Insbesondere für linksorientierte westliche Beobachter ist Gorbatschows Projekt mit dem grundlegenden Makel einer »Reform von oben« behaftet. Daß es sich um eine solche handelt, würde nicht durch den Hinweis auf Gorbatschows wiederholte Beteuerung, ohne bewußte Teilnahme breiter Schichten sei der Umbau nicht zu realisieren, widerlegt. Entscheidend sei, von wo die Initiative ausgeht.

Aber welche Vorstellungen haben die Kritiker von möglichen Alternativen? Hier muß eine Anmerkung zum westlichen, auch zum linken Verständnis oder besser: Mißverständnis der sowjetischen gesellschaftlichen Realität eingeschoben werden.

Nicht allein für die »gewöhnlichen« Bürger des Westens, auch für die Mehrheit der Politiker, Journalisten und Intellektuellen steht außer Frage, daß die sowjetischen Menschen so wie im Westen leben möchten (oder, wenn nicht, so nur deshalb, weil sie mangels zureichender Informationen der Propaganda von Arbeitslosigkeit und Elend im Kapitalismus aufsitzen). Eine Bestätigung dieser Annahme wird häufig in Gesprächen mit DDR-Deutschen, CSSR-Bürgern, vor allem aber mit Polen und Ungarn gefunden, deren in der Tat fast allgemeine Westorientierung unhinterfragt auf die Sowjetbürger übertragen wird (bei linken Intellektuellen findet sich dieses Verständnis in etwas veränderter Version: für sie wollen die sowjetischen Menschen in einem Sozialismus leben, der so beschaffen ist, wie sie — die westlichen Intellektuellen — ihn sich wünschen). Bestärkt wird diese Unterstellung weiter durch die Verallgemeinerbarkeit suggestierende Art der westlichen Berichterstattung über sowjetische Dissidenten. Die überwiegende Westorientierung der Ostmitteleuropäer ist aber *auch* die Kehrseite der Ablehnung der Machtordnung und des Gesellschaftsmodells im eigenen Lande, das noch immer als fremdдоктройiert empfunden wird. Dieses Moment der Distanz vom »System« fehlt im dominanten Teil der UdSSR, der russischen Föderation nicht nur, hier herrscht im Gegenteil eine starke nationale Identifizierung mit der Staatsmacht vor. Zum anderen wurden hier trotz Industrialisierung und Urbanisierung, u.a. auf Grund der besonderen Produktionsweise und -verhältnisse, Einstellungsmuster, Wertorientierungen und Verhaltensdispositionen tradiert, die z.B. egalitäre, kollektive, selbstgenügsame, kommunitäre, aber auch fatalistische und autoritäre Dispositionen einschließen und die vorbürgerlicher Provenienz sind. Möglicherweise würden sich diese im Falle rascher und umfassender Aufpfropfung des bürgerlich-kapitalistischen Zivilisationsmodells in relativ kurzer Frist auflösen; solange sie jedoch haltungsprägend wirksam sind, geht von unten kein breiter Druck zur Änderung der existenten Sozialbeziehungen aus. Die Unterstellung einer realen Alternative zum Weg der »Reform von oben« drückt deshalb für mich Wunschdenken aus.

Natürlich wollen die Reformer um Gorbatschow nicht die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft etablieren; mit Leistungsorientierung, Einkommens- und mithin Sozialdifferenzierung, Risikobereitschaft, Initiativefreude usw. sollen jedoch Verhaltensweisen stimuliert bzw. die für ihre Verallgemeinerung erforderlichen sozioökonomischen Bedingungen geschaffen werden. Geht man einmal von der Durchsetzung des Reformkurses Gorbatschows aus, so wäre es doch vermessen, voraussagen zu wollen, ob das auf die schrittweise Etablierung des »industriellen Zivilisationsmodells« (R. Damus) bürgerlicher Provenienz hinausläuft oder in welchem Grad dieses modifiziert wird durch tradierte russische, sowjetische und originär kommunistische Formen der ökonomischen und sozialen Beziehungen, staatlich-politische Institutionen, soziokulturelle Besonderheiten u.a.m.

## V

In welchen sozialen Schichten bzw. Berufs- und Funktionsgruppen der sowjetischen Gesellschaft dürften die Reformkräfte der politischen Führung Unterstützung finden? Das ist m.E. die wichtigste Frage für die Einschätzung der Erfolgsaussichten von Gorbatschows Projekt. Die folgenden Andeutungen einer Antwort müssen notwendig vorläufig bleiben.

Seine zahlreichen direkt an die Bevölkerung gerichteten Reden sowie verschiedene Elemente seiner Politik, und zwar nicht nur die liberalen, sondern auch die Aufrufe zur sozialen Disziplin und gegen »nichterarbeitete Einkommen«, haben Gorbatschow offenbar Massenpopularität verschafft. Fraglich ist aber, wie stabil sich diese erweist, wenn etwa bei nur begrenzten Erfolgen in der postulierten Verbesserung des Nahrungsmittel- und Konsumgüterangebots und der Dienstleistungen jene ökonomischen Reformbestandteile realisiert werden, durch die unzureichende Arbeitsresultate mit Lohnabzügen sanktioniert und verstärkte Leistungsbereitschaft, erhöhte Arbeitsplatzmobilität u.ä.m. verlangt werden. Die in der sowjetischen Presse konzedierte Unmutsbekundungen nach der zu Jahresbeginn bereichsweise eingeführten staatlichen Qualitätsabnahme (ergänzend zu der so gut wie unwirksamen innerbetrieblichen) deuten an, wie rasch ein Meinungsumschwung eintreten kann. Es ist nicht falsch, wenn westliche Beobachter den stärksten Rückhalt der Reformen in den Berufsgruppen mit geistes- und sozialwissenschaftlicher Ausbildung und in der künstlerischen Intelligenz vermuten. Aber diese Unterstützung reicht mit Sicherheit nicht aus. Schon die Haltung der Inhaber ökonomischer und technischer Leitungspositionen auf der Ebene der Unternehmen ist zumindest unterschiedlich. Die Annahme westlicher Ökonomen und Publizisten, sowjetische Betriebsdirektoren wünschten nichts sehnlicher als Entscheidungs- und Handlungsautonomie, ist eine vereinfachte Verallgemeinerung.


Es läßt sich schwer vorstellen, daß der Reformkurs in den verschiedenen Statusgruppen der zahlreichen Instanzen der Staats- und Wirtschaftsadministration Begeisterung auslöst. Der von Gorbatschow in Aussicht gestellte Personalabbau dürfte vor allem die unteren Ränge bedrohen. Die Inhaber mittlerer und leitender Positionen müssen mit Macht- und Funktionsverlust sowie — der Reformintention nach — mit veränderter Aufgabenwahrnehmung bei erhöhten Leistungsanforderungen, öffentlicher Rechenschaftspflicht und Kritikbereitschaft rechnen. Ähnliches gilt für die Parteikader der regionalen (z.B. Gebiets- und Rayons-) sowie der lokalen Ebene, die sich zudem der Kandidatenauswahl in geheimer Abstimmung stellen sollen.

Der Absicht Gorbatschows nach, die sich in absehbarer Frist jedoch kaum durchsetzen wird, soll das sogar für die Kandidaturen zur Mitgliedschaft im Zentralkomitee der KPdSU gelten. Was könnte die politische Führung überhaupt veranlassen, die Reform voranzutreiben? Das tradierte Selbstverständnis, z.B. die Auffassung von der Stellung und Funktion der Parteiführung bei der Bestimmung und Steuerung der Prozesse der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und militärischen Entwicklung des Landes wohl kaum. Am ehesten sicher die Erkenntnis — oder zumindest Vermutung —, daß mit den bisherigen Leitungsmethoden in den überkommenen Strukturen weder

die unabweisbaren ökonomischen und sozialen Erfordernisse im Inneren verwirklicht noch die Stellung des Landes im rivalisierenden Beziehungsgeflecht der Großmächte gehalten werden kann. Ob der so unterstellte Zusammenhang eindeutig, zumindest: ob er in kürzerer Perspektive zwingend ist und welche Risiken andererseits der Reformkurs in sich birgt, darüber sind auch westliche So-wjetologen verschiedener Ansicht. Ein Konsens in der Führung der KPdSU ist da erst recht nicht zu erwarten.

In Anbetracht dessen dürfte, obgleich die Reform erklärtermaßen langfristig angelegt ist, ihre Unterstützung in der Partei, der Administration, der Wirtschaft und der Bevölkerung überhaupt von sichtbaren Erfolgen schon in den Anfangsphasen abhängen. Zwei Bereiche sind dafür maßgeblich: die Außenbeziehungen, vor allem im Hinblick auf Rüstungsbegrenzungsabkommen, und die Wirtschaft.

Auf dem ersten Gebiet lassen die USA systematisch und konsequent keinen so-wjetischen Erfolg zu. Sollte ein Abkommen überhaupt in den Bereich des Möglichen treten, dürften die Bedingungen so beschaffen sein, daß Gorbatschow mit Intervention der militärischen Führung rechnen muß. In der Wirtschaft sind im Verlauf des 12. Fünfjahrplanes (bis 1990) gewisse Erfolge wahrscheinlich (beim industriellen Wachstum, hinsichtlich der Arbeitsproduktivität, der Ressourcenökonomie, dem Konsumgüterangebot und bei der Erzeugnisqualität). Resultate im Hinblick auf das Kernziel rascher Modernisierung der industriellen Anlagen und Ausrüstungen und zügiger Produktinnovationen, vor allem im Maschinenbau, sind jedoch erst auf längere Sicht möglich. Ob dafür der Atem der Reformerguppe ausreicht, hängt von Varianten innen- und außenpolitischer Konstellationen ab, die in ihrer denkbaren Vielfalt nicht prognostizierbar sind.



**Der Sozialismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Band 1 und Band 2**

Es gibt eine neue Aktualität des Sozialismus, hervorgerufen durch die kapitalistische Krise, deren Ende nicht abzusehen ist. Eine Chance hat der Sozialismus nur, wenn er alle radikalen Zweifel aufnimmt und verarbeitet. Anlässlich der 10. Konferenz »Sozialismus in der Welt« in Cavtat (Jugoslawien) formulieren namhafte Sozialisten und Marxisten Zwischenbilanz und Ausblick: Albers, Altvater, Amin, Frank, Ingrao, Magdoff, Mandel, Shaozhi, Therborn, Vranicki, Williams u.a.

Argument-Sonderbände AS 123 und AS 136 je 18,50/f.Stud. 15,50 DM (Abo: 16,50/13,50)

Giorgio Baratta

## Gramsci befreien\*

### Versuch, die Dinge beim Namen zu nennen

Im Rahmen des galanten Verhältnisses, das neuerdings SPD und KPI unterhalten, erweist sich — wie wir sehen werden — die Gramsci-Deutung, die Peter Glotz (1985)<sup>1</sup> kürzlich vorgeschlagen hat, als die (freiwillige oder unfreiwillige?) Karikatur einer früheren Interpretation, mit der Palmiro Togliatti Gramsci für die KPI in Anspruch genommen hatte. Glotz gebührt zumindest das Verdienst, Bedeutung und Aktualität eines kurzen und unvollendeten, jedoch außergewöhnlichen Textes unterstrichen zu haben: *Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens* — die letzte wichtige Schrift Gramscis vor seiner Inhaftierung (1926).

Die Gramsci-Lektüre von Glotz hat kaum philosophisch-kulturelle, jedoch unübersehbar ideologisch-politische Bedeutung. Wie erklärt es sich, daß die SPD Gramsci zu einer Zeit wiederentdeckt, in der die KPI ihn aufgegeben hat? Ich will diese Frage nicht beantworten, sondern nur ihren aus italienischer Sicht recht paradoxen Rahmen sichtbar machen. Wir werden versuchen, den Enthusiasmus von gestern und das Schweigen von heute zu verstehen. Und vielleicht verhilft uns dies — indirekt — zu mehr Klarheit über den Sinn dieses Vorstoßes der SPD.

Es ist Mode, vor allem in der BRD, Gramsci als eine Art Propheten der Rolle der Intellektuellen und der Kultur darzustellen. Kein Zweifel, daß er in seiner Klassenanalyse diese Themen mit großer Sensibilität behandelt hat; sie war nämlich stark beeinflusst von der These, daß »in der modernen Welt« eine bestimmte Kategorie des Intellektuellen »unglaublich an Umfang zugenommen hat« (Z 230; Q 1520). Man vergißt dabei oft, daß Gramsci unermüdlich die Neigung der Intellektuellen zur Selbstbehauptung, zum Narzißmus, zur Ablösung vom Volk und seiner Weltanschauung bekämpft hat. Mit Mao Zedong könnte man sagen, daß er als Intellektueller immer die Politik »an die erste Stelle« gesetzt hat. Wäre dies nicht ein Grund, warum er unzeitgemäß wirkt im Europa der achtziger Jahre, das so arm ist an Veränderungsimpulsen und politisch so stagniert? Oder kann Gramsci in der BRD — jenseits der Moden — Anlaß zu einer Erneuerung sein, indem er uns einen Weg zeigt, die Dialektik zwischen Kultur und Politik zu öffnen?

Gerade diese Dialektik scheint in Italien beinahe begraben. Von daher verstehe ich die Gründe des gegenwärtigen Schweigens zu Gramsci. Aber könnte er nicht wenigstens unser schlechtes Gewissen werden?

\* Vorgetragen auf dem Kongreß »Politik und Kultur bei José Carlos Mariátegui und Antonio Gramsci« in Hamburg, 2. bis 5. Oktober 1986. Der Text wurde vom Autor überarbeitet und von Christian Hanussek aus dem Italienischen übersetzt.



## Gramsci, die Intellektuellen und die Dialektik von Avantgarde und Masse

Gramsci interessieren zunächst — in der Schrift *Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens* (1926) — nicht die Intellektuellen im allgemeinen. Er hat den italienischen Süden vor Augen, den er von einem »Agrarblock« beherrscht sieht. Der »Block der Intellektuellen« ist dessen »elastische, aber äußerst widerstandsfähige Rüstung« (Z 215). Und in diesem Block sieht er ein hegemoniales Verhältnis zwischen wenigen »großen Intellektuellen« (Giustino Fortunato und Benedetto Croce) und der Masse der »kleinen« und »mittleren« Intellektuellen, vorwiegend bäuerlicher Herkunft, ohne deren Funktion sich die Passivität und Unterordnung der Bauern gegenüber den Grundbesitzern nicht erklären läßt.

»In diesem Sinne hat Benedetto Croce eine sehr wichtige 'nationale' Mission erfüllt. Er hat die radikalen Intellektuellen des Südens von den Bauernmassen losgelöst, indem er sie an die nationale und die europäische Kultur heranführte, und hat sie auf dem Wege über die Kultur in der nationalen Bourgeoisie und infolgedessen im Agrarblock aufgehen lassen.« (Z 212)

Wir befinden uns bereits im Faschismus. Gramsci war klargeworden, daß die italienische Bourgeoisie im Aufblühen des Klassenkampfes, in der Epoche der russischen Revolution gewaltige nationale Energien über die Klassengrenzen hinaus mobilisiert hatte, um dem herrschenden Block neue Bündnisse zu sichern. Die alte liberale, laizistische und positivistische Kultur, dem Demokratismus und Progressismus erlegen, genügte nicht mehr, um die Mittelschichten in eine arbeiterfeindliche und offen antisozialistische Richtung zu lenken. Ein »Kompromiß«, ein neuer »historischer Block« war nötig zwischen moderner Kultur und traditoneller Religion, zwischen Staat und Kirche.<sup>2</sup> Es bedurfte einer breiten kulturellen Bewegung, um die Not und die Wut der Massen zu neutralisieren, den historischen Materialismus (sogar in der sozialistischen Bewegung) in Verruf zu bringen und gleichzeitig die Flucht der Massen in reine Ideale (Freiheit, Vaterland, Geist, Religion, Kultur usw.) zu befördern.

So ist die nationale Funktion des hegelianisierenden Neoidealismus von Benedetto Croce (und mit einigen Unterschieden auch von Giovanni Gentile), also die enorme Bedeutung dieser »ruhigen philosophischen Revolution« zu verstehen.<sup>3</sup> Humanistisch und antiwissenschaftlich, erlaubte sie die schmerzlose Umkehrung der traditionellen Antagonismen von Staat und Kirche und förderte die passive Hinnahme des faschistischen Regimes durch breite Schichten des italienischen Volkes. Es war dabei nicht sehr wichtig, daß Croces philosophischer Liberalismus unvereinbar war mit dem direkten Übertritt zum Faschismus (im Gegensatz zu Gentiles »aktualistischem« Idealismus); dieser Liberalismus stellte eine sanfte Opposition dar, die leicht geduldet, wenn nicht sogar benutzt werden konnte.

Die Feststellung, daß Gramsci in seinem kurzen Text von 1926 das Programm für eine Kulturpolitik entworfen hat, greift noch zu kurz. Weil nämlich »der Bauer des Südens mit dem Großgrundbesitzer durch den Intellektuellen verbunden ist« (Z 209) und weil »die große Bauernmasse« selbst »gestaltlos und zusammenhanglos« ist (Z 205), bekommt der Kampf an der intellektuellen Front entscheidende politische Bedeutung für die Veränderung der Klassenstruktur. Croce zu kritisieren — seine Ideen, aber auch die Formen und die Mittel seiner

Hegemonie — ist also kein rein »kulturelles« Unternehmen, sondern wird zu einem Moment in einem organischen Projekt. Es handelt sich um eine komplexe Bewegung von Trennungen und neuen Bindungen. Ziel dieser Kritik ist, zunächst die Intellektuellen von der Hegemonie Croces zu befreien und damit von der Unterordnung unter die Grundbesitzer, um sie dann in politisch kreativer und fortschrittlicher Weise an die Interessen und das Leben der Bauern zu binden. So begreift man den Grundgedanken von *Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens* als die Notwendigkeit, theoretisch und praktisch »die Frage der Intellektuellen und die Funktion, die sie im Klassenkampf ausüben«, zu verstehen (Z 214). Die Analyse ist also nicht auf den Süden Italiens begrenzt, sie hat allgemeinere Bedeutung.

Eine der Hauptthesen des Textes lautet: »In allen Ländern ist die Schicht der Intellektuellen durch die Entwicklung des Kapitalismus tiefgreifend umgestaltet worden.« (Z 205) Um die Geschichte und die Gesellschaft Italiens zu verstehen — mit der eigentümlichen Verschlingung von Rückständigkeit und Modernität, von Parasitismus und Wachstum, mit dem Dualismus von Nord und Süd —, ist es wesentlich, die Unterschiede, die Verteilungen, die Beziehungen zwischen zwei Typen von Intellektuellen in Betracht zu ziehen: dem »alten«, »traditionellen« Typus (der Priester, der Lehrer, der Bürokrat ...), vorherrschend im Süden und »das organisierende Element einer Gesellschaft, deren Basis vorwiegend aus Bauern und Handwerkern bestand«, und dem »neuen Typus des Intellektuellen«, der von der Industrie geschaffen wurde, also »technischer Organisator, Spezialist der angewandten Wissenschaft« ist (ebd.). Dieser Grundgedanke und diese These werden für Gramsci zu zentralen Themen des Nachdenkens im Gefängnis.

Das *Gefängnisheft* Nr. 12 (1932) trägt den Titel *Verstreute Notizen und Bemerkungen für eine Reihe von Aufsätzen zur Geschichte der Intellektuellen*. Vergewöhnung wir uns kurz einige Argumente.

Die Intellektuellen unterscheiden sich nicht »in der Spezifik der intellektuellen Tätigkeiten«, sondern durch den Platz, den diese Tätigkeiten und diejenigen, die sie ausüben, »im Gesamtkomplex der gesellschaftlichen Beziehungen« einnehmen (Z 225; Q 1516). Es gibt keine absolute Teilung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit:

»Jede beliebige physische Arbeit, auch die mechanischste und entwürdigendste, enthält ein Minimum an technischer Qualifikation, das heißt ein Minimum an intellektueller, schöpferischer Tätigkeit. (...) Alle Menschen sind Intellektuelle« in diesem Sinne. »aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen.« (Z 225f.; Q 1516)

Auf die Frage »Sind die Intellektuellen eine autonome und unabhängige gesellschaftliche Gruppe, oder hat jede gesellschaftliche Gruppe ihre eigene, spezifische Kategorie Intellektueller?« (Z 222; Q 1513) antwortet Gramsci:

»Jede soziale Gruppe, deren Ursprung auf eine wesentliche Funktion in der Welt der materiellen Produktion zurückgeht, bringt gleichzeitig, organisch, eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen hervor, die ihr nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf sozialem und politischem Gebiet Homogenität und das Bewußtsein ihrer eigenen Funktion verleihen.« (Ebd.)

Das ist die — in Gramscis Denken absolut zentrale — These vom »organischen Intellektuellen«, das heißt die These, daß Ursprung, Bildung und Funktion bestimmter Schichten von Intellektuellen immer organisch in Beziehung stehen mit

dem Leben, den Bedürfnissen, den Interessen bestimmter Gruppen oder Klassen. Daß es sich um eine organische Beziehung handelt, bedeutet nicht, daß sie widerspruchsfrei ist. Im Gegenteil: Es ist gerade ihre Widersprüchlichkeit, aus der die Möglichkeit einer verändernden politischen Bewegung erwächst.

Die Theorie Gramscis hat mit den auch im 20. Jahrhundert verbreiteten biologistisch-organizistischen bzw. totalisierenden Auffassungen vom gesellschaftlichen Leben nichts gemein. Im Gegenteil: Die Vorstellung eines »Organismus« entstand bei ihm aus dem Bestreben, zu den Knotenpunkten des gesellschaftlichen Zusammenhangs vorzudringen und die lebendigen Momente in den Schnittstellen der verschiedenen Ebenen sozialer Phänomene zu entdecken. Er versuchte immer auszumachen, wo die Lebensquellen und vitalen Zentren liegen, und unterschied deren Ableger und die sie umgebenden Organismen.

Will man überhaupt von einer Frage der Intellektuellen als solcher sprechen, dann ist das kommunistische Projekt Gramscis sehr klar: es gilt, einen »intellektuellen Fortschritt der Massen, und nicht nur weniger Intellektuellengruppen« zu erreichen (Q 1385; vgl. R 138). Das setzt einerseits die Bildung von »organischen Intellektuellen des Proletariats« als Avantgarde dieses Prozesses voraus (ein Thema, das Gramsci im Gefängnis weder vertiefen konnte noch wollte); andererseits impliziert es die Kritik und Beseitigung des Anspruchs der Intellektuellen, Träger von autonomen, selbstgenügsamen Werten zu sein, wie Wissen, Technik und Kultur. Es geht, kurz gesagt, um die Eröffnung einer theoretischen und praktischen Dialektik zwischen Intellektuellen und Klassenkampf, zwischen Kultur und Politik.

Die herrschende Kultur versucht diese Dialektik mit allen Mitteln zu negieren. Sie behauptet eine »Selbstsetzung« der Intellektuellen »als autonom und unabhängig von der herrschenden gesellschaftlichen Gruppe« (Z 224; Q 1515). Und Gramsci unterstreicht:

»Die gesamte idealistische Philosophie kann deshalb ohne weiteres mit dieser von der gesellschaftlichen Gesamtheit der Intellektuellen eingenommenen Position in Zusammenhang gebracht werden. Man kann sie als Ausdruck dieser sozialen Utopie definieren, auf Grund derer sich die Intellektuellen für 'unabhängig', autonom halten und glauben, mit ihnen allein eigenen Merkmalen ausgestattet zu sein.« (Ebd.)

Der Idealismus ist also für Gramsci nicht eine Philosophie neben anderen, sondern notwendiger Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft und Kultur. Das Hauptproblem für das Projekt einer revolutionären Kultur liegt in der Tatsache, daß die Bourgeoisie spontan — aus der Dynamik der Produktionsweise heraus — eigene organische Intellektuelle hervorbringt und die traditionellen Intellektuellen in »Commis« (Z 228) des herrschenden Blocks umbildet. Das erklärt die gleichzeitige, verschränkte Anwendung der beiden grundlegenden Spielarten bürgerlicher Ideologie: des technologischen Positivismus und des Idealismus.

Die unteren Klassen erleben dagegen ihre intellektuelle Situation als subaltern. Gramsci bemerkt,

»daß die Bauernschaft, obwohl sie eine wesentliche Funktion innerhalb der Produktion erfüllt, keine eigenen 'organischen' Intellektuellen hervorbringt und keine Schicht 'traditioneller' Intellektueller 'assimiliert'« (Z 223; Q 1514).

Was das Proletariat betrifft, so hatte er bereits in *Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens* festgestellt:

»Das Proletariat als Klasse ist arm an organisierenden Elementen, es besitzt keine eigene Schicht von Intellektuellen und kann sie sich nur sehr langsam und mühsam erst nach der Eroberung der Staatsmacht schaffen.« (Z 215)

Das Konzept der Hegemonie, stets präsent in Gramscis Reflexionen im Gefängnis, entsteht aus der Erfahrung, daß der Kulturbetrieb und die Intellektuellen bei der historischen Niederlage der Arbeiterbewegung in Italien und anderen europäischen Ländern eine wichtige Rolle gespielt haben. Diese Rolle muß als ein organisches Moment des sozial herrschenden Blocks verstanden werden. Die Machtergreifung des Faschismus hatte gezeigt, daß die spontane »Tendenz« der Intellektuellen in einem kapitalistischen Land nach rechts geht, denn sie sind »die 'Commis' der herrschenden Gruppe, um die untergeordneten Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Herrschaft auszuüben« (Z 288; Q 1519).

Im Gefängnis arbeitet Gramsci nicht direkt an einem politischen Projekt, sondern an einer historischen Betrachtung, die weitreichender ist und die sowohl eine sehr ferne Zukunft wie eine weit zurückliegende Vergangenheit einbezieht. Die *Frage des Südens* ist hingegen Ausdruck der politisch fruchtbarsten Periode seines Denkens (1926 ist das Jahr der »Lyoner Thesen«). Damals glaubte er nicht mehr an die Möglichkeit eines schnellen Zusammenbruchs des Faschismus (wie noch während der Matteotti-Krise). Trotzdem spürt man in diesem Text den revolutionären Schwung, allerdings hat er nicht mehr die Frische von früher. In der Besinnung auf die erstrangige und tatsächlich niemals gelöste Aufgabe, ein Bündnis zwischen städtischem Proletariat und Bauernschaft zustande zu bringen, und auf die Vermittlungsrolle, die den süditalienischen Intellektuellen dabei zugefallen wäre — wobei ihre »besondere Psychologie« (Z 205) hätte verändert werden müssen —, ist Gramsci die ungeheure Schwierigkeit eines solchen Unternehmens gewiß nicht entgangen. Er wußte, daß man es mit einem sehr schwierigen Typus des Intellektuellen zu tun hatte:

»Er trägt gegenüber den Bauern ein demokratisches Gesicht zur Schau, und er hat ein reaktionäres Gesicht vor dem Großgrundbesitzer und der Regierung, er ist politischer Geschäftemacher, korrupt und unehrlich.« (Z 206)

Die Kraft, die aus diesem kurzen Text zur *Frage des Südens* strömt, liegt auch in der Tatsache, daß sich darin exemplarisch, aber auch dramatisch Gramscis Dialektik von Avantgarde und Masse ausdrückt. Gramsci entwarf eine breit angelegte Kampagne, um eine Massentendenz nach links zu entwickeln. Gleichzeitig bemühte er sich, ein Netz von organischen Intellektuellen des Proletariats zu knüpfen, d.h. um die Formung des »kollektiven Intellektuellen«.

Der Ton des Diskurses über die Intellektuellen hat sich zwischen der *Frage des Südens* und den *Gefängnisheften* geändert. Im Gefängnis gibt es für Gramsci keine unmittelbaren Ziele oder politischen Projekte mehr. Die Dialektik von Avantgarde und Masse erscheint momentan ausgesetzt, wie zerrissen. Die politische und nicht nur physische Isolierung, die Zensur, die objektive historische Situation schwächen das politische und intellektuelle Feuer Gramscis um keinen Funken, aber sie lähmen — das ist selbstverständlich — die unmittelbare revolutionäre Spannung. Das wahre Thema der *Gefängnishefte* sind die Gründe für die Niederlage. Und in diesem Kontext taucht nun, in ihrer ganzen Prägnanz, die

Analyse der Rolle der Intellektuellen als Masse und als Individuen auf. — Isolierung und politische Marginalisierung, also auch Gramscis persönliches Scheitern an der Dialektik von Avantgarde und Masse, und nicht nur die historische Niederlage der Arbeiterbewegung: das ist der tiefere Grund für das Verschwimmen dieser Dialektik und des Begriffs »organische Intellektuelle des Proletariats« in den *Gefängnisheften*. Aber vielleicht ist es auch ein Grund für gewisse Zugeständnisse, die dieser kommunistische Denker nun jener idealistischen Philosophie macht, die für seine intellektuelle Bildung so wichtig war, bevor er mutig den Weg des »Berufsrevolutionärs« einschlug.

### Togliatti, Croce und Gramsci

Togliattis Schriften zu Gramsci (Togliatti 1977) umfassen den Zeitraum von 1927 bis 1964. Besonders wichtig sind die Jahre unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als Togliatti die Veröffentlichung der *Gefängnishefte* anregte und Gramsci zum Vorkämpfer einer Politik der »nationalen Einheit« machte, die von der KPI kurz vor Kriegsende (1943-44) begonnen wurde. Eine der wichtigsten Schriften ist der Vortrag *Gramsci und der Leninismus*, den Togliatti bei einer vom Istituto Gramsci organisierten Tagung in Rom 1958 hielt. Darin und in den zugehörigen *Notizen* stellt er Gramscis Denken als »ein neues Kapitel des Leninismus« dar (ebd., 154). Und kühn reklamiert er es ebenfalls für die Strategie des »italienischen« oder »demokratischen Weges zum Sozialismus«, mit dem er die Krise von 1956 zu lösen versuchte. Aus leninistischer Sicht gibt Togliatti dem Parteiführer Gramsci und dem Verfasser der *Gefängnishefte* den Vorzug vor dem Gramsci des *Ordine Nuovo* und dem Führer der Turiner Betriebsrätebewegung in den »roten Jahren« 1919 bis 1920 (ebd., 145ff.).

Es ist kein Zufall, daß für den ersten Band der Erstausgabe der *Gefängnishefte* (1947) »die Notizen und Aufsätze« ausgewählt wurden, die unter dem Titel *Der historische Materialismus und die Philosophie von Benedetto Croce* zusammengefaßt sind. Es ist ein redaktioneller Titel, der wahrscheinlich von Togliatti selbst formuliert wurde. Es ist ein bezeichnender Titel, der die gesamte Kulturpolitik der KPI in der Nachkriegszeit beleuchtet.

Man beachte zunächst den Begriff »historischer Materialismus«, der in den *Gefängnisheften* selten vorkommt; damit hat die »Philosophie der Praxis« sich endlich von den Fesseln der Gefängniszensur befreit. Man beachte weiter die Verbindung des historischen Materialismus mit der (idealistischen) Philosophie von Croce. Was besagt diese Verbindung? Deutet sie auf einen Gegensatz, auf eine mögliche Synthese oder einfach auf einen historischen Vergleich? In der Tat, jede dieser drei Möglichkeiten findet sich in den *Heften*; aber die erste weitaus am häufigsten. Wir sehen Gramsci in einem klassischen Kampf an zwei Fronten: einerseits entwickelt er eine immanente Kritik der Philosophie von Croce; andererseits arbeitet er den historischen Materialismus neu aus und verteidigt ihn vor den Gefahren des Vulgärmaterialismus, die er im *Gemeinverständlichen Lehrbuch der marxistischen Soziologie* von Bucharin ausmacht.

Es ist offensichtlich, daß Gramsci auf der Suche ist nach einem eigenen philosophischen Weg zum Marxismus. Und es ist auch offensichtlich, daß Gramsci

— trotz seiner scharfsinnigen, zum Teil genialen philosophischen Einfälle — sich mit einem ungelösten Widerspruch herumschlägt, daß er in gewisser Hinsicht sogar zwischen einem materialistischen und einem idealistischen Standpunkt hin- und herpendelt. In seiner Polemik gegen die These der »objektiven Realität der Außenwelt« (R 224f.), also gegen den populären Materialismus — für ihn das Relikt einer katholischen und vorbürgerlichen Auffassung bzw. einer Ideologie, die einer unentwickelten, rebellistischen Phase der proletarischen Kämpfe entspricht —, scheint er die Mißverständnisse und Zweideutigkeiten von Sartres *Materialismus und Revolution* vorwegzunehmen. Dann wieder sieht man, in seiner Analyse der *società civile* und ihrer Beziehungen zur ökonomischen Basis und zum Staat, wie er gerade dort, wo er — zahlreichen Interpretationen zufolge — dem Idealismus größere Zugeständnisse zu machen scheint, dabei ist, ihn auf seinem eigenen Terrain zu zerstören (vgl. Timpanaro 1973).

Togliatti aber interessierte weniger, welche philosophische und wissenschaftliche Originalität Gramscis Denken aus marxistischer Sicht zukommt. Er war vor allem daran interessiert, Gramsci in die »national-populäre« Kultur und Tradition einzuordnen. Er wollte deutlich machen, daß Gramsci als Intellektueller nicht als Mann der Partei betrachtet werden darf, daß sein Denken vielmehr zum gemeinsamen »Gut aller Italiener« gehört (Togliatti 1977, 55). Das erklärt, warum er eindringlich die Elemente der Kontinuität zwischen Gramsci und Croce herausstreicht, warum er geltend macht, daß die »neuere idealistische Kultur einen Fortschritt darstellt für die Entwicklung unserer nationalen Kultur« (ebd., 41). Für Togliatti ist das Verhältnis Gramscis zum Neoidealismus analog dem von Marx und Engels zur Hegelschen Philosophie (ebd.).

So überrascht es nicht, daß in der Optik Togliattis die Klassenanalyse der Intellektuellen zu verschwinden tendiert, um einer Betrachtung der Intellektuellen als »gesellschaftlicher Gruppe« Platz zu machen, die ein eigenes Leben zu besitzen und mit der Gesellschaft im allgemeinen mehr verbunden scheint als mit den Klassen. Die Intellektuellen hätten »in der Geschichte unseres Landes eine besondere Funktion« gehabt, »verschieden von der, die sie anderswo hatten« (ebd., 168), und würden »das verbindende Gewebe der italienischen Gesellschaft durch die Jahrhundert hindurch« darstellen (ebd., 40).

Für Togliatti hatte Gramscis »intellektuelle und moralische Reform« ihre »Vorbereitung und Voraussetzung« in der marxistischen Philosophie, die »den Intellektuellen das Bewußtsein ihrer Funktion gibt; sie macht sie zu bewußten Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung« (ebd., 151). Aus dieser Auffassung von Marxismus, kaum noch dialektisch und materialistisch, ergab sich folgerichtig eine sehr allgemeine politische Konsequenz, der Togliattis Strategie aber auch angemessen und dienlich war: sein Appell an das »Engagement der Intellektuellen« als eine »geschichtliche Tatsache, die das menschliche Handeln zu verändern strebt« (ebd.). Es ist, als tendiere — im Schatten der Entstehung und dann der vollen Entfaltung der »neuen Partei« als »Massenpartei« — jeder Unterschied von Inhalt und Form, von gesellschaftlichem Ursprung und Klassenfunktion der verschiedenen Gruppierungen von Intellektuellen dazu, sich idealistisch aufzulösen. Gramscis »organischer Intellektueller des Proletariats« wurde ersetzt durch Togliattis »demokratischen Intellektuellen«.

In einem mit dem »Wiederaufbau« seiner Wirtschaft wie seiner demokratischen Struktur beschäftigten Italien machte Togliatti den antifaschistischen Intellektuellen ein insgesamt verlockendes Angebot, das aber Gramsci gegenüber absolut ketzerisch war: Er bot ihnen die Chance, an diesem Unternehmen auf der demokratischen Seite (der Erneuerung der Kultur) mitzuwirken, und dabei anderen (den »Politikern«) die ökonomische Front (den Klassenkampf) zu überlassen. Die Intellektuellen hätten sich so ihre substantielle Autonomie voll bewahren können, was ihre Abtrennung vom Volk bedeutet (in der Denkweise, im Lebensstil und in den realen Interessen); man hätte ihnen trotzdem eine organische Beziehung zum Volk oder sogar zum Proletariat als Klasse zugestanden, aber auf einem rein politischen bzw. bürokratischen Weg, durch Vermittlung und Kontrolle der kommunistischen Partei.

Man könnte die Bedeutung, die Togliattis Gramsci-Interpretation über fast vierzig Jahre hinweg gehabt hat, so zusammenfassen: Er versuchte — durch »seinen« Gramsci — einen neuartigen »theoretischen Kompromiß« zu verwirklichen, und zwar zwischen der materialistischen und revolutionären Dialektik von Marx und Lenin auf der einen und dem Primat von Ethik und Politik, wie er in Croces Auffassung der Geschichte als Geschichte der Freiheit vertreten wird, auf der anderen Seite. Und man könnte hinzufügen, daß dieser theoretische Kompromiß (sieht man dabei von der historischen und philosophischen Vergewaltigung der Theorie Gramscis ab) ausschlaggebend ist, wenn man die Nachkriegsgeschichte der KPI verstehen will: Er ist die Grundlage des nachfolgenden »historischen Kompromisses«, des »dritten Weges« und des Eurokommunismus — von dem also, was die Summe der Strategie und des Werkes von Enrico Berlinguer ausmacht.

### Sozialdemokratisches Kokettieren

Verlassen wir die KPI und beschäftigen wir uns kurz mit der SPD. Die Sache ist jedoch ziemlich verwickelt. Denn tatsächlich kommt es einem beim Lesen des Gramsci-Vortrags von Peter Glotz auf der Hamburger Tagung von 1985 in den Sinn, daß er eher Togliatti und Berlinguer gelesen hat als Gramsci, und daß er — auf Togliattis Pfaden — eine Operation durchführt, die noch gewagter und hemmungsloser ist als die von Togliatti selbst (der Gramscis Denken sicher gut kannte).

Glotz liegen drei Kategorien aus den *Gefängnisheften* am Herzen, die auch Togliatti hervorgehoben hatte: Hegemonie, historischer Block und Stellungskrieg. Sie hängen zusammen mit der Kritik am Ökonomismus sowie mit dem Herausstreichen der »Rolle der Intellektuellen« und des »ethisch-politischen Momentes in der Geschichte«. Im Gegensatz zu Togliatti meint Glotz aber, daß Gramscis Auffassung mit Marx unvereinbar ist. Er habe, »marxistisch gesprochen, das Verhältnis von Basis und Überbau falsch interpretiert«. Es sei also, aus marxistischer Sicht, nur konsequent, ihn des Idealismus zu überführen.

Glotz versucht zur Hälfte, sich die Gramsci-Interpretation von Togliatti und der KPI anzueignen. In der Linie von Gramsci zu Berlinguer sieht er eine positive Lektion von Realismus sich abzeichnen, eine geistige Befreiung vom Ge-

wicht und den Fesseln der »ökonomischen Zwangsläufigkeiten«, die Idee, daß sich ein historischer Block auf der Linken herausbilden läßt, auch wenn man auf »ein Ende des geschichtlichen Zyklus des Bürgertums« als Zielsetzung verzichtet. Mit diesem Aneignungsversuch will Glotz Gramscis Denken und Togliattis Interpretation von einem doch entscheidenden Aspekt reinigen, nämlich vom Bezug auf Marx und Lenin<sup>5</sup> (außer in einem Punkt, wie wir gleich sehen werden). Was bleibt also übrig? Es bleibt — Benedetto Croce, d.h. das Primat der Ethik und Politik in der Geschichtsbetrachtung, das uns heute helfen soll beim Entwurf eines »historischen Blocks« und einer neuen »Hegemonie« der Linken.

Ist also die Klassenanalyse aufgelöst, weil Proletariat und Bourgeoisie als wissenschaftliche Begriffe veraltet und nur noch unscharf zu verwenden sind, dann scheint sich der politische Kampf zu reduzieren auf ein Zahlenspiel (ein Drittel, zwei Drittel der Gesellschaft, sagt Glotz woanders, Prozentzahlen von Wählerstimmen usw.) und auf ein Spiel von Richtungen (rechts — links). Auch wenn der »Stellungskrieg« hart sein wird, ist die Perspektive auf lange Sicht nicht verlockend, denn — und hier legt Glotz seine »provokierende These«, wie er sie nennt, auf den Tisch — »in den nächsten Jahrzehnten kann man den Einfluß der Rechten begrenzen, aber nicht ausschalten«.

Nachdem er seine Fahne so schön rosa gefärbt hat, versäumt Glotz es nicht, sich Gramsci an der entscheidenden Stelle zu eigen zu machen, wo dieser den Part des »Bösen«, genauer gesagt, des »bösen Leninisten« (so nennt er es tatsächlich) übernehmen soll. Es handelt sich um etwas, wovon Glotz »weiß, daß es sensible Gemüter erschrecken wird«: die »Organisationstheorie Gramscis«. Aber wer jetzt erwartet, daß sich wenigstens ein interessanter Widerspruch im Glotz-schen Denken auftut, der täuscht sich. Die Harmonie ist schnell wiederhergestellt. Lenin ähnelt einer Seifenblase. Und in der Tat hängt der ganze Skandal daran, daß Gramsci gegenüber den »Spontaneisten« und den Vertretern der »Basisdemokratie« energisch den bestimmenden Charakter der Partei als Organ und Mittel des politischen Kampfes hervorgehoben hat. Und zur Organisations- und Parteitheorie Gramscis gehört vieles, was man nicht »verschweigen« oder »unterschlagen« könne: die Disziplin, der Zentralismus, besonders aber auch ein »drittes Element«, das erschreckt, nämlich »die in Deutschland so verschrieenen und bis ins liberale und grüne Bürgertum hinein verhaßten 'Funktionäre'« (Glotz 1985).

Der Gramscismus-Leninismus von Peter Glotz liegt, auf seinen Kern reduziert, offen zutage: Wenn die Linke die Hegemonie im Land erobern will, muß sie sich selbst völlig hegemonisieren lassen vom »modernen Fürsten« der Bundesrepublik, der SPD, geführt und organisiert von ihrem dynamischen »organischen Intellektuellen«. <sup>6</sup>

### **Gramsci und Italien**

Wollte man eine kritische Bilanz der Rezeption Gramscis in Italien seit seinem Tode ziehen (am 27. April 1987 ist sein 50. Todestag), so würde wohl eine vollständige Hegemonie der Interpretation Togliattis zutage treten, auch wenn sich



nach dessen Tod (1964) und vor allem nach 1968 die Lage erheblich geändert hat. Eine solche Hegemonie würde auch in der Geschichte der KPI-Kulturpolitik sichtbar werden, bis hin zu jenem letztmaligen Versuch, Gramsci offen für die Parteipolitik zu nutzen — in der Zeit des »verwirklichten« historischen Kompromisses, als die Politik der »nationalen Solidarität« in der Entstehungsphase war.<sup>7</sup> Togliattis Einfluß wird aber auch in zwei anderen Tatsachen deutlich: einmal in der weiten Verbreitung des gramscianisch-togliattischen »Historismus« in vielen akademischen und explizit bürgerlichen Kulturkreisen (mit all ihren zweifellos positiven Elementen) und dann in der Vorherrschaft dessen, was man »linken Antigramscismus« genannt hat, in der Neuen Linken — wobei dieser letzten Endes gerade Togliattis Interpretation bekräftigt hat (vgl. Jocteau 1977, 86ff.).

So geschah es, als der »treibende Impuls« von Togliattis demokratischem Weg zum Sozialismus sich durch das Scheitern des historischen Kompromisses und des Eurokommunismus erschöpft hatte, und als gleichzeitig jede kulturelle und politische Alternative auf der Linken verschwand, daß ein achtungsvoller Schleier des Schweigens über Gramsci gezogen wurde. Daraus erklärt sich das paradoxe Schicksal Gramscis in Italien: das Verschweigen und die Zurückweisung seines Werkes etwa seit dem Zeitpunkt, wo man endlich über die hervorragende und lang ersehnte kritische Ausgabe seiner *Gefängnishefte* verfügte (1975; im Literaturverzeichnis: Q).

Es gibt aber noch eine zweite Geschichte von Gramscis Schicksal in Italien, die viel weniger ins Gewicht fällt gegenüber der Hegemonie Togliattis und des Historismus, die aber nicht vernachlässigt werden darf — auch deshalb, weil im Unterschied zur ersten ihre Argumente nicht erschöpft sind. Es handelt sich hauptsächlich um Anstöße, um kaum eingeschlagene Wege. Ich denke an die bahnbrechende anticrocianische Interpretation von Gramscis Auffassung der Kultur und besonders der »Volkskultur« in der Perspektive eines revolutionären Südens, die Ernesto De Martino (1959, 1961 und 1977) und, wenn auch weniger nachdrücklich, Raniero Panzieri<sup>8</sup> in der Zeit der großen Bauernkämpfe nach dem Krieg vorgeschlagen haben. Aber auch an die »Rückkehr« zum Gramsci der Betriebsräte von seiten des frühen Operaismus (Anfang der sechziger Jahre) und dann der Gruppe »Il manifesto« mitten in der '68er Bewegung. Ich denke an die paradoxe Aktualisierung der »Frage des Südens« durch den »Heißen Herbst«, als dank der aus dem Süden in das Industriedreieck eingewanderten Arbeiter in den Kämpfen (aber nur im Norden, der Süden blieb dramatisch entblößt) die politische Einheit zwischen den aus den bäuerlichen Massen des Südens stammenden jungen Arbeitern und der Arbeiterklasse des Nordens verwirklicht wurde. Zuletzt denke ich auch an einige Überlegungen zu Gramscis Philosophie und an einige Versuche, die große, wenn auch problematische Ausarbeitung der »Lyoner Thesen« von Gramsci neu zu überdenken.<sup>9</sup>

Nicht zufällig erschien 1959 eins der schönsten Bücher über Gramsci in Italien, ein ziemlich eklektischer Sammelband mit dem programmatischen Titel *La città futura*. Man befand sich nämlich mitten im politischen und gewerkschaftlichen Wiedererwachen des italienischen Proletariats, am Beginn eines großen Zyklus von Kämpfen, der den unvorhergesehenen Widerspruch im italienischen Kapitalismus der sechziger Jahre eröffnete; ein Widerspruch, der in den sieb-

ziger Jahren nicht gelöst wurde und dann vorerst durch die lange Welle des gewaltsamen »sozialen Friedens« der achtziger Jahre geschlossen wurde.

Aber die achtziger Jahre sind noch nicht zu Ende. Trotz der politischen Leere hat die dunkelste Periode der Tabuisierung des Marxismus in Italien vielleicht schon ihre Grenze erreicht und überschritten. Wie werden sich die italienischen Intellektuellen 1987 verhalten?

### **Kompromiß oder Widerspruch?**

Herausbildung von organischen Intellektuellen des Proletariats — Bruch organischen Charakters in der Masse der Intellektuellen. Zwischen diesen Polen bewegt sich Gramscis Diskurs über die Intellektuellen. Hat er uns fünfzig Jahre nach seinem Tode noch etwas zu sagen?

Was den ersten Pol betrifft, so scheinen zwei Vorbedingungen seiner Existenz verschwunden zu sein: die aktive Zentralstellung der Arbeiterklasse und die Existenz des »kollektiven Intellektuellen«, d.h. der kommunistischen Partei. Wir haben bereits gesehen: nach Gramsci sind die untergeordneten Klassen nicht imstande — wie die herrschenden —, sich spontan ihre Intellektuellen zu schaffen. Darum wird die Parteiorganisation entscheidend für die Herausbildung der organischen Intellektuellen des Proletariats, weil nur die Partei ein einheitliches Klassenbewußtsein, den organischen Zusammenschluß verschiedener sozialer Schichten bilden kann.

Aber sind heute diese beiden Existenzbedingungen für den gramscianischen organischen Intellektuellen wirklich verschwunden? Oder leben wir vielleicht nicht nur in einer Krise, sondern in einer Übergangsepoche, aus der heraus langfristig eine neue Situation entstehen kann — ob dies nun die Zentralstellung der Arbeiterklasse betrifft oder die Partei als »sicheren Hafen«? Wir leben möglicherweise in einer Periode in der — Gramsci in einer gänzlich anderen Situation weiterdenkend — die Aufgabe in der Herausbildung organischer Intellektueller »neuen Typs« besteht ... Im übrigen können Begriffe, die unheilbar veraltet oder für die Linke verloren scheinen, in einer den heutigen Notwendigkeiten angemessenen Weise wieder ausgearbeitet werden. Ich denke etwa an die Berliner Idee der Volksuni, die ein interessantes — und provokatives — Exempel dafür ist, wie man traditionelle Themen praktisch aktualisieren kann, die auf Grund der »unbewältigten Vergangenheit« oder der entfremdeten Gegenwart tabuisiert schienen: Volk, Volkskultur, Verhältnis Intellektuelle/Masse usw.

Was den zweiten Pol betrifft, halten wir uns am besten an das, was man in Italien so ausdrückt: »Pane al pane, vino al vino.« Wir sind Gramsci Klarheit schuldig angesichts einer allzu langen Geschichte der Instrumentalisierung seiner Schriften im Sinne von Kompromiß, Versöhnung, Vorherrschaft des Überbaus, oder für eine hauptsächlich moralische oder ethisch-politische Gesellschaftskritik.

Die authentisch revolutionäre und »populäre« Bedeutung seiner Schriften liegt in der Tatsache, daß sie sich an »alle Menschen« als »Intellektuelle« richten (Z 226; Q 1516). Das gibt ihnen die Kraft des Bruchs mit der herrschenden Kultur, hebt die dringende Notwendigkeit einer theoretischen und praktischen Erneue-

rung heraus und läßt sie dem Geist der Vermittlung keinerlei Zugeständnisse machen. Gramsci war ein entschiedener Marxist, aber er war nicht sektiererisch oder dogmatisch.

Befreien wir Gramsci aus dem Gefängnis der reformistischen und sozialdemokratischen Interpretationen. Gewiß finden wir bei ihm Schwankungen, vielleicht auch Zweideutigkeiten, besonders in den Jahren im Gefängnis; er war aber nie Vertreter oder Theoretiker eines dritten Weges zwischen Materialismus und Idealismus. Wenn wir das Verhältnis Gramscis zu Marx und zu Lenin in einer einfachen Formel zusammenfassen, dann besteht es vor allem in der schöpferischen und vorurteilslosen Treue zur materialistischen Dialektik. Das war der Kompaß, mit dessen Hilfe er sich mit Intelligenz und Leidenschaft zwischen den beiden zum Teil entgegengesetzten, aber doch komplementären Tendenzen bewegen konnte: zwischen Bündnispolitik und Einheitsfront einerseits und revolutionärer Unnachgiebigkeit, dem »Geist der Abspaltung« und der Herbeiführung der notwendigen »Brüche organischen Charakters« auf der anderen Seite.

Lesen wir zum Schluß eine Seite aus den *Gefängnisheften*:

»Es besteht jedoch ein fundamentaler Unterschied zwischen der Philosophie der Praxis und den anderen Philosophien: die anderen Philosophien sind unorganische Schöpfungen, weil sie widersprüchlich sind und dahin tendieren, widersprüchliche und entgegengesetzte Interessen einander zu versöhnen. Ihre Geschichtlichkeit wird von kurzer Dauer sein, weil der Widerspruch nach jedem Ereignis, deren Instrument sie waren, wieder aufbrechen wird. Die Philosophie der Praxis tendiert hingegen nicht dahin, die in der Geschichte und in der Gesellschaft existierenden Widersprüche friedlich zu lösen, sondern sie ist vielmehr die Theorie dieser Widersprüche; sie ist nicht das Regierungsinstrument herrschender Gruppen, um den Konsensus herzustellen und die Hegemonie über subalterne Klassen auszuüben; sie ist Ausdruck dieser subalternen Klassen, die sich selbst zur Kunst des Regierens erziehen wollen und ein Interesse haben, alle Wahrheiten, auch die unbequemen, kennenzulernen, und die (unmöglichen) Betrügereien der oberen Klasse und, mehr noch, der eigenen zu vermeiden. Die Ideologiekritik in der Philosophie der Praxis behandelt den Komplex der Überbauten und stellt deren schnellen Verfall fest, denn sie tendieren dahin, die Wirklichkeit, das heißt Kampf und Widerspruch, zu verdecken, auch wenn sie (wie der Crocismus) 'formal' dialektisch sind, das heißt eine spekulative und begriffliche Dialektik zwar entwickeln, aber nicht die Dialektik im geschichtlichen Werden selbst sehen.« (Q 1319f.; vgl. R 280)

## Anmerkungen

- 1 Glotz' Hauptgedanken zu Gramsci finden sich auch schon im »Politischen Tagebuch« von 1982 (Glotz 1986, 232-249).
- 2 Diese These verdanke ich Laura Piccioni (1983), deren Arbeit (und die darin enthaltene Anthologie) für die hier behandelten Fragen sehr aufschlußreich ist. Vgl. bes. Kap. V (Religion und Philosophie) und Kap. VI (Philosophie und Staat).
- 3 Der Ausdruck stammt von Benedetto Croce (zit. n. Piccioni 1983, 11).
- 4 Das ist eine sehr bezeichnende, aber auch problematische These, die Gramsci bereits in der Schrift zur *Frage des Südens* vertritt. Hatte er möglicherweise nur wenig Vertrauen zum »Landproletariat« und zu den »Bauern«, die er doch in seinen *Lyoner Thesen* (1926) als eine der »Triebkräfte« der italienischen Revolution neben der Arbeiterklasse bezeichnet hatte (Z 158)? Und gibt es nicht schon in der *Frage des Südens* eine gewisse Überschätzung der Rolle, die der »Block der Intellektuellen« gegenüber dem »Block der Bauern« spielt — wohl auch als Folge einer recht undifferenzierten Analyse, die der »großen, gestaltlosen und zusammenhanglosen Bauernmasse« (Z 205) nicht allzuviel zutraut? Es würde sich lohnen, diese Fragen, sei es aus historischer oder aus theoretischer Sicht, wiederaufzunehmen und die Überlegungen Gramscis mit denen von Mao zu konfrontieren.
- 5 Der Versuch, Gramsci von Marx und Lenin zu trennen, ist explizit oder implizit ein wichtiger Bestandteil der früher bei Eurokommunisten in Italien, Spanien und Frankreich verbreiteten

- These, daß Gramsci wichtige Aspekte des eurokommunistischen Konzepts vorweggenommen habe. Eine Widerlegung findet sich bei Trautmann 1985.
- 6 Meine Überlegungen sollen kein Vor-Urteil über die theoretischen und politischen Auffassungen des sozialdemokratischen Parteiführers abgeben. Sie beziehen sich nur auf diesen einen (vielleicht marginalen) Text und wenden sich gegen den Versuch, Gramsci für Ideen zu reklamieren, die gerade das Gegenteil von dem darstellen, wofür er eintrat. Glotz meint, es gebe »heute keinen direkten Übergang vom Ökonomischen zum Politischen« (vgl. Glotz 1986, 248). Er versucht daher, Gramscis Idee des »historischen Blocks« neu zu denken, nämlich nicht mehr, wie Gramsci, von den Produktionsverhältnissen her, sondern »direkt« von den »politischen« Kräften und Organismen her. Mit dieser Gramsci-Revision gibt sich Glotz aber tatsächlich sehr italienisch, und zwar togliattianisch: denn Togliatti war es, der — mit Berufung auf Gramsci — das Primat der Politik erfunden hat (das sich letztlich aber als Primat der Politik ... des Gegners erwies). Der Geist Togliattis waltet heute in der KPI unter ganz anderen Perspektiven. In *L'Unità* (18.1.87) erschien gerade ein langes Interview mit Alessandro Natta zum »historischen Erbe« Gramscis. »Abschied von Gramsci« hätte eigentlich der Titel sein müssen. Bemerkenswert, wie Natta sich in seinen Auffassungen denen des Gramscianers Glotz nähert. Es ist im Grunde so, daß beide die »Führung« des harten Kerns der Ökonomie dem »bürgerlichen« Block überlassen würden, um für die Linke (die »europäische Linke«) die Hegemonie im Bereich von Ethik und Politik zu beanspruchen.
  - 7 Hauptvertreter dieser Phase der Geschichte Gramscis in der KPI ist Leonardo Paggi, Autor zweier Bücher, die auf gründlicher Forschung basieren (Paggi 1970 und 1984). Im späteren, das wohl weit vor seiner Veröffentlichung verfaßt wurde und das den Forschungsergebnissen einen rein ideologischen Deckel aufsetzt, haucht der Antiökonomismus der KPI seinen letzten marxistischen Atem aus: »Gerade weil das ökonomische Element nicht mehr in der Lage sein wird, bedeutsame politische Brüche zu determinieren, beginnt die Perspektive der Revolution für Gramsci sich abzuzeichnen als eine Veränderung der Denkweise der Menschen.« (Paggi 1984, 379) Man beachte auch die Vorträge des Studienseminars, das die KPI 1977 am »P.-Togliatti-Institut« veranstaltete (de Giovanni/Gerratana/Paggi 1978), und aus denen der von Gerratana durch sein Niveau herausragt (Gerratana 1978). Die Eröffnungsansprache wurde wie gewöhnlich Luciano Gruppi anvertraut, der dialektische Wunder wirkte, um Hegemonie und Pluralismus in heiliger Kommunion zusammenzuschließen (Gruppi 1978, 11). Die »Schlußbemerkung« von Alessandro Natta wirkt dagegen trostlos: »Ich hüte mich ..., einfach zu sagen, daß in der 'neuen Partei' nichts mehr von der gramscianischen Konzeption vorhanden ist. (...) Von Gramsci kommen ... die wesentlichen Motivationen, die nationale Ausprägung und Funktion der Partei zu entwickeln — die Übernahme der italienischen Fahne ist ein bildhaftes Zeichen ...« (Natta 1978, 169f.). — In letzter Zeit vernimmt man leider aus den Reihen der KPI derbe Scherze über Gramsci: »Das letzte Jahrzehnt erlebte in Italien wie in Europa die beinahe völlige Abwesenheit des Verfassers der *Gefängnishefte*, in dem Maße, daß sich die Frage erhebt, ob und vor wieviel hundert Jahren es einmal einen Denker namens Antonio Gramsci gegeben haben soll.« (Liguori 1986, 105) Noch ärger treibt es der ehemalige Kulturassessor von Rom, Renato Nicolini: »Was bedeutet für uns heute der Name Antonio Gramsci? Seine Schriften sind für uns gewiß weniger hilfreich, als allgemein angenommen wird. (...) Die *Gefängnishefte* enthüllen eher Zweifel und Bemühungen, zu verstehen, als einen klaren theoretischen Gedankens.« »Doch braucht man dabei nicht zu vergessen, daß »ein moralisches Bedürfnis nach Konsequenz bei ihm intakt bleibt«, etc. pp. (Nicolini 1986). Zum Glück gibt es jemanden in der KPI, der solche Dummheiten angemessen beantworten kann: Antonio Santucci (1986).
  - 8 Raniero Panzieri, der spätere Herausgeber der *Quaderni Rossi*, sprach 1946 von Gramsci im Blick auf einen »echten und wirklich kritischen Marxismus, substantiell, vorurteilslos und revolutionär« (vgl. Panzieri 1982, 90). Und 1955 schrieb er: »In der Bewegung der Wiedergeburt verändern sich also die traditionellen Beziehungen zwischen Bauern und Intellektuellen von Grund auf. Hinter der 'leidenschaftlichen Wut' der unterdrückten Bauern des Südens befand sich das Geheimnis der Kultur als unerläßliches und unzugängliches Werkzeug des Lebens und gleichzeitig der Unterdrückung. Aber in dieser leidenschaftlichen Wut gab es immer auch das Streben nach einer Eroberung der Kultur und der Autonomie« (ebd., 161). Panzieri ist auch deshalb für unser Thema wichtig, weil er schon in seiner sizilianischen Periode (1949-1955) — auch im Kontakt mit De Martino — ein revolutionäres Kulturkonzept erarbeitet hatte, das sich dem »Gram-

scismus« Togliattischer Prägung widersetzte. Nach 1956 bekämpfte er explizit Togliattis »anti-consiliare«-Interpretation, d.h. die Unterdrückung der Bedeutung der Turiner Räteperiode 1919 bis 1920 für Gramscis Denken (Panzieri 1986, 180-183).

- 9 Ich will auf bibliographische Details verzichten und sie auf eine spezielle Forschungsarbeit zu diesem Thema verschieben.

## Literaturverzeichnis

- Caracciolo, A., und G. Scalia, 1959: *La città futura. Saggi sulla figura e il pensiero di Antonio Gramsci*. Mailand
- De Giovanni, Gerratana, Paggi, 1978: *Gramsci-Debatte 1: Hegemonie, Staat und Partei*. Mit weiteren Beiträgen von Gruppi, Spriano, Luporini, Ingrao u.a. Hamburg
- De Martino, E., 1959: *Sud e magia*. Mailand
- Ders., 1961: *La terra del rimorso. Contributo a una storia religiosa del Sud*. Mailand
- Ders., 1977: *Intorno a una storia del mondo popolare subalterno (1949)*. In: P. Angelini (Hrsg.), *Diabatto sulla cultura delle classe subalterne (1949-50)*. Rom
- Gerratana, V., 1978: *Staat, Partei, Institutionen — Politische Hegemonie der Arbeiterklasse*. In: De Giovanni u.a.
- Glott, P., 1985: *Die Bedeutung Antonio Gramscis für eine neue Strategie der europäischen Linken*. Vortrag beim internationalen Kongreß »Antonio Gramsci — Rosa Luxemburg« in Hamburg, 1. bis 9.9.1985 (hekt. Ms.)
- Ders., 1986: *Kampagne in Deutschland. Politisches Tagebuch 1981-1983*. Hamburg
- Gruppi, L., 1978: *Warum Gramsci-Debatte?* In: De Giovanni u.a.
- Jocteau, G.C., 1977: *Leggere Gramsci. Guida alle interpretazioni*. Mailand
- Liguori, G., 1986: *Gramsci negli scritti dei suoi contemporanei (1922-1933)*. In: *Critica marxista*. Jg. 24, H. 4
- Nicolini, R., 1986: *Il due novembre pensando a Gramsci*. In: *Paese Sera*. 4.11.
- Paggi, L., 1970: *Gramsci e il moderno principe*. Rom
- Ders., 1984: *Le strategie del potere in Gramsci*. Rom
- Panzieri, R., 1982: *L'alternativa socialista. Scritti scelti 1944-1956*, hrsg. v. S. Merli. Turin
- Ders., 1986: *Gramsci e il »punto meno importante«*. In: S. Merlin (Hrsg.), *Dopo Stalin. Una stagione della sinistra — 1956-1959*. Venedig
- Piccioni, L., 1983: *Ideologia e filosofia del neoidealismo italiano*. Urbino
- Santucci, A.A., 1986: *Nicolini, Gramsci e altro*. In: *Paese sera*, 6.11.
- Timpanaro, S., 1973: *Karl Korsch e la filosofia di Lenin*. In: *Belfagor XXVIII*, H.6
- Togliatti, P., 1977: *Antonio Gramsci*, hrsg. v. E. Ragionieri. Rom
- Trautmann, G., 1985: *Soziale Hegemonie und politische Macht. Modernisierung des Leninismus durch Antonio Gramsci?* In: Ders., *Ein dritter Weg zwischen den Blöcken? Die Weltmächte, Europa und der Eurokommunismus*. Wien

*Gramsci wird nach folgenden Ausgaben zitiert:*

- Q = Antonio Gramsci: *Quaderni del carcere*. Hrsg. v. V. Gerratana. Turin 1975
- R = Antonio Gramsci: *Philosophie der Praxis*. Eine Auswahl, hrsg. und übers. v. C. Riechers. Mit e. Vorw. v. W. Abendroth. Frankfurt/M. 1967
- Z = Antonio Gramsci: *Zu Politik, Geschichte und Kultur*. Ausgewählte Schriften, hrsg. v. G. Zamis. Frankfurt/M. 1980

Carl-Henrik Hermansson

## **Bericht von einer gewerkschaftlichen Lesegruppe zur *Ästhetik des Widerstands*\***

Im Herbst 1982 fragte mich der Vorsitzende der Grafischen Industriegewerkschaft in Stockholm, ob ich einen Studienkreis zur *Ästhetik des Widerstands* (ÄdW) von Peter Weiss leiten könnte. Die Grafische Gewerkschaft ist die Dachorganisation aller Arbeiter von Groß-Stockholm, die in der grafischen Industrie beschäftigt sind. Die Gewerkschaft hat eine sehr alte Tradition, und sie hat der kulturellen Arbeit immer große Aufmerksamkeit geschenkt. Sie bildete sich bereits 1846, und einer ihrer ersten Beschlüsse galt der Anstellung eines Gesangslehrers für Typografen. Die Grafische Gewerkschaft besitzt heute den Strindbergsaal, der Strindbergs Theater war. Er wurde in seinem ursprünglichen Zustand wieder hergestellt. Heute wird er u. a. für Theatervorstellungen, Diskussionsabende mit politischen und kulturellen Themen sowie für den jährlichen Frühjahrsalon, eine Bilderausstellung der Mitglieder, genutzt.

Warum wollten die grafischen Arbeiter die ÄdW studieren? In einem Artikel in der schwedischen Tageszeitung *Dagens Nyheter*, die Anfang 1986 eine Reihe von Diskussionsbeiträgen über Peter Weiss' Romantrilogie brachte, schrieb der Vorsitzende der Grafischen Gewerkschaft Sture Ring folgendes:

»Wir suchten etwas, das uns neue Perspektiven geben und auch die Alltäglichkeit unterbrechen konnte. Wir wollten über die gewerkschaftliche Alltagsarbeit, über die kleinen wirtschaftlichen und die großen Fragen nach der Technik hinausblicken.«

Die erste Zusammenkunft unserer Gruppe fand im Dezember 1982 statt. Unsere gemeinsame Arbeit mit der ÄdW wurde erst im September 1985 mit einem Besuch in Berlin abgeschlossen. Dort besuchten wir das Pergamon-Museum, das Historische Museum und das Brecht Theater; wir fuhren auch nach Sachsenhausen.

Wir versuchten uns auch ein Bild von dem Arbeiterviertel zu verschaffen, das Peter Weiss in seinem Buch geschildert hat. Den dritten Teil des Romans lasen wir also in einer Umgebung zu Ende, wo die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert lebendig präsent war. Wir diskutierten natürlich auch die aktuelle Situation der geteilten Stadt.

Während der ganzen Zeit, die wir uns mit dem Werk beschäftigten, trafen wir uns insgesamt 16mal. Wir hatten außerdem die Gelegenheit, eine Ausstellung von Peter Weiss' Grafik zu besuchen und in dem Zusammenhang eine Einführung von Gunilla Palmstierna-Weiss zu erhalten.

Zu unseren Abendtreffen kamen meistens 10 bis 15 Teilnehmer. Es waren sehr beschäftigte Leute, weshalb wir uns auch nicht öfter treffen konnten. Unter den Teilnehmern waren Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes und des Kulturkomitees sowie viele Funktionäre des Gewerkschaftsverbandes. Die Vorsitzenden der Betriebsgruppen der größten Stockholmer Tageszeitungen sowie ein

\* Vorgetragen auf dem Internationalen Peter-Weiss-Seminar, 19.10. bis 1.11.1986 in Lübeck, anlässlich der Nordischen Filmtage mit einer Peter-Weiss-Retrospektive.

Mitglied des Verbandsvorstandes nahmen daran teil. Diese Person war die einzige Frau, die den ganzen Kurs mitgemacht hat. Die männlichen Genossen dominierten wohl zu sehr das Gespräch.

Für unser Studium hatten wir den Vorteil, einen Studienplan benutzen zu können, der von Magnus Bergh ausgearbeitet wurde. Der Plan war uns von außerordentlichem Nutzen. Dieser Plan enthielt sowohl eine Zusammenfassung des Hauptinhalts der verschiedenen Abschnitte als auch Kommentare und Fragen. Wir versuchten, den Anweisungen zu folgen und die vorgeschlagenen Bücher und Artikel an die Teilnehmer zu verteilen. Die Kunstwerke, die in der ÄdW analysiert werden, haben wir herausgesucht und uns anhand verschiedener Kunstbücher gezeigt.

Für mich persönlich bedeutete der Studienkreis der Grafischen Gewerkschaft etwas, das ich eine fünfte Perspektive der ÄdW und auch der Probleme und Personen in dem Buch nennen möchte. Die erste Perspektive besteht darin, daß ich mich als Angehöriger der Arbeiterbewegung mit den gleichen Problemen herangeschlagen habe, die auch Peter Weiss aufgegriffen hat.

Ich bin auch vielen der Personen, die in seinem Buch vorkommen, begegnet. Einige waren meine Genossen und Freunde, andere habe ich nur zufällig getroffen. Ich habe selber Artikel für die Kominternzeitung geschrieben, die in Stockholm auf dünnes Papier gedruckt und nach Hitler-Deutschland geschmuggelt wurde. Als Mitglied der Studentenorganisation Clarté traf ich Bertolt Brecht und nahm an vielen Diskussionen über Formen und Ziele der Kultur teil. Die zweite Perspektive erlebte ich, als Peter an dem Buch arbeitete. Ich war einer der vielen, die ihm bei der Suche nach historischem Material und Literaturhinweisen usw. halfen. Peters Sorgfalt bei der Arbeit war phantastisch. Er überprüfte jede Angabe und wollte selbst jeden Schauplatz sehen.

Die dritte Perspektive der ÄdW hängt damit zusammen, daß ich, als das Buch auf schwedisch erscheinen sollte, Vorsitzender des Vorstandes des kommunistischen Parteiverlags »Arbetarkultur« war. Peter Weiss wünschte aus mehreren Gründen, daß sein Buch bei diesem Verlag erscheine. Er wollte zum einen solidarisch sein mit der politischen Partei, der er sich angeschlossen hatte, obwohl ein größerer Verlag wahrscheinlich sofort eine höhere Auflage herausgebracht und damit eine größere Verbreitung erzielt hätte. Zum anderen wollte er den Machthabern in der Sowjetunion und in der Deutschen Demokratischen Republik zeigen, daß es in Schweden einen kommunistischen Parteiverlag gab, der die ÄdW herausgeben wollte, obwohl sie wichtige Teile, die als kommunistische Politik betrachtet wurden, kritisch behandelte.

Die vierte Perspektive war meine eigene Lektüre. Und jetzt also die fünfte Perspektive, wo ich anderen bei der Lektüre behilflich sein sollte. Was bedeutete das?

Früher erfuhr man Erzählungen gemeinsam. Das konnte geschehen durch lautes Vorlesen im Schein der Abendlampe bei der aufgeklärten Bourgeoisie oder durch Erzählen von Märchen und selbsterlebten Episoden bei den Bauern, die sich am Feuer nach der Tagesarbeit gesammelt hatten. Entsprechendes fand auch in Studienzirkeln, in Schulsälen und in den Lokalen des Arbeiterbildungsverbandes statt, wo wißbegierige Arbeiter sich zusammensetzten. Heute ist es

nicht so einfach, auf diese Weise Erfahrungen zu sammeln. Eine Reihe von Tendenzen, u.a. die moderne Technik der Massenmedien, trägt zu einer Spaltung der sozialen Gruppen bei und ermuntert einen Individualismus, auch in der Aneignung von Wissenschaft und Kultur. Diese Entwicklung fördert nicht die Interessen der Arbeiterbewegung. Als die Funktionäre in einer großen Gewerkschaft die *ÄdW* gemeinsam lesen wollten, klang dies deshalb verlockend und spannend. Die Initiative forderte eine Antwort. Ich sah es als eine Herausforderung, als Leiter des Studienzirkels die Arbeit mit anderen Arbeitsaufgaben zu verbinden, auch als Mitglied des schwedischen Reichstages. Die Formulierung »Leitung« darf nicht mißverstanden werden. Es ging um eine sehr qualifizierte Versammlung von Menschen, und derjenige, der gerade das Wort führte, war der Leiter. Aber es gab immer eine Möglichkeit, neue Fragen aufzuwerfen und Hinweise auf neue Teile des Romantextes zu machen, um auf diese Weise die Debatte vorwärts zu bringen.

Warum widmeten Menschen, die mit verschiedenen gewerkschaftlichen Aufträgen und Arbeiten als Ombudsmänner sehr beschäftigt waren, mehr als zwei Jahre Zeit der Lektüre dieses Romans von Peter Weiss, um ihn dann bei unseren Treffen zu diskutieren? Soweit ich als einer, der ein wenig abseits stand, verstehen konnte, meinten alle, daß die gemeinsame Lektüre der *ÄdW* ihre Kampftauglichkeit erhöhe. Der Begriff Kampftauglichkeit wirkt in diesem Zusammenhang sehr politisch, aber unsere Absicht war es nicht, die Kultur der Politik unterzuordnen, sondern umgekehrt!

Der Begriff Kampftauglichkeit ist natürlich sehr kompliziert und widerspruchsvoll. Er setzt eine qualitative Entwicklung des Menschen voraus durch eine allseitige Erweiterung von Wissen und Perspektiven.

Dies kann auf verschiedene Weise geschehen. Die Praxis ist die wichtigste, aber sie reicht nicht aus. Die Praxis muß verstanden, ergänzt und verbessert werden durch verschiedenes Wissen, theoretisch wie auch kulturell. Man darf weder bei einer individuellen Aneignung von gewerkschaftlichen Kampfmethoden noch bei der Analyse des Pergamonfrieses stehenbleiben. Das Eroberte muß in kollektive Erfahrungen, kollektive Praxis umgesetzt werden, damit die Kampftauglichkeit sich erhöht.

Ich glaube nun nicht, daß das Risiko einer individualistischen und passiven Einstellung in unserem Zirkel groß war. Die Teilnehmer an der Zirkelarbeit hatten große Erfahrungen mit gewerkschaftlicher und politischer Arbeit. Aber gleichzeitig hatten sie ein Gefühl der Unzugänglichkeit, die ihre tiefsten Wurzeln in der Unfähigkeit der gesamten Arbeiterbewegung hatte, die vielen neuen Probleme zu meistern, die die Entwicklung auf die Tagesordnung gesetzt hat. Konnte das Studium der *ÄdW* dagegen Hilfe leisten?

Peter Weiss' Trilogie ist außerordentlich inhaltsreich. Sie lehrt uns die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Geschichte des spanischen Bürgerkriegs, die Geschichte der deutschen antifaschistischen Bewegung. Außerdem die Geschichte Schwedens. Sie hilft uns auch, einige Kunstwerke und literarische Schöpfungen unserer Zivilisation kennenzulernen. Aber vor allem bringt sie uns Willen und Mut bei. Wie ich sie lese, ist die *ÄdW* trotz der beschriebenen Niederlagen, trotz des Untergangs hochstehender Menschen, eines der hoffnungs-



vollsten Bücher, die ich kenne. Diese Auffassung schien uns gemeinsam zu sein. Was uns schon von Anfang an in der ÄdW am meisten gefesselt hat, war die Betonung, wie wichtig es für die unterdrückte Klasse ist, sich Wissen zu verschaffen, um die Privilegien der Herrschenden aufzuheben. Es gab einige Sätze, die in unseren Diskussionen unaufhörlich wiederkehrten.

»Immer wieder wurden wir zurückgeworfen, weil unser Vermögen des Denkens, des Kombinierens und Folgerns noch nicht genügend entwickelt war. Der Beginn einer Veränderung dieses Zustandes lag in der Einsicht, daß sich die Hauptkraft der oberen Klassen gegen unseren Wissensdrang richtete. Seitdem war es das Wichtigste, uns eine Schulung zu erobern, eine Fertigkeit auf jedem Gebiet des Forschens, unter der Verwendung aller Mittel der Verschlagenheit und der Selbstüberwindung.«

»Als Eigentumslose näherten wir uns dem Angammelten zuerst beängstigt, voller Ehrfurcht, bis es uns klar wurde, daß wir dies alles mit unsern eignen Bewertungen zu füllen hatten, daß der Gesamtbegriff erst nutzbar werden konnte, wenn er etwas über unsre Lebensbedingungen sowie die Schwierigkeiten und Eigentümlichkeiten unserer Denkprozesse aussagte.«

»Abends sind meine Arme zwei Meter lang, sagte Coppis Vater, beim Gehen schleifen die Hände auf dem Boden. In diesem Bild zeichnete sich alles ab, was uns in den Jahren des Heranwachsens an Literatur und Kunst nahegekommen war.«

Keine politische Registrierung kam in unserem Zirkel vor, aber mit der Zeit lernten wir uns gut kennen. Da gab es Sozialdemokraten, Mitglieder der Linkspartei/Kommunisten (VPK) und viele, die nicht parteipolitisch organisiert, aber doch politisch interessiert waren. Selbstverständlich wurden die Diskussionen manchmal stürmisch, aber das war doch die Absicht. Peter Weiss' Buch ist trotz seiner klaren Stellungnahmen weit von dogmatischen Zügen oder einem parteipolitischen Dokument entfernt. Was vielmehr die ÄdW kennzeichnet, ist die Debatte und der Kampf zwischen Gegensätzen, die der Darstellung Frische und Offenheit geben. Hier ein Zitat von Magnus Berghs Kursplan mit den Gegensatzwörtern: »Utopie-Realität, Anarchie-Zentralismus, Spontaneität-Organisation, Subjektivität-Objektivität, künstlerischer Modernismus-Sozialrealismus, Experiment-Tradition, Dialektik-Mechanik, weiblich-männlich usw.«

Die Teilnehmer am Zirkel der Grafischen Gewerkschaft bewegten sich alle in der Arbeiterbewegung und hatten deswegen einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund und Bezugsrahmen für Diskussionen. Aber ich wage zu glauben, daß auch Menschen mit progressiven bürgerlichen Ansichten großes Vergnügen und große Hilfe für ihre Entwicklung beim Lesen der ÄdW finden würden, gerade weil der Charakter des Buches so offen ist. Darin ähnelt es vielen klassischen Vorgängern.

Vor diesem Hintergrund erscheint es mir um so eigentümlicher, daß Peter Weiss' großes Werk manchmal rein politisch, wenn nicht rein parteipolitisch bewertet wird. Peter Weiss war Mitglied der Linkspartei/Kommunisten. Daraus machte er kein Hehl. Er hielt es für wichtig, als Bürger einer Gesellschaft, wo die Parteien die Grundlage der Politik bilden, parteipolitisch Stellung zu nehmen. Aber er tat dies genauso wie viele andere — nicht ohne Angst. Und er tat es von der Grundeinstellung aus, die auch die marxistische sein muß, daß nämlich Theorien und Schlüsse ständig überprüft werden müssen, weil sich die Wirklichkeit ständig verändert.

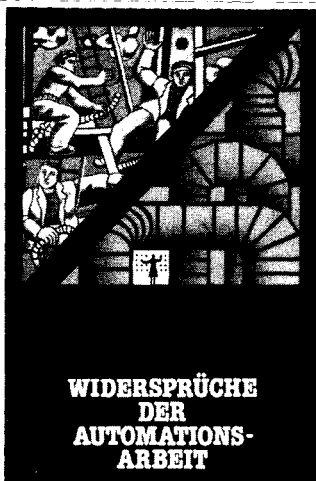
Welche Ergebnisse erzielten wir mit unserer langen Beschäftigung mit der ÄdW? Es ist natürlich schwer, genaues festzustellen. Die Grafische Gewerk-

schaft betrachtet man als eine der besonders kämpferischen Gruppen der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Der Vorsitzende der Gewerkschaft bei der Tageszeitung *Svenska Dagbladet*, Lars Isaksson, schrieb über unsere Arbeit im Zirkel, und ich glaube, daß das eine gemeinsame Ansicht der Teilnehmer widerspiegelt, folgendes:

»Die Arbeit gab tiefe und qualitative Erneuerung in der Auffassung unserer gewerkschaftspolitischen Arbeit, und ich glaube, es wird ein Teil von einem ersehnten, notwendigen Widerstand gegen all das, was der Gewerkschaft ständig von innen droht: Bürokratie, Gleichgültigkeit, Autoritätsglaube, Korporatismus, Feigheit und mangelnder Aufbruchgeist.«

Das Werk von Peter Weiss ist ein bedeutungsvoller Teil des deutschen *und* schwedischen Kulturerbes. Ich bin sehr froh über die große Aufmerksamkeit, die man ihm als einer hervorragenden deutschen Kulturpersönlichkeit widmet, aber ich möchte hervorheben, daß er zugleich ein großer schwedischer Filmregisseur, Künstler und Schriftsteller war. Peter Weiss war ein Kulturarbeiter mit tiefen Wurzeln in mehreren europäischen Ländern, aber er war vor allem Internationalist. Sein Werk ist das aller großen Klassiker, ein Teil des gesamten Kulturerbes der Menschheit.

Deutsch von Britt-Marie Hawthorne (Stockholm)



### **Projektgruppe Automation und Qualifikation (PAQ)**

#### **Widersprüche der Automationsarbeit Ein Handbuch**

Der Band faßt bisherige Forschungen zusammen: historische Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der Arbeit, Auseinandersetzung mit Theorien über Automationsarbeit, empirische Untersuchung von Automationsarbeit, arbeitsbiografische Forschung. Dargestellt werden Grundbegriffe der Arbeitsanalyse, Umbrüche in Managementtheorien und -aktivitäten sowie in den Arbeitsteilungen, insbesondere die Veränderungen der Position der Frauen. Das vom PAQ entwickelte Konzept der Analyse von Arbeitstätigkeiten ermöglicht, vom Standpunkt der Arbeitenden alternative Gestaltungen von Technik und Arbeitsorganisation zu entwickeln.

232 Seiten, br., 24,- DM

Regina Gruszka und Anja Weberling

## Was sich von Rosa Luxemburg zur Frage der Volkszählung lernen läßt

»Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist.« (Rosa Luxemburg)<sup>1</sup>

Diesem Ausspruch Lassalles können auch wir, sechs Frauen, die auf der Suche nach einer neuen Frauenpolitik gemeinsam zu Rosa Luxemburg arbeiten, grundsätzlich bedenkenlos zustimmen und ihn für unser feministisches Politikverständnis in Anspruch nehmen. Dennoch wäre es uns anfangs keineswegs in den Sinn gekommen, ihn unserer eigenen Stellungnahme zur bevorstehenden Volkszählung voranzustellen. Schließlich sollen in ihr weder wir selbst zu Wort kommen, noch werden aller Erfahrung und allen Vorzeichen nach die selbsternannten »Volkszähler« uns laut und wahrheitsgemäß sagen, »was ist« — selbstredend waren wir daher entschlossen, uns den Stimmen von Staat und Wirtschaft durch lautes Schweigen zu widersetzen. Erst in der Auseinandersetzung mit einem Text Rosa Luxemburgs wurden wir darauf gestoßen, unsere jeweiligen Haltungen und Vorannahmen zur Volkszählung zur Sprache zu bringen und zu prüfen. Warum uns nach näherer Betrachtung der Boykottbewegung dann doch Lassalle wieder eingefallen ist, hoffen wir im folgenden deutlich zu machen.

Mit einem immensen Werbeaufwand bemühen sich Befürworter und Betreiber der Volkszählung glaubhaft zu machen, die von oben verordnete umfassende Zwangserhebung diene sozialpolitischen Planungen im Interesse aller, intendiere die Hebung des Gemeinwohls. Diese Behauptung öffentlichkeitswirksam als eine bloß solche zu entlarven und ihr durch zahlreich vorhandene Gegenbeweise die dürftigen Begründungen zu entziehen, ist also die erste wichtige Aufgabe der notwendigen Gegenkampagne. Zugleich gilt es, möglichst weiten Kreisen der Bevölkerung erreichbar und überzeugend darzulegen, in welche Zusammenhänge statt dessen die Volkszählung einzuordnen ist. Wie geschieht dies von seiten der Boykottbewegung?

### Ach wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiß'!

Den uns bekannten Informationsschriften und Aufrufen zum Volkszählungsboykott konnten wir im wesentlichen das entnehmen, was wir ohnehin schon ahnten, bzw. was sich eigentlich fast von selbst versteht, nämlich, daß die Volkszählung von Staat und Wirtschaft zur Sicherung politischer und sozialer Kontrolle eingesetzt werden soll. Wieweit aber gerade die Volkszählungsdaten für diese Überwachungsabsichten verwertbar sind, geht aus den Argumentationen nicht hervor, da auf eine eingehende Prüfung und Analyse der Fragebögen weitgehend verzichtet wird. So warnen etwa manche Stimmen auch jetzt noch vor der Aushorchung der Vermögensverhältnisse, obwohl doch die Frage nach der Einkommenshöhe in den Bögen gar nicht gestellt wird — ein Umstand übrigens, der 1983 noch in einer Stellungnahme bedauert wurde, da es nun den Unternehmern er-

spart bleibe, ihre Profite offenzulegen, während andererseits den Gewerkschaften mit der fehlenden Erfassung des Lohnniveaus eine potentiell aussagekräftige Argumentationsbasis entzogen sei.<sup>2</sup> In der jetzigen Agitation wird hingegen überwiegend nicht durch abwägende Aufklärung, sondern über die Erzeugung von diffusen Ängsten mobilisiert. So berechtigt Befürchtungen sind — Ohnmachtsgefühle vor allmächtigen Datenbanken lassen Menschen am zugewiesenen Platz verharren. Wissen aber ist Macht und eröffnet Eingriffsmöglichkeiten — wer bräuchte sie nötiger als wir?

Um die Volkszählung in den Augen des Volkes unmöglich zu machen, werden im allgemeinen alle Register gezogen, von der — höchst einleuchtenden und nachvollziehbaren — Warnung vor ihrer militärischen Nutzenanwendung bis zur — politisch höchst fragwürdigen — Inanspruchnahme und Verteidigung der bürgerlichen Privatsphäre. Gerade diese traditionell unantastbare Privatsphäre scheint im Vordergrund zu stehen bei dem Bestreben, ein breites Bündnis gegen die Volkszählung herzustellen. Der »Ratgeber zum Boykott« wie auch die Grünen rufen zur Verschwiegenheit gegen die Ausspionierung »auch Ihrer kleinsten Geheimnisse«<sup>3</sup> auf.

### **Wi(e)der das Private**

Während in den substanzlosen Betrachtungen der »Volkszähler«, mittels der Datensammlung Frauenbelange fördern zu wollen, Frauen wenigstens als Adressantinnen politischen Kalküls in Erscheinung treten, sind an solcherlei Boykottbegründungen die jahrelangen Kämpfe der Frauenbewegung wohl spurlos vorübergezogen. Die Manifestierung und Fortschreibung eines hermetisch abgegrenzten Privatbereiches, in dessen Mauern die Mehrzahl der Frauen noch immer unsichtbar und in dessen Verschwiegenheit sie sprachlos bleiben, richtet sich direkt gegen emanzipatorische Interessen.

Dabei sind Frauen nur das prägnanteste Beispiel dafür, daß dem Staat am allerwenigsten daran gelegen sein kann, die konventionelle Abgeschlossenheit der Privatsphäre aufzuweichen — ist sie doch hervorragend und einzig dazu geeignet, Aufgaben, die eigentlich der Lösung auf gesellschaftlicher Ebene bedürfen, still an sie zu verweisen und Mißstände dadurch unsichtbar zu machen. Ist daher die private Kiste eine unersetzliche und zudem nach wie vor sehr fest verankerte Stütze im Herrschaftsgefüge, so sollten gegenläufige Kräfte es vermeiden, ebenfalls auf sie zu bauen. Vielmehr müssen wir auch weiterhin darauf drängen, Privates öffentlich zu machen — schon allein deswegen, um uns selbst immer wieder erkennbar vor Augen zu führen, welche Denk- und Lebensformen wir praktizieren.

### **Stumm bleibt dumm!**

So gesehen ist die Sorge um die Offenbarung »auch unserer kleinsten Geheimnisse« ganz angebracht: wie unverhohlen werden wir sie auch künftig kundgeben und uns unverblümt Gehör verschaffen können? Zimmert man(n) doch an Gesetzesgrundlagen, um die Öffentlichkeit dauerhaft noch besser verkohlen zu

können. Erst im Rahmen der neuen Überwachungsgesetze, die darauf abgestimmt sind, politische Gegenkultur und basisorientierte Kommunikationszusammenhänge effektiver zu steuern, erhält die Volkszählung ihre politische Brisanz, insofern sie dem Apparat Verarbeitungsmaterial liefern könnte. Auch die Boykottbewegung weist auf die übergeordnete und viel einschneidendere Bedeutung dieses Kontrollsystems hin.

Hinsichtlich der Volkszählung muß daher zumindest die Frage gestellt werden, inwieweit ihre Verhinderung tatsächlich als Erfolg zu werten wäre, wenn vielleicht 10 % der Bevölkerung wegen der vermeintlich drohenden Aufdeckung ihrer Steuerhinterziehung boykottieren würden. Wäre so ein Bündnis gewonnen, das, wie es ja auch die Zielvorstellung der Grünen ist, das umgestülpte Überwachungsnetz auflösen könnte und anstelle der gepflegten Stellvertreter- und Verwaltungspolitik machtvoll eigenbestimmte Selbstverwaltung fordern würde? Ist ein Beschwören der Privatsphäre nicht eher geeignet, bestehende politische und öffentliche Lethargie weiter bestehen zu lassen?

### **Rosas rote Reichsstatistik**

Im Unterschied zum defensiv geführten Volkszählungsboykott haben wir in einer Stellungnahme Rosa Luxemburgs zur Einführung der Reichsstreikstatistik 1899<sup>4</sup> einen Standpunkt kennengelernt, in dem eine langfristige, zielbestimmte Handlungsperspektive mitgedacht ist. Obgleich repressiv konzipiert, begrüßt Rosa Luxemburg die geplante Erhebung als ein Medium, dessen reaktionäre Bestimmung bei eingreifender Einflußnahme durch die Arbeiterbewegung in ihr Gegenteil verkehrt werden kann. Sie plädiert dafür, öffentlich für eine Umgestaltung der Datenerfassung im Interesse der Arbeiterklasse zu kämpfen: Angaben, die offensichtlich allein zu repressiven Zwecken verwertbar sind, sollen gestrichen und durch solche ersetzt werden, die etwas über die sozialen wie politischen Zustände und Zusammenhänge der und für die statistisch Erfassten und Betroffenen aussagen. Die Kenntnis und Veröffentlichung derartiger Daten werde das Bewußtsein der Massen über ihre eigene Lage schärfen und Aktionen und Forderungen zu ihrer Verbesserung provozieren. In ähnliche Richtung werde schon der öffentlich ausgetragene Streit um Inhalte und Durchführungsweise der Erhebung das Volk bewegen und politisieren.

### **Frauen, erhebt euch!**

Zugegeben, wir können Rosa Luxemburgs Konzept nicht umstandslos auf heutige Verhältnisse übertragen. Qualität wie Quantität der Datenverarbeitung haben sich entscheidend verändert und anstelle einer breiten formierten Arbeiterbewegung finden wir heute einen mehr zersplitterten als koordinierten Verbund verschiedener sozialer Bewegungen. Dennoch halten wir die Standpunktverschiebung, die Rosa Luxemburgs Ansatz leistet, auch in der derzeitigen Diskussion um Volkszählung und Überwachungsstaat für bedenkenswert, so besonders hinsichtlich des Umgangs mit statistischen Angaben. Liegen denn eigentlich wirklich, wie die Grünen meinen, alle relevanten sozialen Mißstände

bereits »auf der Hand«, so daß wir uns die Erkundung von Zahlen und Daten bis auf weiteres sparen können? Wissen wir und die betroffenen Frauen ausreichend darüber Bescheid, wie Frauen heute in der BRD leben; sind wir uns vollständig dessen bewußt, welche sozialen Lebensformen hinter geschlossenen Wohnungstüren viele Frauen daran hindern, sich öffentlich zu artikulieren und politisch für die Durchsetzung ihrer Interessen tätig zu werden? Haben wir überhaupt schon genügend Material, um die Interessen von Frauen gesellschaftlich bestimmen zu können? Viel zu wenig, finden wir, ist bislang noch bekannt über die selbstverständlichen, alltäglichen Mißstände, die wir als einzelne erfahren und deren Behebung öffentlich einzuklagen, wir daher gar nicht in Erwägung ziehen. Nicht keine Daten, sondern mehr und andere und natürlich die Öffentlichkeit von Daten brauchen wir, um die gesellschaftliche Wirklichkeit begreifen und für unsere Interessen zielgerichtet politisch eingreifen zu können. Die Frauenbewegung hat uns schon einige Kostproben davon geliefert, wie die Wahrnehmung und Verbreitung unkonventioneller Fragestellungen Unkonventionelles zutage-fördert und Bewegung stiftet. Nicht statistische Erhebungen, sondern die Hoffnung, von oben die »richtigen« Fragen gestellt zu bekommen, können wir uns sparen: Volkszählungen, die zu Skandalen werden und Druck von unten provozieren, müssen wir selber produzieren — das liegt auf der Hand.

Soll die Forderung der Grünen, die staatlich gelenkte Zwangserfassung durch lokale Erhebungen auf freiwilliger Basis zu konkret genannten und bedürfnisorientierten Zwecken zu ersetzen, nicht bloße Utopie in den Köpfen sprachloser Vereinzelter werden, müssen wir unseren Blick und unsere Aktivitäten schon jetzt auf die Erzeugung von Gegenöffentlichkeit konzentrieren. Der Rückzug in die Verschwiegenheit aber scheint uns in keiner Weise ein Schritt in diese Richtung zu sein: in der freiwilligen Selbstisolation bleibt das politische Handlungsfeld dem Staat überlassen, werden wichtige Erkenntnis- und Mobilisierungsmittel allzu leichtfertig preisgegeben und wird uns auch weiterhin von oben diktiert werden, welche Mißstände uns zu interessieren haben und welche nicht.

### **Du fragst mich, was soll ich tun? — und ich sage: Zähle wild und gefährlich!**

Welchen Schluß haben wir nun aus diesen Überlegungen für die anstehende Volkszählung gezogen? Da wir denken, daß sie in ihrer jetzigen Konzeption Staats- und Unternehmerinteressen mehr dient als den unsrigen und uns derzeit die Kräfte fehlen, dies zu ändern, werden wir uns dem Boykott anschließen. Darüber hinaus haben wir für uns zwei Anregungen gewonnen, die wir als Handlungsvorschläge weitergeben wollen.

Zum einen sehen wir in den neuen sogenannten Sicherheitsgesetzen eine Gefahr von erheblich größerer Tragweite und der Volkszählung übergeordneter Bedeutung. Diese liefert, neben vielen anderen Quellen, allenfalls Füllstoff für das Überwachungssystem, welches die Bedingungen zur Bildung und Entfaltung politischer Gegenöffentlichkeit bedroht. In der Boykottbewegung und ihrer Agitation sollte daher vor lauter Appellen an das Private nicht verdunkelt werden, daß im wesentlichen und langfristig gesehen diese Öffentlichkeit es ist, gegen die sich die staatlichen Maßnahmen richten und für die wir ein breites Bündnis ge-

winnen müssen. Zudem sollten wir nicht allein dabei verweilen, Bausteine zu verstecken, sondern zugleich in das Gerüst, für das sie bestimmt sind, fingerfertig eingreifen und uns vermehrt darum bemühen, im Datennetz der Institutionen verwirrende Knoten zu knüpfen oder Laufmaschen zu legen: wie wäre es z. B. mit der Einrichtung spezieller Computerkurse, damit die digitalen Informationskanäle nicht staatliche Einbahnstraßen ohne Gegenwehr bleiben? — Widerstand braucht Phantasie!

Als zweites schlagen wir den Boykottinitiativen vor, in provokativer Abgrenzung zur Zwangerhebung ein positives Exempel zu statuieren und in ihrem jeweiligen Stadtteil oder einem kleineren überschaubaren Bezirk eine modellhafte Gegenerhebung durchzuführen. Denkbar ist es etwa, ein Flugblatt in die Hausbriefkästen zu verteilen und auf ihm z. B. drei Fragen zu stellen, deren Wert für die Befragten ausführlich zu erläutern und deren Beantwortung ausdrücklich in ihre eigene Entscheidung zu legen wäre; es könnte weiter auf die Anonymität einer solchen Umfrage hingewiesen werden — kurz: die Gegenerhebung müßte insgesamt so gestaltet sein, daß in ihrer bürger/innenfreundlichen Form all die Mängel, die der Volkszählung anhaften, deutlich als Kontraste hervortreten. Die ausgefüllten Flugblätter könnten dann bei den jeweiligen Initiativen abgegeben oder auch zusätzlich auf einem späteren Rundgang durchs Viertel wieder eingesammelt werden, um sie schließlich auf einem Treffen mit allen Interessierten auszuwerten. Sicher wäre die Erwartung illusorisch, auf diese Weise statistisch fundiertes Material zu erhalten. Jedoch könnten in einer solchen Aktion konkret anliegende Mißstände oder Problemfelder für die Betroffenen benannt und dadurch politisiert werden. Bei guter Resonanz wäre es vielleicht sogar möglich, die Ergebnisse der Umfrage später argumentativ in der Politik zu nutzen. Weiterhin halten wir sie in zweierlei Hinsicht für ein günstiges Agitationsmittel: einerseits würden die Initiativen in direkten Kontakt zur Bevölkerung treten und ihren Bekanntheitsgrad erweitern, andererseits könnte bei einem Aufwand, von dem wir glauben, daß er zu bewältigen ist, anschaulich demonstriert werden, wie bedürfnisorientierte Datenerhebungen im Interesse der Bevölkerung tatsächlich aussähen. Nicht nur, daß wir eine Mobilisierung effektiver finden, die positiv eigene Interessen aufgreift und formuliert, statt lediglich zur Verweigerung aufzurufen. Zugleich würde sich die Begründung für den Boykott vorteilhaft verschieben: indem sichtbar in den Vordergrund tritt, daß die Volkszählung wegen ihres Inhaltes und ihrer Form abgelehnt werden muß, und nicht Erhebungen als solche schädlich sind, wird keine unterschiedslose Datenphobie geschürt, von der wir gesehen haben, daß sie keineswegs in unserem Interesse liegt.

Wir fordern Euch auf, massenhaft Fragen zu verbreiten und neu zu entwickeln, die unsere alltäglichen Lebensformen transparent machen und uns auf Möglichkeiten wie auf die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns stoßen. Als Frauen interessieren uns brennend die kleinsten Geheimnisse, die uns noch immer in der Vereinzelung halten und hindern, öffentlich machtvoll in Erscheinung zu treten — z. B. diese:

- An wieviel Tagen/Abenden in der Woche sind Sie für die Aufsicht der Kinder verantwortlich? Gibt es abgesprochene Regelungen darüber, wenn ja, mit welchen Personen?

- Legen Sie sich selbst Beschränkungen auf, um sich vor Vergewaltigung zu schützen, z.B. nicht alleine ausgehen? Welche Maßnahmen ergreifen Sie?
- Verfügen Sie über ein eigenes Zimmer, in dem Sie ungestört ihren Interessen nachgehen können?
- Verdienen Sie Geld durch Heimarbeit? Auf welchen Nettostundenlohn kommen Sie? Wünschen Sie sich eine andere Form der Erwerbstätigkeit? Sind Sie gewerkschaftlich organisiert, wenn nicht, haben Sie schon mal daran gedacht, dies zu tun? (Diese, besonders Frauen betreffende, isolierte Form der Erwerbstätigkeit ist in der Volkszählung ausdrücklich von der Erhebung ausgenommen.)

### Anmerkungen

- 1 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 2. Berlin/DDR 1979, 36.
- 2 »Die Bourgeoisie soll größeren Nutzen von der Statistik haben«. In: Politische Berichte. Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten, 8/83, 8f.
- 3 »Was Sie gegen Mikrozensus und Volkszählung tun können«. Ein Ratgeber von V. Rottmann/H. Strohm, Frankfurt/M. 1987, 4. Aufl., 140; zu der Argumentation der Grünen und der Vobo-Initiativen haben wir uns mehrere Flugblätter und Broschüren angesehen; zu den Grünen zudem noch: R. Appel, Volkserfassung — Zweiter Versuch. In: »Totalerfassung«, hrsg. von M. Kutscha/N. Paech, Köln 1986, 45-59.
- 4 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 1/1. Berlin/DDR 1979, 288-291.



**Frigga Haug/Kornelia Hauser (Hrsg.)  
Der Widerspenstigen Lähmung  
Kritische Psychologie der Frauen 2**

Weibliche Lebensplanung, Krankheiten, Sprechen und Widerspruchsverhalten — das sind die Bereichsstudien dieses Bandes. Durch alle Beiträge zieht sich wie ein roter Faden die Frage nach Politikfähigkeit, dem politischen Eingriff, dem individuellen Verhältnis der Frauen zur Regelung der Gesellschaft: Schlüsselfragen für die Aufhebung der Frauenunterdrückung wie für die Vermenschlichung von Gesellschaft überhaupt.

Argument-Sonderband AS 130, 180 Seiten  
18,50/f.Stud. 15,50 DM (Abo: 16,50/13,50)



## Leo Kofler zum achtzigsten Geburtstag

Uni Bochum, Mittwoch morgens um 10 h: die Vorlesung von Leo Kofler im Hörsaal HGC 50. Ein Geheimtip unter den Linken, der letzte Mohikaner, pardon, Marxist seiner Generation. Er betritt den Hörsaal, geht langsam die Treppe hinunter, legt Hut und Mantel ab. Dann schaut er ins Auditorium, beginnt zu lächeln und begrüßt einzeln alte Bekannte. Unter den Studenten sitzen Rentner, die ihn vor Jahren in Volkshochschulen oder auf Gewerkschaftsschulungen kennengelernt und jetzt die Zeit haben, ihn an der Uni zu hören. Schließlich geht er zum Stehpult, packt es energisch mit beiden Händen und verrückt es erst einmal um ein paar Meter nach links oder rechts, als wollte er zeigen, wie kräftig er noch ist. Nun beginnt er mit der Vorlesung. Er spricht frei, hat nur einen Stichwortzettel vor sich liegen. Sein Thema: Die Entwicklung der Sowjetunion von Stalin zu Gorbatschow. Schon 1952 hatte er geschrieben:

»Der stalinistische Terror ist eine Entartungserscheinung, der nicht historische Notwendigkeit anhaftet. Er wird daher früher oder später überwunden werden. Aber das bedeutet keineswegs Rückkehr zum Kapitalismus. Der Stalinismus wird verschwinden, aber die sozialistische Planwirtschaft wird, diesmal auf demokratische Grundlagen gestellt, bleiben ...« (*Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie*, Köln 1952).

Heute ist er davon überzeugt, daß Gorbatschow und die gesellschaftlichen Kräfte, die hinter ihm stehen, diesen Prozeß durchführen können:

»Der sozialistische Block hat Ernst damit gemacht, sich von den Überresten des Stalinismus und der Bürokratie zu reinigen. Mehr noch: Er erstrebt unter Gorbatschow weitreichende Reformen des Systems, deren Umsetzung in der Praxis allerdings gewaltige, teilweise schon der Größe des Landes geschuldete Schwierigkeiten aufwirft. Und wenn das sozialistische Lager sich reformiert und wenn zugleich, wofür alles spricht, die Reformunfähigkeit auf der einen Seite und die reaktionäre Tendenz des Imperialistischen Systems auf der anderen Seite sich verstärken, dann sehe ich eine Möglichkeit, daß die verschiedenen nationalen Linken von der Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses profitieren können. Wenn die Reformtendenz in der Sowjetunion absterben sollte oder durch die Hochrüstung verunmöglicht wird, ist diese Chance zunichte. Und zunichte ist sie auch, wenn die Sozialdemokratie sich in ihrem traditionellen Antikommunismus und die radikalere Linke sich in einem nur dem Stalinismus entsprechenden Bild des Ostens einigeln.« (*Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft*, Hamburg 1987)

Leo Kofler trägt diese Thesen überzeugt und optimistisch zugleich vor. Das unterscheidet ihn von manch anderen Dozenten, bei denen man das Gefühl hat, sie sind an der Uni, nicht weil die Sache sie interessiert, sondern weil sie Geld dafür bekommen. Bei ihnen sind Diskussionen unerwünscht. Leo Kofler will diskutieren. Er fordert auf, ihn zu unterbrechen, ihm zu widersprechen. Phrasendreher kann er nicht leiden.

Mit ihm zu diskutieren fällt mir nicht leicht. Leo Kofler ist 60 Jahre älter als ich — das ist ein nicht einzuholender Vorsprung an Erlebnissen, Erfahrungen und Wissen. Dabei ist mir wichtig, daß er für seine Ziele und Vorstellungen eingestanden ist: vor den Faschisten mußte er aus Österreich flüchten, vor den Stalinisten floh er 1950 aus der DDR, in der Bundesrepublik fand er bis 1972 keine Hochschulanstellung, weil er Marxist ist; lange Zeit mußte er mit kärglichen Mitteln auskommen. Aber er hat sich weder angepaßt noch einkaufen lassen.

Leo Kofler liegt daran, sein Wissen weiterzugeben. Und wir Studenten benötigen es. Interesse für marxistische Theorie als Denk- und Lebenshaltung, die notwendig ist, um die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen.

Christian Illian

## Interventionen

### Zu M. Jägers Analyse des Diskurses von Rau

Kritik an Johannes Rau ist wahrlich ein dankbares Thema. Davon zeugt auch Michael Jägers Untersuchung einer Anzeige (siehe *Argument* 160/ 1986), die Rau zum Auftakt des Wahlkampf-Jahres 1986 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und in anderen überregionalen Presseorganen unter der Überschrift »Den Anstand wahren!« erscheinen ließ. Jäger wundert sich, woher Rau den Optimismus nimmt, »daß der Jahreswechsel Veränderungen in den verschiedensten Bereichen der Innen- und Außenpolitik, die kaum zum selben Zeitpunkt und schon gar nicht in der Sylvesternacht begonnen haben können, gleichwohl zu Seiten eines Ereignisses macht« (862). Jäger kann angesichts der weiterhin ungelösten politischen, sozialen und ökonomischen Probleme in der Bundesrepublik Raus Optimismus nicht teilen und kritisiert, daß diese angebliche »Kordinationsmacht« nur Resultat der »Codierung durch den sozialdemokratischen Diskurs« sei, der besagt, »daß x und y sich im Gleichgewicht befinden«. Letzte Instanz für die Geltung dieses Diskurses seien daher Rau und seine »Selbstbezeichnung (...) mit der Losung 'Versöhnen statt spalten'«. (Alle Zitate 862) Ich frage mich: ist diese textferne Hypothese vom sozialdemokratischen Diskurs eigentlich zur kritischen Analyse nötig? Ausgangspunkt der Kritik sollte doch der Satz am Ende der Anzeige sein: »Die Politik muß wieder näher zu den Menschen.« Dann erst werden Argument- und Appellstruktur des Textes durchsichtig. Der Politik ein menschliches Gesicht — von dieser Maxime aus sieht Rau den Weg aus der Krise. Er spricht allerdings bezeichnenderweise nur von seiner Person, nicht von seiner Partei: Politik erscheint hier personalisiert. Im Zeichen einer abstrakten Menschlichkeit, die nur Freundlichkeit kennt — »Anstand«, wie Rau sagt —, bewertet der sozialdemokratische Kanzlerkandidat alle politischen Seiten gleich, anstatt daß er im Namen kämpferischer Brüderlichkeit deutlich Partei für die Benachteiligten ergreift. Das alles läßt sich aus dem Text selbst herauslesen. Ist Raus Parole »Versöhnen statt spalten« aber deshalb schon Exempel eines »durchgängigen sozialdemokratischen 'Sprachspiels'« (860)? Was ist mit anderen SPD-Politikern wie Lafontaine oder Epler oder mit sozialdemokratischen Gewerkschaftern? Hier genügt Jägers Verweis auf seine anderweitigen »theoretischen Überlegungen und empirischen Untersuchungen« nicht.

Weitere Vorbehalte habe ich gegen Jägers Lektüremethode, die er leider nicht weiter begründet. (Der Verweis auf eine demnächst erscheinende Habilitationsarbeit genügt nicht; man kann die eigene Position auch mit wenigen Sätzen dem Leser zur Orientierung verdeutlichen.) Jäger will mit seiner Lektüremethode Raus Aufruf »verfremden« und arbeitet »Zeitverhältnisse« im Anzeigentext heraus sowie »das Verhältnis«, »das zwischen dem *Sprecher* der Äußerung und dem *Veränderungs-Geschehen* in der Äußerung besteht« (860). Unerfindlich bleibt mir Jägers Ausweitung des Ansatzes an den »Zeitverhältnissen« vom ersten Teil der Anzeige auf den gesamten Text, denn bei der Analyse des zweiten Teils (Fehler der Bundesregierung) paßt das Verfahren nicht. Einleuchtend finde ich die Ergebnisse von Jägers Untersuchung, nur frage ich wieder, ob man nicht auch da textnäher arbeiten muß, ob nicht erst von der Formanalyse her die Argumentationsweise wirklich durchsichtig wird. Jäger weist den Beitrag von rhetorischen Figuren wie der »Epipher«, also der Wortwiederholung am Satzende, bei der falschen Koordination von politischen Ereignissen in dieser Anzeige (erster Teil) ab (862). Natürlich ist diese Koordination zu-

nächst mal das Resultat einer theoretischen Überlegung Raus. Das heißt aber nicht, daß diese rhetorische Figur keinen Beitrag zur Schein-Koordination des Disparaten leiste. Jägers Einwand gilt nur dem abstrakten »Sammeln« von Figuren in politischen Texten, widerlegt aber nicht die Tatsache, daß erst von der Form-Inhalt-Beziehung eines Textes das wirkliche 'Bild' der Aussage zu gewinnen ist. Die Hoffnung auf die »guten Chancen« des neuen Jahres leitet sich für Rau, der manchmal ja auch als predigender 'Bruder Johannes' auftritt, vom christlichen Moment der moralischen Selbstbesinnung her, das er bei den Gegenspielern im außenpolitischen, sozialen und ökonomischen Prozeß zu entdecken meint. Das jedenfalls suggerieren die fast bedeutungsgleich gebrauchten Begriffe »Wissen«, »Einsicht« und »Erkenntnis« dem Leser; sie suggerieren Raus Annahme als wahrscheinlich, ohne doch den Wahrheitsbeweis anzutreten. Das Vorkommen der Wortwiederholung »Spät, aber nicht zu spät« schlägt vor diesem Hintergrund den Ton der Versöhnung an, den Raus Parole propagiert. Das kämpferische Stakkato der Wortwiederholung am Satzanfang: »Das ist der Fall, wenn ...« (zweiter Teil), mit der es gegen die Bundesregierung geht, scheint diesen Ton zunächst zu stören. Raus Feststellung zu Anfang des dritten Teils der Anzeige aber: »Für meine Person bin ich es leid (...), Rücktritte anzumahnen« bricht die Auseinandersetzung ab und kehrt zum versöhnlichen Ton, jetzt im Namen einer 'Politik mit menschlichem Gesicht', zurück. Durch den so dokumentierten Verzicht auf Polemik verstärkt sich sogar das Versöhnliche; inhaltliche Aussage und kommunikatives Verhalten der Anzeige greifen ineinander. Die »Wirkungsmacht jener billigen Floskel«, von der Jäger abschätzig in Bezug auf die Wortwiederholung spricht (862) und wohl auch bezüglich der rhetorischen Stilmittel Bedeutungsgleichsetzung und Abwendung vom (Auseinandersetzungs-)Thema sprechen würde, ist bei der Koordination der Gegensätze denn doch nicht zu unterschätzen, hat jedenfalls im Text mehr Evidenz als der von außen herangetragene »sozialdemokratische Diskurs«.

Die Analyse eines politischen Textes sollte sich — so fasse ich meine Einwände zusammen — davor hüten, Interpretation als bloße Exekution einer These zu betreiben. So unverzichtbar der Rekurs auf eine interpretationsleitende Theorie ist (ich möchte hier keineswegs der werkimmanenten Interpretation das Wort reden), so selbstverständlich muß das Spezifische eines Textes der Hypothese antworten. Diskursanalyse sollte man gerade bei politischen Texten durch rhetorische Forminterpretation ergänzen. Erst das Ineins von Ideologie und Wirkungstechnik erklärt ja — wenn man einmal alle außertextlichen Kommunikationskomponenten außer acht läßt —, wie neue Texte die Einfallstore zum Intellekt und zur Gefühlswelt der Menschen finden und so alte, schon vorhandene Texte überlagern oder verdrängen können.

Franz-Hubert Röbling (Tübingen)

### Zur Diskussion um »Die Linke und Westeuropa« (*Argument* 159)

Jäger schreibt in seiner Anmerkung: »Ich plädiere dafür, die 'umfassenden' Auswege den Ideologen und *Neurotikern* (Herv. I.Z.) zu überlassen; die Marxisten, ob innerhalb oder außerhalb der SPD, sollten sich statt dessen auf die Suche nach den schwächsten Gliedern der imperialistischen Kette begeben und dort intervenieren.« (714)

Es entspricht nicht einem Forum linker Argumentationskultur, eine politische Position bzw. einen politischen Entwurf eines Diskussionsteilnehmers indirekt als »neurotisch« zu stigmatisieren. Dieser Tage ehrt Ihr Herrn Wulff, der vor Jahren in

der Monatszeitschrift *Konkret* im Zusammenhang mit der Ausgrenzung des Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen durch die herrschenden Medienmeinungen das Zusammenwirken von persönlichen Bedürfnissen und objektiven Items als immer prinzipiell gegebenes voraussetzte und damit solche unsinnigen und eigentlich anti-demokratischen Muster zurückgewiesen hat.

Es ist außerdem schon amüsant, lesen zu können, wie sich beide Diskutanten den richtigen Marx vorhalten (vgl. Jäger oben, der Lenin mit Marx gleichsetzt, Albers über Jäger: »... bis hin zu jenem 'Kommunistischen Manifest', dessen berühmten Schlußsatz Jäger so gründlich mißversteht« (715).

Nun noch kurz eine inhaltliche Anmerkung. Daß ein Teil der Linken seit Ende der siebziger Jahre glaubt — von Gramsci inspiriert? — die »nationale Frage« begrifflich besetzen zu müssen, ist für mich genauso wenig akzeptabel wie wohl für Jäger. Daß ich einen bundesdeutschen Paß habe, daß ich durch diese Gesellschaft auf eine bestimmte Weise geprägt wurde, daß ich sogar diesen gesellschaftlichen Rahmen auch als Knüpfungspunkt für eine politische Strategie erkenne, sollte unbedingt scharf von jener »nationalen Anrufung« getrennt werden, die Albers ins Auge faßt, wenn er schreibt: »Ich bin Berliner — so gut wie Bremer oder Hamburger; zugleich bin ich Deutscher oder meinetwegen Bundesdeutscher (lassen wir die 'deutsche Frage' hier einmal außer acht) und Europäer oder meinetwegen 'Westeuropäer', wenn's beliebt. Jede dieser Zugehörigkeiten prägt, ob ich es will oder nicht, ein Stück meiner kulturellen und politischen Identität.« (714)

Hätte Albers es dabei gelassen, gesellschaftliche Rahmen aufzuzählen und auf die Banalität hinzuweisen, daß man an seinem je konkreten Lebensort auch sozialisiert wurde, ohne daraus abzuleiten, daß es gerechtfertigt ist, diese sozio-kulturellen Identitäts-Ringe als sinnvolle Anknüpfungspunkte aufzuwerten, wäre deutlicher geworden, daß die Linke sich um eine politische Artikulation auf der Ebene Westeuropa bemühen muß, weil durch die ökonomische und politische Machtkonzentration im Rahmen der EG eine solche Antwort zunehmend notwendiger wird. Vielleicht darf ich den großen Marxisten in diesem Land die Lektüre eines bürgerlichen Opfers dieser Machtkonzentration empfehlen: »Stanley Adams: »Hoffmann La Roche gegen Adams«; Unionsverlag, Zürich 1984. Ingo Zander (Kerpen-Horrem)

Georges Labica

DER MARXISMUS-  
LENINISMUS

Elemente einer Kritik

ARGUMENT

**Georges Labica**  
**Der Marxismus-Leninismus**  
**Elemente einer Kritik**

Wie hängen die stalinistischen Leiden mit dem Marxismus-Leninismus zusammen? Die offiziellen Lehrbücher schweigen sich darüber aus. Labica rekonstruiert die philosophischen und politischen Kämpfe, aus denen der Marxismus-Leninismus als staatlicher Offizialdiskurs hervorging. Die Analyse der historischen Konstellation von Philosophie, Wissenschaft, Partei und Staat liefert einen Schlüssel für das Verständnis heutiger Kontroversen im Marxismus.

144 Seiten, br., 18,- DM

## Kongreßberichte

### Von der Friedensforschung zur Friedensaktion

Plädoyer für einen zivilen Ungehorsam der Wissenschaftler

Die nachfolgenden Ausführungen verstehen sich als ein spezifischer Beitrag zur Realisierung jenes Konzepts der Einheit von Friedensforschung, Friedenserziehung und Friedensaktion, das Johan Galtung in einer Grundlagenrede auf der ersten internationalen Friedensuniversität in Bremen 1984 u.a. entwickelte (Alheit u.a. 1985, 156f.). Zur Veranschaulichung aktueller Prozesse und Ergebnisse auf den Frieden orientierender Forschung und Ausbildung dienen mir drei Kongresse des UNO-Friedensjahres 1986, die aus einer schier unüberschaubaren Zahl von Symposien, Konferenzen und Tagungen zum Friedensthema deswegen herausgegriffen sind, weil ich daran teilnehmen konnte. Dennoch ist die Auswahl nicht völlig zufällig. Jeder der drei steht repräsentativ für einen bestimmten Ausschnitt aus der »scientific community«.

1. Der Kongreß »Krieg-Kultur-Wissenschaft« (Tübingen, 11. bis 13.4.1986) setzte eine in Hannover im November 1984 begonnene Initiative »Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung in Ost und West« fort. Die Initiative basiert auf der Überlegung, daß die mit der Existenz der Nuklearwaffen ständig gegebene Gefahr der Selbstauslöschung der Menschheit das Ende aller menschlichen Kultur im weitesten Sinne impliziert. Kulturwissenschaftler seien — so der Aufruf zum Kongreß — »angesichts der Maßnahmen zum 'Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten' aufgefordert, bei der Abwehr der akuten Kriegsgefahr mitzuarbeiten und dabei ihre fachspezifischen Kenntnisse einzubringen«. Der bekannten Eingrenzung, daß eigentlich nur Friedens- und Konfliktforschung, Atomphysik, Militärwissenschaften und einige andere sehr spezialisierte Disziplinen in der Sache gefragt seien, wird mit dem Argument begegnet, daß Kulturwissenschaftler letztlich zur »Produktion und Vermittlung von Einstellungen, Haltungen, Meinungen und Bildern« beigetragen hätten, die Teile der Bevölkerung zumindest zur »Gewöhnung« an Krieg und Gewalt brächten. Dem sei entgegenzuwirken.

Dieser Argumentation entsprechend, ergaben sich zwei Hauptfragen des Kongresses: 1.) Inwieweit bereitet Kultur Kriegsideologie und realen Krieg vor?; 2.) Welche Konfliktlösungsmöglichkeiten können Kulturwissenschaftler/Kulturschaffende einüben? Diese beiden Leitfragen wurden in fünf verschiedenen Sektionen bearbeitet.

Die Sektion »Kriegsbilder« untersuchte zunächst die Weltkriege in Berichten und Erinnerungen (Hermand, Schimmelpfennig u.a.), um dann Kriegspropaganda 1933—1985 dem Negativbild der Pazifisten entgegenzusetzen. Eine Aufführung von Heiner Müllers *Die Schlacht* war integriert, Diskussion mit Ensemble und Regisseur eingeschlossen. »Friedensarbeit heute« war Thema einer anderen Gruppe. Es wurde vorgetragen und diskutiert u.a. über die Zeichensprache der Friedensbewegung, über Plakat und Dokumentation, den »Friedenshasen« von Beuys, Friedenspädagogik, gewaltfreien Widerstand, Christen im Widerstand. Ob dies nicht teilweise »Flucht nach innen« sei, wurde kritisch gefragt. Und: »Sind Frauen natürliche Pazifistinnen?«

Die Sektion »Rollenbilder« griff zunächst weit zurück: Soldatenstaat Sparta, Expansionskrieg im alten Ägypten, Krieger und Brahmane im alten Indien. Die sog. »kleinen« Disziplinen waren gefragt: Religionswissenschaften, Sinologie, Altertumskunde. Doch in derselben Sektion wurden auch moderne Fragestellungen wir-

kungsvoll kontrastiert: Bitburg als Ritual, Feindbild Polen im 20. Jahrhundert, der »Agent provocateur« als staatlich anerkannter Feindbildproduzent.

Gezielt mit dem Kulturgutschutz, der angesichts der erfolgten Stationierung von Mittelstreckenraketen und SDI-Vorbereitung forciert werde, beschäftigte sich Hans-J. Häßler (Hannover) in der Sektion »Die Gewalt des Krieges«. Aber auch Dritte-Welt-Forscher konnten sich hier einbringen, indem sie etwa Rüstungsimport und Rolle des Militärs in Entwicklungsländern diskutierten. Völkerrechtler untersuchten die Stereotype vom »ewigen Weltfrieden« und »gerechten Krieg«. Schließlich vervollständigte die Sektion »Konfliktforschung in den Kulturwissenschaften« das Angebot.

Eine breite Palette also. Kulturwissenschaftler aus »marginalen« Disziplinen beschäftigten sich häufig zum ersten Mal mit hochspezialisierten Gegenständen ihres Forschungsbereichs unter dem Gesichtswinkel von Krieg und wurden aus der traditionellen Wissenschaftlerrolle der Distanz und »reinen Sachbezogenheit« herausgenötigt — ein wichtiger Sozialisationsprozeß, den ein solcher Kongreß für den einzelnen Wissenschaftler einleiten kann.

2. Unter dem Titel »Human Right to Peace« fand in Helsinki (22. bis 26.10.1986) die Third International Peace University (TIPU) statt, die damit Initiativen aus Bremen (1984) und Aarhus (1985) fortsetzte. In mehreren Sektionen setzten sich Sozial- und Ingenieurwissenschaftler, Philosophen, Pädagogen, Theologen, Historiker, Juristen, Ökologen, Psychologen aus 18 Ländern (darunter Sowjetunion, DDR, Ungarn, Polen, Indien, ANC, SWAPO) mit den unterschiedlichen Aspekten der Fragestellung auseinander.

Das Menschenrecht auf Frieden reduzierte sich dabei oftmals — zumal in den Darstellungen von Verhältnissen in Dritte-Welt-Ländern — zu einem Menschenrecht auf Leben. Genau besehen, ist auch unter dem Damoklesschwert der nuklearen Auslöschung der Menschheit das UNO-proklamierte Recht auf Leben mit demjenigen auf Frieden deckungsgleich. Nukleare Aufrüstung der Supermächte und der Industrieländer, Hunger in der Dritten Welt — die bekannte ökonomische Kausalkette wurde häufig beschworen.

Das Thema der moralischen Verantwortung des Wissenschaftlers, das Gegenstand einer Sektion war, degenerierte gelegentlich zu einer entweder neurotisch-quälerischen oder selbstgefälligen Nabelschau der Protagonisten. Dies war berechtigter Anlaß für die kanadische Feministin Barbara Roberts, »idolatry«, »malestream concepts of peace research« zu konstatieren.

3. Hochkarätigstes Ereignis unter den drei Großveranstaltungen war zweifellos »Ways Out of the Arms Race«, der internationale Kongreß von Naturwissenschaftlern in Hamburg (14. bis 16.11.1986). Der von Peter Starlinger und der Initiative »Verantwortung für den Frieden« in Kooperation mit der US-amerikanischen »Union of Concerned Scientists« umsichtig vorbereitete Kongreß bot Prominenz auf. Wohlwollend eingeleitet von Universitätspräsident Fischer-Appelt und Senatspräsident v. Dohnanyi, mit Grußtelegrammen sowohl vom Bundestagsvizepräsidenten als auch vom Generalsekretär der SED versehen, hielt sich Österreichs Expremier Kreisky im Eröffnungsplenum eher zurück und konstatierte lediglich die erstaunliche Unwissenheit des US-Präsidenten. Paul Parin (Zürich) diagnostizierte Feindbilderproduktion und Wettrüsten als Formen eines Ersatzes verschiebbarer Energien (»substitute for displaceable energy«). Valentin Falin dokumentierte beeindruckend als Augenzeuge die Bruchstellen der Verhandlungen von Reykjavik, jene Stellen, wo — Wille vorausgesetzt — Weltgeschichte hätte gemacht werden können.

Im weiteren Verlauf sprach man über folgende Teilaspekte der Abrüstung: nicht-

staatliche Kooperation der US- und SU-Wissenschaftler (Jewgenij Welichow, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, UdSSR); die Wissenschaftler als Aufklärer (Joseph Rotblat, Pugwash, London); ein globales seismisches Monitorsystem (Hanspeter Harjes, Bochum); die Überprüfbarkeit von Rüstungskontrollabkommen (Franz v. Hippel, Princeton); die SDI-Abwehr (Richard Garwin, IBM Research Fellow, Cornell und Columbia Universities); den atomwaffenfreien Korridor (Karl Lanus, Akademie der Wissenschaften, DDR); den Beitrag der Bündnisfreien (Maybritt Theorin, schwedische Ministerin für Abrüstung) u.v.a.m.

Im zweiten Plenum hatte Peter Starlinger die »Hamburger Abrüstungsvorschläge« — den wohl umfassendsten Katalog machbarer Maßnahmen — erläutert. Sie müssen freilich in ihrer Gesamtheit (vom Testverbot über die schrittweise Abrüstung aller nuklearen Systeme bis hin zur Verringerung konventioneller Streitkräfte und zum Verbot chemischer Waffen) als weltpolitisch derzeit unrealistisch, weil für die offizielle US-Politik nicht akzeptabel, eingeschätzt werden. Ihre Stärke mag darin bestehen, in welchem Ausmaß sie auch von eher konservativen Wissenschaftlern mitunterzeichnet wurden.

Auch die anderen Kongresse hatten Resolutionen verabschiedet und waren in die Öffentlichkeit gegangen.

In Hamburg wurde gar der Versuch unternommen, die Friedenswissenschaft mit internationaler Diplomatie zu verbinden. Die *Union for Concerned Scientists* stellte eine Satellitenleitung in die USA her, um mit Allan Mense, dem Leiter des SDI-Wissenschaftlerstabes im Pentagon, zu diskutieren. Dabei wurde weniger auf die grundlegende Unlogik und Absurdität, sondern auf die ökonomischen Risiken abgehoben.

Was bewirken solche Kongresse? Sie bewirken ohne Zweifel eine Klärung der Standpunkte der Wissenschaftler/innen untereinander und die Weiterentwicklung der interdisziplinären Kooperation in der Friedensforschung. Sie interessieren immer mehr forschende Personen aus entlegenen Disziplinen für die Friedensfrage, und sie zwingen konservative Persönlichkeiten von Rang, Stellung zu beziehen. Gemessen an der nuklearen Wirklichkeit freilich, sind sie von durchschlagender Wirkungslosigkeit. Die Kornmarkt-Kundgebung von Tübingen enthüllte, wie der US-amerikanische Überfall auf Libyen eine Mobilisierung für das »Airland-Battle-2000«-Konzept auslöste: die Pershing II-Raketen wurden startklar gemacht! Die TIPU von Helsinki fand annähernd zeitgleich mit dem Reykjavik-Debakel statt. Die Satelliten-Diskussion von Hamburg konnte Reagans Liquidierung des Salt-II-Abkommens zehn Tage später nicht verhindern.

Ich plädiere daher für eine weitergehende In-die-Pflicht-Nahme der Wissenschaftler/innen.

Sie können mit ihrer physischen Präsenz vor den Toren der Pershingdepots, indem sie der Überzeugungskraft ihrer Argumente das Gewicht ihrer Gesamtpersönlichkeit hinzufügen, Einfluß ausüben auf die politische Kultur im Lande, und die Zweifel an der Legitimität der Stationierung nachhaltig begründen helfen. Daß die Sicherheit der Staatsorgane in der Bestrafung des zivilen Ungehorsams derzeit erschüttert wird, daß damit die Stationierung selbst und die Gefahr des atomaren Erstschlags neuerlich in die Diskussion gelangen, die »Gewöhnung« also an die permanente Bedrohung durchlöchert wird — dies ist den Sitzblockaden von Helmut Gollwitzer und Robert Jungk, von Dorothee Sölle und Walter Jens und ihren nachfolgenden Reden in den Gerichten durchaus *auch* zu verdanken. Ihre Praxis müßte massenhaft werden.

Daß ziviler Ungehorsam von Thoreau über Ghandi zu Martin Luther King eine würdige Tradition hat, die zumal in den progressiven »radikaldemokratischen« Strömungen des Bürgertums der betreffenden Länder verankert ist, muß man wahrschein-

lich kaum betonen, um Wissenschaftler/innen zusätzlich zu motivieren. Es ist meiner Beobachtung nach eher ein Problem der individuellen Organisation und der Überwindung eines individuellen Trägheitsmomentes. Ich schließe daher mit einer Bemerkung von Heinrich Böll, mit der er seine Teilnahme an einer Mutlanger Sitzblockade begründet hat:

»Ich möchte noch etwas zur Straße sagen. Wer so alt ist wie ich, älter oder ein bißchen jünger, ist natürlich auch traumatisiert durch die Straße, den Nazi-Terror auf der Straße, die, ich habe es so empfunden, Heimatvertreibung von der Straße durch die Nazis ... Ich muß mich von diesem Trauma befreien, um auf die Straße zu gehen, aber ich gehe nicht so auf die Straße, ich *setze* mich auf die Straße. Ich setze mich der Regelverletzung, der Ordnungswidrigkeit, der Strafbarkeit aus und möchte darauf hinweisen, daß man sich vielleicht strafbar machen muß, um das Delikt, dessen man sich strafbar macht, aus dem Strafgesetzbuch zu eliminieren.« (Zit. n. Glotz 1983, 145f.)  
Dieter Herms (Bremen)

### Literaturverzeichnis

- Alheit, Peter, Jorgen Kjaer und Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.), 1985: Kein Frieden der Wissenschaft mit dem Krieg
- Butterwegge, Christoph, Bernhard W. Docke und Wolfgang Hachmeister (Hrsg.), 1985: Kriminalisierung der Friedensbewegung
- Ebert, Theodor, 1980: Gewaltfreier Widerstand
- Friedensforum 3: Kultur und Krieg, Friedenshefte des CVJM-Hamburg (Hrsg.), Argument-Studienhefte, SH 67. West-Berlin 1986
- Glotz, Peter (Hrsg.), 1983: Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat
- Herms, Dieter (Hrsg.), 1985: Im Namen des Volkes — Urteil, Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung 1984-86: Rundbriefe 1-7
- Krippendorf, Ekkehart, 1985: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft  
Pressehütte und Verein Friedens- und Begegnungsstätte e.V. 1984-86: Rundbriefe 1-9
- Schell, Jonathan, 1986: The Abolition
- Verein für Friedenspädagogik, 1983: Gewaltfreiheit. Eine kommentierte Literatur-Übersicht

### Kontaktadressen

- Pressehütte, Forststr. 3, 7075 Mutlangen, Tel.: (071 71) 762 10
- Kampagne Ziviler Ungehorsam, Friedensbüro, Neckarhalde 8, 7400 Tübingen, Tel.: (07071) 2 48 07
- Herms, Dieter, Parkallee 227, 2800 Bremen 1, Tel.: (0421) 21 49 28

### »To Safeguard Peace and the Future of Humanity«

Weltkongreß in Kopenhagen anläßlich des UN-Friedensjahres 1986  
vom 15. bis 19. Oktober 1986

In sieben Foren wurde über »Frieden und Gerechtigkeit«, »Abrüstung«, »Frieden und Befreiung«, »Frieden und Menschenrechte«, »Frieden und Bedürfnisse der Menschheit«, »Leben für den Frieden« sowie »Frieden und Vertrauen« gesprochen. Da kein Zwang bestand, Ergebnisse in Form von Konsenspapieren festzuhalten, konnte die Zeit weitgehend für Stellungnahmen und Berichte von einzelnen und Gruppen aus den verschiedenen Ländern genutzt werden. Immer wieder angesprochene Themen waren der iranisch-irakische Krieg, die Forderung nach einem Atomteststopp, SDI, Südafrika und Afghanistan.

Beindruckend war der Versuch, neue Umgangsformen auszuprobieren. Denn anders als bei vielen derartigen Kongressen war hier das Anliegen, möglichst viele der ca. 2.800 Teilnehmer/innen aktiv ins Geschehen einzubeziehen; nur zwei Plenarsit-



zungen, keine Einleitungsreferate in den Foren und Themenkreisen, Redezeitbegrenzung für alle auf fünf Minuten. »Ihr ahnt gar nicht, wie stark die von den westlichen Friedensbewegungen geprägten neuen Umgangsformen auch bei uns wirksam sind«, meinte ein Wissenschaftler aus der DDR. »Hier hat ein sowjetischer Professor zu seiner großen Überraschung tatsächlich nach fünf Minuten seine Stellungnahme abbrechen müssen — das war für ihn und die sowjetischen Delegierten eine völlig neue Situation.« Auch andere haben hier lernen können, daß die Formulierung »Alle Menschen sind gleich« ganz nützliche Konsequenzen für ihre Redezeit haben kann, Titel und Rang keine Rolle spielen.

Andererseits wurden die großen Foren und Arbeitskreise noch nicht als Orte wahrgenommen, an denen es ohne Gesichtsverlust möglich wäre, Fehler des eigenen Landes offen einzugestehen. Sehr oft wurde noch so getan, als ob sich eine Riege von Außenministern versammelt hätte, um sich gegenseitig für die Politik ihrer Länder verantwortlich zu machen. Aber es gab auch Redner — und das ist eigentlich das Beeindruckende bei einer Veranstaltung dieser Größe —, die vor allem das Gemeinsame in den Vordergrund rückten: So rief ein sowjetischer Vertreter im Forum »Leben für den Frieden« dazu auf, doch einmal alle politischen Gegensätze beiseite zu lassen und stattdessen bei der gemeinsamen Verantwortung der Eltern für die Zukunft ihrer Kinder anzusetzen — »Wir haben doch alle Kinder!« Überhaupt spielte das Thema »Kinder und Frieden« eine wichtige Rolle. Vorgestellt wurde z.B. das internationale Kindertreffen in Sofia/Bulgarien (»Banner des Friedens« mit inzwischen reichen Sammlungen von Kinderbildern, die als Wanderausstellungen bekanntgemacht werden) sowie ein großes Kindertreffen, das im November in Disneyland/USA stattfinden wird. Erste Ansätze in dieser Richtung gibt es auch in der Bundesrepublik, das Kinderfest am 11.10.86 neben der Kundgebung von Bell ist hierfür ein Beispiel.

Pauschale Schlagworte hatten es erfreulich schwer. Im Forum »Regionale Konflikte« bat ein Äthiopier darum, doch genauer hinzuschauen und in der Analyse die verschiedenen Konfliktebenen — national/regional/überregional — getrennt voneinander zu behandeln. Als Beispiel wurde Zypern genannt und die These aufgestellt, daß sich die Griechen und Türken auf der Insel sicher längst hätten einigen können, wenn nicht auf anderer Ebene Interessen Griechenlands und der Türkei und darüber hinaus der NATO im Spiel wären. Diese wichtigen Unterscheidungen mit dem Schlagwort 'Imperialismus' zu verwischen, hielt er für wenig tauglich. Vertreter aus dem Iran und dem Irak machten wiederum am Krieg zwischen ihren Ländern deutlich, daß die Analyse mit einer kritischen Sichtweise des eigenen Landes verbunden sein muß, damit man sich nicht fruchtlos an der Frage der Kriegsschuld festbeißt. Eine kurdische Frau aus dem Iran wies darauf hin, daß neben dem iranisch-irakischen Krieg noch ein zweiter gegen ihr Volk geführt werde und rief wie andere Vertreter der beiden Länder dazu auf, jegliche weiteren Waffenlieferungen an die kriegsführenden Parteien zu unterbinden und zu diesem Zweck nationale Komitees in den über 40 (!) Ländern einzurichten, die Rüstungsgüter in die Region exportieren.

Zahlreiche Gespräche haben auf Initiative einzelner oder von Ländergruppen stattgefunden: Eine finnische Gruppe lud Mitglieder der mittelamerikanischen Delegation zum Gespräch, die Amerikaner sprachen u.a. mit Israelis und Palästinensern, ein großes Treffen wurde organisiert für die Länder Asiens und des Pazifiks, die bundesdeutsche Gruppe traf neben Delegierten aus der DDR, der UdSSR und den USA auch Franzosen und Vertreter der afghanischen Regierung. Diese Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig, ist jedoch vielleicht ein Hinweis darauf, wie vielschichtig dieser Kongreß abließ. Von dieser Vielschichtigkeit war in der hiesigen Presse nicht

viel zu spüren. Neben den Stichworten »Tumult« und »kommunistisch gesteuert« schien nichts Beachtenswertes stattgefunden zu haben. Wer aber die Augen aufmachte, konnte die aufmunternde Tatsache entdecken, daß die Friedensbewegung inzwischen weltweit existiert und daß weitere Begegnungen notwendig sein werden, um die hier entwickelten Ansätze einer gemeinsamen Sprache weiterzuführen.

Dietrich Gaede (Hamburg)

### **Freizeit als Lebensraum arbeitender Menschen im Sozialismus**

Wissenschaftliche Arbeitstagung der Humboldt-Universität, Berlin/DDR,  
vom 21. bis 23. Oktober 1986

Es war eine für DDR-Verhältnisse ungewöhnliche Konferenz. Die Akademie der Wissenschaften hatte dazu eingeladen, das Problem der Freiheit zu diskutieren. Gefolgt waren der Einladung Roger Garaudy und Henri Lefebvre aus Frankreich, Leszek Kolakowski aus Polen, Agnes Heller aus Ungarn, August Gallinger und Hans Heinz Holz aus der Bundesrepublik und viele andere. Ernst Bloch hielt das Hauptreferat, das mit dem Passus endete: Die Wahrheit macht frei, Gegner sind Zwang und Irrtum. Dem warf Wolfgang Harich zwar objektiven Idealismus vor, kritisierte aber auch den »Phrasenschwall« einiger DDR-Kollegen, die vom »freien Staat« in der DDR redeten und forderte ein Plus an Freiheit. Die so Angegriffenen beharrten auf ihrer Variante der Gedanken von Hegel und Engels über Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit, während andere noch weiter gingen und nicht nur das Absterben des Staates forderten, sondern eine Welt »selbst ohne den Motor einer revolutionären Partei« (Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus, hrsg. v. d. Dt. Akad. d. Wiss. zu Berlin, Berlin 1956, 279). Wenig später war Ernst Bloch zwangsemeritiert, Harich für zehn Jahre im Zuchthaus und das Protokoll jener »Freiheitskonferenz« bis auf wenige Exemplare eingestampft worden.

An diese »historische« Konferenz mußte ich denken, als ich dreißig Jahre später nach Ost-Berlin reiste. Natürlich fielen mir Unterschiede ein: das Jahr 1956 mit seinen Bewegungen (wie dem 20. Parteitag der KPdSU, der »Entstalinisierung«, dem Ungarn-Aufstand und der Suez-Intervention) und das weniger schicksalhaft wirkende Jahr 1986; eine Versammlung von Philosophen gegenüber einer Tagung interdisziplinär orientierter Freizeitexperten; und vor allem das Thema: Was hat »Freizeit« denn mit »Freiheit« zu tun? Und da fing ich schon wieder an zu zweifeln: Eigentlich doch eine Menge, der formal-negativen Abgrenzung der Freizeit folgt fast immer eine inhaltliche Sinnzuschreibung, die von »Zeit des Freiseins« über »Zeit der Wahlfreiheit« bis hin zur »Zeit für die Erfahrung alternativer Lebensformen« immer eine Form von Freiheit enthält. Kein Zweifel kann an der illusionären Qualität dieses Zusammenhanges bestehen. Zur Genüge ist auf die soziale, ökonomische und kulturelle Einschränkung, ja Verhinderung der Nutzungsmöglichkeiten von Zeit nach Erwerbsarbeit und Hausarbeit hingewiesen worden, auf eine »trägerische Dialektik« und den »objektiven Schein« der Freiheit. Andererseits ist eine Synthese von »Freiheit« und »Zeit« dann berechtigt, wenn sie als Ziel eines radikalen sozialen Bedürfnisses interpretiert wird, wenn ein »Reich der Freiheit« angezielt wird, dessen Grundbedingung die Verkürzung des Arbeitstages ist (vgl. Marx, Das Kapital Bd. 3, MEW 25, 828).

Eröffnet wurde die Konferenz durch den Leiter des veranstaltenden Wissenschaftsbereichs Kultur der Humboldt-Universität, Dietrich Mühlberg. Er extemporierte einen breiten Überblick zur Freizeitforschung, beginnend bei Marx und dem Übergang von der »zeitlosen« Macht der Feudalherren zur Vernichtung des Raums durch die Zeit im Kapitalismus. Anschließend rühmte er die Verdienste der postrevo-

lutionären sowjetischen Zeitbudgetforschung im allgemeinen und Strumilins im besonderen, hielt sich bei der stalinistischen Be- und Verhinderung von Freizeitforschung nicht sonderlich auf und fragte dann, ob nicht die neuere Forschung in der DDR gleichermaßen historischer und aktueller werden müsse, indem sie der proletarischen Lebensweise früherer Zeit stärker die Wurzeln heutiger Kultur entdecken könnte. Der Forderung nach mehr Geschichte kam dann gleich ein westdeutscher Historiker nach. Alf Lüdtko vom Göttinger Max-Planck-Institut sprach über Zeitor-organisation und Zeiterfahrung in der Großen Industrie von 1860-1940. Er wandte sich gegen E.P. Thompsons These der unausweichlichen Durchsetzung linear-mechanischer Zeitkonzeptionen: »Ganz Essen verfiel in den Takt der Niethämmer auf der Gußstahlfabrik«. Er sah dagegen eine »eigensinnige« Zeitan eignung in informellen oder illegalen Pausen von Männern im Betrieb und in der Kreativität gerade von proletarischen Frauen.

Gisela Müller aus Ost-Berlin sprach nicht ohne Sympathie von Georg Simmels mikrosoziologischem Blick auf Alltags- und Freizeitphänomene. In einem brillanten Beitrag referierte ihre Kollegin Renate Reschke Maschinenkultur, Zeitrhythmus und Freizeitdisposition bei Friedrich Nietzsche. Surrogate, Betäubungseffekte, innere Leere, trügerische Individualitätsbestätigung — das waren Stichworte ihres Beitrags, die bei mir besser hafteten als der pflichtschuldige Hinweis aufs Bürgerliche bei Nietzsche.

Wie weit das Feld »Freizeit und Geschichte« sein kann, zeigten zwei weitere Referate. Reinhard May und Horst Groschopp (beide Berlin/DDR) sprachen über Freizeitorganisation und kommunistische Kulturpolitik nach 1925, wobei May sich die Frage gefallen lassen mußte, wieso das von ihm gerühmte Münzenbergsche »System klasseneigener Massenkommunikation« eigentlich gescheitert sei. Groschopp hatte implizit die Antwort schon gegeben: Vielfach ging die KPD an den Freizeitintereffen der Arbeiter vorbei.

Eine Brücke auf dem Weg zur Diskussion der Gegenwart wurde von Chup Friemert aus Hamburg geschlagen. Friemert präsentierte Radio-Analyse per Bildbetrachtung. Am überzeugendsten war dabei seine Interpretation von Paduas berühmtem Bild »Der Führer spricht«. Er hatte Volksempfänger und Hitlerbild herausgeschnitten und durch Löcher ersetzt, die man als Luftschächte in einem Luftschutzkeller deuten könnte. So gesehen, wartet die anscheinend andächtig dem Führer lauschende Familie auf — Entwarnung.

Unkonventionell war Wolfgang Nahrstedts Einblick in die westdeutsche Freizeitforschung. Der Professor für Freizeitpädagogik scheuchte die Versammlung aus dem Saale, um eine in Windeseile auf dem Gang aufgebaute Ausstellung zur Organisation eines selbstverwalteten Freizeitentrums in Bielefeld vorzuführen. Daß westlicher Feminismus sich durchaus mit solider Forschung verbinden kann, zeigte Regina Becker-Schmidt aus Hannover beim Thema »Seitenwechsel-Zeitenwechsel«, den Umstellungsproblemen von westdeutschen Arbeiterinnen im Wechsel zwischen Fabrik und Familie. Nicht nur wurde Zeitmangel als Dauerzustand im Akkord diagnostiziert, sondern auch das Gegenteil im Umgang mit Kindern: Frauen müssen am eigenen Leibe tagtäglich den Sprung vom industriellen in ein vor-industrielles Zeitverhalten vollziehen. Leise seufzten einige DDR-Soziologinnen beim Gedanken an eine von den Individuen ausgehende Forschung, der die Steigerung der Arbeitsproduktivität zumindest schnuppe ist. Verschärfte Frauenausbeutung als Folge von technisierter Haus- und Heimarbeit war ebenfalls ein Thema meines Referats über Freizeit und Technik in der Bundesrepublik und in den USA. Dabei wurde meiner Benjamin-Paraphrase »statt Technisierung der Politik — Politisierung der Technik«

in der Diskussion mehr Sympathie entgegengebracht, als ich erwartet hatte. Den technikoptimistischen Part übernahm dann Kaspar Maase (IMSF, Frankfurt/M.), der das Autonomiepotential technischer Innovation betonte. Damit war der Kapitalismus beendet, und man ging zur Behandlung des realen Sozialismus über.

Freizeit im realen Sozialismus nicht nur der DDR ist zumindest werktags Medienzeit. Darauf konnten sich in einer Podiumsdiskussion Lothar Bisky (Berlin/DDR), Lilo Mühlberg (DDR-Rundfunk) und Elka Tschernokoshewa (Sofia) schnell einigen. Ebenso leicht fiel die Feststellung, daß im Medienalltag vor allem Filme, Unterhaltungssendungen und populäre Musik wirksam sind. Was aber ist Unterhaltung? Tschernokoshewa sah deren Sinn hauptsächlich in der Lösung von pragmatischer Funktionalität, was mit dem Hinweis relativiert wurde, daß den Genuß durch Medien vorerst noch »die anderen« (= Westmedien) erzeugten. Die Verwirklichung von Brechts Radiotheorie gar (Austauschbarkeit vom Kommunikator und Rezipient) in der DDR sei wohl erst in ferner Zukunft möglich. Alles in allem wirkte diese Podiumsdiskussion zwar nicht besonders utopisch, aber realistisch. Das unterschied sie vom Vortrag Klaus-Peter Hausmanns (Parteihochschule der SED), der mit bedeutenden Adjektiven (»zunehmend«) und Adverbien (»nachdrücklich«) bestritt, daß ein »cultural lag« zwischen Kapitalismus und Realsozialismus existiere. Ähnlich abstrakt geriet dem Ökonomen Erhard Gans seine Analyse der Verteilung des Zeitfonds der DDR-Gesellschaft mit Hilfe von Zeitbilanzen. Ungeschminkt war der Bericht von Pal Soos aus Debrecen, der mit liebgewordenen Vorurteilen über das liberale ungarische System aufräumte. Soos zufolge ist das durchschnittliche Zeitbudget in Ungarn durch die »zweite Ökonomie« derart eingeschränkt, daß Freizeit nur Konsumzeit flacher Medienunterhaltung sein kann. Schwierigkeiten in Ungarn bestätigte Thomas Koch, der über die Freizeitkultur sozialistischer Länder im Vergleich sprach. Zusätzlich hob er noch Tendenzen zunehmender Regionalisierung hervor. Die parallelisierende Überlegung Wolfgang Nahrstedts, wie man aus einem SPD-Ortsverein ein Widerstandsnest machen könne, veranlaßte ihn zu dem erschreckten Ausruf, daß in der DDR keinesfalls Widerstandsnester eingerichtet werden müßten, was das Publikum mit fröhlichem Gelächter quittierte. Den Nutzen qualitativer Methoden zur Erforschung des DDR-Freizeitverhaltens demonstrierte schließlich Volker Saupe aus Ost-Berlin mit Untersuchungsergebnissen zum Freizeitverhalten Jugendlicher. Mit Fotos und Interviews verstärkte Saupe die schon vor einigen Jahren in der DDR kometenhaft aufgetretene These, daß »informelle Freizeitgruppen« fürs Freizeitverhalten Jugendlicher genauso wichtig seien (wenn nicht wichtiger) wie Elternhaus und Jugendverband. Etwas abrupt beendete Helmut Hanke, der wohl prominenteste Freizeitforscher der DDR und beredete Advokat pragmatischer Massenkultur, die Konferenz mit dem Hinweis, theoretisch bliebe man beim weiten Freizeitbegriff, praktisch beim engen.

Schon bei Konferenzen im Westen ist oft das Randgeschehen extrem wichtig. Versteht man darunter die Börsenfunktion einer Tagung, dann gilt das in der DDR nicht. Wenn man aber mit »Randgeschehen« die Informationsfunktion meint, wenn man darunter informelle Diskussion begreift, dann gilt dies in einem Land mit eingeschränkter Öffentlichkeit noch weit mehr. Zum »Randgeschehen« gehörte nicht nur der Besuch in der gepflegten Kinderbücherei und im Jugendklub, nicht nur die wortwörtlich überströmende Gastfreundschaft, sondern auch die Erörterung zahlreicher Gerüchte. Auf der Konferenz war etwa aufgefallen, daß Hans Koch fehlte, Mitglied des ZK der SED und Direktor des Instituts für Kulturwissenschaften an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Koch hatte früher zur Hatz auf Lukács geblasen und doch manches von Lukács' Kulturidealen für die DDR-Kulturpolitik auf-

bewahrt. Nun sollte er verschwunden sein. Und Helmut Hanke sollte seinen Professorenjob an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften wegen aufmüpfiger Reden verloren haben. Daß diese Gerüchte nicht ganz aus der Luft gegriffen waren, zeigte sich knapp drei Wochen nach der Konferenz. Das *Neue Deutschland* druckte einen Nachruf auf Hans Koch, der »im Zustand von Depressionen« Selbstmord begangen habe (»Genosse Prof. Hans Koch«, ND 18.11.1986). Welcher Art die Depressionen waren — das fehlte im Zentralorgan. Wieder eine Woche später war Helmut Hanke schon vom *Spiegel* zur »Bewährung in die Produktion« geschickt worden (»Mich findet ihr nie«, *Der Spiegel* 24.11.1986, 16).

Auf der Konferenz hingegen war Hanks Präsenz nicht zu übersehen, wenn er auch Kontakt mit westlichen Ausländern nicht gerade suchte. Sein Sturz und Kochs Selbstmord wurden dort in einen Zusammenhang gestellt, den jemand mit »Albanisierung der DDR« umschrieb. Gemeint war, daß es in der DDR-Führung eine Tendenz gibt, die DDR von möglichen sowjetischen Reformen abzukoppeln. Dazu würde auch die Verhinderung einer pragmatischen, liberalen und auf konsequente Befriedigung von Massenbedürfnissen gerichtete Freizeit- und Kulturpolitik gehören. Während diese wirkliche oder vermeintliche Kontroverse sich eher auf SED-interne Prozesse bezieht, wurden in der »Alternativszene« Ost-Berlins andere Schwerpunkte gesetzt. Was hier auffiel, war der Rückgang zur Trennung der Werte »Freiheit« und »Leben«. »Leben« hatte im Diskurs der Friedensbewegung oberste Priorität genossen. Nun wird eine Verbindung und wechselseitige Durchdringung dieser zwei Werte diskutiert — eine Politisierung der Alternativkultur, eine stärkere Einbeziehung der Menschenrechtsproblematik, von Elementen der Oppositionskultur und eine größere Anlehnung an die übrige osteuropäische Dissidenz.

Die Überschrift des Referats von Regina Becker-Schmidt traf die Tagung insgesamt: Seitenwechsel — Zeitenwechsel. Die Tagung sah nach Umbruch und Wechsel aus. Dies zeigte sich vor allem in einem differenzierten Geschichtsbild, das sich nicht auf Legitimationsbedürfnisse reduzieren ließ, in einer Dialogbereitschaft nach außen, die nicht beim kleinsten gemeinsamen Nenner endete (und an der es nach innen stark mangelt), schließlich in einem Problembewußtsein, das weit über bisher bekannte offizielle Stellungnahmen hinausging. In der Kritik am praktischen Freizeitverhalten zeigte sich immer wieder die eingangs erwähnte Verbindung von Freizeit und Freiheit. Die Einschränkung von Freizeit durch Erwerbsarbeitszeit, durch Wege- und Wartezeit, durch Hausarbeitszeit, durch Medienkonsumzeit bedeutet Einschränkung von Freiheit und damit die Notwendigkeit der Wandlung von Freizeit in Befreiungszeit.

Volker Gransow (Berkeley/USA)

## Besprechungen

### Philosophie

**Honneth, Axel, und Hans Joas (Hrsg.): Kommunikatives Handeln.** Beiträge zu Jürgen Habermas' »Theorie des kommunikativen Handelns«. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (420 S., br., 24,-DM)

**Bonß, Wolfgang u.a.: Die Zukunft der Vernunft.** Eine Auseinandersetzung. edition discord im Konkursbuchverlag, Tübingen 1985 (149 S., br., 24,-DM)

Zwei Bücher sind anzuzeigen, die sich mit Theorie und Zeitdiagnose von Jürgen Habermas — insbesondere mit der 1981 erschienenen »Theorie des kommunikativen Handelns« befassen. Das eine kommt in wissenschaftlich-seriosem Gewande daher und enthält systematisch-kritische Beiträge, die von Habermas auf rund 80 Seiten wiederum beantwortet und zum Anlaß der Präzisierung wichtiger Theoriebestandteile genommen werden. Der andere dokumentiert ein vehementes Streitgespräch zwischen Wissenschaftlern aus dem Umkreis der Kritischen Theorie und solchen, die sich eher an der französischen Vernunftskritik orientieren.

Der Band »Kommunikatives Handeln« verspricht »eine erste Bilanz der Diskussion« (8), wobei die Auswahl der zehn Beiträge — bei der Habermas anscheinend ein Vetorecht hatte (vgl. Editorial *Prokla* 64) — sich an der Fähigkeit der Autoren orientierte, die Gesamtkonstruktion der Theorie nicht aus den Augen zu verlieren (9). Die Kritiken befassen sich, wie die »Theorie des kommunikativen Handelns« selbst, mit einem breiten Themenspektrum — von (sprach)theoretischen Überlegungen zur Einheit und Pluralität der Vernunft (Taylor, Seel, Alexander) über die Analyse der Genesis normativ geregelter Ordnungen (Dux) und die Untersuchung des Zusammenspiels systemtheoretischer und lebensweltlicher Interpretationen (Joas, McCarthy, Krüger, Berger) bis zu den politischen Folgerungen aus der »Theorie der Moderne« (McCarthy, Berger, Arnason). Im Anhang schreibt R. Görtzen seine verdienstvolle Habermas-Bibliographie bis einschließlich 1985 fort (406-416).

Im Zentrum der meisten Beiträge steht die theoriestrategisch bedeutsame Konstruktion des kommunikativen Handelns und die damit gesetzte Trennung von »System« und »Lebenswelt«. In der Tat fällt es schwer, die formalpragmatische und die soziologische Analyse der »Lebenswelt«, die Aktorperspektive und die Beobachterperspektive, die Untersuchung der Gesellschaft als Lebenswelt und die der Gesellschaft als System sowie die Vorstellung einer systemischen Kolonialisierung der Lebenswelt unter einen begrifflichen Hut zu bringen, so daß die Vermutung naheliegt, Habermas bürde dem Lebensweltbegriff zu viel auf und vernachlässige andererseits die konkretere Analyse jener »Subsysteme zweckrationalen Handelns«, die häufig als Gegenbegriff zur Lebenswelt erscheinen.

Die Antwort von Habermas auf seine Kritiker (327-405) präzisiert daher ausführlich den komplexen Zusammenhang von System und Lebenswelt, den er selbst als Überwindung der »unklaren Addition« von System und Lebenswelt in den Arbeiten der 70er Jahre ansieht (379). Gegenüber der landläufigen Interpretation der Lebenswelt als einem dem »System« gegenüberstehenden »System«, zu der die Metapher der Kolonialisierung verleiten kann, betont Habermas u.a. die Gleichrangigkeit der Perspektiven: es lassen sich »alle Phänomene unter jedem der beiden Aspekte beschreiben, allerdings nicht mit gleicher Tiefenschärfe erklären« (381). Zugleich beharrt er auf dem Primat der Lebensweltanalyse, des hermeneutischen Zugangs zu den gesellschaftlichen Objekten.

Wie tragfähig man auch immer den Grundgedanken der »Theorie des kommunikativen Handelns« findet, »einen Begriff der kommunikativen Vernunft aus dem normativen Gehalt allgemeiner und unvermeidlicher Präsuppositionen der nicht hintergehbaren Praxis alltäglicher Verständigung zu gewinnen« (368) — die kritischen Beiträge und Habermas' ausführliche Antwort sind wichtige Vorarbeiten zur Rekonstruktion einer modernen kritischen Gesellschaftstheorie, auch wenn Kritiken aus anderen Theorietraditionen (Luhmann, Foucault etc.) ausgespart sind.

Ein Teil der Argumente der vernunftkritischen Richtung liefert der andere Band nach. Allerdings verläuft die Diskussion um die »Zukunft der Vernunft« kreuz und quer: nur gelegentlich wird ein roter Faden sichtbar. Im Grunde geht es um die Frage, ob und wie Gesellschaftskritik heute noch möglich ist. Gegen das formale Rationalitätskonzept und die moralisch-politische Diskursethik von Habermas, von Bonß, Dubiel und Honneth theoretisch und gesellschaftspolitisch verteidigt, setzen die Kritiker/innen (Gamm, Hesse, Kimmerle, Karpenstein-Eßbach) die Abkehr vom neuzeitlichen Ideal des Vernunftsubjekts, das subjektlose Spiel der Differenzen und die Forderung einer nicht-moralischen Gesellschaftstheorie.

Solche Wortprotokolle lesen sich als Aufforderung, mitzudiskutieren, Korrekturen und Ergänzungen einzubringen. Differenzen anzumelden, Präzisierungen zu verlangen und andere Interpretationen vorzuschlagen. Das Gespräch dokumentiert sich selbst mit allen Brüchen; es ersetzt nicht die systematische Argumentation, sondern fordert sie als seine Fortsetzung mit anderen Mitteln. Dies macht der Band dadurch deutlich, daß er an entscheidender Stelle — bei der Frage nach der Möglichkeit einer nicht-normativen Kritik — abbricht. Wilfried Kunstmann (Marl)

**Frank, Manfred: Die Unhintergebarkeit von Individualität.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (131 S., br., 10,- DM)

Die insbesondere in Frankreich formulierte Kritik an der neuzeitlichen Philosophietradition ist für Frank nicht das erste Mal Anlaß zu einer Auseinandersetzung um die Begriffe Subjekt und Individuum. Nach wie vor drückt er seine Bedenken gegenüber der »Modernismuskritik« in dem Vorwurf aus: »Statt unter dem Korsett einer totalitär gewordenen 'Rationalität' ein gequältes und verstummtes Subjekt zu gewahren, gibt sie es endgültig auf.« (19)

Aber wenn hier der These widersprochen wird, das neuzeitliche Subjekt sei theoretisch wie praktisch am Ende, so soll damit doch nicht der subjektphilosophischen Tradition unkritisch das Wort geredet werden. Frank sucht nach einem gangbaren Weg, »die Subjektphilosophie von einem Standpunkt aus in Frage zu stellen, der einen irreduziblen Bewußtseinsrest konserviert, ohne den Schwierigkeiten des klassischen Paradigmas sich auszusetzen« (17). Was dann unter Subjektivität und Individualität noch verstanden werden kann und wie sich beide zueinander und zum Begriff der Person verhalten, diesen Fragen will der Autor auf Grundlage einer »geduligen Rekonstruktionsarbeit« (19) nachspüren.

Subjektivität wird vorgestellt als die »allgemeine Struktur einer selbstbewußten Spontaneität, wie sie allen Menschen gemeinsam« (26) und die durch ein ursprüngliches Sich-vertraut-Sein des Selbst gekennzeichnet ist. Diese Deutung impliziert bereits die Kritik an einer ganzen Tradition von Theorien über Subjektivität, von denen einige wesentliche (angefangen bei Descartes) dargestellt und diskutiert werden. Den gemeinsamen Mangel sieht Frank darin, daß sie Subjektivität als reflexives Verhältnis denken und damit in einen unauflösbaren Zirkel geraten. Denn das Selbst könne nur auf sich reflektieren, wenn es als solches bereits mit sich bekannt ist, was aber erst das Ergebnis der Reflexionsarbeit (des Wissens, der Schau oder der Iden-

tifikation) sein soll. Eine in diesem Sinne zirkelfreie Theorie der Subjektivität findet Frank vor allem in den Arbeiten von Dieter Henrich (60ff.). Hier schließt die »Dimension Bewußtsein« die Kenntnis ihrer selbst als interne Eigenschaft unmittelbar ein und hat es daher nicht nötig, auf sich zu reflektieren. Diese Vertrautheit »schließt keinerlei Wissen ein, sie ist als unmittelbare überhaupt nicht begrifflich mediatisiert« (63). Bewußtsein und Kenntnis von Bewußtsein sind eins.

Des weiteren bemüht sich Frank um den Entwurf eines Konzepts von Individualität, welches vermeidet, sie in ein Ableitungsverhältnis zu einem Allgemeinen ('Subjekt') zu stellen und es erlaubt, 'Individuum' (als Seinsweise eines einzelnen) und 'Person' (als Seinsweise eines Besonderen) voneinander abzugrenzen. Über eine intensive und kritische Auseinandersetzung mit der sprachanalytischen Philosophie (v.a. Strawson und Tugendhat) gelangt er im Rekurs auf Schleiermacher zu einer Konzeption von Individualität, die die semantische Diskussion mit hermeneutischen Überlegungen verbinden will. Dem Individuum kann demnach kein fester Kern, keine fixe Identität zugesprochen werden, es ist vielmehr, da durch einen wesenhaften Bezug auf Zeitlichkeit gekennzeichnet, stetig desintegriert. Sobald es sich selbst betrachten will, ist es bereits seiner Selbstgegenwärtigkeit beraubt und daher auch einer monologisch verfügbaren Evidenz seines Wissens; es bleibt auf intersubjektive Verständigung verwiesen. Hier nun dreht es sich ganz wesentlich um hermeneutische Fragen, etwa der Deutung von Sachverhalten im Licht individueller Sinnentwürfe, der Zeitlichkeit sprachlicher Zeichen usw. In der Argumentation Franks vermeidet allein der Rekurs auf die Hermeneutik, das Individuelle als Einheitsprinzip (oder das Einzelsubjekt als Subjekt-überhaupt) zu denken.

Die oft sehr geballte Form der Darstellung läßt zwar manchmal das Bedürfnis nach Erläuterung unbefriedigt, tut der Lesbarkeit des Buches aber insgesamt keinen Abbruch. Es ist vorwiegend um einen theoretischen Vorschlag bemüht. Ob auf diesem Wege der Anspruch, »die Unhintergebarkeit von Individualität« aufzuzeigen, letztlich eingelöst werden kann, muß sich in zukünftigen Ausarbeitungen erweisen. Die neostrukturalistischen Einwände sind damit noch keineswegs erledigt.

Klaus Wingenfeld (Münster)

**Scheible, Hartmut: Wahrheit und Subjekt.** Ästhetik im bürgerlichen Zeitalter. Francke Verlag, Bern, München 1984 (563 S., Ln., 128,- DM)

Scheible versucht am historischen Material eine Standortbestimmung der Ästhetik als philosophischer Disziplin. Seine These: In der bürgerlichen Ästhetik seit etwa der Mitte des 18. Jahrhunderts überlebe »jenes Bedürfnis nach Synthese (...), das mit fortschreitender Arbeitsteiligkeit und fortschreitender Säkularisierung keine institutionelle Absicherung mehr« (13) finde. Diese Synthese ist Bedingung des Sinns, der eines über das Besondere hinausgehenden Zusammenhangs bedürfe. Insofern ersetzt die Ästhetik also die Metaphysik und tritt in dem Moment auf, indem die »aus den Naturwissenschaften übernommene Rationalität ... uneingeschränkt die gesellschaftliche Totalität« (430) erfasse.

Nachdem Gottsched noch einmal versucht habe, ein traditionales metaphysisches Weltbild auf cartesianischer Grundlage neu zu befestigen, erscheine mit Baumgarten der erste Repräsentant einer Ästhetik, die, gerade weil die »überlieferte metaphysische Weltordnung noch unbezweifelte Gültigkeit« (87) besitze, unabhängig von ihr bestehen könne. Auf diese Gültigkeit könne seit Kants Kritizismus keine Ästhetik mehr bauen. Gleichsam vor der Zeit baut also Baumgarten dem gesellschaftlich und metaphysisch heimatlos gewordenen Subjekt eine Heimstätte, in der es sich nach dem »Verblassen der religiösen Weltbilder« (249) wieder finden könne.



Das ist grosso modo die Problemlage, auf deren Hintergrund Scheible nun die Lösungsversuche der Ästhetiker von Baumgarten bis Adorno untersucht. Die Studien zu Opitz, Vico, Gottsched, Baumgarten, Kant, Schiller, Moritz, Humboldt, Schelling, Hegel, Simmel, Lukács und Adorno erbringen den Befund, daß Ästhetik sich zunehmend kontrafaktisch zur Realität definiert. Nicht alle Portraits sind von gleicher Qualität, und manchmal überwiegt in der Darstellung ein teleologischer Zug. So sieht er schon im frühen Lukács den späten angelegt und man hat das Gefühl, die Darstellung ziele nur darauf ab, diesen als Dogmatiker vorführen zu können.

Daß Adorno das letzte Kapitel gewidmet ist, läßt darauf schließen, daß ihm das vorläufig letzte Wort gebührt. Die Übereinstimmung bezieht sich allerdings nur auf dessen pessimistische Zeitdiagnose, daß mit der in der Ästhetik aufbewahrten, nicht auf den Begriff reduzierbaren Erfahrung noch am ehesten ein Residuum von Nicht-Identität überlebe. Scheible ist dort mit Adorno nicht einverstanden, wo dieser die negative Funktion der Kunst gegenüber einer prinzipiell schlechten Wirklichkeit festschreibt. Die Kunst habe die »Wahrheit über die Realität auszusprechen, ohne dabei die Möglichkeit zu ersticken, über diesen Zustand hinauszudenken« (504). Die anschließende Frage, ob dies möglich sei »ohne Hoffnung auf Transzendenz«, verweist wieder auf die Funktion, die Scheible der Ästhetik zuweist: Metaphysik-Ersatz. Damit trifft er zweifellos ein Stück innertheoretischer Wahrheit, verfehlt aber deren reale Bedeutung, wenn er die ästhetische Reflexion als Subjekt statt als Symptom begreift. Daß Handlungsfähigkeit, Subjekthaftigkeit, wie er es versteht, sich einzig in einer akademischen Disziplin entfalten könne, zeugt seinerseits von einer seltsam reduzierten akademischen Perspektive. Zeigt sich darin ein Erbe Hegels, die Reduktion der gesellschaftlichen und ästhetischen Realität auf ihren Hegelschen Begriff? Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz muß man das annehmen, wenn Scheible seine »Geschichtstheorie«, (sein geschichtliches Erklärungsschema) entfaltet, vor der Ästhetik sich historisch als Residuum einer nichtentfremdeten Wirklichkeit bewähren soll. Da tritt an Stelle des göttlichen Heilsplans der Markt, der durch die wirtschaftliche Konzentration allmählich seine Abstraktheit und subjektfeindlichen Qualitäten zeigen soll (vgl. 472). Das ist nun allerdings eine Karikatur geschichtlicher Entwicklung. Ideologie soll durch Ökonomie ersetzt werden und diese, wie Scheible in hier reichlich unangebrachter Polemik gegen marxistischen Ökonomismus meint, soll als Subjekt der Geschichte abgelöst werden durch ... das Subjekt (316). An dieser Tautologie, daß das Subjekt der Geschichte das Subjekt sein müsse, halte die Ästhetik fest. Daher geht es Scheible, wie er in der Einleitung betont, um eine Rettung der Tradition über den jeweiligen sozialwissenschaftlichen Befund hinaus: »Öffnung zu den Sozialwissenschaften« und Festhalten an sozialwissenschaftlich schwer faßbaren Begriffen wie Bildung, Erfahrung, Subjektivität.

Da sein sozialwissenschaftlicher Befund dürftig ist, ist anzunehmen, daß er vor allem auf letztere bauen muß. Dieses fatale Ergebnis entsteht, meine ich, weil er in der Nachfolge Lukács, den er so heftig kritisiert, und Adornos die Ökonomie (die Verdinglichung, den Verblendungszusammenhang) zur Begriffstotalität erhebt, der gegenüber nur der Sprung in den in der Ästhetik aufbewahrten metaphysischen Sinn einen Ausweg bietet. Insofern ist Scheible (in der Polemik gegen Metscher) gegen seine eigene Tendenz recht zu geben, daß in der Ökonomie nicht der Weltgeist sich verwirklicht. Doch statt in den Begriffen müßte er in der Wirklichkeit selbst nach den Elementen suchen, die sich der vermeintlichen Totalität der Ökonomie, d. i. des Marktes, widerständig entgegenstellen. Diese Totalität war und ist zu jeder Zeit eine Chimäre. Aber ebenso ist es der Anspruch, Nicht-Identität nur in der Ästhetik aufzu-

spüren. Die Absage an eine reduktive Gesellschaftswissenschaft hat diese nicht zu ersetzen durch den Rückgriff auf die Traditionsmächte, sondern Traditionsbildungen wären selbst gesellschaftstheoretisch zu untersuchen als ebensovielen unterschiedlichen kulturellen Praxen, in denen Momente ideologischer Vergesellschaftung, aber ebenso entschiedener Widerstand dagegen vorhanden wären. Insofern ist die Frage immer noch offen, warum die ästhetische Disziplin im 18. Jahrhundert entsteht, ebenso die Frage, ob in ihr wirklich nur das emanzipatorische Potential einer aufsteigenden Klasse, wie es das simplizistische Geschichtsbild will, aufbewahrt sei.

Ruedi Graf (Allschwil/Schweiz)

**Schulz, Walter: Metaphysik des Schwebens.** Untersuchungen zur Geschichte der Ästhetik. Neske Verlag, Pfullingen 1985 (527 S., Ln., 72,- DM)

Schulz' Ausarbeitung seiner Tübinger Vorlesungen hat enzyklopädische Ausmaße. Unter historischen und systematischen Gesichtspunkten zeichnet Schulz die Geschichte der Ästhetik von der Antike bis in aktuelle Diskussionszusammenhänge nach. Einsatzpunkt seiner Analysen ist die Ästhetik des Deutschen Idealismus, die sich erstmals strikt — seit Schelling — als Philosophie der Kunst versteht. Von hier — vor allem dann nach Hegels Dissoziation von Kunst und Philosophie — und in Tradition von Schopenhauer-Nietzsches Idealismuskritik akzentuiert er seine Thesen. Zwar sei der totalphilosophische Zugriff der Ästhetik auf die Kunst im Sinne des klassischen Idealismus anachronistisch geworden, weil die Kunst entsprechend einer veränderten Welt und Gesellschaft ineins mit dem Menschen heimatlos geworden sei und somit auch durch kein transzendentalphilosophisches Obdach geschützt werden könne. Andererseits aber biete gerade eine in der Moderne immer reflektierter werdende Kunst Orientierungsmöglichkeiten und Perspektiven an, die von einer Philosophie der Kunst allererst in ihrer metaphysischen Tragweite erfaßt würde. Schulz' metaphysische Deutungen ähneln — unausgesprochenermaßen — Adornos Ästhetik darin, daß die Kunst zur Chiffre für den Stand der Zeit aufgerufen und von der Philosophie zum Sprechen gebracht wird. Auf diese Weise wirkt die geschichtsphilosophische Ästhetik Hegelscher Provenienz in der Fortschreibung durch Lukács, dessen ästhetischen Frühschriften Schulz merkwürdigerweise keinen Raum in seinem historischen Rückblick widmet, weiter fort. Schulz' Analysen gravitieren um den Begriff des Schwebens, mit dem er in Anschluß an Fichte und die (früh)romantische Bewegung die Problematik des modernen Menschen, »die *haltlose* Subjektivität« (317), auf den Begriff bringt. Die Kunst erscheint dabei als der Ort, an dem sich die »Metaphysik der Schweben« (14) vollzieht. Denn sie stellt »eine *universale* Möglichkeit« (390) dar, um die problematische Beziehung von Subjekt und Objekt, Ich und Welt zu gestalten.

So interessant sich auch insgesamt Schulz' Ausführungen (vor allem im 5. Teil seiner Arbeit) über die Spielarten des modernen Romans ausnehmen, über die Undeutlichkeit und Mangelhaftigkeit des (grund)begrifflichen Instrumentariums können auch die Stärken des Buches — und dazu zählen die luziden Einzelanalysen (etwa von Musil, Joyce oder Beckett) — nicht hinwegtäuschen. Es empfiehlt sich daher ein Umgang mit Schulz' Arbeit, der darin weniger einen originären Beitrag zu einer Ästhetik der Moderne sieht als vielmehr eine enzyklopädische Darstellung der bisherigen Ästhetikgeschichte.

Werner Jung (z. Zt. Charlottesville)

**Wyss, Beat: Trauer der Vollendung.** Von der Ästhetik des Deutschen Idealismus zur Kulturkritik an der Moderne. Matthes und Seitz Verlag, München 1985 (336 S., br., 19,80 DM)

Der Untertitel des Bandes zeigt den Entwicklungsgang der Ästhetikgeschichte an, die hier rekonstruiert wird. Bescheiden die Geste, mit der Wyss sich an die Arbeit macht: es gehe »bloß« um die »Revision philosophischer Buchführung in Sachen Kunst« (13). Am Ende dann das Ergebnis: Kunst entziehe sich »der Verfügbarkeit durch den Begriff« (329). Dazwischen liegt der ambitionierte Versuch, die Inkonsistenzen und Inkompetenzen der neueren Ästhetik von Hegel bis Lukács herauszustellen — jener Ästhetik, die unter geschichtsphilosophischen Prämissen Ästhetik als Philosophie der Kunst inszeniert.

In zwei Kapiteln, von denen sich das ausführlichere erste mit Hegels Ästhetik beschäftigt, das zweite mit (selten so zusammengeführten) Theoretikern wie Max Nordau, Oswald Spengler, Hans Sedlmayr und Georg Lukács, diskutiert Wyss Grundmuster geschichtsphilosophischer Ästhetiken, die ihm allesamt auf eine Plausibilisierung (vermeintlicher) historischer Wahrheit durch Kunst hinauslaufen (vgl. u. a. 143). Bestechend am Hegel-Kapitel ist Wyss' Verfahren, den Text mit Beispielen (vor allem) aus der bildenden Kunst zu konfrontieren, um dadurch die tiefe Kluft zwischen künstlerischer Praxis und ästhetischer Theorie deutlich werden zu lassen. Wyss benutzt hierzu gerade die seltener behandelten Teile aus der Hegelschen Ästhetik und erweist sich in der souveränen Ausbreitung kunsthistorischen Materials als profunder Kunsthistoriker mit Blick für Details und deshalb auch für die Schwächen ästhetischer Theoriebildung, bei deren synoptischer Zusammenschau inkommensurable Traditionen entweder ganz abhanden kommen oder harmonistisch zu rechtgestutzt werden.

Für etwas willkürlich halte ich die Zusammenstellung der Autoren im zweiten Teil. Ertragreicher für Wyss' Argumentation wäre es sicher gewesen, die Fortschreibung der Hegelschen Theorie bei den unmittelbaren Nachfolgern (Rosenkranz, Ruge, Vischer) oder noch bei Nietzsche zu rekonstruieren. Wenn Wyss etwa davon spricht, daß »Hegels Pathos der Wahrheit« schließlich »zur Rechthaberei« verkümmert (vgl. 297) und daß die Kulturkritiker der Moderne Angst vor dem Chaos haben, das nichts anderes meint als das Unbeherrschte (vgl. 299), dann hätte man dies sehr gut an den Reaktionen von Hegels unmittelbaren Nachkommen auf das Phänomen der Häßlichkeit darstellen können. Nicht erst die von Wyss beispielhaft diskutierten »Kulturkritiker« sind versessen auf Harmonie und zugleich darauf, »den Zufall abzuschaffen« (vgl. 300). Weit eindringlicher kann man gerade an Autoren der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachweisen, was Wyss der geschichtsphilosophischen Ästhetik überhaupt vorwirft, daß diese »zwar die Kunst (...) zum Gegenstand wissenschaftlichen Interesses (aufwerte), zugleich aber (...) die Degradierung zum Erfüllungsgelhilfen historischer Ordnungsphantasien (erfolge)« (310).

Wyss' eigene Ansichten zur Ästhetik, die er gegen die mit der Macht verfilzten geschichtsphilosophischen Versuche aufbietet, finden sich in einem letzten kurzen Kapitel, worin Wyss unausgesprochen Blochsche Impulse und Motive aus der Kritischen Theorie mit Versatzstücken aus Schopenhauer zur eigenen Theorie modelliert. »Kunst ist wesentlich unberechenbar. (...) Der echten Traumarbeit (...) ist die authentische Kunst zu vergleichen. Ihre Quelle ist das gesellschaftliche Unbewußte; durch sie blickt der Alltag in die Möglichkeiten, die seine Rationalität verschüttet hat.« (312) Im Epilog kann man schließlich noch lesen: »Die Kunst verpflichtet, Identität zu stiften — allerdings nicht jene Identität, die hinter der herrschenden Aneignung der Natur eintreten soll, sondern eine Identität, die in der Erfahrung

seiner Einzigkeit inmitten des Vielfältigen aufgeht. Ästhetische Betrachtung gibt den Dingen ihre unantastbare Würde wieder und läßt hinhorchen, wo auch die eigene Stille rauscht. So führt das Deuten zum Schweigen zurück.« (329) Damit aber, so scheint es mir, drifft Wyss zuletzt wieder in die Gefilde einer Metaphysik der Kunst ab, von der fraglich ist, ob sie über jenen von Schopenhauer seinerzeit einzig noch der Ästhetik überlassenen Grundbegriff, die stumme Kontemplation, überhaupt hinauskommt.

Werner Jung (Duisburg)

**Schanze, Helmut (Hrsg.): Friedrich Schlegel und die Kunsttheorie seiner Zeit.** Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt 1985 (468 S., Ln., 89,- DM, f. Mitgl. 59,- DM)

Den Gepflogenheiten der Reihe »Wege der Forschung« entsprechend präsentiert auch dieser Band weniger einen Forschungsstand als eine Forschungsgeschichte. Dem liegt ein hermeneutisches Konzept zugrunde: Ihrer wichtigsten Stationen und Verzweigungen eingedenk wird die Entwicklung einer Rezeption dargeboten, die sich im Überblick zugleich als Gegenstandskonstitution erweist. Hinweis auf die *Kunsttheorie* sollte indes nicht als Auswahlbeschränkung aufgefaßt werden. Es handelt sich vielmehr um eine Konzession an die bevorzugten Sujets der bisherigen Schlegel-Philosophie, die sich bislang überhaupt weniger dem Philosophen, dem Staats- und Geschichtstheoretiker zuwandte als dem Ästhetiker und Kritiker — jenem frühen Schlegel also, der noch vor der Schwelle zum 19. Jahrhundert in der Doppelrolle des Akteurs und Beobachters auf den Begriff brachte, was rückblickend gern als »Beginn der Moderne« apostrophiert wird.

Herausgeber Schanze dokumentiert die Stationen der Schlegel-Forschung in vertretbarer Auswahl — wenngleich sich natürlich eben darüber trefflich streiten ließe. Der interessierte Leser wird nicht nur die Arbeit von Jauß vermissen, sondern auch die Beiträge von Benjamin und Strohschneider-Kohrs, um hier nur diese zu nennen. Immerhin werden andere, schwer greifbare Aufsätze geboten, so je ein Forschungsbeitrag von Körner und Santoli, die sich noch mit den Verdikten auseinanderzusetzen haben, die die Kritik des 19. Jahrhunderts hinterlassen hatte. Die Arbeiten von Eichner über Schlegels Theorie der romantischen Poesie und von Immerwahr über Schlegels Ironiebegriff liegen nun auch auf deutsch vor, und Immerwahr ist es auch, der als einziger Gelegenheit genommen hat, seine Ausführungen von 1951 am 1982 erreichten Diskussionsstand zu messen, um sie im übrigen, mit geringfügigen Modifikationen, zu bekräftigen.

Auch die mit diesem Band gebotene Zusammenschau bestätigt Schlegel als eine der widersprüchlichsten Erscheinungen der deutschen Literatur- und Geistesgeschichte. Dem vielbeschworenen Kritiker und anarchisch aufbegehrenden Repräsentanten der fröhlichen Wissenschaft steht unvermittelt das Bild des katholischen, sich der Restauration andienenden Propagandisten gegenüber. Die Erkundung der Beweggründe und Folgen der von tiefgreifenden theoretischen Umbrüchen begleiteten Konversion von 1808 und ihre Bedeutung für den vielstimmigen Diskurs der Romantik bleiben ebenso Forschungsdesiderat wie der vergleichende Blick auf die zeitgenössische philosophische und politische Entwicklung. Erst eine sorgfältige Rekonstruktion der Jahre bis zu Schlegels Tod im Jahr 1829 dürfte ein abgewogenes Urteil darüber gestatten, ob es angemessen ist, Schlegel — der 1814 seine »Geschichte der alten und neuen Literatur« dem Fürsten Metternich widmen sollte und dann den Versuch machte, Hegels der Revolution verpflichtete Geschichtsphilosophie einer gründlichen Kritik zu unterziehen — rundheraus als *Exponent* der Moderne zu begreifen, wie Schanze vorschlägt, oder vielmehr als deren noch gar nicht recht entdeckten *Kritiker*.

Ralf Konersmann (Hagen)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Tomaschewskij, Boris: Theorie der Literatur.** Poetik. Hrsg. und eingeleitet von Klaus-Dieter Seemann. Aus dem Russischen von Ulrich Werner. Verlag Otto Harrasowitz, Wiesbaden 1985 (318 S., br., 48,- DM)

Was immer in der Sowjetunion geschrieben worden ist und wird — der bundesdeutsche Leser kennt im wesentlichen die Exilliteratur. Dieses Defizit betrifft nicht allein die Belletristik; auch die Schriften der sowjetischen Kunst-, Musik- oder Literaturwissenschaft sind nur in geringem Umfang ins Deutsche übertragen worden. Welche wichtigen Entdeckungen indes dort zu machen sind, beweist dies Buch, dessen lakonischer Titel kaum etwas von seiner wirklichen Bedeutung erkennen läßt.

Daß diese »klassische Literaturtheorie« des russischen Formalismus, die bislang nur auszugsweise in englischer und französischer Sprache erschienen war, nunmehr in einer deutschen Übersetzung vorliegt, ist in mehrfacher Hinsicht ein Ereignis. Nicht nur ist damit ein Standardwerk der europäischen Literaturkritik dem deutschen Leser zugänglich gemacht worden, sondern zugleich ein Buch, das auf exemplarische Weise ein Kapitel sowjetischer Wissenschafts- und Kulturpolitik widerspiegelt.

Als »Einführung« in die Methodik des Formalismus konzipiert, welcher aus dem Umfeld der vorrevolutionären »Gesellschaft zur Erforschung der poetischen Sprache« und des Moskauer »Linguistischen Zirkels« hervorgegangen war, fand die »Theorie der Literatur« in ihrem Erscheinungsjahr 1925 begeisterte Aufnahme. Erstaunlicherweise wurde die durchgehend positive Einschätzung auch von Kritikern wie P. Medvedev geteilt, die wenige Jahre später im Zuge einer allgemeinen Kampagne der offiziösen marxistischen Kulturkritik mit dem Formalismus auch Tomaschewskijs Arbeit verdizieren sollten. Bis 1931 war die »Poetik« sechsmal aufgelegt worden; danach verschwand sie für etwa fünfundvierzig Jahre aus dem wissenschaftlichen Diskurs. Die »formalistische Schule« mit ihrer Konzentration auf »stilistische« Aspekte im weitesten Sinn und ihrer prinzipiellen Ablehnung biographischer, psychologischer, soziologischer oder philosophischer Erklärungsmodelle wurde von der »materialistischen« Literaturwissenschaft als »eine letzte Zuflucht der noch nicht umgeformten Intelligenz, die verstohlen zur europäischen Bourgeoisie hinüberschielte«, denunziert.

Ein neues Interesse an der »künstlerischen Form«, das sich nach dem 20. Kongreß der KPdSU vermehrt artikulierte und unter anderem zur Bildung der Semiotik-Schulen in Tartu und Moskau führte, ließ aber auch den »Formalisten« Tomaschewskij wiederentdecken, der während der Stalin-Ära vornehmlich als Puschkin-Forscher und -Herausgeber hervorgetreten war. Die »Theorie der Literatur« wurde erneut gelesen und zitiert, und wenn auch bis heute keine weitere Neuauflage erfolgte, so ist sie doch aus der gegenwärtigen sowjetischen Literaturwissenschaft nicht mehr wegzudenken. Ungleich größer noch ist der Einfluß, den Tomaschewskij auf neuere Schulen wie den New Criticism, den Prager und noch den französischen Strukturalismus gewonnen hat. Daß letzterer wie seine »poststrukturalistischen« Nachfolger vielerorts mit genau denselben Vorwürfen bedacht worden ist wie seinerseits der russische Formalismus von sowjetischen Ideologen, nämlich der »Esoterik« und des »Eskapismus«, mag vielleicht Anlaß zum Nachdenken sein.

Tomaschewskijs »Theorie der Literatur« — die »einzige umfassende Darstellung der formalistischen Methodologie« (Lotman) — reicht weit über den Forschungsstand ihrer Zeit hinaus. Die innovative Kraft von Form und Stil, der spezifische Begriff der »Verfremdung« und die Subversion durch »Neues Sehen« erscheinen in der

Darstellung Tomaschewskijs als die interessantesten und im Hinblick auf den gegenwärtigen Forschungsstand vielleicht bedenkenswertesten Aspekte der Formalen Schule. Als wegweisend hat sich die konsequente Einbeziehung linguistischer Analysen in die Literaturwissenschaft erwiesen; das letzte Kapitel — die »Thematik«, welche die Untersuchungen zur »Stilistik« und »Metrik« abschließt — nimmt zahlreiche Diskussionspunkte der heutigen Erzähltheorie vorweg und könnte diese durchaus noch befruchten. Mit seinem klaren Aufbau, der präzisen Diktion und einer ungeachtet der komplexen Problemstellung angenehm lesbaren Sprache, welche nicht zuletzt der Übersetzung von Ulrich Werner zu danken ist, sind diesem Buch über das fachspezifische Publikum hinaus viele Leser zu wünschen.

Heinz-Georg Held (Venedig)

**Schutte, Jürgen: Einführung in die Literaturinterpretation.** J.B. Metzler Verlag, Stuttgart 1985 (VIII, 228 S., br., 19,80 DM)

Der Deutsche Germanistentag 1966 mit seinem Thema »Nationalismus in Germanistik und Dichtung« läutete in der Bundesrepublik die — zunächst nur von einigen wenigen betriebene — kritische Besinnung auf sowohl die historisch-politische Dimension (vgl. die Aufsatzsammlung *Germanistik — eine deutsche Wissenschaft*, 1967) als auch die theoretischen bzw. methodischen Aspekte dieser Disziplin ein (vgl. Marie Luise Gansberg/Paul Gerhard Völker, *Methodenkritik der Germanistik*, 1970). Die *Ansichten einer künftigen Germanistik* (1969) wie die *Bestandsaufnahme Deutschunterricht* (1970) ergänzten die — allerdings schon Mitte der 60er Jahre in den Zeitschriften *alternative* und *Das Argument* ansatzweise begonnene — Diskussion. In der Folgezeit (bis in die Mitte der 70er Jahre) wurden insbesondere *Methodenfragen* intensiv erarbeitet und diskutiert: Unzählige Aufsatzsammlungen, Reader und Einzelveröffentlichungen erschienen, aber zu einem greifbaren Ergebnis im Sinne einer Hierarchisierung oder Vertiefung bestimmter Fragestellungen führte diese Diskussion im Bewußtsein derjenigen, die in dieser Disziplin ausgebildet wurden, nicht, eher zu einem pluralistischen Nebeneinander verschiedener Ansätze. Gleichwohl scheint diese Situation theoretisch-methodischer Ungewißheit nur für die an ihrem Zustandekommen Beteiligten verkraftbar; bei Studenten und Lehrern ist ein deutlicher Wunsch nach Synthesen — oft gepaart mit Theoriemüdigkeit, ja -feindlichkeit — erkennbar; Literaturgeschichten, Handbücher, Einführungen sind begehrt. — Jürgen Schutte hat eine solche Einführung geschrieben. Ausgangspunkt für sein literaturwissenschaftliches Verständnis ist die »Frage nach dem praktischen Nutzen der Literatur und der Literaturinterpretation für diejenigen, welche sie lesend und schreibend — über Gelesenes und Geschriebenes redend — betreiben. Eigentlicher Gegenstand der Literaturwissenschaft ist ... nicht eine Menge von Texten, sondern Literatur als 'gesellschaftliches Verhältnis' und als eine spezifische kommunikative Tätigkeit der Menschen, die sich als ein komplexes Ensemble von Beziehungen in der Funktionsstellenreihe *Wirklichkeit — Autor — Text — Vermittler — Leser — Wirklichkeit* modellhaft fassen läßt« (3).

Schutte beschreibt dieses Modell ausführlich in vier Kapiteln: Im I. Kapitel (»Literaturaneignung als kommunikative Praxis«) klärt er wichtige Begriffe, erläutert er Aspekte der methodischen Praxis der Interpretation (Textauswahl, -kritik; Lesarten), beschreibt, illustriert und vermittelt er Grundprobleme der Hermeneutik. Das 2. Kapitel ist der »produktionsästhetischen Analyse« gewidmet: Die Relationen *Wirklichkeit — Autor — Text* werden sorgfältig in ihren Einzelheiten, geschieden nach ihrem Ort in den Entstehungsbedingungen bzw. ihrer Funktion im Entstehungsprozeß des Textes, beschrieben, einander zugeordnet und am Beispiel von Celans »To-

desfuge« illustriert. Kapitel 3 trägt die Überschrift »Kategorien und Verfahren der Strukturanalyse«. Hier präsentiert Schutte zunächst »Kategorien der Inhaltsanalyse« (Handlung, Figur, Raum) und dann der sogenannten Strukturanalyse, die aber — zumindest im Unterabschnitt »Erzählsituation« (128ff.) — weitgehend mit den traditionellen der werkimmanenten Interpretation identisch sind. Das 4. Kapitel führt die eingangs beschriebene »Funktionsstellenreihe« mit der »rezeptionsästhetischen Analyse« zu ihrem Ende. Entsprechend der Anordnung im 2. Kapitel werden hier die Beziehungen *Text — Leser — Wirklichkeit* sorgfältig hinsichtlich ihres Ortes in den Rezeptionsbedingungen bzw. ihrer Funktion im Rezeptionsprozeß beschrieben und analysiert.

Alle vier Kapitel hat der Autor mit hilfreichen übersichtlichen Schemata und einer Vielzahl brauchbarer praktischer Arbeitsfragen versehen. Der Band enthält außerdem einen Anhang mit Hinweisen zur Technik des wissenschaftlichen Arbeitens (198-211), ein Literaturverzeichnis (212-224), ein Sachregister und — leider — viele Druckfehler.

Schuttes Versuch, die theoretische und methodische Literatur von 15 Jahren zu sichten und — soweit möglich — in einer Einführung zu integrieren, verdient Respekt. Allerdings kann ihm der Vorwurf, durch diese Integration die Differenzen der verschiedenen Ansätze zu »schleifen«, nicht erspart werden. Worauf läuft seine Einführung am Ende hinaus? Den Kern bildet ein kritisches Verständnis der hermeneutischen Problematik (wie wir es den Diskussionen zwischen Habermas, Gadamer u. a. verdanken), das ergänzt wird durch eine Reihe von rezeptionstheoretischen Überlegungen (wobei die Unterschiede der Konstanzer Schule und der DDR-Germanistik offensichtlich keine Rolle spielen), einige Anleihen bei deutschen Rezipienten des französischen Strukturalismus und gelegentlich auch marxistische Argumente. Scheinen Schutte diese »Elemente« integrierbar, so haben Psychoanalyse, Poststrukturalismus und feministische Literaturwissenschaft keinen »Ort«. Es wäre bedauerlich, wenn Schuttes Intention, für Student/inn/en eine handhabbare Einführung, ein Buch zum »Einstieg« in ein schwieriges Thema zu schreiben, von diesen als Entschuldigung für die Nichtbefassung mit beunruhigenden, verunsichernden Theorien mißverstanden würde. Diesem Mitverständnis hätte er allerdings durch eine weniger glättende Argumentation, ein stärkeres Betonen der Widersprüchlichkeiten im literaturwissenschaftlichen Arbeiten entgegenwirken können.

Jürgen Kramer (Bielefeld)

**Träger, Claus: Geschichte und Romantik.** Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1984 (100 S., br., 5,- DM)

Erkenntnisfortschritt in der Literaturwissenschaft vollzieht sich gewöhnlich durch die Erschließung neuer Primär- und Sekundärquellen oder aber durch einen Neuansatz in deren Bewertung im Lichte neuer Theorien, Methoden, Anforderungen, Bedürfnisse. Für die Literaturwissenschaft der DDR, aber nicht nur für diese, dürfte Claus Trägers kritisch-dialektische Aneignung des ambivalenten oder, mit einem seiner Lieblingsbegriffe zu reden, »ambitendenten« literarischen Erbes der Romantik, in Sonderheit der unterschätzten oder vernachlässigten frühen, dementsprechend große Bedeutung haben, setzt er sich doch in krassen Gegensatz sowohl zu ihrer radikalen Verwerfung wie zu ihrer rückhaltlosen Vereinnahmung. Wie weit sich Träger von früheren Positionen entfernt hat, läßt sich daran ermessen, daß Georg Lukács, früher Inhaber eines nahezu unangefochtenen literaturtheoretischen Monopols in der DDR, die Romantik in antifaschistischem Gestus pauschal als »kohärentes Reaktionswerk« (15) abtat und noch Paul Reimanns *Hauptströmungen der*

*deutschen Literatur 1750-1848* von 1956 den romantischen Kosmopolitismus wie Nationalismus als »direkte ideologische Stütze des feudalen Absolutismus in Deutschland« einstuft. Umgekehrt widmet die noch immer maßgebliche *Deutsche Literaturgeschichte in einem Band* der gesamten Frühromantik gerade 3 von 768 Seiten.

Freilich will Träger selbst seine neue Wertschätzung der Romantik, dieser in sich so differenzierten literarischen Bewegung, Schule, Epoche und Schaffensmethode, ohne deswegen in Legitimationsdenken zu verfallen, nicht als Resultat der logischen Entwicklung einer autonomen Wissenschaft, sondern vor dem Hintergrund der gesellschafts- und kulturpolitischen Erfordernisse der DDR verstanden wissen. Ging es in den Anfängen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung vor allem um Selbstverständigung und Bewußtseinsbildung angesichts einer »bourgeoisien Romantikverwertung« (16), so gestattet der weitere Verlauf der DDR-Geschichte einen souveräneren Umgang mit komplexen historischen Phänomenen, wie Träger ihn durch Werner Krauss angebahnt findet. Von daher gewinnt man den Eindruck, daß in Trägers schmaler Broschüre, wenngleich ihr ideologischer Hauptgegner der Historismus und seine Adepten sind, eine leise polemische Note auch gegen die »Misere des Romantik-Bilds in der Literaturwissenschaft der DDR« (15), gegen die »Überschätzung des kritischen Realismus für eine Theorie des Schaffensprozesses« (11), gegen die »vulgärmarxistische Antinomik von Fortschritt und Reaktion« (17) mitschwingt.

Allein der Vergleich zwischen den verschiedenen nationalen Romantiken läßt einerseits, Anatoli Lunatscharki folgend, Rückschlüsse auf »universalhistorische Gesetzmäßigkeiten der Kunst« (21) zu und verbietet andererseits die bis dato übliche »rohe, platte Entgegensetzung von Klassik und Romantik« (21), waren es doch in Nachbarländern eben die Romantiker, die die »Klassiker« und die Nationalrevolutionäre stellten. Vor dieser Folie werden alle Kategorien, die der DDR-Literaturtheorie lieb und teuer sind, wie »Erbe«, »Realismus«, »Humanismus«, ja der Literaturbegriff selbst, dialektisch verflüssigt. Ohne seine Dankesschuld an Blochs »antizipierendes Bewußtsein« einzugestehen, relativiert Träger die herrschende Abbildungstheorie mit dem Hinweis auf die Gesellschaftsformationen übergreifende »vorgreifliche Orientierung« (20) der Literatur, als deren »paradigmatische Vergegenständlichung« (25) sich das Romantische erweise.

Die Romantik, deren Religiosität, Subjektivität und Mittelalterfixierung Reimann mit Franz Mehring als »literarischen Ausdruck des feudalen Rückstoßes« bezeichnet hatte, gilt Träger somit »als bürgerlich, aber zugleich als antibourgeois« (8). Die dialektische Figur, die eine solche widersprüchliche Einschätzung nahelegt, ist die »Beziehung der Romantik zur Französischen Revolution in der Doppelbewegung des Abfalls von ihr und des Abfalls der Revolution von sich selbst« (19). Die Romantik ist die »Reaktion auf die akute Konstituierung der Bourgeoisgesellschaft« (45) vom Standpunkt der überschwinglichen Ideale aus, die sie ideologisch vorbereiteten. Mit zahllosen Zitaten weist Träger nach, daß der »Einsatz der Romantik in der Aufklärung« (19), ihrem durchaus zwispältigen Vernunftdenken und ihren »heroischen Illusionen« (11) wurzelt und sie »die tragenden Gedanken des Aufklärungs- und Revolutionszeitalters so lange weiterreflektierte, solange die Wirklichkeit sie nicht selber widerlegte, die Realität nicht von den ihr *scheinbar* zugrundeliegenden Ideen abfiel« (29). Für die jüngere Romantik verschwindet das Individuelle wie das Universelle im Nationalen; Träger zufolge stellt aber erst die Restaurationsideologie eines Adam Müller oder Friedrich von Gentz, denen sich der politische Kampfbegriff des Volkes (Patriotismus = Opposition) zu dem des historisch-psychologisch begriffenen Volksgeists verflüchtigte und die »Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustande unter-



halten« (Gentz) wollten, den »prinzipiellen Versuch einer Zurücknahme der Aufklärung« (76) dar. Vollends die Historische Schule — etwa mit der Rechtslehre Friedrich Karl von Savignys, der Negation der vorrevolutionären Naturrechts- und Sozialvertragstheorien und der Reduktion der Geschichte auf Geistesgeschichte — bildet eine »historisch-romantische« Traditionslinie heraus, die in bewußtem Gegensatz zur aufklärerisch-kritischen steht.

Wenn Träger anlässlich der Vorstellungen Friedrich von Hardenbergs von einer poetischen Volksmonarchie vom »nahenden Ende progressiver Utopienbildung überhaupt« (39) spricht, so drängen sich unter anderen historischen Vorzeichen Parallelen zwischen der Situation der deutschen Romantiker und der unsrigen auf. Auch hier hat eine Generation »die ganze Skala zwischen Enthusiasmus und Niedergeschlagenheit« (59) durchlebt, auch hier hat sich nach dem Scheitern der Studentenrevolte eine Literatur der Neuen Subjektivität auf das Innenleben der reprivatisierten Subjekte geworfen und in einem die Deformationen des Individuums bloßgestellt und seine Möglichkeiten jenseits gesellschaftlicher Veränderungen hypertrophiert (Träger nennt es die »Verinnerlichung der Robinsonade«, 54), auch hier gelang es nicht, die »Einheit von nationaler und sozialer Fragestellung« (46) zu bewahren. Auch hier ist schließlich »die Wende« eingetreten, und innerhalb weniger Jahre verschrieb man sich der »Post-Aufklärung«. Wem Trägers streitbarer Beitrag »zur Kritik der bürgerlichen Ideologie« (so der Titel der Reihe) mit seinen Akzenten auf Intention, Position und Rezeption der Romantik zu sehr als Diskurs eines marxistischen Meisterdenkers erscheint, der möge einfach prüfen, was er ihm über die politische und ästhetische Philosophie der Romantik an Neuem entnehmen kann. Mit ihrer Aufgliederung in vier Kapitel zu den Problemen einer »Strategie der Erbeanignung« (9), zum Geschichtssinn und zur geschichtlichen Stellung der Romantik sowie zu ihrer Aufnahme durch die »apologetische Geschichtsideologie« stellt die Schrift einen anregenden und wertvollen Beitrag zur Romantik-Diskussion dar.

Hans-Christian Oeser (Dublin)

**Klotz, Volker: Das europäische Kunstmärchen.** Fünfundzwanzig Kapitel seiner Geschichte von der Renaissance bis zur Moderne. J.B. Metzler Verlag, Stuttgart 1985 (XII, 412 S., Ln., 48,- DM)

Weit gespannt hat Volker Klotz den Bogen seiner Geschichte des europäischen Kunstmärchens: Er durchmißt nicht nur vier Jahrhunderte, sondern stellt dabei auch eine repräsentative Auswahl von Kunstmärchen aus fünf Nationalliteraturen vor. Anschaulich zeichnet Klotz den Weg der Gattung von ihren Ursprüngen in Italien über Frankreich nach Deutschland nach, wo sie durch Wieland eingebürgert für nahezu ein Jahrhundert eines ihrer Zentren haben sollte. Von dort verlagert sie sich — sieht man von dem weltliterarisch bedeutsamen Beitrag des Dänen Andersen einmal ab — nach England, um mit Autoren wie Dickens, Thackeray, Carroll oder Wilde eine vorläufig letzte Blüte zu erleben.

Zum Erfolg von Klotz' Unternehmung trägt wesentlich die glückliche Wahl des Gliederungsprinzips bei: nämlich die Stofffülle durch eine exemplarische Ordnung nach Autoren und ihren je charakteristischen Beiträgen zum Kunstmärchen zu bündigen. Nach einem instruktiven Einleitungskapitel, in dem Klotz über die Entstehungsbedingungen und die inhaltlichen wie gattungspoetischen Besonderheiten des Kunstmärchens in beständiger und engster Tuchfühlung mit seiner Ursprungsform, dem Volksmärchen, informiert, beginnt der Reigen der insgesamt 23 Autorenkapitel. Bereits die drei »italienischen« Kapitel zu Straparola, Basile und dem hierzulande offensichtlich sehr zu Unrecht vernachlässigten Sarnelli mit seinem Märchen-

Zyklus der »Posilecheata« (1684) zeigen, wie sich dem Entwicklungsgang der neuen Gattung anhand bestimmter Texte und Autoren trefflich nachspüren läßt, ohne in letztlich zusammenhanglose Einzelporträtmalerei zu geraten. So legt Klotz überzeugend dar, wie Basiles berühmtes »Pentamerone« (1634/37) es meisterhaft versteht, nicht zuletzt unter direktem Rückgriff auf Boccaccio aus der aussterbenden mündlich-umgangssprachlichen Erzählpraxis der Unterschichten durch bewußte Literarisierung eine erfolgreiche neue Erzählform zu entwickeln, in der auf reizvollste Weise plebejischer Alltags- und Gassensprachgebrauch mit hohem literarischem (barockem) Stil verbunden ist. Ebenso gelingt es Klotz, in dem umfänglicheren Kapitel über »Charles Perrault und das Conte des Fées« die mannigfachen Aspekte des französischen Beitrags zum europäischen Kunstmärchen übersichtlich darzulegen.

Seine eigentliche Bewährungsprobe jedoch hat das Klotzsche Unternehmen bei der Behandlung der deutschsprachigen Kunstmärchenproduktion zu bestehen. Auf ihre repräsentative Darstellung wird nahezu die Hälfte des ganzen Buches verwendet. Es ist hier leider nicht der Ort, Klotz' Ausführungen und seine immer wieder überraschenden, plastisch und pointiert vorgetragenen Einsichten in das poetische Gefüge sowie den sozialhistorischen Bedingungs-zusammenhang der Märchentexte im einzelnen zu würdigen. Es ist ihm geglückt, das romantische Kunstmärchen etwa mit einem halben Dutzend knapp porträtierender, anregender Kapitel vor das geistige Auge des Lesers hinzustellen. Dabei kommt es Klotz sehr zugute, daß er sich darauf konzentriert, die Kombinationen und Wandlungen einer überschaubaren Anzahl von konstitutiven Merkmalen herauszuarbeiten, wie sie im Einleitungskapitel entwickelt wurden. Zu diesen Merkmalen gehört an hervorragender Stelle dasjenige des zyklischen und instrumentellen Erzählens; d.h. die Fiktion mündlicher Kommunikation in geselliger Runde, deren Zweck es ist, durch das Erzählen kleinerer Geschichten wunderbaren Inhalts (eben von »maerlein«) eine Bedrohung bzw. Störung abzuwenden oder über eine (existentielle) Notlage hinwegzuhelfen. Des weiteren gehört es zu den unverzichtbaren Strukturmerkmalen dieses ja ursprünglich im wörtlichen Sinne not-wendigen Erzählens, daß es von der glücklichen Wiederherstellung einer zeitweilig gestörten Ordnung handelt. Die Verfügung über solch einleuchtende Grund- und Suchformeln verleitet Klotz indes nicht zu schematischer Behandlung. Ganz im Gegenteil scheint es, als sei dadurch sein ohnehin wacher und für die poetisch-sprachspielerische Dimension der Texte sensibler Blick in der Regel noch geschärft worden; ebenso sein Gespür für latente Brüche, Erregungen und Spannungen in bestimmten Märchen, z.B. denen von Hauff, den Klotz vom Odium des reinen biedermeierlichen Verharmlosers und Besänftigers zu befreien vermag. Nur gelegentlich schlagen die Vorzüge dieses klar strukturierenden Verfahrens in eine Neigung zum vereindeutigenden Durchgriff auf die Texte und ihr Bedeutungsspiel um. So etwa, wenn aus Goethes »Märchen« eine eindeutige Botschaft herausdestilliert wird, wodurch der Text eher geschlossen als produktiv weiter auf andere Deutungsmöglichkeiten hin geöffnet wird. Insgesamt jedoch überwiegen bei weitem die geistvollen, vom Spiel- und Sprachwitz ihrer Gegenstände immer wieder sichtlich inspirierten, ja, mitgerissenen Interpretationen. Unter ihnen finden sich Kabinett-Stückchen wie etwa die Interpretation von Wielands »Biribinker«-Märchen, von Thackerays »Die Rose und der Ring« oder Wildes »Der Fischer und die Seele«, um nur einige herauszugreifen.

Für weniger geglückt, um nicht zu sagen dünn, halte ich Klotz' Einlassungen zu Brentanos »Gockel«-Märchen, in dem gerade auch sozialgeschichtlich-sozialpsychologisch noch wesentlich mehr steckt, als der Verfasser glauben machen möchte. Wie eine solche Interpretation aussehen könnte, hat er andererseits im ausgezeichneten

»Pinocchio«-Kapitel vorgeführt, dessen Lektüre man vor allem der Kinder- und Jugendliteraturforschung ans Herz legen möchte!

Das Schlußkapitel mit Kafka zu bestreiten, will mir — trotz der ungewöhnlichen Einsichten, zu denen Klotz auch hier noch zu gelangen vermag — nicht recht einleuchtend erscheinen. Insbesondere dem »Landarzt«-Text ist unter dieser Perspektive — auch nicht *ex negativo* — so recht beizukommen. Hans H. Hiebels jüngst veröffentlichte eingängige Strukturanalyse dieses Textes macht's drastisch deutlich. Eine Erzählung wie Hofmannsthals an entsprechenden Perspektiven überreiches »Märchen der 672. Nacht« wäre hier m.E. viel eher am Platz gewesen. Überhaupt fragt man sich, warum gerade dieser Autor so absolut sang- und klanglos übergangen wird. Der Name taucht nicht einmal im Register auf.

Indes tun solche Einwände der Bewunderung, die man der ungewöhnlichen Darstellungsleistung von Klotz zollen muß, keinen wirklichen Abbruch. Insbesondere bedeuten sie keinen Einspruch gegen die entschieden sozialgeschichtliche wie auch sozialpsychologische und ideologiekritische Perspektive des vorliegenden Werkes. Der Leser verdankt ihr schließlich eine Fülle anregender Erkenntnisse; vor allem in den rebellisch-widerständigen, ja letztlich utopischen (Wunsch)Kern dieser Kunstmärchen. Der wird gerade auch von solchen Texten wachgehalten, deren historisches und soziales Umfeld immer wunderfeindlicher und unmenschlicher geworden ist. Solches Beharren auf der zunehmenden »Unerbittlichkeit gesamtgesellschaftlichen Gruselns« (355), das erste Spuren bereits in den Märchen mancher Romantiker wie Tieck oder Hoffmann hinterlassen hat, macht Klotz' Darstellung auch erhaben über jeden Verdacht, er schwimme auf der »Dauermodewelle (...) von Märchensucht und Fantasy-Verzückung« (363) mit. Das Märchen hat — wie Klotz bereits eingangs mit programmatischer Schärfe hervorhebt — nicht nur eine andere Form »als das derzeit weit verbreitete Genre der 'Fantasy'«, der »literarisch geraunte(n), retortenhafte(n) Neo-Mythen (...) Es wirkt auch, von unverträumten Zeitgenossen gelesen, eher in die Gegenrichtung. Es kann dazu ermuntern, die Mißverständnisse der Alltagswelt deutlicher wahrzunehmen und sie nicht länger auf sich beruhen zu lassen.« (5) Solchen Zeitgenossen, unverträumten wie verträumten, kann man dieses Buch nur empfehlen. So gehört es nicht nur zu seinen großen Vorzügen, Lust darauf zu machen, die besprochenen Märchen (wieder) zu lesen (wie es dem Rezensenten widerfahren ist); es bereitet selbst ein exquisites Lesevergnügen! Und das ist nicht das Geringste, was man einer germanistisch-komparatistischen Fachpublikation nachrühmen kann.

Rüdiger Steinlein (West-Berlin)

**Schlesier, Renate (Hrsg.): Faszination des Mythos.** Studien zu antiken und modernen Interpretationen. Verlag Stroemfeld/Roter Stern, Basel und Frankfurt/M. 1985 (434 S., br., 68,- DM)

Es scheint nur zwei Haltungen gegenüber dem »Anderen des Logos« (Platon) zu geben, die der Satz vom Widerspruch erlaubt: »es auszugrenzen oder aber sich ihm zu verschreiben« (Schlesier, 7). Die beiden ersten Aufsätze des Sammelbandes (von insgesamt 16) gehen jeweils einer Seite dieser Alternative nach. Marcel Detiennes Beitrag über den Ursprung der mythologischen Forschung im 19. Jahrhundert sieht deren wesentlichen Anstoß in dem Bemühen, eine Reinigungsaktion in den Kellern des europäischen Geistes durchzuführen; denn die unmoralischen, überhaupt skandalösen Geschichten der Griechen paßten schlecht in das Bild eines kulturellen Erbes, das die Epoche des Bildungsbürgers antreten wollte. Beschäftigung mit dem Mythos, um das Vernunftwidrige an ihm auszumerzen und sich in eine unbefleckte Tradition stellen zu können.

Am Beispiel von Levi-Strauss setzt sich Renate Schlesier mit der anderen Position gegenüber dem Mythos auseinander, mit dem Rückzug in dessen vielfältige, bunte Immergleichheit als Befreiung von der Herrschaft des Entzweigung stiftenden Logos auf dem Wege der Auflösung des Subjekts. Ergänzt wird ihr Aufsatz durch Richard Fabers »Kritik des neuen Ästhetizismus«, der den politischen Gehalt der sich so ganz unschuldig, weil rein ästhetisch gebenden »poststrukturalistischen Remythisierung« (vgl. 301) anhand der politischen Mystizismen K.H. Bohrers ans Licht holt. Laurence Kahn und Hartmut Zinser erörtern die Anwendungsmöglichkeit psychoanalytischer Modelle auf die Mytheninterpretation, wobei Zinser auf das zentrale methodische Problem hinweist, daß es sich bei den Mythenvariationen »nicht um die Assoziationen eines Subjektes, sondern um Erzählungen ganzer Völker« (120) handelt. Um so fruchtbarer erweist sich die Psychoanalyse jedoch, wenn die Beschäftigung mit dem Mythos selber zum Untersuchungsgegenstand gehört.

Die Assoziationen des Mythenforschers nämlich sind denen des Träumers durchaus kompatibel (vgl. 121), und die ängstliche Abwehr, die den Umgang mit dem Mythos nicht nur im 19. Jahrhundert kennzeichnet, belegt hinreichend, daß die Konflikte, von denen die Mythen erzählen, fortwirken; daß die Spannung Logos — Mythos durch keine rationalisierenden Entmythologisierungsversuche wegzuerklären ist, sondern der Deutung bedarf. Schon der Titel »Faszination des Mythos« hält diese Spannung fest, den Widerspruch, der nicht szientifisch zu bereinigen, sondern auszuhalten ist, damit sich an ihm etwas erfahren lasse. Und dieser Anstrengung, sich nicht in die Alternative Ausgrenzen — Verfallen zwingen zu lassen, unterziehen sich auch die in dem Band versammelten Einzelstudien, u.a. über den Ödipus-Mythos (Knox), die Orestie-Interpretation (Bollack/Judet de la Combe), die Figur des Herakles (Loraux) und der Gorgo (Vernant).

Klaus Heinrichs Studie zur Wandlung des Medusa-Bildes schließlich liest sich als Illustration des im Vorwort Projektierten: Rettung des Mythos — in dem sich mit den alten Konflikten, die noch die unseren sind, auch die Versuche zu ihrer Lösung sedimentieren —, um »daraus zu lernen, die Geschichte der Gattung Mensch besser zu verstehen, vielleicht sie besser fortzusetzen als die an ihr scheiternden Heroen und Heroinnen« (336).  
Herbert Albrecht (Marburg)

**Woeller, Waltraud: Illustrierte Geschichte der Kriminalliteratur.** Insel Verlag, Frankfurt/M. 1985 (192 S., ca. 180 Abb., Ln., 40,- DM)

Woellers Geschichte der Kriminalliteratur (zuerst 1984 in Leipzig erschienen) hebt sich von bisherigen deutschsprachigen Darstellungen durch zweierlei ab: durch die Bilder und durch die Tatsache, daß die Autorin gut ein Drittel ihres Buches dem, wie sie es nennt, »Vorfeld« der »langen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte« (8) der Kriminalliteratur widmet.

Woeller setzt den Beginn der Gattung in der Antike an: »Mit dem Moment, da nicht mehr Götter und Dämonen als Verursacher des Bösen galten, da die Verantwortung des Menschen für Taten oder Untaten bei ihm selbst gesehen wurde, konnte nach seiner Schuld und seinem Vergehen gefragt und geforscht werden. Diese Umwertung hatte die griechische Philosophie gebracht.« (8) Zum zweiten kennzeichne die Kriminalliteratur, daß sie vorwiegend der Unterhaltung und Spannung diene. »Diese Spannung ergibt sich aus dem Enträtseln, dem Spiel des Verstandes, der Entdeckerfreude«, aber auch aus »emotionalen Elementen« wie der »Sehnsucht nach Gerechtigkeit« oder dem »Schauer und Schrecken« (7). In der »Orestie« oder dem »König Ödipus« sei das »Crimen-Sujet« zumindest ein »Spannungsfaktor«, und einige der ausdrücklich zur Unterhaltung erzählten Geschichten aus Apuleius' Samm-

lung »Der goldene Esel« (2. Jh. v.u.Z.) stellen für Woeller »tatsächlich eine frühe Form der Kriminalliteratur« dar (11).

Woeller betrachtet das Genre hauptsächlich unter motivgeschichtlichen Gesichtspunkten. Von den vielen Romanen und Erzählungen, die sie anführt, gibt sie zunächst kurze Inhaltsangaben, von einigen älteren Geschichten auch Nacherzählungen, um sich dann der Frage zuzuwenden, welchen Stellenwert das »Kriminal«- bzw. »Crimenmotiv« (14, 58) hat, inwiefern Gespenster oder sonstige übersinnliche Kräfte in Erscheinung treten, ob das Aufdecken von Verbrechen und das vernünftige Abwägen von Indizien oder eher Geheimnis- und Schauerelemente überwiegen bzw. ob diese »rationalen« und »emotionalen Elemente« in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander stehen. Der von Richard Alewyn in seinen Aufsätzen zum Detektivroman gemachte Einschnitt, daß um 1800 eine neue *Erzählform* entstehe, bei der der Erzähler vor dem Leser systematisch Geheimnisse aufbaue, um sie später zu enthüllen, geht bei Woeller — undiskutiert — in einem motivgeschichtlichen Kontinuum unter. Daß die Kriminalliteratur in der Hauptsache ein Phänomen des 19. und 20. Jahrhunderts ist (8), macht sie letztendlich nur daran fest, daß sie »von 1800 an (...) immer mehr zu(nahm)« (178).

Die Illustrationen des Buches sollen die Darstellung »verlebendigen« (9). Sie unterstreichen die Textaussagen, sind aber nicht Gegenstand einer eigenen Analyse. Woeller kommentiert sie meist nur durch kurze Bildunterschriften. Auf das literarische Genre selbst beziehen sich besonders die Bilder zum 19. und 20. Jahrhundert. Neben Autorenportraits findet man hier — häufig mit düsterem, geheimnisvollem oder makabrem Einschlag — Einbände und Illustrationen von Kriminalromanen sowie Szenenfotos aus Verfilmungen.

Die Bilder aus der Zeit vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert zeigen vor allem, wie sehr in der damaligen Rechtspraxis die Bestrafung der »Verbrecher« im Vordergrund stand. Da werden Menschen ertränkt, gehängt, verbrannt, geköpft, geprügelt, gestreckt, gequetscht, gerädert und gevierteilt. Woeller bringt das Anwachsen der Kriminalliteratur mit dem aufgeklärten Bestreben des Bürgertums in Zusammenhang, die Folter durch das Indizienverfahren zu ersetzen und die Rechtspraxis humaner und durchschaubarer zu machen. In William Hogarths Kupferstichzyklus »Die vier Stufen der Grausamkeit« von 1751 ist die letzte Stufe der Grausamkeit, daß ein hingerichteter Verbrecher vor der versammelten Ärzteschaft seziiert wird (49). »Wie im 'Caleb Williams' zeigt sich in Hogarths Stichen eine kritische Sicht der englischen Rechtsverhältnisse« (48), kommentiert Woeller. Aber ist nicht merkwürdig, daß ausgerechnet das Sezieren eines Menschen, das körperliche Gegenstück zur detektivischen Analyse menschlicher Gedanken und Gefühle, zum Gegenstand der Anklage wird? Und gleichzeitig ist die Liebe zum Detail viel ausgeprägter als in den mittelalterlichen Darstellungen: Die Eingeweide des Seziierten quellen aus seinem Bauch hervor und schlängeln sich hinab in einen Bottich, wo ein knieender Mann sie in Händen hält und interessiert betrachtet, ein Hund beschnuppert das auf dem Boden liegende Herz, an den Wänden hängen Skelette, und vorn links im Bild köcheln einige Totenköpfe vor sich hin. Wie schlimm solch morbider Kannibalismus und Voyeurismus ist, wird ausführlichst gezeigt. In dem von Woeller erwähnten Kriminalroman Godwins, »Caleb Williams«, klagt der Titelheld ständig über seine Neugier, um ihr doch immer wieder zu frönen. Er deckt zwar den von seinem Herrn und Förderer begangenen Mord auf, aber seine unbändige Neugier erscheint zugleich als etwas Unerhörtes und Unheilbringendes. Solche Ambivalenzen verschwinden bei Woeller hinter dem altbewährten Schema des »prodesse et delectare«: »Es war also zum einen fast schon ein staatsbürgerliches Anliegen, zum anderen aber auch eine

interessante Beschäftigung, (...) die Aufdeckung von Verbrechen zu verfolgen.« (36) Auch die starke Schauertradition innerhalb der Kriminalliteratur gibt ihr kaum zu denken: »Aufklärung und Schauer schlossen sich ja nie aus.« (132) Das ist nicht im Sinne einer Dialektik der Aufklärung gemeint. Erst beim modernen Psychothriller kommt ihr die Idee, dieser wolle »auch die Ängste vor der Technik, vor der modernen Welt artikulieren« (160), aber wie das in ihre bisherige Deutung der Kriminalliteratur paßt, reflektiert sie nicht.

»Nach Herkunft, Wesen und Formen der Kriminalliteratur« zu forschen und sich dabei »wie rechte Nachkommen des Sherlock Holmes auf die Spurensuche zu begeben« (9), gelingt Woeller nicht — nicht weil der wissenschaftliche und der vergnüglich-detektivische Anspruch unvereinbar wären, sondern weil sie sich der in der Detektivliteratur gepflegten Methode verschließt, die Untersuchung gerade bei dem anzusetzen, was unklar, merkwürdig oder widersprüchlich ist.

Lutz Krützfeldt (Bremen)

**Bollenbeck, Georg: Till Eulenspiegel — der dauerhafte Schwankheld.** Zum Verhältnis von Produktions- und Rezeptionsgeschichte. J.B. Metzler Verlag, Stuttgart 1985 (345 S., Ln., 78,- DM)

Bollenbeck beginnt seine Habilitationsschrift mit einer detaillierten Darstellung der Forschungsergebnisse zum Boteschen »Eulenspiegel«, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein an einem »verhängnisvollen Geschichtsverlust« (2) krankten. Dies änderte sich erst gegen Ende der 60er Jahre mit dem Versuch, Literatur in ihrem Eingebundensein in sozial- und literaturhistorische Prozesse zu erklären. Daran anknüpfend will Bollenbeck das »Ineinander von historisch-genetischen und historisch-funktionalen Aspekten« untersuchen.

Im ersten Teil wird die Entstehungsgeschichte des Werkes und die subjektive Autorintention analysiert sowie der Text umfassend interpretiert. Der zweite Teil behandelt die Rezeptionsgeschichte, unterschieden nach dem sozialen Standort der Rezipienten, und die Adaption der Eulenspiegelfigur, besonders im 19./20. Jahrhundert. Nicht zuletzt die fruchtbare Verbindung dieser beiden Teile macht den Reiz der Arbeit aus. Schade ist, daß den Text illustrierende Holzschnitte nicht behandelt werden.

Der literarische Eulenspiegel ist zu verstehen als eine »Kristallisationsgestalt für verschiedene schon vorhandene Motive« (57), wobei in den um sie gruppierten Texten die »Grenze zwischen historischer Wirklichkeitsaussage und fiktionalem Erzählen verwischt« (57) sei. Die Vorrede deute mit ihrem Hinweis auf die »individuelle Durchformung des Gesammelten« ein entstehendes Fiktionsbewußtsein an. Ähnliche »Durchformungstendenzen« (65) zeigen sich im teilweise biographisch geordneten Aufbau der Schwanksammlung, andererseits wirke »Zeit noch nicht als Raum für individuelle Entwicklung« (63). So ist Eulenspiegel »schon nicht mehr ein anonymer Schalksnarr, aber auch noch nicht ein literarisch gestalteter Besonderer« (63).

Um die Entstehungsgeschichte des Eulenspiegeltextes aufzuarbeiten, untersucht Bollenbeck die Person des Autors in ihrem Eingebundensein in die sozialen Prozesse des Spätmittelalters. Danach reiche das »für Botes Werk charakteristische Nebeneinander von städtebürgerlichen Interessen und feudalen Ideologemen bis zum Aufbau und Inhalt des Eulenspiegeltextes« (42). Gleichwohl entgeht Bollenbeck der Gefahr einer idealistischen Vorstellung vom Autor-Subjekt, wenn er mit Marx feststellt, daß auch »der Künstler nur aus dem Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse verständlich« (50) sei, er in »Juxtastruktur-Position« (ein von Sève entlehnter Be-

griff) (50) zur Gesellschaft stehe. Ergebnis dieses Abschnitts ist die These, die Autorintention sei darauf angelegt, mit dem »Eulenspiegel einen arglistigen Menschen vorzustellen, der als außerständischer Landfahrer mit seiner Überlegenheit die propagierte Ständehierarchie nicht gefährden muß, und der doch bei äußerer Anerkennung ihre Gefährdung von innen durch neue Verhaltensweisen aufzeigen kann« (53). Der Text wende sich jedoch gegen das ideologische Projekt des Autors: dieser will ein Ständebuch schreiben, aber der »Inhalt des Schwankbuchs zersetzt den Ständegedanken völlig« (66). Die Schwänke zeigen die Ausbreitung der die ständischen Unterschiede nivellierenden Ware-Geld-Beziehung. Beispielhaft seien die ständigen Verstöße der Handwerksmeister gegen Zunftkonventionen. Till passe sich diesen neuen Verhältnissen nur an. Die Veränderungen im Verhältnis der Menschen zu den »Objektivierungen an sich« (89) (Sprache, Gebräuche, Sitten) lassen, »eher als in politischen Manifestationen« (89), gesellschaftliche Veränderungen erkennen.

Bollenbeck identifiziert Till als Teil einer neuen, vorproletarischen Überschußbevölkerung, die, abgetrennt von den Produktionsmitteln, das »Entstehen der kapitalistischen Warenproduktion einleitet« (78). Till sei nicht mehr durch personale gesellschaftliche Beziehungen gebunden, »ihn reglementieren allerdings noch keine Bettlerrechte, und ihn disziplinieren noch nicht Not und Arbeitshaus« (78). Spekulativ erscheint die Deutung von Tills Wunsch nach »müssiggon«, in dem sich »ein Rest jener mythischen Vorstellung vom Schlaraffenland verpuppe«. Hat Tills Faulheit nicht eher als jenen »durchschimmernden Mythos« noch eine feudalladige Lebensform zum Vorbild?

Fraglich scheint mir die These, zentrales Handlungsmotiv Tills sei in zwei Drittel aller Schwänke die »Selbsterhaltung« (89). Im Zentrum dieser »Reproduktionshistorien« stehe der »komische Versuch, über eine Arbeitsstelle ... den Lebensunterhalt zu sichern« (91). Bollenbeck übersieht dabei, daß es Eulenspiegel in vielen dieser »Reproduktionshistorien« gerade nicht schafft, seinen Lebensunterhalt zu »sichern«, führt doch seine Auslegung des Arbeitsauftrages fast immer zur alsbaldigen Entlassung. Zwar gelingt es ihm, seinen »Arbeitgebern«, die auch nur zum Teil gegen Zunftkonventionen verstoßen, Schaden zuzufügen, was wiederum einen großen Teil der Komik ausmacht; einen Beitrag zur »individuellen Reproduktion« hat er damit jedoch nicht geleistet. Hier eröffnet sich noch ein zweites Problem: Tendiert nicht die Kategorie der »Reproduktion als zentrales Handlungsmotiv«, zwar vermittelt mit Tills Faulheit, der Erzählform und deren Komik, doch wieder zur Vereinheitlichung des Schwankhelden und damit zur Auflösung der Vielschichtigkeit dieser Figur, gegen die Bollenbeck sich eingangs in seinem Forschungsbericht gewendet hatte (27)?

Bollenbeck interessiert, warum die Schwänke um den Außenseiter Till Eulenspiegel vom Beginn des 16. Jahrhunderts an bis heute einen Publikumserfolg wie kein anderer Text dieser Zeit erfahren haben. Bei dieser »breiten Traditionspermanenz« (V) liegt es nahe, das »Ineinander von Werkgeschichte und Rezeptionsgeschichte« (165) zu untersuchen. Druckgeschichte allein kann nur einen kleinen Ausschnitt des Rezeptionsprozesses im Spätmittelalter erhellen, mündliche Tradierung sowie die »Wirkung der Rezeption auf das soziale Leben kann dabei nur vermutet werden« (167). Bollenbecks Entwurf einer dialektischen Rezeptionsästhetik greift den Jaußschen Begriff des »Erwartungshorizontes« auf, erweitert diesen bei Jauß rein innerliterarisch gefaßten Begriff um die Dimension der alltäglichen, materiellen Lebenspraxis, welche letztlich die literarische Erfahrung bestimme. Rezeption versteht er als »inverse Arbeit« (160): »Aus dieser Sicht erscheint der Rezipient nicht als plane Platte, auf der das Kunstwerk seine Bedeutung einstanzt, aber auch nicht als

ungebundenes bedeutungsschöpfendes Subjekt, dem der Text nur als Anregung dient« (160). Das Kunstwerk besitze eine »Werkobjektivität«, die »nicht mehr als feste Größe, sondern als flexibles 'So und nicht anders sein' in sich wandelnden Bedeutungszusammenhängen erscheint« (160). — Das Buch kann der Eulenspiegel- und Rezeptionsforschung neue Impulse geben. Zugleich gibt es eine gute Einführung für Studenten. Der Preis wirkt freilich als Rezeptionshindernis.

Dieter Wardenbach (West-Berlin)

## Kunst- und Kulturwissenschaft

**Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.** Bd. 1: Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948. Hanser Verlag, München 1985 (373 S., Ln., 54,- DM)

Dieser erste von drei geplanten Bänden ist aus zwei Gründen ein Ereignis: Der Autor ist ein wichtiger sozialdemokratischer Kulturpolitiker; sein Gegenstand sind die »Wurzeln bundesrepublikanischer Kultur«, die — so die angestrebte Wirkung — »um der republikanischen Identität willen« »aufgedeckt« (12) werden sollen. Diese Programmatik ist bemerkenswert, weil die heute in der BRD dominierende Position kulturelle Identität als »gesamtdeutsche« auffaßt; gerade auf dem Gebiet der Kultur soll die Fiktion einer DDR und BRD übergreifenden nationalen Identität beglaubigt werden. Glasers Projekt widersetzt sich diesem Druck. Zweitens versucht er, während allerorten die »Helden« der Geschichte wiederentdeckt werden, »Begründungszusammenhänge« darzustellen, und zwar »analysierend und erzählend« (9). Zu Recht ergänzt der Klappentext des Verlags diese Beschreibung des Verfassers durch den Hinweis auf dessen »dokumentierend(es)« Verfahren: Der Text besteht zu einem großen Teil aus Zitaten und Paraphrasen der in den 443 Anmerkungen aufgeführten Quellen.

Glaser erteilt als Erzähler am häufigsten den Zeitgenossen der ersten drei Nachkriegsjahre das Wort, aber er zitiert auch aus späteren Erinnerungen und aus wissenschaftlichen Arbeiten. Die dadurch erreichte Vielstimmigkeit garantiert — verbunden mit der lockeren Schreibe des Erzählers selbst und ausgezeichnet ausgewählten, gelegentlich sogar interpretierten Illustrationen (z.B. 222 über das Foto von Konzertbesuchern) — die Anschaulichkeit und Eingängigkeit der kulturgeschichtlichen Darstellung. Sie tendiert auf diese Weise eher zum Sachbuch als zur Fachliteratur, was der demokratischen Wirkungsabsicht nur entspricht.

Um so wichtiger ist die Frage: Wie verknüpft der Erzähler das Material? Im wesentlichen verbindet Glaser Erzählung und Analyse durch eine Gliederung um »Knotenpunkte« (10), im ersten Teil um »übergreifende«, die Kultur im weiten Sinne einer Lebensweise demonstrieren (Provinz und Großstadt, Bevölkerungsbewegungen, Moral, Arbeit und Freizeit, Politik), im zweiten Teil um enger aufgefaßte »Kulturbereiche« (10) (Bildungswesen, Medien, Theologie, Philosophie, Künste). Daß es trotz dieser Weite zu einem Primat der Literatur in Glasers (an keiner Stelle explizierten) Konzept von Kulturgeschichte kommt, liegt nicht zuletzt an seiner wichtigsten Quelle: 112 der 443 Belege von Zitaten verweisen auf die von der US-amerikanischen Besatzungsmacht herausgegebene *Neue Zeitung* (NZ), genauer deren Feuilleton. Wie sehr die Kultur im Feuilleton um die Literatur zentriert wurde, belegt die von Glaser an den Schluß gestellte Umfrage zur Nachkriegssituation: »Welches war das wichtigste Kulturereignis?«, wo sechsmal die Literatur und je einmal Malerei, Schulreform, der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und Victor



Gollanz' Deutschlandreise (vgl. zu letzterer Glaser selbst, 70/71) genannt wurden (332-337). Die NZ wird mehrfach emphatisch gelobt, vor allem weil sie »sich der Aufklärung und damit den besten Traditionen des journalistischen Liberalismus verpflichtet fühlte« (193): »Hätte es in der Trümmerzeit die *Neue Zeitung* ... nicht gegeben, die kulturelle Entwicklung dieser Zeit hätte eine andere, und zwar negativere Entwicklung genommen« (192). Indem Glaser so die NZ zum Quasi-Helden seiner Geschichte macht und sich viele Stichworte seiner Analyse von dieser Stimme als der »für das kulturelle Bewußtsein der Epoche« (II) repräsentativen vorgeben läßt, verliert er gelegentlich jenen kritischen Abstand, der — wie versprochen — über der »Stolzarbeit« die »Trauerarbeit« (9) nicht vergessen lassen würde. So sind die negativen Urteile über das Feuilleton in anderen Zonen lizenzierter Zeitungen nicht belegt, wohl auch nicht belegbar (vgl. die britische *Welt* und den französischen *Kurier*); so spiegelt sich die deutliche Bevorzugung der US-Zone in der NZ-Berichterstattung in Glasers Darstellung unvermittelt wider, wenn der Leser über die französische Zone fast nichts erfährt (124) oder ihm z.B. die besondere Bedeutung des NWDR für das Nachkriegshörspiel unterschlagen wird (209).

Auch Glasers Darstellung der NZ selbst enthält ein auf Stolz und Trauer verweisendes Problem. Nur einmal erwähnt wird die Tatsache, daß in der NZ auch Kommunisten schrieben (193); F.C. Weiskopf und der mit der KPD sympathisierende Hans Mayer zählen sogar zu den von Glaser am häufigsten zitierten Zeitgenossen. Dennoch schließt dann Glasers Analyse die Kommunisten aus dem »demokratischen Grundkonsens von 1945« (107) aus; nur die politischen Konzepte Kurt Schumachers und von Adenauers CDU werden vorgestellt. So richtig Glaser feststellt: »Der antifaschistische Konsens hielt nicht lange; der Weg ging vom sozialistischen Antifaschismus zum restaurativen Antisozialismus« (118), so unklar bleibt in seiner Analyse, weshalb sich die Redakteure eines »liberal-konservativen« Blattes wie der *Zeit* »in unbestimmter Weise 'links'« empfanden« (203). Dieselbe Unklarheit ergibt sich in der Frage der Teilung Deutschlands. Glaser zitiert Theodor Eschenburg, der eigentlich nur deren Unausweichlichkeit beschreibt (323), räumt aber an einigen Stellen die Situation eines »kulturelle(n) Wettbewerb(s)« (245) und auch einen gewissen Einfluß sowjetzonaler Kulturpolitik auf die Westzonen ein, z.B. durch den *Aufbau*, die Zeitschrift des Kulturbunds, der, »wenn auch kommunistisch bestimmt, auf Grund seiner überparteilichen Weite und der demokratisch-antifaschistischen Programmatik 1945 noch eine gesamtdeutsche Leserschaft ansprach und dementsprechend ein positives Echo in allen Lagern fand« (200).

Glasers Einengung des antifaschistisch-demokratischen Konsenses zeigt sich deutlicher noch in seiner Analyse. Diese ist weniger in der Gliederung als solcher erkennbar als in Konstruktionsprinzipien, die als Verknüpfung von Leitmotiven beschrieben werden können. Wiederkehrende Stichworte, teils von Zeitzeugen, teils von Wissenschaftlern geliefert, werden von Glaser in einem durchgängigen Bild zusammengefaßt, das den Kernbereich seiner Analyse illustriert. Immer wieder benutzt Glaser das Koordinatensystem als Vergleich, um gegensätzliche Tendenzen der Kultur zu beschreiben: »Im finstersten Deutschland kreuzte sich die Vertikale gefühlvoller Nachdenklichkeit mit der Horizontale aufbrechenden Lebenswillens.« (38) Die Pole dieses Gegensatzes verknüpft er wiederum mit einem anderen Bild: dem von »Überbau« und »Unterbau« (42, 54) und mit Begriffen: »Idealismus« und »Materialismus« (181), »Provinzielles« und »Urbanität« (19, 194, 200, 233), »Routine« und »Radikalität« (240, 266). Wie polematisch die Metaphorik ist, zeigt nicht nur seine Formel von der »Erhebung der Wirtschaft in den Rang einer Ideologie« (73), sondern vor allem der Zwang zum Bildbruch, wenn das geschätzte Radikale mit der Provinz

den Idealismus teilen muß oder wenn der als Amerikanisierung beschriebene Materialismus das Merkmal des Urbanen trägt. Beschreibungen wie die Gottfried Benns als »Schlüsselfigur«, weil »seine Dichtung ... Weltflucht und Weltsucht in sich verschmolz« (315), also vertikale Radikalität und horizontale Urbanität, belegen die Problematik eher auf der Ebene des Stils; ein Mangel der Analyse spricht aber aus anderen Formulierungen: »Die konkrete Ästhetik des neuen Warenangebots faszinierte viel mehr als die Produkte der Kunst. Da man nun im Unterbau die Sehnsüchte nach einem schöneren, besseren, glücklicheren Leben zu befriedigen vermochte, konnte man der Sublimierung und der Projektion auf den Überbau entraten ... Es zeigte sich, daß vieles von dem, was man in der Trümmerzeit als große geistige Wandlung, als moralischen Aufbau begriffen hatte, doch nur eine Kompensationerscheinung gewesen war.« (332)

Dieser globale Erklärungsversuch setzt einen »Materialismus« der fünfziger Jahre voraus, der an keiner Stelle expliziert wird. Gegen seine Kompensationsthese, auch »Asyl«- oder »Flucht«-These genannt, die Kultur und »Materialismus« in ein Verhältnis des Anstatt setzt, beschreibt Glaser, daß das »Kulturideal des Liberalismus« (nach Ludwig Erhards »Vordenker«, 326, Wilhelm Röpke: humanistisch, personalistisch, antiautoritär, universalistisch, rationalistisch) sich in der Währungsreform »konkret auswirkt« (327). Glasers Erklärungsversuch weist zurück auf Alexander und Margarete Mitscherlichs »Versuch über die Unfähigkeit zu trauern«, der die Alternative »Materialismus« oder Trauerarbeit stellte. Glaser formuliert die Alternative insofern um, als er schon den »Idealismus« der drei ersten Nachkriegsjahre sowie deren Ansätze zu »Materialismus« die Stelle von Trauerarbeit vertreten sieht: die Flucht aus der Schuld in die Kultur gehe der in die Sachwerte voran (20).

Trotz der theoretischen Brüche in seinem »Koordinatensystem«, die auf den individualpsychologischen Ansatz zurückzuführen sind, gelingt es Glaser ausgezeichnet, widersprüchliche Tendenzen im Alltagsbewußtsein wie in den Künsten zu beschreiben, indem teils Stichworte der zeitgenössischen Diskussion erfaßt (z.B. »Unsere Not — unsere Tugend«, 252), teils Stiltzüge (z.B. Deskription und Mythos, 307, Reduktion als Konkretion oder Magie, 312) oder sprachliche Charakteristika, so vor allem das Nebeneinander von Pathos und Nüchternheit (265, 302, 308/9), herausgehoben werden.

Helmut Peitsch (Swansea)

**Peusch, Vebeke: Opernregie — Regieoper.** Avantgardistisches Musiktheater in der Weimarer Republik. Tende Verlag, Frankfurt/M. 1984 (267 S., br., 32,- DM)

Ist ein Titel gut gewählt, ahnt der Leser, worum es geht, aber er weiß es noch nicht (v. Hentig). Meint der Leser bereits zu wissen, worum es geht, wäre demnach der Titel zwar nicht geschickt formuliert, doch auch nicht verfehlt. Geht es allerdings in einem Text gar nicht oder nur zum Teil um das, was der Titel verspricht, so ärgert sich der Leser und ist versucht, mit dem irrigen Titel gleich das ganze Buch zu verwerfen. In dieser Lage befindet sich der Rezensent, der nach der Lektüre dieser Heidelberger Dissertation über »Opernregie« und »Regieoper« der Weimarer Republik feststellt, daß er einer hochstaplerischen Titelformulierung aufgesessen ist. Denn von der »Regieoper«, worunter man sich Werke vorstellen mag, die durch extensive Nebentexte und einkomponierte Szenenvorgänge ausgezeichnet sind, ist bei Peusch überhaupt nicht die Rede; und wer etwa bei »Avantgardistisches Musiktheater« an Werke von Berg, Krenck, Hindemith, Schönberg denkt, geht ebenfalls leer aus, weil die Autorin einigermaßen selbstherrlich entschieden hat, unter »Musiktheater« nur die »Inszenen« von Opern und unter »Avantgarde« nur die »Darmstädterei« der Jahre 1919 bis 1933 zu begreifen. Zweifellos wurde am Landestheater in Darmstadt wäh-

rend der Weimarer Republik sehr fortschrittliche Opernregiearbeit geleistet, worüber die Memoiren des Regisseurs Arthur Maria Rabenalt (Berlin 1947) und des Bühnenbildners Wilhem Reinking (Hamburg 1979) ein beredtes Zeugnis ablegen. Jedoch geht es nicht an, sich zum einen auf die Nachzeichnung dieser besonderen Theaterarbeit zu beschränken und gleichzeitig den Begriff des »Avantgardistischen Musiktheaters in der Weimarer Republik« dafür zu okkupieren (vgl. u.a. Walther Pannofsky: Protest in der Oper. Das provokative Musiktheater der zwanziger Jahre, München 1966).

Dem tatsächlichen Inhalt der Arbeit würde am ehesten der folgende Titel entsprechen: »Fortschrittliche Theaterarbeit an der Darmstädter Oper der Zwanziger und Dreißiger Jahre.« Der Hauptteil bezieht sich nämlich auf die Inszenierungen der Opern »Giulio Cesare« (Händel), »Il Trovatore« (Verdi), »Lucia di Lammermoor« (Donizetti), »Der Freischütz« (Weber), »Cavalleria rusticana« (Mascagni), »I Pagliacci« (Leoncavallo), »Madame Butterfly« (Puccini) und »La Muette de Portici« (Auber), die sämtlich von dem Team Rabenalt/Reinking (bei wechselnder musikalischer Leitung) verantwortet wurden. Die zum Teil nur spärlich dokumentierten Regie-Konzepte werden anhand der Veröffentlichungen Rabenalts und Reinkings und unter Benutzung alter Fotos sowie Kritiken der Darmstädter Tagespresse rekonstruiert. Dabei finden die Veränderungen an Form und Inhalt der Werke, das Bühnenbild einschließlich dessen Einbeziehung in eine allumfassende Choreographie von Figuren und Raumkörpern, und die vielfältigen Maßnahmen zur Verfremdung bzw. Episierung und Aktualisierung Erwähnung und Würdigung. Am Ende jeder Besprechung geht die Verfasserin kurz auf die Tageskritik der örtlichen Presse ein (wobei im Fall der »Stimmen von Portici« plötzlich auf überregionale Kritiken abgesprungen wird, so daß man sich fragt, weshalb nicht ein einheitlicher Bestand von Kritiken definiert wurde, um dem Vorwurf der zufälligen Auswahl vorbeugen zu können).

Aus den so beschriebenen Regiearbeiten Rabenalts und Reinkings entsteht der Eindruck, daß an der Darmstädter Oper dieser Zeit modernes Theater verwirklicht wurde, das sich wohlthuend von der peinlichen bis lächerlichen Inszenierungskonvention der meisten sonstigen Opernhäuser (»Tradition ist Schlamperei«, G. Mahler) unterschieden haben dürfte. Und dennoch bleiben die entscheidenden Fragen in dieser Arbeit offen bzw. sogar ungestellt: Was unterscheidet eine Operninszenierung von einer Theaterinszenierung? oder: Wie verhält sich die »Inszene« zur Musik? Wir erfahren wohl, daß Rabenalt und Reinking in Anlehnung an bzw. in Weiterführung oder Umwandlung von Konzepten Tairovs und Meyerholds, Piscators und Brechts avantgardistisches Theater boten, doch sind weder die choreographisch durchgestalteten Massenszenen noch die Einblendung von Schrift- und Bild- oder Filmprojektionen, weder die antinaturalistische Raumgestaltung noch das Konzept der »offenen Form« opernspezifische Regietechniken. Erst wenn dargelegt würde, in welchem Verhältnis diese Regiemaßnahmen zur vorgegebenen Werkstruktur der Oper stehen, könnte im präzisen Sinne von »Opernregie« gesprochen werden. Für Vibeke Peusch scheint diese Frage allerdings verzichtbar zu sein. Sie konstatiert schlicht und einfach: »Der Ansatz der Dissertation ist in erster Linie an der Oper als Theater orientiert, so daß (!) musikalische Analysen nicht in Betracht kommen« (11). So einfach kann man es sich machen und dennoch in Musikwissenschaft promoviert werden. In der ganzen Arbeit findet sich nicht ein Notenbeispiel, wird nicht auf Tonarten und Tempi eingegangen, bleiben die Formen von Rezitativ und Arie, Ensembles, Finales unberücksichtigt. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß in Darmstadt modernes Theater »aus Anlaß« von Operndarbietungen gespielt wurde. Dies entspricht sicher

nicht dem tatsächlichen Sachverhalt, denn allein die Ausführungen Rabenalts in dem im Anhang der Arbeit (dies ist übrigens kein »dritter Teil«, auch wenn die Dokumentation 50 Seiten umfaßt!) mitgeteilten Gespräch enthalten genügend Hinweise darauf, daß die Musik wohl der wichtigste Ausgangspunkt für die Regieentscheidungen gewesen ist. Dies zu zeigen und durch Analyse zu belegen wäre aber die Aufgabe einer Untersuchung gewesen, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, das Schimpfwort »Darmstädtereie« in ein Markenzeichen für hochrangige Musiktheaterpraxis umzukehren.

Peter Petersen (Hamburg)

**Warnke, Martin: Hofkünstler.** Zur Vorgeschichte des modernen Künstlers. Du Mont Buchverlag, Köln 1985 (400 S., Ln., 68,- DM)

Auch in der Kunst »beginnt die Neuzeit nicht bürgerlich, sondern fürstlich« (10). Diese These setzt Warnke der gängigen Vorstellung entgegen, wonach der moderne freie Künstler genuin bürgerlicher Herkunft sei, nämlich ein Produkt der Stadtkultur der Renaissance. Mittels einer Fülle von Belegen stellt Warnke die Rolle des Künstlers an den europäischen Fürstenhöfen der frühen Neuzeit dar; seine Aufgaben, die vom Tünchen der Wände bis zur Erfüllung diplomatischer Missionen reichen konnten, seine Stellung und Karriere innerhalb der »Hoffamilie« (142 pass.), die Herausbildung des Hofmalers und Hofbildhauers im Zuge der entstehenden höfischen Kunstorganisation. Das Ergebnis ist ein Dienstverhältnis, das — im Interesse des Dienstherrn wie des Bediensteten — neuartige, den städtischen Zunftreglements enthebende Arbeitsbedingungen schafft und das Bild des ingeniosen Virtuosen entstehen läßt, der mehr ist als nur ein geschickter Handwerker — mit allen sozialen Folgen, die die Ausübung einer höheren, geistigen Tätigkeit mit sich bringt. »Der Anteil der Künste an der sichtbaren Erscheinung fürstlicher Aura, die privilegierte Nähe des Künstlers zum Herrscher hat den Eindruck von einer 'höheren', aus besonderen Gnaden genährten, mit universaler Kompetenz begabten, außergewöhnlichen Tätigkeitsform hervorgerufen und festgelegt.« (11) Warnke will damit nicht seinerseits auf einen rein höfischen Ursprung hinaus; Hofluft macht nicht frei, aber sie bietet Ansätze zu neuen Entwicklungen: Erst auf dem Umweg über den Hof, so der Kern der Argumentation, erst durch das dort erworbene Prestige seien die Maßstäbe gesetzt worden, die die Künstler dann auch in den Städten geltend machen konnten. Und zwar gegen den Widerstand der Zünfte und mit der Unterstützung der ersten kunsttheoretischen Versuche, deren wesentliches Motiv Warnke in der Sicherung der an den Höfen erworbenen künstlerischen und materiellen Privilegien sieht.

Der Untertitel weist auf die begrenzte Absicht des Buches hin; es will aufzeigen, in welchem sozialen und politischen Rahmen sich die Merkmale des modernen Künstlers als freiem Geistesarbeiter herausbildeten. Die Lücken, die in dem dabei entworfenen Bild des Hofkünstlers bleiben, sind der Arbeit deshalb nicht anzulasten. So betont der Autor selbst, daß die Konzentration seiner Studie auf den höfischen Bezugsrahmen mit einer Vernachlässigung des städtischen Arbeitsbereichs des künftigen und/oder gewesenen Hofkünstlers einhergeht. Legitim ist auch, daß die widersprüchliche soziale Stellung des (bürgerlichen) Künstlers zwischen Stadt und Hof kaum mehr als angedeutet wird, nur sollte das Schlußkapitel nicht über die bloße Andeutung hinwegtäuschen wollen.

Der Preis des Buches ist hoch, aber dafür werden neben einer umfassenden und reich belegten Darstellung der Anfänge höfischer Kunstorganisation ein ausführliches Register, Kolumnentitel und die typographische Absetzung der in den Text gestreuten Belege geboten, dem Blättern und Nachschlagenden zur Erleichterung.

Herbert Albrecht (Marburg)

## Soziologie

**Collectif »Révoltes logiques«: L'empire du sociologue.** Éditions La Découverte, Paris 1984 (168 S., br., 60,- FF)

Der Band versammelt eine Reihe von Aufsätzen, die sich kritisch mit der Soziologie Pierre Bourdieus auseinandersetzen, sowie einen Aufsatz von Tarde zur soziologischen Erfahrung und die Kritik Adornos an Veblen. Ziel ist eine Rekonstruktion der paradoxen Wirksamkeit der soziologischen Theorie Bourdieus in der französischen Öffentlichkeit — paradox deswegen, weil eine in der soziologischen Disziplin eher randständige Theorie für das von ihr kritisierte intellektuelle Feld, für Lehrer, Journalisten etc., ein wichtiger Orientierungspunkt geworden ist. Den Grund sehen die Autoren darin, daß es sich bei Bourdieus Theorie um eine Philosophie des Sozialen handelt, die eine Reihe theoretischer und politischer Dilemmata linker Politik der letzten 20 Jahre in sich vereinigt: In einer Bewegung denunziert sie die Mechanismen der Herrschaft ebenso wie die Illusionen der Befreiung. Bei dieser Philosophie des militanten Skeptizismus handelt es sich um einen neu sich ausbildenden ideologiekritischen und dennoch affirmativen Alltagsverstand. Diesen wollen die Autoren durch die Akzentuierung des philosophischen Charakters der Theorie Bourdieus und eine Verfremdung des »Sozialen« in seiner Selbstverständlichkeit irritieren.

Rancière untersucht die disziplinäre Entfaltung der französischen Soziologie als einer spezifischen Form des Kampfes um die Demokratisierung der französischen Gesellschaft. Die Soziologie Bourdieus, so die These, beansprucht, die einzige legitime kritische Instanz der Gesellschaft zu sein, weil sie sich als Hüterin der Moral in der Wissenschaft sieht: Sie weist auf die Interessen im Feld der Wissenschaft hin und enthüllt die grundlegenden Lügen der Gesellschaft über sich selbst. Im Sinn dieses aufklärerischen Projektes glaubt Bourdieu, daß die Soziologie seit ihren Anfängen bei Durkheim von ihrer eigenen Interessenlage abgesehen und sich des direkten politischen Engagements enthalten hat, um den nötigen Abstand zum Sozialen einnehmen zu können. Rancière kann zeigen, daß diese historische Einschätzung nicht zutrifft, sondern Durkheim die Soziologie und die Universität als strategisches Mittel im Kampf um die demokratische Republik betrachtete: Die Universität und ihre Wissenschaftlergemeinschaft ist das Modell einer Moral der Reziprozität und Solidarität, das für eine anomische, auseinanderfallende Gesellschaft Vorbild sein könnte. Von derselben Idee einer Moral der Wissenschaft war Rancière zu folge auch die Arbeit von Mauss zur Gabe und zu einer allgemeinen Ökonomie bestimmt. Ihm ging es darum, den Individualismus des homo oeconomicus durch dessen Eingliederung in ein allgemeines System des Sozialen zu integrieren, in dem die noble und großzügige Geste der Gabe vorherrscht. Mauss interessiert also weniger die *strukturalistische* Perspektive einer allgemeinen Ökonomie des symbolischen Austauschs, als vielmehr die Universalität einer Ethik der Großzügigkeit, die vermittels einer neuen politischen Kunst die Trennung von Politik, Moral und Ökonomie aufhebt. Die Interpretation der Tradition von Durkheim und Mauss durch Bataille und Lévi-Strauss macht genau dieses politische und moralische Projekt vergessen. Bourdieus Arbeiten setzen diese interpretatorische Tradition mit all ihren Problemen fort (22). Durch die Verkoppelung von marxistischer Ideologiekritik und einer an Weber angelehnten Analyse symbolischer Praktiken glaubt sich Bourdieu dem Szientismus des Strukturalismus entziehen zu können. Die Einbeziehung der eher pessimistischen Soziologie Webers führt zu einer Trauerarbeit über das Scheitern der demokratischen Hoffnungen der früheren Soziologie. So wird die Gewalt einer durch das

Schulsystem bewirkten Beschränkung des Zugangs zum Markt des symbolischen Kapitals für die unteren Klassen kritisiert; gleichzeitig beansprucht die Theorie aber auch, den illusorischen Charakter der Reformpädagogik zu zeigen (27). Auf der Grundlage einer solchen Konstruktion beansprucht Bourdieu, der einzige legitime Kritiker eines ewig bestehenden Klassenkampfes zu sein.

Neben dieser Analyse des Status und der Sprecherfunktion finden sich Untersuchungen zu verschiedenen Einzelaspekten der Theorie Bourdieus: zum Problem der Reproduktion, des linguistischen Austauschs, des Schulsystems, der Geschlechterteilung, zu den Vorstellungen der Kultur der beherrschten Klassen. F. Kerleroux zeigt, daß Bourdieus Thesen zu legitimen und guten Diskursen letztendlich reduktionistisch sind. Bourdieu gehe von der unbewiesenen Annahme aus, daß es praktisch zwei Sprachen gibt: die Sprache der Herrschenden und die der unteren Klassen. Letztere soll durch einen umfassenden Herrschaftsapparat, die Schule, die Grammatik, die Orthographie, umstellt sein. Durch die Tatsache, daß die Sprache lediglich ein weiterer Mechanismus der Distinktion ist, verdoppele sie symbolisch noch einmal die sowieso schon bestehende Unterwerfung der unteren Klassen. Damit übergehe Bourdieu nicht nur, daß die sozialen Differenzen gerade in den verschiedenen linguistischen Formen und Stilen ausgetragen werden, er ignoriere auch die spezifische Erfahrung der Sprache, die der Grund dafür ist, daß diese sich nicht auf Soziologie reduzieren läßt. — Eine Kritik an der romantischen Zeichnung der unteren Klassen im Werk Bourdieus leistet der Aufsatz von P. Cingolani: Bourdieu gehe von der unbelegten Vorstellung aus, die unteren Klassen seien enteignet, ohne Zukunft etc.; es sei notwendig, dieser Karikatur ein anderes Bild der populären Klassen entgegenzustellen. — A. Cot und B. Lautier untersuchen die Funktion der ökonomischen Metaphorik in der Theorie Bourdieus. Sie können nachweisen, daß es im Laufe der Argumentation der verschiedenen Arbeiten zu signifikanten Verschiebungen von einem szientifischen Modell der allgemeinen Ökonomie zu einer Magie des Sozialen kommt, die die Bezugnahme auf Begriffe der politischen Ökonomie eigentlich erübrigt. Den Grund dafür sehen die Autoren darin, daß sich Bourdieu nicht dem Hauptproblem der politischen Ökonomie stellt: dem des Maßes und der Norm. Es gibt keine ökonomischen Kriterien, nach denen bei Bourdieu Verlierer und Gewinner festgestellt werden können — ihn interessieren nur die Subjekte, die austauschen, ihre Sprache, ihr Habitus, ihre Diplome. Gerade letztere aber, so der Einwand, finden sich nicht auf dem Markt — vielmehr seien sie Adelsprädikate, die unmittelbar durch politische Macht gesetzt werden. Alex Demirović (Frankfurt/Main)

**Löwy, Michael: Paysages de la vérité.** Introduction à une sociologie critique de la connaissance. Éditions anthropos, Paris 1985 (228 S, br., 80,- FF)

Der Titel könnte täuschen: Die Entlehnung der Metapher von Simmel bedeutet nicht, daß Löwy dessen Bestimmung des Verhältnisses von Wahrheit und Ideologie in den Gesellschaftswissenschaften übernimmt. Der Untertitel hilft da weiter; neben Lukács und Goldmann ist Mannheim wohl der Autor, in dessen Tradition das vorliegende Werk am ehesten steht. Löwy geht drei Theorietraditionen durch, um den Beitrag und die Grenzen einer jeden »für die Konstruktion eines den Humanwissenschaften eigentümlichen Modells von Objektivität« (9) zu bestimmen.

Zunächst nimmt er sich den Positivismus vor. Die Kapitelüberschrift (»Das Münchhausenprinzip«) weist auf das hin, was Löwy für dessen grundsätzliche Schwäche hält: Eine Auffassung, die die Sozialwissenschaften an der Elle der naturwissenschaftlichen Methode mißt, kann das Auftreten gegensätzlicher Theorien nicht verstehen, sondern muß sich mit immer neuen Appellen, doch Vormeinungen

abzulegen, zufriedengeben. Das trifft letztlich auch für Autoren wie Popper zu, die die Unumgänglichkeit vorwissenschaftlicher Einstellungen nicht leugnen, dann aber doch glauben, am naturwissenschaftlichen Vorbild festhalten zu müssen.

»Der Historismus oder das gebrochene Licht« ist Gegenstand des zweiten Kapitels. Als Gemeinsamkeit der verschiedenen Schulen benennt Löwy die Forderung, kulturelle, gesellschaftliche und politische Erscheinungen historisch zu verstehen, die grundlegende Unterscheidung von Natur und Gesellschaft und die Geschichtlichkeit des forschenden Subjekts. Im Zentrum dieses Kapitels steht die Beschäftigung mit Mannheims Wissenssoziologie. Ihr Fortschritt wird darin gesehen, daß sie mit dem Begriff der Standortgebundenheit die notwendige Verflechtung von Wissen und gesellschaftlicher Position in den Blick bekommt. Die Mannheimsche Beantwortung der Wahrheitsfrage durch den Verweis auf die freischwebende Intelligenz ist unzureichend, wie auch die spätere Hinwendung Mannheims zur Forderung nach Selbstkontrolle des Sozialwissenschaftlers zeigt — Münchhausen läßt grüßen.

»Die Herausforderung des Fiakerprinzips« ist der Untertitel des Marxismuskapitels — in Anlehnung an Webers Postulat, daß sich der Marxismus auch auf sich selbst anwenden lassen müsse und nicht einfach vor seiner Haustür aussteigen könne. Diese Herausforderung annehmend, verweist Löwy außer auf Luxemburg vor allem auf Lukács und Goldmann als diejenigen, die neben der Standortgebundenheit von Wissenschaft auch die Überlegenheit des proletarischen Standpunkts begrifflich zu fassen suchten. Von ihnen übernimmt Löwy die wesentlichen Züge seines Modells, das er im Schlußkapitel — einige Präzisierungen vornehmend — vorstellt. Um in Simmels Bild zu bleiben: Die Gesellschaftswissenschaftler sind zu vergleichen mit Künstlern, die alle dieselbe Landschaft malen, aber von jeweils verschiedener Warte. Auf der höchsten, d.h. der mit dem virtuell größten Überblick, befindet sich der Wissenschaftler mit proletarischer Weltanschauung. Das hat seinen Grund darin, daß das Proletariat als letzte revolutionäre Klasse nicht nur keine den Blick verstellenden Privilegien zu verteidigen hat, sondern auch für seinen Kampf objektive Erkenntnis der Gesellschaft braucht. Löwys Präzisierungen betreffen vor allem nicht-klassenspezifische Einflüsse (regionale, nationale, Existenz einer Bürokratie innerhalb der Arbeiterbewegung, Geschlechterdifferenz, wobei er einräumt, daß letztgenannte die Universalität des Proletariats relativiert).

Die Vorzüge des Buchs scheinen mir vor allem in den beiden ersten Kapiteln zu liegen. Die Art, wie die verschiedenen Autoren referiert werden, besticht durch ihre Klarheit und — dem Rahmen entsprechende — Genauigkeit. Dafür spricht auch, daß das etwas starre Korsett im Fall des »Positivisten« Weber faktisch durchbrochen wird. Auch das Bemühen, bei kritisierten Autoren weitertreibende Momente aufzuspüren (so die Autonomie der Wissenschaft bei Popper), wäre hier zu nennen. Das Marxismuskapitel enttäuscht. Althussers Beitrag zum Problem des Verhältnisses von Wissenschaft und Ideologie wird kaum gewürdigt, Habermas bekommt eine Fußnote. Die vielfältige Kritik an Lukács scheint Löwy nicht zur Kenntnis zu nehmen. Gleiches gilt für die neuere wissenschaftstheoretische Diskussion. Selbst (oder gerade?) eine »introduction« müßte zeigen, daß die aktuell vertretenen Alternativen die alten Probleme nicht haben lösen können. Hier aber scheint nach 1960 nichts mehr passiert zu sein ...

Raimund Feld (Frankfurt/Main)

**Waardenburg, Jacques: Religionen und Religion.** Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1986 (277 S., br., 24,80 DM)

Das Buch will die im deutschen Sprachbereich vorhandene Lücke einer systematischen Einführung in die Religionswissenschaft schließen. Der Autor, Professor für Islam- und Religionswissenschaft an der Universität Utrecht, ist bestrebt, die heutige Religionsforschung vom Blickpunkt verschiedener Ansätze her systematisch vorzuführen. Die Forschungsansätze einer geschichtlichen, vergleichenden, kontextuellen und hermeneutischen Religionsuntersuchung werden in einzelnen Kapiteln behandelt; diesen vorangestellt ist eine allgemeinere Betrachtung über »Religion und Religionsforschung«, in der der Autor dafür plädiert, Religion als »sinngabenden Rahmen«, als »Orientierungssystem« (34) zu verstehen. Damit ist gleichzeitig die Problematik einer Religionsdefinition anerkannt, denn ein bestimmter Religionsbegriff hat auch stets eine bestimmte Religionsbeschreibung und -untersuchung nach sich gezogen: Der älteste empirische Ansatz, die geschichtliche Forschung, richtet sich in erster Linie auf die Rekonstruktion des geschichtlichen Verlaufs der überlieferten religiösen Vorstellungen und Verhaltensweisen. Religion wird in Beziehung zum geschichtlichen Rahmen gesetzt. In der vergleichenden Forschung wird Religion als ein Gebilde verstanden, welches sich aus verschiedenen »religiösen Erscheinungen und Tatbeständen« (38) zusammensetzt, die klassifiziert und verglichen werden. Die kontextuelle Forschung umfaßt den geschichtlichen und vergleichenden Ansatz, doch fragt sie darüber hinaus nach den Beziehungen zwischen religiösen und gesellschaftlichen Tatbeständen. Die hermeneutische Forschung schließlich fragt nach der Bedeutung von Religion innerhalb eines Umfeldes. Dieselbe Religion kann von verschiedenen Personen und Gruppen ganz unterschiedlich gedeutet werden, bedingt nicht nur durch wechselnde Umstände, sondern auch durch wechselnde Interessen der/des Gläubigen. Die verschiedenen Deutungen werden als ein Problem der Auslegung verstanden; Religionen müssen immer schon als gedeutet oder ausgelegt begriffen werden.

Das Buch ist verständlich und flüssig zu lesen, was den Wert als Einführung sicherlich hebt. Andererseits versucht der Autor, das große Gebiet der Religionswissenschaft möglichst umfassend zur Sprache zu bringen, so daß die Themen oft nur oberflächlich behandelt werden. Schwerwiegender ist der zum Teil unbedarfte Gebrauch von Begriffen wie »Aberglaube« (87) oder »Magie, Mana, Totemismus, Schamanismus« (192f.). Von zweifelhaftem Wert sind die Typologisierungen (z.B. der Prophet, der Mystiker, der Guru) oder der phänomenologisch reduzierende Begriff des »religiösen Tatbestandes« (30f.). Diese Einführung ist eher ein systematisiertes Plädoyer für die hermeneutische Erforschung von Religion als die Schließung der Lücke einer systematischen Einführung. Martin Baumann (West-Berlin)

**Wesel, Uwe: Frühformen des Rechts in vorstaatlichen Gesellschaften.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1985 (385 S., br., 38,- DM)

Die bislang ausschließlich im angloamerikanischen Raum geführte Diskussion um die Möglichkeiten der Existenz von Recht in vorstaatlichen Gesellschaften hat mit Wesels »großem Wurf« (Mayer-Maly) ihren ersten gewichtigen deutschsprachigen Beitrag erhalten. Die »Frühformen« beinhalten eine komprimierte und eingängige Darstellung der Geschichte der Rechtsanthropologie und -ethnologie, aus der Wesel in Anlehnung an Pospisil einen Rechtsbegriff aus den Elementen »veritas« und »auctoritas« formuliert. Den bislang als herrschende Lehre fungierenden Konstruktionen des Rechtsbegriffs als a) axiomatisches a priori, b) Differenzierung zwischen Norm und Gewohnheit und c) compositum mixtum aus »law and custom« hält Wesel eine



evolutionistische Rechtstheorie (67) entgegen, die im Kern besagt, daß Recht immer eine gesellschaftlich-historisch *relative* Ordnung darstellt.

Wesel begründet seine Rechtstheorie mit der Analyse zweier vorstaatlicher Entwicklungsphasen: zum einen behandelt Wesel patrilokale, territoriale Horden mit exogamen verwandtschaftlichen Beziehungen, Inzestverbot und relativer Monogamie. Die Momente rechtlicher Regelung seien hier durch Egalität und Reziprozität gekennzeichnet (90) und bildeten einen Gesellschaftsvertrag, der im wesentlichen die kollektive ökonomische Notlagen-Vorsorge beinhaltet. Insbesondere das Eigentum sei hierin durch die Notwendigkeit des Gebrauches begrenzt (123).

Zum anderen untersucht Wesel segmentäre, seßhafte Gesellschaften, die durch hauswirtschaftliche Produktionsweise, die Identität von Verwandtschafts- und Produktionsverhältnis gekennzeichnet sind. Das Eigentum differenzierte sich hier, nachdem es in Hordengesellschaften »res nullius« gewesen sei, in Nutzungs- und symbolisches Obereigentum (212), wobei das Nutzungseigentum in Form des Landeigentums von Hofgemeinschaften in Erscheinung trete (220). Die ersten rechtlichen Differenzierungen seien vielfach durch relative und abgestufte Berechtigungen innerhalb der lineages (Segmente) modifiziert. Die starke Solidarität innerhalb der lineage führe zu einer funktionalen Ergänzung von verwandtschaftlichen Sozialnormen und individuellen Rechtsansprüchen (230). Vererbung sei nur im Status der Verwandtschaft möglich. Recht sei auch hier »strukturell relativ« (313), weil religiös und ökologisch vom Grundprinzip der Balance geprägt. Die Balance von Ordnung und Konflikt, äußerer Bedrohung und Subsistenzbeschaffung muß erhalten bleiben, »gleichgültig, ob man das nun Recht nennt oder nicht« (318). Vermittlung und Verhandlung von Konflikten müßten als »neu bekräftigter Gesellschaftsvertrag« (329) verstanden werden.

Wesel ist das qualitative Unterscheidungsmerkmal zwischen einer sozialen Norm und Konfliktlösungsmechanismen in relativ nachgiebigen Sozialordnungen einerseits und statuierten Aneignungsgrenzen und manifesten ökonomischen Interessen, die über die Subsistenz hinausgehen, andererseits, aus dem Blickfeld geraten. Wenn Recht aus allgemein verbindlich akzeptierten Regeln besteht (vgl. 334), muß die Entstehung von Zwang, Klassen und Staat zu einer vernachlässigbaren Größe werden. In Wesels Rechtsbegriff ist die strukturelle Ungleichheit verschwunden, die nur durch »Konsens und Zwang« (Gramsci) angesteuert werden kann. Die Dialektik von subjektivem Handeln und objektiven Produktionsverhältnissen, der Nährboden von Aneignung, sozialer Differenzierung und politischer Herrschaft, ist zu einem einseitigen Verhalten der Individuen *zur* Umwelt geworden. Als ob die Menschen nicht ihre Geschichte selbst machten.

Nikolaus Dimmel (Salzburg)

## Erziehungswissenschaft

**Jäger, Margret, Siegfried Jäger, Dieter Kantel, Lothar van den Kerckhoff, Helmut Kellersohn, Michael Schroeter und Walter Volpert: »Da wird der Geist Euch wohl dressiert ...« kontrolliert und abserviert.** Computer in Schule und Betrieb. Verlag Die Schulpraxis, Mülheim/R. 1985 (350 S., br., 18,- DM)

Die Aktualität breit diskutierter Themen führt in der Regel kurzfristig zu erhöhtem Ausstoß einschlägiger Buchtitel, selten genug werden Niveau und Ergebnisse der Diskussion dadurch qualitativ so bereichert, wie es dem Mehr an Masse entspräche — von einem bestimmten Punkt an werden die Publikationen einander immer ähnlicher, immer leichter werden die wirklich originellen Beiträge übersehen. Zu be-

fürchten ist dies angesichts des Booms zu »Neuen Technologien« für den vorliegenden (zumal in einem Kleinstverlag erschienenen) Band zur Computerisierung in Schule und Betrieb.

Diese Zusammenstellung von Aufsätzen entgeht zwar nicht völlig der für Sammelbände typischen Gefahr innerer Unverbundenheit, dem Mangel an expliziten Zusammenhängen zwischen den z.T. weit auseinanderliegenden Themenschwerpunkten, doch haben die Aufsätze eine Klammer in der gemeinsamen Bemühung der Autoren, größere gesellschaftliche Zusammenhänge (bildungsökonomische, rationalisierungstechnische und arbeitsdisziplinarische Aspekte) bei der Behandlung von Einzelthemen nicht aus dem Blick zu verlieren. So ergänzen sich die Aufsätze über Personalinformationssysteme in Betrieben, über Rationalisierungs- und Kontrolltechniken in öffentlichen Verwaltungen, über Schulinformationssysteme und die »programmierte Schule«, indem sie an Einzelbereichen die Auswirkungen umfassender Computerisierung auf Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Qualifikationsprofile und Bildungsprozesse nachzeichnen. In diesen lesenswerten Beiträgen wird zwar die kritische Grundhaltung der Autoren deutlich, kaum jedoch die von Siegfried Jäger im Vorwort als gemeinsames Merkmal reklamierte »Ablehnung der Neutralitätsthese« (10). Wo in diesen Aufsätzen über die praktizierte Anwendungskritik hinaus die Zurückweisung der gewöhnlich unterstellten Neutralität technischer Entwicklungen überhaupt erkennbar wird, wird diese Position nicht aufklärend entfaltet, sondern verbleibt im Dunkel der Formel, »daß in jede innerhalb des Kapitalismus entwickelte Technologie diese kapitalistischen Strukturen eingebrannt sind« (236). Eine Ausnahme bildet der abschließende Aufsatz von Schroeter zur Geschichte der Informationstechnik, in dem er versucht, die genuin profitorientierte Zurichtung einzelner Produkte zu explizieren.

Dagegen zielen die einleitenden Aufsätze von Siegfried Jäger und Walter Volpert auf sehr grundsätzliche Gefahren, die die »Mensch-Maschine-Kommunikation« unabhängig von einzelnen problematischen Anwendungsfällen für das Denken und Sprechen, Fühlen und Handeln, für Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit der Menschen mit sich bringen. Da diese Fragen so grundsätzlich und gezielt in der bisherigen Diskussion wohl kaum in den Mittelpunkt gestellt worden sind, scheint mir hierin der wichtigste Beitrag des Buchs zum Thema zu bestehen. Jäger geht aus von der Überlegung, daß der Computer durch die technischen Bedingungen seiner Arbeitsweise eine spezifische Form von Informationen vorgibt, die nicht nur innerhalb des einzelnen Arbeitsprozesses bis ins Ergebnis hinein wirksam ist, sondern die darüber hinaus auch von wesentlichem Einfluß auf die mit diesen Prozessen befaßten Individuen ist. Je umfassender (d.h. auch: je ausschließlicher) und selbstverständlicher die maschinengerecht zugerichteten Denkweisen in Arbeitsprozessen angeeignet werden, um so mehr habitualisieren die Benutzer dieser Technik die einschlägigen Darstellungs- und Denkformen als Formen der Verarbeitung komplexer Wirklichkeit. »Je stärker computervermittelte Kommunikation in das Leben der Menschen eindringt, um so mehr wird der Mensch daran gewöhnt, nur digitalisierbare Informationen von sich zu geben und zu empfangen.« (23) Dies wird für die Individuen zum Problem, weil die »notwendige Digitalisierung der Eingabe ... Abstriche am Informationsvolumen und am Informationsgehalt (bedeutet)« (23). Worin bestehen diese Abstriche? Reduktion durch Digitalisierung meint nicht einfach weniger, sondern meint vor allem den qualitativen Unterschied zur Wirklichkeitsdarstellung des Alltagsbewußtseins. Während dessen Wortbedeutungen durch ihren reichen Gehalt an lebens- und gattungsgeschichtlicher Erfahrung, durch ihre systematische Vagheit (als Voraussetzung für Flexibilität), durch Assoziationsreichtum, Re-

dundanz und Widersprüchlichkeit charakterisiert sind, verlangt die Prozeßanalyse gerade die Rekonstruktion eines Arbeitsablaufs in einem eindeutigen Code, aus dem genau jene Merkmale der Alltagssprache sorgfältig getilgt sind — und mit ihnen der Rückbezug auf erfahrbare Wirklichkeit, auf Geschichte. Volpert zeigt in seinem Beitrag weitere Folgen der Habitualisierung solcher Modi der Wirklichkeitsrezeption auf. Die Begriffsraaster der alltäglichen Denkprozesse seien »flexible Grundmuster«, in denen die Besonderheiten des Einzelfalls im Erkenntnisprozeß noch aufgehoben werden könnten. Der Umgang mit Algorithmen und mit formalisierten Daten hingegen kanalisieren die weitere Erfahrung der Wirklichkeit auf die gegebenen starren Schemata. Neues wird nur unter den Gesichtspunkten des Geläufigen rezipierbar. Zugleich gerät die Veränderbarkeit der »verarbeiteten« Wirklichkeitszusammenhänge aus dem Blick.

Beide Aufsätze stellen keine fertigen, stringent formulierten Analysen dar, die ihre Thesen schlüssig beweisen und empirisch belegen könnten. Es sind Versuche, bisherige Erfahrungen und empirische Evidenz theoretisch zu reflektieren, die neuen Techniken auch in ihren eher mittelbaren Folgen zu begreifen. Gerade weil es sich um Versuche handelt, die mit Phantasie neue Gesichtspunkte beleuchten und die dabei auch das Risiko eingehen, spekulativ genannt zu werden, können diese Beiträge die Diskussion zum Thema Computerisierung befruchten.

Walter Kühnert (Ennepetal)

**Faulstich, Peter (Hrsg): Informationstechnologie — eine Bildungsfrage für alle.** Lexika Verlag, München 1985 (135 S., br., 28,- DM)

Es geht nicht um die Bildungsfrage für alle, sondern um die Herausforderung an die Erwachsenenbildung geht es Lothar Faulstich in diesem zusammengestellten Heftchen. Vor allem Wissenschaftler von der Gesamthochschule Kassel, aber auch Interessenvertreter von Unternehmen und von Gewerkschaften stellen ihre Position zur Weiterbildung im Bereich der Informationstechnologie dar. Es ist nicht verwunderlich, daß hier unvereinbares aufeinanderprallt, was durch das lesenswerte Vor- und Nachwort von Faulstich weder zusammengeführt noch auf seine Inkompatibilität hin untersucht wird.

Faulstich verweist zwar darauf, daß die Informationstechnik eine neue industrielle Revolution — vergleichbar mit der Einführung der Dampfmaschine — darstellt und »möglicherweise nur eine Erscheinungsform der grundlegend sich vollziehenden Reorganisation aller Arbeitsbezüge und -inhalte« (10) ist, aber sie könne auch »eine menschliche, demokratische Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen bieten« (ebd.). Einerseits geht es auch in dieser Frage um das »Machtverhältnis zwischen Arbeit und Kapital« (11), dann wieder darum, »entsprechende Humanisierungsmöglichkeiten zu entwickeln« (13). Ihm geht es um mehr als nur adaptive Anpassung an neue Technologien; seine Vorstellung organisatorischer Regeln der Einflußnahme durch die Betroffenen und interessenorientierter Kompetenz als Durchsetzungsvoraussetzung (15) sind sicherlich bedenkenswert, bleiben aber ohne zusammenhängendes theoretisches Konzept oberflächlich.

Hans Brinkmann, der den Zusammenhang von technologischer Entwicklung und militärischer Forschung auf der einen, von Computer und anderen Informationsmedien auf der anderen Seite formuliert, wie auch Dröge/Neumann, die den Rationalisierungs- und Verdattungseffekt beschreiben, zeigen zentrale Verständnisbereiche dieses exponentiell wachsenden Rationalisierungsinstruments auf: »Jede Information ist auch eine Personalinformation« (56), »alle produktionsbezogenen Prozesse [sind auch] personenbezogen auszuwerten« (58). Trotzdem bleibt auch in

diesen beiden Aufsätzen vieles unklar. Wenn etwa Dröge/Neumann als Resümee formulieren: »Erst mit einer Weiterbildungskonzeption, die neben der Berücksichtigung aktueller betrieblicher Erfordernisse gleichwertig die manifesten und latenten Bedürfnisse der Arbeitnehmer zur Anwendung ihrer fachlichen und sozialen Kompetenzen einbezieht, kann es nach unserer Auffassung gelingen, Arbeitsprozesse so zu gestalten, daß sie einerseits den Ansprüchen nach Humanisierung der Arbeit genügen und damit andererseits gleichzeitig auf eine Steigerung der Innovationsfähigkeit und Flexibilität der Betriebe einwirken können« (65), so schimmert da immer noch die Illusion einer eigentlich herrschafts- und wertfreien Technologie durch: Nur eine ordentliche Ausbildung und »richtige« Anwendung behütet vor schlimmeren Entwicklungen.

Demgegenüber gilt: In Industrie, Verwaltung, Hochschule und Schule setzt sich diese Technologie — trotz fehlender Akzeptanz und Ängsten bei den Anwendern — in einem rasanten Tempo durch zum Zwecke der Effektivierung, Rationalisierung und umfassender Kontrolle aller im Produktionsprozeß Beteiligten. Nicht Akzeptanz, sondern die Befähigung, trotz dieser Maschinen emanzipatorische Fortschritte zu erreichen, das scheint mir die kaum lösbare Aufgabe zu sein. Es wird darauf ankommen, die Betroffenen zu befähigen, die Gefahren als Voraussetzung zu erkennen, um etwas verändern zu können. Hartfrid Krause (Darmstadt)

**Neuwirth, Erich, Helmut Schauer und Michael J. Tauber (Hrsg.): Kinder, Computer und Bildung.** R. Oldenbourg Verlag, Wien, München 1985 (138 S., br., 46,- DM)

Der Band enthält Beiträge, Thesen und Stellungnahmen einer gemeinsamen Tagung der Österreichischen Computer-Gesellschaft und der Gesellschaft für Bildungstechnologie, die im Oktober 1985 in Wien stattfand. Die ersten fünf Beiträge (11-62), geben instruktive Überblicke über den Stand der Informationstechnologie im Schulwesen einzelner Länder (insbesondere Frankreich und Großbritannien) und im internationalen Vergleich. Nach einer eher peinlichen Propaganda für Computercamps für Kinder finden sich ein Erfahrungsbericht über einen Programmierkurs für Eltern und Schüler (77-86) und ein Aufsatz über psychologische Aspekte der Mensch-Maschine-Interaktion im Informatikunterricht (87-99). Beide Beiträge machen deutlich, daß die schulische Auseinandersetzung mit den neuen Technologien nicht auf die didaktische Vermittlung von Sachproblemen beschränkt sein darf, sondern daß auch die sozialen und emotionalen Aspekte des Umgangs mit dem Computer bearbeitet werden müssen. Danach folgen mehrere kurze und meist oberflächliche Thesenpapiere für die Podiumsdiskussion der genannten Tagung. Dabei erfährt man immerhin, daß die österreichische Wirtschaft (Gewerbekammer, Industriellenvereinigung) den Informatikunterricht als »Bestandteil einer Offensive gegen Technikangst und Zukunftspessimismus« (135) begreift und vor dem Mißbrauch des Informatikunterrichts »zu destruktiver Politischer Bildung« (131) warnt. Solchen Ausführungen steht ein sehr prägnanter und kritischer Beitrag von R. Hawle (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport) gegenüber (117-119), der hoffen läßt, daß auch in Österreich ein konstruktiver Widerstand gegen eine flache technikorientierte »Modernisierung« der Schule wächst.

Warum dieses inhaltlich und gestalterisch zusammengeschusterte Buch so teuer angeboten wird, ist nicht ersichtlich — die wenigen interessanten Beiträge rechtfertigen es nicht. Wilfried Kunstmann (Marl)

**Rolff, Hans-Günter, und Peter Zimmermann (Hrsg.): Neue Medien und Lernen.** Herausforderungen, Chancen und Gefahren. Beltz Verlag, Weinheim, Basel 1985 (222 S., br., 29,80 DM)

Der Kongreß »Neue Medien und Lernen«, der im September 1984 in Dortmund stattfand, war die erste größere, öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung eines Teils der pädagogischen Linken und der Gewerkschaften mit den Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechniken auf den Bildungsbereich. Die Forderung des Kongresses nach einer »Informationstechnologischen Grundbildung für alle« (198ff.) ist inzwischen weitgehender Konsens der kritischen pädagogisch-bildungspolitischen Diskussion; so sind etwa in das Rahmenkonzept des NRW-Kultusministeriums einige zentrale Zielvorstellungen des Kongresses eingegangen.

Das gleichnamige Buch, herausgegeben vom Hauptverfasser der »Thesen und Forderungen« des Dortmunder Kongresses (189-204) und einem seiner Mitarbeiter, dokumentiert nun bewußt nicht die Referate des Kongresses, sondern will weitergehend eine systematische Bestandsaufnahme der Diskussion um die neuen Technologien vorrangig im Bildungsbereich leisten. Leider erfüllt das Buch die selbstgesteckten Erwartungen in keiner Weise. Die ersten drei Beiträge (11-57) befassen sich nicht mit dem Bildungssystem, sondern mit den Planungen zur Verkabelung der privaten Haushalte (Kubicek), den Auswirkungen der neuen Technologien auf die Arbeit (Briefs) und mit der besonderen Betroffenheit der erwerbstätigen Frauen (Roth). Als erste Orientierung sind diese Überblicksaufsätze — ähnliche haben die Autor/inn/en bereits mehrfach veröffentlicht — durchaus brauchbar, ebenso das nachfolgende Zukunftsszenario zur Veränderung des Alltags durch die neuen Medien (Schorb).

Die weiteren elf Beiträge behandeln einzelne Bereiche des Bildungssystems. Ärgerlich aber ist, daß sie sich zum großen Teil in der hehren Sphäre der abstrakt-allgemeinen pädagogischen Normen und Forderungen bewegen. Spiel und Kommunikation, Körpersprache und soziales Lernen sollen den Informatikunterricht ergänzen oder ersetzen; Familien sollen ohne Fernsehen »bewußter«, d.h. glücklicher leben, Eigenproduktivität soll gelernt werden, die Bildungsprogramme des Fernsehens sollen Hintergründe darstellen, ethische Fragen und solche über das Wesen der Technik sollen im Unterricht behandelt werden.

Abgesehen von einigen eher informierenden Aufsätzen (Heidenreich über neue Medien im Sonderschulbereich, Hafener und Kolfhaus über jugendlichen Videokonsum) sind die Ergebnisse, gemessen an dem, was in der Praxis geschieht, sehr dünn. Während im Volkshochschulbereich BASIC-Kurse und Computereinführungen bereits »die« Renner sind, spekuliert der Beitrag über die Weiterbildung über ein neues, kritisches Selbstbewußtsein in einer infomobilen Gesellschaft (116). Während an den Schulen fleißig programmiert wird, fordert ein anderer Beitrag, daß die Schüler »stets auch etwas über die zu Schaltkreisen und Programmen geronnenen gesellschaftlichen Normen und Werte dieser Technik erfahren« (83). Solche Zitate lassen sich zuhauf finden. Ich frage mich, was dieses Buch bewirken soll, wem das Buch nützen kann, wenn all die vielen Forderungen nicht ein einziges Mal konkretisiert werden, wenn nicht — beispielsweise — gezeigt wird, wie Volkshochschulen kritisch mit den neuen Technologien und Medien umgehen können bzw. was die Rede von den zu Schaltkreisen geronnenen gesellschaftlichen Normen inhaltlich und unterrichtspraktisch bedeuten könnte. Wenn dann an prominenter Stelle sogar technischer Unfug steht (z.B. 193f.), kann das sogar den eigenen Intentionen schaden.

Zudem fehlt, was für den Zusammenhang von neuen Medien und Lernen essentiell wichtig ist: eine Übersicht über den Einsatz der neuen Technologien in den Schulen etwa, eine kritische Analyse der Informatikrichtlinien der Kultusminister,

ein Report über die Politik der Hersteller gegenüber den Schulen, ein Überblick über den Entwicklungsstand der Educational Software, eine Diskussion der ausländischen, insbesondere US-Erfahrungen, die Frage nach dem Nutzen von Simulationsmodellen, ein vergleichender Beitrag über die Angemessenheit von BASIC, Pascal und LOGO für Kinder und Jugendliche, Modelle eines kritischen Technologieunterrichts usw.

Fazit: Die Gelegenheit einer »historischen und zukunftsorientierten Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der neuen Medientechnologien im Bildungssystem« (Klappentext) wurde nicht genutzt — das Buch ist leider ein Dokument für die schlechte Angewohnheit der pädagogischen Linken, wortgewaltig und -gewandt gute und erstrebenswerte Bildungsziele und -forderungen aufzustellen und zu veröffentlichen, während die Computer- und die Medienindustrie, die Informatikspezialisten und die modern-konservativ eingestellten Pädagogen die reale Bildungspraxis »sachlich« besetzen.

Wilfried Kunstmann (Marl)

**Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Technikunterricht in Frankreich und Großbritannien.** Studien Bildung Wissenschaft. Bonn 1985 (66 S., br.)

Ähnlich dem Sputnik-Schock in den sechziger Jahren haben jetzt offensichtlich die neuen Technologien die bildungspolitisch Verantwortlichen auf Bund-, Länder und EG-Ebene aufgeschreckt, umgehend Maßnahmen zu einer stärkeren Verankerung des Technikunterrichts in der Allgemeinbildung zu ergreifen. Das vorliegende Gutachten über den Technikunterricht im zentralistisch organisierten Bildungssystem Frankreichs und im dezentralisierten, hinsichtlich Schultyp und Rechtsform heterogenen Schulwesen Englands sollte Aufschluß über Selbstverständnis, Inhalte, Organisationsformen und curricularen Aufbau des Technikunterrichts sowie über Art und Umfang informationstechnischer Bildung und darauf bezogener Lehrerweiterbildungsmaßnahmen in diesen Ländern geben. Beauftragt vom BMBW wurde der Verein Deutscher Ingenieure (Gutachter: W. Hörner, W.E. Traebert, G. Tyrchan).

Die wichtigsten Ergebnisse des auf Literatur- und Feldstudien basierenden Kurzgutachtens sind: In beiden Ländern wird Technikunterricht als eigenständiges Fach konzipiert, deutlich von der Berufsbildung abgegrenzt und als notwendiger Bestandteil der Allgemeinbildung zumindest in der Sekundarstufe I angesehen. Während vor allem in England in der verstärkten technischen Bildung ein Mittel zur Wiedergewinnung wirtschaftlicher Prosperität gesehen wird, wird in Frankreich neben zweifellos auch hier ausschlaggebenden ökonomischen Motiven das bildungspolitische Ziel der Herstellung von Chancengleichheit beim Zugang zum weiterführenden Schulwesen stärker betont: Nach der sozialistischen Regierungsübernahme wurde ein stärker theoretisch orientiertes Fach Technologie konzipiert und durchgängig mit drei Stunden im Pflichtbereich der Sekundarstufe I angesiedelt. Damit soll der sozial-selektive Zuschnitt des Technikunterrichts als Alternative zur zweiten Fremdsprache und somit faktisch dessen Unverträglichkeit mit höheren Bildungsabschlüssen — wie es bisher auch für das hiesige Bildungssystem kennzeichnend ist — vermieden werden. Ähnlich der polytechnischen Bildungskonzeption sollen die Inhalte und Vermittlungsformen sowohl wissenschafts- als auch produktionsorientiert sein: gelernt werden soll die typisch »technologische Vorgehensweise« der Problemanalyse und -lösung (13). Gleichzeitig soll der Schüler »sowohl die Beziehung von Technik und Kultur als auch das Verhältnis von technischem Wandel und sozio-ökonomischen Veränderungen in der Gesellschaft verstehen lernen. (...) Dazu aber wird eine Öffnung gegenüber den Produktionsstätten für notwendig erachtet.« (19) In England

gibt es demgegenüber noch keinen einheitlichen Pflichtunterricht im Fach Technik, obwohl auch hier die Tendenz zum eigenständigen Fach zu beobachten ist. Auch hier soll das »problem solving« im Gegensatz zur bloßen Stoffvermittlung oder zum handwerklichen Basteln im Technikunterricht vermittelt werden. Auf Grund der Dezentralisierung und des Fehlens einheitlicher Richtlinien wird hier die konkrete Durchsetzung stärker von Wirtschaftsverbänden beeinflusst. Bemerkenswert sind die in England forciert vorangetriebenen Projekte zur Heranführung von Frauen an die technische Bildung, die leider von den Gutachtern nicht näher erläutert werden.

Einen gesonderten Abschnitt widmen die Gutachter der Einführung der »neuen Technologien« in die Schule. Sowohl in Frankreich als auch in England verbindet man damit offenbar ein doppeltes Ziel: Informationstechnik als Unterrichtsgegenstand und als »transversales Medium« des Lernens in allen Fächern. Das Gutachten macht deutlich, daß in beiden Ländern die Diskussion um die pädagogische Zielsetzung der »Informatisierungskampagne« in den Schulen noch aussteht und die massiven Vorstöße der Computerindustrie die pädagogische Reflexion in den Hintergrund drängen.

Die abschließenden Empfehlungen der Gutachter für die Weiterentwicklung der technischen Bildung in der BRD (Technik als eigenständiges Fach, keine Konkurrenz zur zweiten Fremdsprache, Intensivierung der pädagogischen Forschung und der Lehrerfortbildung über neue Technologien) sind weder falsch noch neu. Zurück bleibt jedoch der Verdacht, daß sie an den eigentlichen Hindernissen für die Verankerung einer »technischen Grundbildung für alle«, wie sie Bildungsministerin Wilms im Vorwort fordert, haarscharf vorbeigehen: an der »Unverträglichkeit« dieser Bildung mit dem dreigliedrigen Schulwesen, das mit der bildungspolitischen Wende und dem Abschneiden der Gesamtschulentwicklung in der BRD erneut zementiert wurde. Nicht zufällig wurde in dieser Gegenreform auch Arbeitslehre im wesentlichen auf ein Haupt- und Sonderschulfach reduziert. Auch wenn jetzt die allgemeine Verankerung einer technischen Bildung nicht zuletzt im Interesse des wirtschaftlichen Nutzens unabweisbar erscheint, wird sie mit dem Widerstand jener Kräfte rechnen müssen, die mit ihrem Festhalten am gegliederten Schulsystem die soziale Differenzierung und Auslese fortschreiben wollen. Ilse Schütte (Göttingen)

**Dulisch, Frank: Lernen als Form menschlichen Handelns.** Eine handlungstheoretisch orientierte Analyse von Lernprozessen unter besonderer Berücksichtigung des Selbststeuerungsaspektes. Thomas Holbein Verlag, Bergisch Gladbach 1986 (348 S., br. 38,- DM)

Ziel des Buches ist es, die Ergebnisse der psychologischen Handlungstheorie systematisch auf das menschliche Lernen zu übertragen, letzteres natürlich in diesem Kontext verstanden als »Ergebnis eines Handelns ... , welches vorrangig von dem bewußten Ziel geleitet wird, seine persönlichen Handlungsvoraussetzungen in bestimmten eingegrenzten Bereichen weiterzuentwickeln.« (149)

Dieses Programm wird in zwei Hauptschritten realisiert. (1) Darstellung der Handlungstheorie: die hauptsächlichen Begriffe werden sehr ausführlich referiert (130 Seiten); hauptsächliche Referenz ist die Theorie Hackers. Der Darstellung werden einige Bemerkungen über menschliche Informationsverarbeitung vorausgeschickt, die die in Handlungstheorien beobachtbare Tendenz, den Menschen als »Funktionsmaschine« (Haug/Nemitz/Waldhubel, *Forum Kritische Psychologie* 6, 36) anzugehen, noch radikalisieren. Lernhandeln wird entsprechend definiert als »zielgerichtetes Gewinnen und Speichern neuer Informationen« (181). Der Versuch, auch Motivationsaspekte einzubeziehen wird zwar gemacht durch eine ausführliche

Besprechung der Theorie Heckhausens, zeitigt aber im zweiten Teil kaum Früchte. (2) Analyse und Diskussion der wichtigsten Ergebnisse der Psychologie zum Problem des Lernens aus der Sicht der Handlungstheorie. Das Buch gibt eine gute Übersicht über interessante Resultate. Unterstrichen wird dabei vor allem die Bedeutung der Lernziele für die dauerhafte Speicherung neuer Gedächtnisinhalte. Wie Ziele gebildet werden, darüber wird kaum geforscht. Eng verbunden mit der Konzeption der Handlung als sequentiell-hierarchisch ist die Analyse des Lernhandelns in Komponenten: Antizipation—Realisation—Kontrolle. In einem abschließenden Kapitel versucht der Autor drei Kategorien zu bestimmen, nach denen Lernen beschrieben werden kann: *Selbstbestimmung*, bezogen auf übergeordnete vollzugsferne Entscheidungs- und Planungsprozesse; *Autonomie* als Ausmaß, in dem der Lerner externe Lerngegenstände und Lernhilfen einbezieht; *Selbstregulation*, die notwendigerweise in jedem Lernhandeln vorhanden ist, weil jeder Lerner schließlich sein Verhalten in der Lernsituation, wie sie auch sei, selbst aktiv reguliert.

Diese drei Kategorien erscheinen bei Licht besehen wie drei Schwachstellen, die ganz besonders kraß auftauchen bei der Darstellung eines als positiv gewerteten Beispiels von »Selbststeuerung von Lernprozessen in der Ausbildungspraxis der Ford-Werke AG«. Man kann die Kritik in einer polemischen Frage resümieren: *Wer* bestimmt, *was* gelernt wird und *wozu*? Die vorgestellte Theorie zeichnet sich dadurch aus, daß sie diese Frage nicht stellt bzw. so tut, als ob der Lerner allein sie löste.

Bernard Schneuwly (Genf)

## Geschichte

**Braudel, Fernand: Sozialgeschichte des 15.—18. Jahrhunderts.** Der Alltag. Kindler, München 1985 (671 S., Ln., 68,- DM)

Obwohl die Arbeiten der französischen sozioökonomischen Strukturgeschichte im Umkreis der bereits Ende der 20er Jahre von Marc Bloch und Lucien Febvre gegründeten Zeitschrift *Annales international* rasch Anerkennung fanden, setzte hierzu — eine späte Folgewirkung des Lamprecht-Streits — erst nach der Methodendiskussion der Geschichtswissenschaft in den 70er Jahren eine nähere Beschäftigung mit dieser Forschungsrichtung ein. Nunmehr ist mit der dreibändigen illustrierten *Sozialgeschichte* Braudels das wohl einflußreichste Werk der *Annales*-Schule auch einem breiteren Publikum in deutscher Übersetzung zugänglich. Braudel versteht seine *Sozialgeschichte* als eine Präzisierung der vorangegangenen Arbeiten von Werner Sombart (*Der moderne Kapitalismus*, 1902) und Josef Kulischer (*Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit*, 1928), deren »klassische Schemata« der einheitlichen Erklärung wirtschaftlicher Entwicklungsstufen er ebenso in Frage stellt wie die Versuche, die Nationalökonomie als ein in sich geschlossenes Regelsystem losgelöst von sozialen und kulturhistorischen Faktoren zu betrachten (15). Ähnlich wie in seinem bereits 1940 veröffentlichten Werk *Die Welt des Mittelmeers im Zeitalter Philipps II.*, wo er eine Unterteilung in kulturgeographische Grundlagen, sozioökonomische Strukturen und ereignisgeschichtlichen Überbau vornahm, unterteilt Braudel seine nunmehr ausschließlich wirtschaftsgeschichtlich fundierte Untersuchung in die drei Ebenen der materiellen Kultur, der Marktwirtschaft und der eigentlichen Kapitalsphäre, denen er jeweils einen Band über die Strukturen des Alltags, die Spielarten des Handelsverkehrs und die »Weltzeit« als »chronologische Untersuchung der aufeinanderfolgenden Formen und Tendenzen« der Wirtschaftsgeschichte (18) widmet. Braudel rechtfertigt seinen Versuch,



einen typologischen Überblick über die Bereiche des materiellen Alltagslebens zu geben, mit der Existenz mikrohistorischer Elemente, deren dauerhafte Verkettung Fluchtlinien und Horizonte versunkener Lebensbereiche deutlich mache, um auf diesem bislang vernachlässigten Gebiet geschichtlicher Stagnation zur Erkenntnis mittel- und langfristiger Konstanten zu gelangen (614/15). Neben dem für die *Annales* charakteristischen Zentralbegriff von der »langen Dauer« sozialökonomischer Entwicklungsvorgänge verwendet Braudel den recht traditionellen, aber dem der zeitlichen Dauer komplementären Kulturbegriff von der weit in die Vergangenheit zurückreichenden Verwurzelung einer bestimmten Menschengruppe in einem bestimmten Raum (615), den er durch den Begriff der gesellschaftlichen Gliederung unter Verwendung marxistischer Kategorien ergänzt, ohne jedoch deren Schlußfolgerungen über Strukturen und Verlaufsformen gesellschaftlicher Bewegung zu übernehmen, da der »stets aufreizende Begriff Kapitalismus« allzu leidenschaftlichen Streit zu entfachen drohe (18) und zum anderen das Problem einer Klassifikation der »Stufenfolge der Gesellschaften« (616) noch keineswegs gelöst sei.

Braudel beginnt seine Untersuchung des Alltags mit einer Würdigung demographischer und statistischer Faktorenanalyse. Im untersuchten Zeitraum könne die Welt als eine riesige bäuerliche Gesellschaft in Abhängigkeit von Klima-, Ernte- und Preiszyklen beschrieben werden, als ein Gezeitsystem der Bevölkerungsschwankungen in Relation zu den verfügbaren Subsistenzmitteln (23). Im folgenden gibt Braudel einen detaillierten Überblick über die Verteilung und Wanderung der Kulturpflanzen und die kulturdeterminierende Wirkung der Hauptgetreide Weizen, Reis und Mais vor dem Hintergrund eines ständig sinkenden Fleischkonsums vom 15. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Daneben werden die weltweite Bedeutung von Salzhandel, Fischfang, des Verbrauchs von Zucker und Gewürzen, des Aufstiegs von Tee und Kaffee, der Konsum anderer Getränke und Rauschmittel sowie die Trinkwasserversorgung detailliert dargestellt. Der Siegeszug der Genußmittel ist Braudel zufolge auf ein Kompensationsbedürfnis angesichts der anhaltenden großen Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen (276). Den Luxus bei den Nahrungs- und Genußmitteln wertet er als eine Widerspiegelung des ewigen Kampfes der Klassen und Kulturen (192), wobei er unter Berufung auf den Anthropologen Marcel Mauss in ihm und nicht in der Produktionsweise den Motor gesellschaftlicher Entwicklung sieht, so daß die Daseinsberechtigung der Reichen letztlich darin bestehe, den zukünftigen Lebensstil der Massen vorwegzunehmen (190). Auch die Formen des Hausbaus, der Bekleidung und der Kosmetik können auf Grund ihrer langsamen Veränderung sowohl als Dokumente langfristiger Entwicklungsvorgänge als auch als Indizien für tiefgreifende sozioökonomische Wirkfaktoren herangezogen werden, wie Braudel an zahlreichen Beispielen, etwa am Verfall der Körperhygiene vom 13. bis 17. Jahrhundert (351ff.) ausführlich illustriert. Die Entwicklung der Technik kann nicht isoliert von den gesellschaftlichen Vorgängen begriffen werden. Braudel zufolge wurde nach der ersten mechanischen Revolution im 11. bis 13. Jahrhundert (Wind- und Wasserantrieb) die vielfältige Verwendbarkeit der Holzressourcen zu einer wichtigen Quelle des europäischen Vorrangs vor der islamischen Welt (391). Dennoch habe der Energiemangel eines der Haupthindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung im alten Europa dargestellt (401). Der Stand der Technik beinhaltet — wie Braudel anschaulich zeigt — virtuell bereits zu Anfang des besprochenen Zeitraums weitaus größere Entwicklungsmöglichkeiten als dann letztendlich aus sozioökonomischen aber auch sozialpsychologischen Gründen verwirklicht werden, so daß er eine Obergrenze des jeweiligen Nutzbarkeitspegels absteckt, wobei der Anstoß zu deren Überwindung nie durch technische oder wissenschaftliche Ursachen

allein zu erklären sei (362). Braudel exemplifiziert das Wechselverhältnis von Beharrungsvermögen und Veränderungspotential in der Technik am Beispiel des Transportwesens. Trotz Magellans Erdumseglung seien Transportwesen und Landwirtschaft von Stagnation gekennzeichnet gewesen. Die Entwicklung der Artillerie habe indessen nicht nur die Kriegsführung grundlegend verändert, sondern einen »tiefgreifenden Wandel im Wirtschaftsleben und in der kapitalistischen Organisation der Waffenproduktion« herbeigeführt (426). Braudel zeigt den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Entwicklung der Artillerie und der Hochofentechnik, wobei die neue Kriegstechnik infolge der international mobilen Elite der Geschützmeister weltweit nicht zu einer Verschiebung der Grenzen zwischen den großen Kulturgemeinschaften geführt habe (431). Immerhin habe die exorbitante Steigerung der Rüstungsausgaben bereits in Friedenszeiten die Leistungsfähigkeit des Staates und die Gewinne der Unternehmer erhöht (430). Die europäische Vormachtstellung in der Hochseeschifffahrt sei weder mit einer höheren Technologie noch der Notwendigkeit kapitalistischer Expansion zu erklären. Ausschlaggebend sei vielmehr eine mit dem 13. Jahrhundert einsetzende langanhaltende Spannung, die das materielle Leben aus den Fugen gehoben und die gesamte psychologische Verfassung der abendländischen Gesellschaft gewandelt habe. »Goldhunger«, »Erlebnisdurst« und »Gewürzgie« hätten sich mit einem stetigen Streben nach praktisch verwertbaren Neuerungen auf technischem Gebiet zum Zwecke der Arbeitserleichterung und Ertragssteigerung verbunden, wobei hinter dieser Entwicklung die unverkennbare Absicht gestanden habe, »die Welt zu meistern« (450).

Braudel unterscheidet für den von ihm untersuchten Zeitraum drei Ebenen des europäischen Geldwesens. Neben der auch weltweit vorherrschenden Grundlage der Selbstversorgung und des Tauschhandels habe es eine Vielfalt von Münzsystemen gegeben, die von einer sich stets vervollkommnenden Sphäre des grenzüberschreitenden Kreditwesens überdacht worden sei. Die Sphäre des Geldwesens eigne sich als hervorragender Indikator für Zustände und Veränderungen im Gefüge sämtlicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehungen. Das mittelalterliche Europa habe sein Geldwesen vervollkommenet, um die Übermacht des Islam zu brechen (480), dennoch habe Europa im Handel mit Asien bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts eine chronisch defizitäre Zahlungsbilanz als Strukturmerkmal aufgewiesen (505). Das Geldwesen habe schließlich die Einheit der Welt herbeigeführt, gleichzeitig aber auch die strukturellen Ungerechtigkeiten bewirkt. Die Stadt bestimme als Zäsur und Durchbruch das Schicksal der Welt (523). Die autonome Entwicklung der Städte in Europa als Kernzonen des Kapitalismus habe den Anstoß zur Entwicklung der nationalen Märkte und der Nationalstaaten gegeben. Gleichzeitig seien sie Indikatoren für eine tiefgreifende Störung des sozioökonomischen Gleichgewichts, die durch für das Staatsganze unproduktive Investitionen hervorgerufen worden sei. Die Städte seien aber vor allem Kondenspunkte sozioökonomischer und politischer Prozesse gewesen und lieferten somit dem Historiker Maßstab und Größenordnung für die Zeitverhältnisse (610). Abschließend betont Braudel, daß sein Versuch, mit Hilfe einer Klassifikation der Bereiche des Alltags die Grenzen der Entwicklungsmöglichkeiten der vorindustriellen Welt abzustecken, eine Beschränkung auf vereinfachende Linien der historischen Erklärung notwendig gemacht habe, der durch weitere systematische Detailstudien und abwägende Diskussion seiner Befunde ergänzt oder korrigiert werden müsse. Die Widersprüche zwischen den Ebenen des materiellen Unterbaus, des gewöhnlichen Wirtschaftslebens und den weitgesteckten Zielsetzungen des Kapitalismus drängten letzteren zur flexiblen Reaktion und Veränderung seiner inneren Strukturen, die ihrerseits auf die beiden unteren Ebenen verändernd ein-

wirkten. In diesem Sinne stelle der Frühkapitalismus die »glänzendste wirtschaftliche Erfindung der Welt« dar und sei »Ursprung und Merkmal jeglichen bedeutenden materiellen Fortschritts«, aber auch der Ausbeutung des Menschen. Der Grund hierfür liege nicht nur in der Aneignung des »Mehrerts«, sondern auch in jenem Mißverhältnis der Kräfte und Verhältnisse, welches bewirke, daß im nationalen Rahmen wie auch international stets Vorrangstellungen besetzt und besonders einträgliche Sektoren ausgebeutet werden könnten. »Die Möglichkeit der Wahl aber stellt selbst dort, wo sich in Wirklichkeit nur recht begrenzte Alternativen bieten, eine unermeßliche Vergünstigung dar.« (618) Insgesamt zeichnet sich Braudels *Sozialgeschichte* durch eine große Materialfülle und auch durch den Versuch aus, mit Hilfe einer die gesamte Welt komparativ-integrativ erfassenden sozioökonomischen Strukturgeschichte neue Wege in der Historiographie zu öffnen. Die Vielfalt der herangezogenen Quellen wirft aber auch die Frage nach den Auswahlkriterien auf, zumal etwa zur Entwicklung der Kulturpraktiken des Alltags die Arbeiten von Friedell und Elias, hinsichtlich der Genußmittel die Untersuchung von Schivelbusch und bezüglich der Kulturgeschichte Chinas das Werk von Granet nicht verarbeitet werden. Die größte Problematik bei Braudels Ansatz besteht jedoch darin, daß die Fülle der deskriptiven Details in deutlichem Gegensatz steht zu einer reduzierten theoretischen Reflexion des eigenen Vorgehens, was sich dann auch in zahlreichen eher essayistisch anmutenden Aussagen zu grundlegenden historischen und soziologischen Sachverhalten niederschlägt. Wolf Kindermann (West-Berlin)

**Dülmen, Richard van: Theater des Schreckens.** Gerichtspraxis und Strafrituale in der frühen Neuzeit. C.H. Beck Verlag, München 1985 (240 S., br., 38,- DM)

Gegenstand der Untersuchung ist das frühneuzeitliche Strafsystem, wie es sich ab dem 15. Jahrhundert herausgebildet hat und teilweise bis ins 19. Jahrhundert hinein praktiziert wurde. Dabei kommt ein komplexes Ensemble von Ehren-, Körper- und Todesstrafen in den Blick, deren Sinn und Bedeutung, wie Dülmen zeigen kann, sich erst erschließt, wenn man den bürgerlichen Rechtsvorstellungen die spontan-unüberlegte Gefolgschaft verweigert. Wo der Bürger nur Grausamkeit, Willkür und Gewalttätigkeit einer unumschränkt herrschenden Obrigkeit zu sehen vermag, zeigt sich »ein ambivalentes Spiel, das keineswegs zwangsläufig zugunsten der Herrschaft auslaufen mußte« (85).

Im Zentrum steht ein Vorgang, den Dülmen als »Verherrschäftlichung des ganzen Gerichtswesens« bezeichnet (51). Während im Mittelalter Prozeßverfahren, Urteilsverkündung und Strafvollzug eine Einheit bildeten, deren Elemente »in offener Sitzung« verhandelt wurden (ebd.), treten später Urteilsfindung und -vollstreckung immer weiter auseinander. »Richten und Urteilen wurden getrennt.« (38) In der peinlichen Gerichtsordnung Karls V., der sogenannten »Carolina« von 1532, wird dieser Vorgang festgeschrieben. Das Urteilen gerät »zu einem Geschäft akademisch gebildeter Juristen und zur Sache eines geheimen Gremiums« (39); Professionalisierung und Abschließung gegen die Öffentlichkeit gehen Hand in Hand.

Was Recht ist, kann mit dieser Vertikalisierung der Kompetenzen deshalb nicht einfach »von oben« verordnet werden. Der Justizapparat bleibt in den entscheidenden Punkten auf die Subjektionsfähigkeit »unten« angewiesen: Das Geständnis des Angeklagten, das »frei und ungezwungen« sein mußte (36), und die Zustimmung des Volkes, das seinen Rechtsvorstellungen am Tag der öffentlichen Hinrichtung unter Umständen gewaltsam Geltung zu schaffen versuchte. Ein Geständnis, das unter der Folter erpreßt wurde, war daher wertlos. So sehr die Repressalien bei der Produktion des Geständnisses im Auge behalten werden müssen, so deutlich wird

doch auch die enorme Rolle, die der Überzeugungsarbeit des Geistlichen zuwuchs, denn dieser war für »die Einstimmung des Delinquenten auf den Tod« (83) zuständig. Im »Theater des Schreckens« wird ein Stück inszeniert, in dessen Zentrum der Unterwerfungsvorgang par excellence steht: die innere Bereitwilligkeit des »Armen Sünders«, auf sein Leben zu verzichten, um Recht und Ordnung des durch seine Tat verletzten Gemeinwesens wieder herzustellen. Im vorbildlichen Armen Sünder verdichten sich Missetäter und Märtyrer: Mit dem öffentlich verkündeten Geständnis und der erklärten Todesbereitschaft »trat der Arme Sünder nicht mehr als Bösewicht auf, sondern als reumütiger Christ, der zur Schlachtbank geführt wurde« (161). Dülmen macht mit dem vorgeführten Material deutlich, daß die öffentliche Hinrichtung einen strategischen Einsatzort bildet, aus dem die Obrigkeit einen Teil des ideologischen Zements holt, mit dem sie das Volk an sich bindet.

Die Ambivalenz, welche die Gestalt des Bösewichts in ihr Gegenteil verkehrt, durchzieht das ganze Schauspiel. Foucault, den Dülmen zustimmend zitiert, hat daher auf das »Karnevaleske« jeder Hinrichtung hingewiesen, das »die Gewalten verhöhnt und die Verbrecher heroisiert« (Foucault, zit. n. 147). Die Rechtsvorstellungen, die im Volk lebendig sind, können in Widerspruch geraten zur Strafpraxis der Obrigkeit. Das anwesende Militär vermag den Scharfrichter, dieses Sinnbild der strafenden Obrigkeit, vor der aufgebrachten Menge nicht immer zu schützen. Vor allem wenn er »übel richtet« (153), wenn die Enthauptung nicht auf den ersten Streich gelingt und dem Missetäter infolgedessen nicht gerechtfertigte Grausamkeiten angetan werden, kann sein Leben unmittelbar in Gefahr geraten. In Lübeck sollen 1533 anlässlich einer schlechten Exekution gleich fünf Scharfrichter erschlagen worden sein (154). Kurz, nicht die Rechtmäßigkeit des Urteils wird in Zweifel gezogen, sondern die Rechtmäßigkeit der Vollstreckung wird durch das anwesende Volk kontrolliert. Was als gerecht zu gelten hat — dies bleibt der Obrigkeit nicht kampfflos überlassen. Umgekehrt konnte es auch vorkommen, daß das Volk einen Missetäter, der nach seinem Empfinden zu milde behandelt worden war, vor dem Stadttor steinigte.

Das alte Recht zielte nicht die Besserung des Angeklagten an. Es ging darum, »an ihm eine dem Delikt entsprechende Strafe zu exemplifizieren, die mit dem Subjekt unmittelbar nichts zu tun hatte« (144). Im Zentrum steht die Tat, nicht der Täter. Die Strafe soll das Verbrechen äußerlich sichtbar machen, der verstümmelte Körper und die geschändete Ehre sollen zum abschreckenden Zeichen werden. Im 18. Jahrhundert, mit der Verbreitung der Zucht- und Arbeitshäuser, rückt der Täter in den Mittelpunkt. Jetzt erst kann den populären Rechtsvorstellungen wirksam der Boden entzogen werden. Mit dem alten Recht geht es in dem Moment zu Ende, wo das Strafsystem im Innern der Subjekte selbst ansetzt und sie als besserungs- und gemeinschaftsfähig, als »gute Subjekte« wieder einzugliedern versucht.

Peter Jehle (West-Berlin)

**Koenen, Gerd: Der unerklärte Frieden.** Deutschland, Polen und Rußland. Eine Geschichte. Sandler Verlag, Frankfurt/M. 1985 (415 S., br., 29,- DM)

Der Essayband verdankt seine Entstehung und manche seiner Thesen dem Engagement des Autors für die polnische Solidarność. Deren Scheitern konfrontierte Intellektuelle wie Adam Michnik erneut mit den geo-, macht- und sicherheitspolitischen Realitäten ihres Landes zwischen den Nachbarn im Osten und im Westen. Bei nüchterner Bestandsaufnahme geht es um die Zukunftsfrage, wie die Weltmacht Sowjetunion, der durch ihre herausragende Rolle als Opfer und Besieger des Hitler-Faschismus ein institutionalisiertes Mitspracherecht bei der Gestaltung des europäischen Kontinents zugefallen sei (407), zu einem friedlichen Rückzug »aus der Falle

des Sieges«, aus den ökonomisch und politisch kostspieligen Belastungen ihres »imperialen Sicherheitskomplexes« zu bewegen sei.

Im Titel erscheint das von Wunsch und Hoffnung inspirierte Leitmotiv des Bandes: In den Absprachen von Jalta 1945 blieb der Frieden, der »kalte Frieden«, unerklärt. Es kommt darauf an, den Frieden im Kant'schen Sinne zu »stiften«. Voraussetzung dafür sei die Lösung der »deutschen Frage« durch das Instrument des ausstehenden deutschen Friedensvertrages. Der Untertitel — eine Abwandlung des Fragments »Polen, Preußen und Rußland« von Karl Marx aus dem polnischen Aufstandsjahr 1863 — benennt das grundlegende politische Spannungsverhältnis. Er verweist zugleich auf die Methode Koenens: außer einer Fülle historischen, literarischen und geschichtsphilosophischen Werken verwendet er die »Klassiker« des Marxismus-Leninismus nicht als bindende Interpretationsvorlagen, sondern »wertfrei« als ideengeschichtliches Quellenmaterial.

Unter der Überschrift »Marx in Rußland« skizziert Koenen die Marx-Rezeption von der »Verdrängung« seiner positiven — »anarchistischen« — Charakterisierung der russischen Landgemeinde sowie seines westlichen Hasses auf die asiatische Despotie bis zu seiner späten Revision dieses Negativbildes zugunsten einer sozialistischen Zukunftsvision, in welcher die Arbeiterkommune in Deutschland und die Bauernkommune in Rußland sich für Europa arbeitsteilig ergänzten. Daß dieses für die Gründerväter des Marxismus, vor allem für Engels, letztlich doch *nicht* prägende Zukunftsbild unter gänzlich veränderter historischer Konfiguration im 20. Jahrhundert auf beiden Seiten engagierte Verfechter fand — bereits 1918/19, dann in der Rapallo-Ära 1922-1933 —, gehört zu den ausführlich belegten, provozierenden Thesen des Buches.

Die Faszination für das von Machtkalkül und Haßliebe, Kooperation und Doppelspiel geprägte deutsch-russische Verhältnis wird bei Koenen selbst spürbar. Daß er ihr nicht erliegt, rührt aus seiner die Besorgnisse Polens widerspiegelnden Perspektive. So verfolgt er mit »westlichen« — »polnischen« — Augen den Aufstieg Rußlands, des »tausendjährigen Reiches« mit seiner »eigentümlichen Dialektik von Gemeinfreiheit und Staatlichkeit« (25), sodann die von Peter I. dem Großen bis zu Stalin reichenden despotischen Modernisierungsschübe. Im Zeichen mehrfacher ökonomisch-technisch eindimensionaler »Verwestlichung« einerseits, im Zuge ungehemmter kontinentaler Expansion andererseits entstand der russische Machtkomplex. Unübersehbar gerät der 68er-Intellektuelle Koenen bei der Abrechnung mit dem Stalinismus in die Nähe herkömmlicher -- ideologisch meist zweckgenutzter — konservativer Geschichtsskepsis, wenn er fragt, »ob womöglich die entwickeltsten Formen eines politischen Totalitarismus und systematischen Terrors gerade erst auf Grund einer wissenschaftlichen Gesellschaftsanalyse, überlegener Motive und höchster Fortschrittsziele Wirklichkeit werden konnten?« (12). Der Einwand, hier schwingt die vom Revolutionskater gezeichnete neueste Stimmung der *nouveau philosophes* von jenseits des Rheins herüber, liegt nahe. Ihm könnte Koenen mit seiner subtilen Kenntnis der russischen Ideengeschichte begegnen: Die russische »Revolution von oben« wird getragen von jenem messianischen Sendungsbewußtsein Rußlands, das — über alle unversöhnlichen Gegensätze hinweg — die revolutionären »Westler« mit dem Slawophilen im 19. Jahrhundert, viele heutige russische Intellektuelle mit ihren Landsleuten im westlichen Exil — allen voran der »konterrevolutionäre« Solschenizyn — verbindet.

Mit einem ausgeprägten Gespür für Pointen präsentiert Koenen Fakten, die aus dem Rahmen gefälliger Geschichtsbilder fallen. Dazu gehört der auch im revolutionären Rußland stets virulente großrussische Nationalismus, den etwa nicht nur

Tuchatschewski, sondern auch Trotzki in den Bürgerkriegsjahren kriegspsychologisch erfolgreich mobilisierten. Dazu gehören für den deutschen Leser aufschlußreiche Details der polnischen Nationalgeschichte, die der Autor mit deutlicher Sympathie für den großpolnischen Föderalismus Pilsudskis und für die »nationale Linke« und deren Rolle im Widerstand gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg nachzeichnet. Mit ironisch-distanziertem Interesse spürt Koenen den nationalrevolutionären Tendenzen der Weimarer Republik nach, die nach dem Versailler Vertrag, »dieser Kombination eines kapitalistischen Wirtschaftsdiktats mit einer machtsstaatlichen Beschneidung, die Deutschland zum erstenmal in seiner Geschichte die Konturen eines eigentlichen Nationalstaats verlieh« (149), rechts- und linksaußen hervorschoßen. Mit diesen Bestrebungen wird »Rapallo« heute häufig — in politisch zweckgebundener Blickverengung auf die Westbindung der BRD — ausschließlich assoziiert. Koenens Behandlung des Rapallo-Komplexes bleibt demgegenüber wesentlich differenzierter, obgleich seine Argumentation stets vom polnischen Dilemma geprägt bleibt.

Die Abwägung historischer Chancen leitet Koenen auch bei seiner Reflexion über die von neuen Widersprüchen durchzogenen Geschichtsmarkierungen »Jalta« und »Potsdam« im Jahre 1945: Im »Geist von Potsdam« steckte — aus sowjetischem Sicherheits- und Machtkalkül heraus — noch ein Stück »Rapallo« — andererseits hätte der ungeteilte deutsche Nationalstaat der Sowjetunion die Öffnung nach Westen ermöglichen können. Erst die westdeutsche West- und Teilungsoption unter Adenauer verbaute diesen Weg. »Jalta« steht somit als Synonym für das am Ende des Kalten Krieges fixierte Kondominium der Supermächte und ihrer Blöcke in Europa durch die Teilung Deutschlands, symbolträchtig vollendet durch den Mauerbau 1961. Die vom Konzept der Entspannung zwischen den Blöcken getragene Ostpolitik der 70er Jahre hat den erhofften Wandel der europäischen Teilungsrealität nicht herbeiführen vermocht.

Angesichts des »Fetischs der 'Normalität'« (401) fordert Koenen eine auf die Aufhebung des von »Jalta« definierten Status quo zielende bundesdeutsche Initiative unter dem — etwas hochtönenden — Schlagwort einer neuen deutschen »Ostpolitik des dritten Weges«. Er propagiert »ein *großes Angebot*« an die Sowjetunion — das »Angebot einer Art europäischer Wiedervereinigung, die sie aus der Falle des Sieges entläßt.« (410) Zu konkretisieren wäre dieses Angebot durch den Friedensvertrag der Siegermächte mit den beiden deutschen Staaten — unter deren ausdrücklichem Verzicht einer staatlichen Wiedervereinigung! Mit dieser Schlußpointe dürfte der Autor bei vielen auf Widerspruch stoßen: Allein die von Koenen selbst angeführte, aber perspektivisch nicht aufgelöste Berlin-Problematik sperrt sich gegen die deutsche Teilung als politische ultima ratio. Dennoch: für seine Courage, die »deutsche Frage« als des Pudels Kern der europäischen Sicherheits- und Friedensproblematik zu benennen, gebührt Koenen aller Respekt.

Seine Zukunftshoffnungen gründet Koenen — hier selbst nicht widerspruchsfrei — auf die Reformen Gorbatschows bzw. auf die von oben ausgelöste Dialektik im Innern. Derzeit lassen sich außer Gorbatschows viel zitiertem Wort vom »gemeinsamen Haus Europa« — Anzeichen, die sowjetische Führung sei zu einer Öffnung nach Europa, einer Teilemanzipation Ostmitteleuropas (Stichwort »Finnlandisierung«) und zu Avancen in Sachen Friedensvertrag bereit, kaum erkennen. Wie auch immer: ob ein »großes Angebot« — als leerer Appell — ungehört an der Krellmauer verhalte, hinge in erster Linie von einem Versuch der politischen Klasse in Bonn ab.

Herbert Ammon (West-Berlin)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Richardson, Elke A., und Regina Michalik (Hrsg.): Die quotierte Hälfte.** Frauenpolitik in den grün-alternativen Parteien. LitPol Verlagsgesellschaft, Berlin 1985 (151 S., br., 16,- DM)

Elf Frauen, der Frauenbewegung verbunden und in grün-alternativen Parteien organisiert, berichten über Erfahrungen, die sie in unterschiedlichen Funktionen und Gremien dieser Parteien machten, wenn es um Frauenpolitik ging. Es sind durchweg sehr kritische Bilanzen, die da gezogen werden, wenngleich die Bewertungen so vielfältig sind wie die politischen Konstellationen, die zu resignativem Rückzug oder Durchhalteparolen oder Triumphgefühlen führen.

Richardson — selber wieder aus der Gremienarbeit bei den Grünen in die autonome Frauenpolitik zurückgekehrt — skizziert einleitend zwei Problemfelder, auf denen aktive Frauen derzeit zu kämpfen haben. Da sei zum einen der »Prozeß der erzwungenen und freiwilligen Entpolitisierung« (13), gerade auch bei Frauen, zum anderen die Schwierigkeit, in den parteiinternen Strukturen und Formen Politik zu machen, die sich immer wieder als zähe Widerstände gegen feministische Umtriebe auswirkten. Im Vordergrund der Beiträge aus der praktischen Politik vor Ort, in Ratsfraktionen, Kreis- und Landesverbänden, steht diese Auseinandersetzung nach innen. Unverblümt als die Parteiäson der übrigen Parteien dies zuliebe, heißt es: »die Männer in unserer Partei sind genauso patriarchalisch, chauvinistisch und lernunwillig wie die meisten anderen«. (35)

Allerdings sind keineswegs konkrete Auseinandersetzungen mit Parteimännern oder mit spezifischen Strukturen die wichtigsten Ansatzpunkte für Kritik. Vielmehr tauchen immer wieder Gedanken zu zwei — wie mir scheint — Grundsatzfragen auf, wovon die eine originär feministisch ist, während die andere grünes Selbstverständnis/Politikverständnis reflektiert.

Feministisch ist die Frage nach der Bündnisfähigkeit der Frauen innerhalb der (gemischten) Organisation oder, anders ausgedrückt, der Frauensolidarität. Durchgängig ist Enttäuschung spürbar, wird die Uneinigkeit der Frauen, ihr Gespaltensein, als Versagen geschildert. »So scheiterten wir, nicht zuletzt an den Frauen der grünen Partei.« (22) Und wenn, wie im Beitrag von Fischer (AL Berlin), an den Schluß der Appell gesetzt wird, es sei unbedingt notwendig, einen gemeinsamen Grundkonsens für den Kampf um Frauenbefreiung (...) zu finden (95), so klingt das ähnlich entmutigend wie die Aufforderung, den Stein der Weisen zu finden.

Erhellend scheint mir in diesem Zusammenhang der Hinweis von Michalik, daß »das Gemeinsame von Frauen ... immer noch die Position der Diskriminierten, des Opfers« sei (59). Mir kam daraufhin der Gedanke, daß der Abschied von dieser Art von Gemeinsamkeit jedenfalls nicht als Schwäche der Frauen zu interpretieren ist. Was wäre, wenn die beklagte Uneinigkeit gerade die notwendige Folge einer politischen Situation wäre, in der sich uns Frauen tatsächlich viele Bewegungsmöglichkeiten eröffnen? Eine Situation, die mehr fordert als die Erkenntnis, daß wir uns gemeinsam gegen Unterdrückung zur Wehr setzen müssen. Z.B. die Nutzung bereits erkämpfter Handlungsmöglichkeiten — und die bieten sich zweifellos innerhalb der Grünalternativen: als »Bewegung, als Möglichkeit, Öffentlichkeit herzustellen, Erleichterungen im Alltag für Menschen und insbesondere Frauen zu erreichen, ja auch zu lernen, mit Einfluß, Öffentlichkeit, Macht umzugehen.« (69)

Die Formen aber, in denen Frauen mit unterschiedlichen (frauen)politischen Standpunkten zusammenwirken könnten, müssen erst noch erfunden und probiert werden; Uneinigkeit kann hier vielleicht auch produktiv sein. Gerade weil dieser

Bedarf nach eigenen Strukturen fast alle Autorinnen des Buches bewegt, sind besonders die Beiträge bewegend, die sich mit *praktischen* Vorschlägen darauf beziehen; das sind aber leider wenige. Die Vorschläge reichen von mutigen kleinen Ansätzen, wie den zwei Husumer Ratsfrauen, die dezidiert zu zweit kandidierten, um sich gegenseitig stützen zu können, bis zum vergleichsweise »großen Wurf«, der bewußt als Kollektiv geplanten Frauenfraktion der GAL in Hamburg. Wenn das Schlagwort von der »vernetzten Politik« mit Leben gefüllt werden soll, braucht es hier noch viel mehr Ideen, die aus der Praxis kommen. Daß es damit innerhalb der Alternativpartei(en) nicht zum Besten steht, davon zeugt dieser Band.

Die andere, immer wieder auftauchende Grundsatzfrage wird ebenfalls mehr aufgezeigt, ohne daß sich die Autorinnen zu klaren Positionen durcharbeiten. Es geht um die strategische Ausrichtung grüner Politik in den nächsten Jahren (ein Thema, das nach der Bundestagswahl und der zerbrochenen Koalition in Hessen besondere Brisanz erhält). Viele Beiträge beantworten die Frage, indem sie einen innigen Zusammenhang zwischen feministischer Politik in der Partei und parteilicher Zukunft behaupten/feststellen. So gibt es in der Haltung zur SPD Warnungen: »Frauen haben ein zusätzliches Argument, eine ganz andere Partei als die SPD zu wollen« (29) und verblüffende gedankliche Überläufer: »In Hessen hat sich gezeigt, daß frauenspezifische Forderungen, die von gesellschaftlichen Gruppen getragen werden, auch mit der SPD verwirklicht werden können.« (28)

Durchgängig findet sich Skepsis gegen die zunehmende Vermachtung und Professionalisierung der Politik innerhalb der Grünen, ohne daß alternative feministische Konzepte erkennbar sind. Die eingangs beklagte zunehmende Trennung der frauenpolitischen Inhalte von allgemeinen strategischen Überlegungen scheint mir mit einem Selbstverständnis zusammenzuhängen, das Frauen als Teil eines Ganzen faßt. Einen Ausbruch aus diesem Dilemma können vielleicht nur Konzepte bewirken, die den Anspruch der Frauen nicht länger als Teilhabe, sondern als Verallgemeinerung auffassen. So ist Goehlers Begriff der »neuen/anderen politischen Kultur« der Grünalternativen verknüpft mit dem Anspruch, »herausfordernd auf *allen* Sachgebieten zu sein, den Männern ihren Begriff von Sachkompetenz streitig zu machen, ihnen einen Umgang mit Politik vorleben, in dem weibliche Kompetenz sichtbar wird, daß ihnen nur so die Ohren schlackern« (113).

Wenn etwas in diesem Band deutlich wird, dann das: Patentrezepte für die Umsetzung feministischer Politik sind nicht in Sicht, Phantasie und Lust auf Experimente sollten sich unbedingt in eingreifendes Handeln übersetzen.

Sieglinde von Wasielewski (Köln)

**Martiny, Anke: Wer nicht kämpft, hat schon verloren.** Frauen und der Mut zur Macht. Rowohlt Verlag, Reinbek 1986 (288 S., Ln., 28,- DM)

Das Buch ist eine bunte Mischung aus Zettelkastenzitaten, »hautnahen Erfahrungen« und schlichten Polemisierungen, die zu manichäischen Weltbildern verarbeitet werden. Zielgruppe: alle Frauen.

Parteiunabhängige Feministinnen haben aufgehört in der ersten Person Realitäten wiederzugeben und/oder anzuklagen. An diese Stelle sind mehr wissenschaftliche Forschungen oder einfach nichts getreten. Die Sozialdemokratinnen haben erst jetzt im Zuge der Frauenbewegung sich selbst entdeckt: 1984 erschien eine Sammlung von Berichten ganz subjektiver Art mit dem schönen Titel: Verdient die Nachtigall Lob, wenn sie singt? (Vorwort von Herbert Wehner). In diese Lebensweisheitensammlung reiht sich auch das Buch von Anke Martiny ein. Sie stellt sich die »Machtfrage«, bzw. fragt nach den Möglichkeiten für »weibliche Macht«. Die Mächtigen



sind schnell entziffert und ohne linkes Erbe belastet, in Worte gefaßt: »die Männer«, »das Patriarchat«, »die Herrenkultur«. Und dennoch werden die Mächtigen angefleht, am Ende des Buches, als sie schon lange als untaugliche, mit den falschen Fragen beschäftigte, den Frauen deutlich unterlegene Wesen enthüllt sind: »Ihr sollt uns Raum geben für Utopien, damit wir unsere Träume träumen und daraus unsere Realität entwickeln können« (257). Martiny vergißt — bei allen hastigen Bekundungen zur »neuen Weiblichkeit« jedoch nicht, daß sie Sozialdemokratin ist und also für andere Politik machen will; ihr Broterwerb gewinnt durch die Feminisierung nur an humaner Attraktivität und sie ist damit wählbarer: »Für uns ist die Art und Weise, wie diejenigen, die Politik machen, mit denjenigen umzugehen, für die sie gemacht wird, ein elementarer Bestandteil unserer Politik, denn gewiß kann Politik nur dann zu einer Vermenschlichung der Gesellschaft führen, wenn die Trägerinnen und Träger der politischen Macht zu ihren Bürgerinnen und Bürgern genau dasjenige menschliche Grundverhältnis haben, das das Ziel ihrer Politik sein sollte« (260). Versöhnen nicht ..., jetzt also auch von Frauen für Frauen.

Es gibt zwei Konstruktionen von Macht, die untergeschliffen den ganzen Text durchziehen: die »Wollust der Herrschaft« (=männlich), und »Macht als etwas mir auf Zeit Verliehenes« (32). Die männliche Macht ist mit Potenz, Sexualität und Erotik besetzt und »muß ... Frauen in Schrecken versetzen, denn ihnen wichtige Qualitäten der Machtausübung spielen keine Rolle: Sensitivität, Verantwortungsgefühl, Einfühlung und Kreativität« (32). Die Unterstellung scheint mir nicht den Wirklichkeiten geschuldet, in Erinnerung an die »erotische Macht« von Frauen, denen ganze Heerscharen von Männern erlagen; sinnvoll wäre wohl eine Klärung der Art von Macht gewesen, statt dessen finden wir eine Ineinssetzung von politischer und mütterlicher und töchterlicher und väterlicher und persönlicher Macht. Und im eher Persönlichen liegen auch die nicht anerkannten *Eigenschaften* der von Martiny angenommenen Frauen: sensibel bei der Kinderaufzucht, verantwortlich für die nächste Generation, eingeführt in die Probleme des Ehemanns, kreativ beim Umgang mit sich selbst. Wissenschaftshörigkeit — Freud z.B. »hat die Frau zum Forschungsgegenstand gemacht, zu einem 'Objekt höherer Ordnung' gewissermaßen« (104), vermerkt sie anerkennend — und Wissenschafts- und Weltfeindlichkeit wechseln einander ab: »Männer bestreiten Dispute, wissenschaftliche Kontroversen, Symposien, Polemiken. Aber ist all dies nicht vergleichsweise tot im Vergleich zur siebenneunzigsten Warum-Frage einer Vierjährigen, die von ihrer Mutter geduldig beantwortet wird?« (86). Polemische Ergänzung: Ja, wenn man von einem Symposium kommt.

»Wir Frauen«, wie sie Martiny anspricht, sind auf jeden Fall Mütter, wir wollen Familie und Erwerbsarbeit »zusammenbringen«. Politik — selbstgemachte — fehlt, dafür gibt es ja eine Partei. Was den angehenden oder schon-Müttern an »wissenschaftlichen« psychoanalytischen Erkenntnissen für die Erziehung ihres Nachwuchses noch fehlt, reicht die Autorin nach, in einfachen Worten: von Alice Miller lernte sie, »die Weitergabe eigener Unvollkommenheit an meine Kinder« (179) zu sehen, und daß sie »das Korsett aus Leistungsstreben und Selbstbeherrschung, Verdrängung und Sublimation« zu sprengen habe (205). Was das andere Geschlecht angeht, so ist ihr klar, daß »Männer ... sich vor Triebdurchbrüchen und Hingabe« ängstigen, »weil sie Zustände fürchten, in denen die Kontrolle des Kopfes ausgeschaltet ist und Gefahren aus zu großer Nähe entstehen könnten« (220). Wenn der »Triebdurchbruch« auch ohne Hingabe stattfinden darf, dann sollte Anke Martiny sich die Vergewaltigungsstatistiken ansehen und wenn sie von Hingabe spricht, sollte sie die Berichte von Frauen lesen, die ihr Leben für andere Kinder (Kinder z.B.) gaben und für die dieses Wort keineswegs positiv (z.B. sexuell) besetzt ist.

Die Wirklichkeit hat ebensowenig mit den Ausführungen von Martiny zu tun wie die Autorin nichts mit theoretischen Entwürfen. Moderat wird ein bißchen Richter zitiert, auch Habermas fehlt nicht, Jungk und Freud, Gillingan und ein bißchen Literatur und wenig Sachkunde. Rossana Rossanda — bekannt als *Il Manifesto* Begründerin und scharf denkende Sozialistin, ist Martiny als Feministin bekannt. Marx hat eine »Wirtschaftstheorie« entwickelt, die den »Fortschrittsglauben« mitbegründete (111), Rosa Luxemburg war eine »couragierte Moralistin, die ihre moralischen Kategorien eher aus dem 'moralischen Gesetz in mir' ... zog« (265). Ihre politischen Einschätzungen sind eher der Wunsch nach fehlendem Streit. So ist die Autorin »besonders froh darüber, daß die Berührungängste von Feministinnen, Frauenhaus-Frauen, Fachfrauen an den Universitäten gegenüber uns Frauen in der Politik nachgelassen haben« (229). Warum arbeitet sie dann nicht mit den Produktivkräften der Frauenbewegung, nutzt Forschungsergebnisse, neu aufgeworfene Fragen? Oder thematisiert die »Berührungängste« von Seiten der Parteifrauen gegenüber einer sich *separat* von den Männern organisierenden Frauenbewegung?

Ihre Utopie — eine »neue Form der Geschwisterlichkeit« (257) — übersieht, daß nicht nur Beziehungen zwischen Brüdern und Schwestern zu versöhnen sind: Kain erschlug Abel. Bei Martiny werden für die Frauen nur dieselben Aufgaben bereitgehalten wie bisher: sie müssen dafür sorgen, daß Kain (oder Abel) zur richtigen Zeit im Kreis der Familie bleibt. Welche sensible Frau kann dazu schon nein sagen?

Kornelia Hauser (Hamburg)

**Haibach, Marita, Mechthild Immenkötter, Eva Rühmkorf u.a. (Hrsg.): Frauen sind nicht zweite Klasse.** Frauenpolitik für Gleichstellung. VSA Verlag, Hamburg 1986 (212 S., br. 18,- DM)

Die Autorinnen sind überwiegend in Gleichstellungsstellen bzw. Frauenbüros tätig. Das Buch reicht sich in die aktuelle Diskussion um die (gesetzliche) Gleichstellung von Frauen ein: Frauen sollen stärker Einfluß auf die Kommunalpolitik nehmen (30) und mehr Transparenz in der Kommunalpolitik erreichen (106). Die Autorinnen fordern: den Ausbau von Betreuungsplänen, um Frauen die Kombination von Berufstätigkeit und Familie zu ermöglichen (38); daß Frauenprojekte unterstützt werden sollen (38), es wird die »Schaffung oder Nutzung eines frauenpolitischen Netzwerkes« (90) angeregt, um so die Arbeiten der Gleichstellungsstellen und den Abbau von frauendiskriminierenden Tatbeständen (37) zu stärken und schließlich wird die direkte Einflußnahme auf staatliches Handeln (161) gefordert.

Drei Themen durchziehen die verschiedenen Beiträge, ohne selbst reflektiert zu werden: das Gleichheitsprinzip, die Bedeutung des Staates für die Frauenemanzipation und die Institutionalisierung von Frauenfragen. Die Arbeit der Gleichstellungsstellen wird als »Veränderung der gesellschaftlichen Stellung der Frau« (8) umschrieben, »um eine gleichberechtigte Partnerschaft von Mann und Frau in allen Lebensbereichen zu verwirklichen« (72). Obwohl die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern ein zentrales Thema des Buches ist, wird nirgendwo aufgeführt, welche konkrete Gleichheit, also welches Ziel, gemeint ist. So formuliert z.B. Mechthild Immenkötter: »Ziel der Frauenpolitik ist es, den Frauen zu ermöglichen, eine gleichberechtigte Rolle in der Familie, Beruf und Gesellschaft wahrzunehmen.« (56f.) Der Zeitpunkt sei gekommen, »daß der Gleichstellungsauftrag nicht mehr als die »Frauenfrage«, sondern immer deutlicher als die »Männerfrage« gestellt wird.« (71) Solche und viele ähnliche Sätze vermitteln etwas von der Ahnung, die die Autorinnen — wenn auch etwas zaghaft — durch ihre Arbeit erhalten: Frauenfragen werden schnell zu Menschheitsfragen. Würden sich *alle*

Frauen so verändern, daß sie sich mit dem für sie eingerichteten Ort in der Gesellschaft nicht zufrieden geben, könnte die ganze Welt nicht bleiben wie sie ist. Die notwendige Frage, *wie* sich alle Frauen zu solch unbescheidenen Haltungen bringen könnten, stellt sich leider keine Autorin. Dennoch sind die Forderungen solcher Gleichbestimmungsgesetze unmittelbar einsichtig: es sind immer *alle* Frauen gemeint, und für alle werden Handlungsräume erschlossen.

Wie denken die Autorinnen nun das Verhältnis von Staat, Institution und Frauenbewegung? Dagmar Schlappeit-Beck vertritt die These, die Gleichstellungsstellen eint die »alte« und die »neue« Frauenbewegung, weil nicht mehr quantitative versus qualitative Forderungen innerhalb der Frauenbewegung diskutiert werden, sondern Einigkeit über ihre Einrichtung bestünde, da sie beides anstrebe (z.B. Quotierung und Veränderung der Machtstrukturen) (20ff.). Sie werden von einigen Autorinnen auch als Transmissionsriemen zwischen den Politikern und Politikerinnen und den Frauen (41) und zwischen den Frauengruppen und Institutionen (9) bezeichnet und seien »Kristallisationskerne für partei- und gruppenübergreifende Frauenbündnisse« (97). Etwas eingeschränkter schätzt Eva Rühmkorf die Arbeit der Gleichstellungsstellen ein: Sie könnten dann direkten Einfluß nehmen, wo staatliches Handeln stattfände, so z.B. bei der Umgestaltung von Schulbüchern oder bei der Initiierung von Ausstellungen zu frauenspezifischen Themen (158ff.). Die Wirkungsweise ihrer Arbeit schätzt sie mehr systemimmanent und reformistisch ein, als »wirklich systemverändernd« (174).

Obwohl alle Autorinnen Kommunalpolitik betreiben und zugleich eine Zusammenarbeit von Frauenbewegung und Institution für notwendig halten, gibt es keine Überlegungen, welche politischen *Aufgaben* sich daraus ergeben. Viele Beiträge sprechen von »Bewußtseinsarbeit« und wollen bestehende »Normen und Werte« verändern, ohne daß diese Vorhaben unmittelbar mit der Frauenbewegung zusammengedacht würden. Was müssen die Frauen *in* den Institutionen tun, um einen produktiven Rahmen für die Vernetzung von feministischen und parteigebundenen-institutionellen Kräften herzustellen? Welche Formen der demokratischen Einbindung wären zu erfinden? Welche Chancen ergeben sich für die Kommunalpolitik — und weitergehend für die Dezentralisierung von Staatsaufgaben — wenn vor Ort die Institutionen auf eine *Bewegung* treffen? Die Gefahr, daß Parteien die Frauenbewegung in ihren Fragen und vielleicht auch in ihren Kräften vereinnahmt, sehen einige Autorinnen, jedoch ohne positive Gegenvorschläge.

Das Buch ist empfehlenswert, weil die Beiträge den Lesern und Leserinnen einen Einblick in die Arbeiten der Gleichstellungsstellen ermöglichen. Die einzelnen Berichte lassen erkennen, daß die Autorinnen die Frauenfrage als bedeutend diskutieren und diskutiert haben wollen. Diese Erfahrungsschätze kommen m. E. etwas zu leichtfüßig daher, es fehlte mir sowohl eine Struktur der verschiedenen Beiträge, als auch des gesamten Buches. Diese fehlenden Strukturen könnten der tatsächlich fehlenden Verbindung von Frauenbewegung und Institutionen/Parteien geschuldet sein.

Informativ ist die als Anhang abgedruckte Adressenübersicht, die von Gleichstellungsstellen und Frauenreferaten bis zu »weiteren wichtigen Adressen« (207) (z.B. Deutsche Unesco-Kommission, Fachausschuß Status Frau bis Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages) reicht. Anette Brandau (Hamburg)

**Drescher, Anne, Josef Esser und Wolfgang Fach: Die politische Ökonomie der Liebe.** Ein Essay. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (239 S., br., 14,- DM)

Wer regelmäßig die FAZ, den *Spiegel* und konservative Regierungserklärungen liest, wird zwei Drittel des Buches kennen und bloß als Zitatenschatz nutzen können. Solche Diskurse werden vorgeführt, aber nicht zergliedert. Der Essay untersucht die »Zusammenhänge von *Liebe*, *Arbeit* und *Gehorsam*« (7). Liebe wird als »Schmiermittel« (25) gefaßt, das die einzelnen in die bestehende Ordnung schliddern läßt. Es ist keine *Kritik* der politischen Ökonomie der Liebe, sondern die Diskurse werden in eine fertige These — die allerdings erst am Schluß bekanntgegeben wird — eingepaßt. Das Material wird zur Anschauung freigegeben.

Drei Arten der Liebe werden ausgemacht und dann für sich untersucht: die natürliche (Familie), die sentimentale (in der bürgerlichen Gesellschaft) und die vernünftige (als Verhältnis zum Staat). Die sogenannte Programm-, Form-, und Funktionsanalyse (vgl. 207) kommt zu dem Schluß: »So unentbehrlich Liebe als 'Produktivkraft' des Politischen ist, so schwierig läßt sie sich dem herrschenden Zeitgeist entlocken« (207). Zuvor folgten wir den Autoren und Autorinnen durch die Familienkonzeptionen der CDU und konservative Schriften, die das Weib an Haus und Kind binden wollen, auf Ehe und Treue setzen und die Nächstenliebe in den Vordergrund rücken. Über die vernünftige Liebe erfahren wir u.a., daß es »darauf (ankommt), dem kleinen Mann (auch) die wirtschaftliche Tendenzwende als (zivilen) Krieg schmackhaft zu machen ...« (146) und daß »hilfreiche Zeitgeister den Strom der Gefühle wieder in richtige Bahnen« lenken (159).

Der Schreibstil gibt Auskunft, daß die Schreiber und Schreiberinnen es besser wissen; augenzwinkernd wird Einverständnis gegen alles Konservative vorausgesetzt. Das Material scheint einheitlich. Die Autoren unterstellen, daß der »Wendepunkt (oben)« mit dem »Wendewillen (unten) zusammengeht« (225), aber sie fragen sich nicht: warum. Was macht diese Diskurse *hegemonial*, wie werden Gemeinwesenkräfte an das illusionäre Gemeinwesen gebunden? Eine widerspruchslöse, klare Antwort gibt es ganz am Ende: »Gleichgültig, was vorher war — nach dem Sieg des kapitalistischen Prinzips jedenfalls konnte es nur noch 'Pseudo-Gemeinschaften' geben, recht oder schlecht funktionierende Surrogate mit der Funktion, den Kapitalismus neu zu verhüllen: angefangen bei frühkapitalistischen 'Werksfamilien' über faschistische 'Volksgemeinschaften' bis hin zur 'moralischen Aufrüstung' unserer Tage« (210). Alles ist schlecht, vor allem aber gleich. Diese Behauptung macht den Essay u.a. so hilflos. Aber auch, daß — obwohl doch über Liebe geschrieben wird — nicht Männer *und* Frauen vorkommen. Dabei entwickelten gerade rechte Ideologen ganz besondere Anrufungsstrategien für Frauen (vgl. Frigga Haug: Die Moral ist zweigeschlechtlich wie der Mensch, in: *Das Argument* 141). Nachdem »der Bürger« als »Heiliger, Unternehmer und Arbeiter« untersucht wurde, hätten sie anschließen können: der Bürger als Weib. Die unterstellte Einheitlichkeit der Diskurse wäre spätestens daran zerbrochen.

Kornelia Hauser (Hamburg)

## Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

*Ammon, Herbert*, 1943; Staatsexamen Geschichte. Anglistik. Amerikanistik. Sozialkunde; Studienrat am Studienkolleg der FU Berlin. V: *Die Linke und die Nationale Frage* (Mitautor, 1981); div. Aufsätze. A: Neuere Geschichte; Zeitgeschichte; Amerikanistik. M: GEW

*Anders, Günther*: siehe *Argument* 161

*Albrecht, Herbert*, 1952; M.A., Philosophie. A: Sozialphilosophie

*Baratta, Giorgio*, 1938; Prof. f. Philosophie an der Univ. Urbino; Mitbegr. des Centro Studi EMIM (Emigrazione/Immigrazione). V: *L'idealismo trascendentale di Edmund Husserl* (1968); *Emigrazione e esercizio industriale di riserva* (1974); *Sartre dialettico?* (1985). A: Existentialismus und Marxismus; kulturpolitische Geschichte der 68er Bewegung in Italien; Probleme der Emigration

*Baumann, Martin*, 1960; Studium der Religionswissenschaft. A: Theoretische und methodische Religionswissenschaft; Entwicklung des Buddhismus

*Bayer, Kurt*, 1943; Mitarbeiter am Österr. Inst. f. Wirtschaftsforschung. V: *Wege zur Vollbeschäftigung* (Mitautor, 1985); *Aspekte betrieblicher Struktur Anpassung* (1986); *Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Umweltpolitik in Österreich* (Mitautor, 1986). A: Industrie- und Umweltpolitik

*Bergmann, Theodor*, 1916; Prof. Dr. agr. zuletzt: Leiter der Abt. international vergleichende Agrarpolitik. Univ. Hohenheim, jetzt Rentner. V: *The development models of India, the Soviet Union and China* (1977); *Liu Shaoqi — Ausgewählte Schriften und Materialien* (Mithrsg., 1982); *Gegen den Strom. Eine Geschichte der KPD-Opposition* (1986). A: Agrarpolitik; Agrarsoziologie; Politikwissenschaft. M: GGLF

*Brandau, Anette*, 1956; Dipl.-Sozialwirtin. V: *Massenmedien und soziale Herrschaft*, SH 64 (Mitautorin, 1986). A: Frauenbewegung und Frauenforschung

*Conert, Hansgeorg*, 1933; Dr. rer. pol.; Hochschullehrer an der Univ. Bremen. V: *Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR* (Mitautor, 1980); *Ökologie und Gesellschaft* (1984). A: Wirtschaft und Gesellschaft sozialistischer Staaten

*Demirović, Alex*, 1952; Dr. phil. V: *Jenseits der Ästhetik. Zur diskursiven Ordnung der marxistischen Ästhetik* (1982); *Philosophie und Staat*. in: *Argument* 152. A: Staats-, Ideologie-, Philosophietheorie

*Dimmel, Nikolaus*, 1959; Studium der Politikwissenschaften; Univ. Ass. A: Rechtssoziologie; Rechtstheorie; Neokorporatismus

*Feld, Raimund*, 1954; Studium der Romanistik, Gesellschaftswissenschaften, Germanistik; arbeitsloser Lehrer, Honorartätigkeit. A: Französische Linke; Staatstheorie

*Gaede, Dietrich*, 1956; Studium der Politologie. A: Friedensbewegung; Internationale Beziehungen. M: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

*Graf, Ruedi*, 1952; Staatsexamen Philosophie und Germanistik. V: *Der innere Staat des Bürgertums*, AS III (Mitautor, 1987). A: Deutsche Literatur des 18. Jh.; Ideologietheorie

*Gransow, Volker*, 1945; Hochschullehrer. V: *Kommunismusforschung* (1980); *Mikroelektronik und Freizeit* (1982); *Der autistische Walkman* (1985). A: Politische Kultur, politische Soziologie

*Gruszka, Regina*, 1963; Maschinenschlosserin; z. Zt. erwerbslos

*Hauser, Kornelia*, 1954; promovierte Soziologin. V: *Frauenformen* 1 und 2, AS 45 und 90 (Mitautorin, 1980 und 1983); *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, AS 110 (Mitautorin, 1984); *Subjekt Frau*, AS 117 (Mithrsg., 1985). A: Ideologietheorie; Subjekttheorie; Frauenbewegung. M: SFB Hamburg, *Argument*-Frauenredaktion

*Hermansson, Carl-Henrik*, 1917; Chefredakteur bei Ny Dag bis 1964; Parteivorsitzender der schwed. Linkspartei/Kommunisten (VPK) von 1964-75; Abgeordneter des Reichstages 1963-85. V: *Monopol und Großfinanz* (schwedisch, 1962); *Kommunisten-Lebensläufe* (Interviews), 2 Bde. (schwedisch, 1980); *Schweden im Netz des Imperialismus* (schwedisch, 1986); Beiträge in der Reihe *Internationale Sozialismus-Diskussion* (AS 61, AS 95) sowie in *Socialism in the World*. A: Ökonomie, Soziologie; Politik

*Hermes, Dieter*, 1937; Dr. phil., Prof. f. Amerikastudien an der Univ. Bremen, »Gulliver«-Redakteur. V: *Upton Sinclair — amerikanischer Radikaler* (1978); *Polit. Volkstheater der Gegenwart*, SH 45 (Mitautor, 1981); *Grundkurs Englisch/Amerikanistik*, SH 49 (1982). A: »Zweite Kultur«, USA. M: ÖTV, BdWi

*Illian, Christian*, 1965; studiert im 3. Semester Geschichte und ev. Theologie in Bochum

*Jehle, Peter*, 1954; 2. Staatsexamen Französisch/Deutsch, Redakteur des *Argument*. V: *Der innere Staat des Bürgertums*, AS III (Mitautor, 1987). A: Ideologietheorie

*Jung, Werner*, 1955; Dr. phil. V: *Adam Kuckhoff: Fröhlich Bestehen* (Hrsg., 1985); *Schöner Schein der Häßlichkeit oder Häßlichkeit des schönen Scheins* (1987)

*Kindermann, Wolf*, 1951; Dr. phil.; wiss. Angestellter. A: Kulturgeschichte; USA, Minderheiten. M: GEW, VVN

- Konersmann, Ralf**, 1955; arbeitsloser Lehrer; wiss. Hilfskraft und Doktorand. A: Philosophie der Subjektivität; Goethezeit. M: GEW
- Krätke, Michael**, 1949; Dr.rer.pol.; Ass.Prof. an der Univ. Amsterdam. V: *Viktor Agartz — Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik* (1978); *Kritik der Staatsfinanzen* (1984). A: Politische Ökonomie; Finanzpolitik; Sozialpolitik
- Krätke, Stefan**, 1952; Dr.Eng., wiss. Ang. an der HdK Berlin. V: *Bodenrente und Stadtstruktur* (1979); *Kommunali- sierter Wohnungsbau* (1981); *Zwischen Selbsthilfe und Staatsbürokratie* (1984). A: Stadtökonomie; Wohnungswirt- schaft; Gemeinwirtschaft
- Kramer, Jürgen**, 1946; Dr.phil.habil.; wiss. Mitarbeiter der Univ. Bielefeld. V: *English Cultural and Social Studies* (1983); Curriculum Englisch (Mithrsg. 1984); *Englisch alternativ*; AS 115 (Mithrsg., 1984). A: Literatur-/kultur- wiss. Theoriebildung (Cultural Studies); Fachdidaktik Englisch
- Krause, Hartfrid**, 1942; Dr.phil.; Fachbereichsleiter Naturwissenschaften. V: *USPD* (1975). A: Soziale Bewegung; Informatik. M: GEW
- Kreisky, Peter**, 1944; Mitarbeiter an der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien. V: *Systemanalyse des öster- reichischen Gesundheitswesens* (Mithrsg., 1978); *Pharma in Österreich* (1979); *Wege zur Vollbeschäftigung* (Mit- autor, 1985). A: Sozial-, Gesundheits- und Regionalpolitik
- Krützfeld, Lutz**, 1956; Lehramtsstudium Deutsch und Geschichte; arbeitsloser Doktorand. A: Krimi; Unterhal- tung; Postmoderne
- Kühnert, Walter**, 1949; Dr.phil., Päd. Mitarbeiter an einer VHS. V: *Die Aneignung sprachlicher Begriffe und das Erfassen der Wirklichkeit* (1983). A: Psycholinguistik; Sprachdidaktik und Sprachtheorie
- Kunsmann, Wilfried**, 1949; Dr.rer.pol.; wiss. Mitarbeiter, Geschäftsführer. V: *Kritische Theorie von der Ge- schichtstheologie bis zur Evolutionstheorie* (Hrsg., 1981); *Volkshochschulen zwischen Autonomie und Anpassung* (1986). A: Gesellschaftstheorie; Erwachsenenbildung; Militärpolitik; Neue Technologien; Arbeitslosigkeit
- Novy, Klaus**, 1944; Prof. f. Planungs- und Bauökonomie an der TU-Berlin. V: *Genossenschaftsbewegung* (1983); *Anders Leben* (Mithrsg., 1985); *Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft* (Mithrsg., 1985); *Lexikon des Sozia- lismus* (Mithrsg., 1986). M: Wohnbund e.V., Wohnbund-Beratung NRW, Verein Genossenschaftlich Wohnen
- Oeser, Hans-Christian**, 1950; M.A., Doktorand, Sprachlehrer und Übersetzer in Dublin. V: *Modern English Short Stories*, 3 Bde. (Hrsg., 1984-1986); *Irland. Ein politisches Reisebuch* (Hrsg., 1987)
- Oetjen, Hinrich**, 1933; seit 1957 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär in der Jugend- und Bildungsarbeit; seit 1970 Schulleiter der DGB Jugendschule, Oberursel; seit 1984 Schulleiter der Hans Böckler Schule, Hattingen
- Pasolini, Pier Paolo**, 1922; 1975 von einem Strichjungen erschlagen; Lyriker, Filmemacher, kulturkritische Ar- beiter; langjähriges Mitglied der Kommunistischen Partei, mit der er wegen Homosexualität in Konflikt gerät. Auf Dtsch. sind u.a. ersch.: *Theorema oder Die nackten Füße* (1968); *Freibeuterschriften* (1978); *Gramsci's Asche* (1980)
- Peitsch, Helmut**, 1948; Visiting Lecturer an der Univ. Leeds. V: *Georg Forsters »Ansichten vom Niederrhein«* (1978); *Nachkriegsliteratur in Westdeutschland*, AS 83 und 116 (Mithrsg., 1982 und 1984). A: Engl.-dt. Literaturbe- ziehungen; Nachkriegsliteratur
- Petersen, Peter**, 1940; Dr.phil., Prof. f. Musikwiss. an der Univ. Hamburg. V: *Die Tonalität im Instrumental- schaffen von Béla Bartók* (1971); *Hamburger Jahrbuch für Musikwissenschaft* (Hrsg., 1974f.); *Alban Berg: Wozzeck* (1985). A: Musiktheater, Musik des 20. Jh. M: GEW
- Puntcher-Riekman, Sonja**, 1951; Dr.phil., Germanistin und Politologin, z.Zt. Referentin für Frauen-, Sozial- und Kulturpolitik im Klub der Grünen im österr. Parlament. V: Aufsätze zu Mozart und der Literatur des 18. Jh.; zum Film und zur Massenkultur; zur Wohnungspolitik; zur Verwaltung und dem Öffentlichen Dienst als Arbeitsmarkt
- Robling, Franz-Hubert**, 1946; Dr.phil.; Lehrbeauftragter für Allgemeine Rhetorik an der Univ. Tübingen. A: Poli- tische Rhetorik vom 18. bis zum 20. Jh.; Rhetorik der Massenkommunikation
- Schnewly, Bernard**, Dr.phil.; Ass. V: *Ygotsky aujourd'hui* (Hrsg., 1985). A: Sprachpsychologie, Sprachdidaktik
- Schütte, Ilse**, 1947; Dipl.-Psych.; wiss. Angestellte am SOFI Göttingen. V: *Technikgeschichte als Geschichte der Arbeit* (Hrsg., 1981); *Mädchen und Frauen. Beruf und Biografie* (Mithrsg., 1984). A: Frauenarbeit; berufliche So- zialisation; Arbeitssoziologie
- Steinlein, Rüdiger**, 1943; Dr.phil.; Hochschullehrer, Privatdozent. V: *Theaterkritische Rezeption des expressioni- stischen Dramas* (1974); *Die domestizierte Phantasie* (1987). A: Kinder- und Literaturgeschichte des 18.-20.Jh.
- Wärdenbach, Dieter**, 1959; Studium der Germanistik
- Wasielewski, Steglinde v.**, 1959; Dipl.-Pol., Wirtschaftsreferendarin. A: Verwaltungspolitik; Frauenpolitik
- Weberling, Anja**, 1965; Studium der Geschichte und Psychologie
- Wingenfeld, Klaus, M.A.**, Studium der Soziologie, wiss. Angestellter an der Univ. Münster. A: Ideologietheorie; Gewerkschaften; Neue Technologien
- Wölf, Frieder Otto**: siehe *Argument* 161
- Zander, Ingo**, 1956; Studium der Sozialwissenschaften. A: Rüstungsexportpolitik; Militärpolitik; politische Kultur. M: Friedensinitiative

# DÜSSELDORFER DEBATE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

# Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

## 3'87

H.Claas: Marx und Ford — Weißer Sozialismus in den 20er Jahren

Th.Neumann: Honi soit qui mal y pense (II)

G.Fuchs: Zu einigen Aspekten von WRL's Artikel »Optimierung der Arbeitszeit statt Verkürzung«

P.Furth: Zu einer Phänomenologie der Enttäuschungen (II)

B.Apel: Stillstand am Umkehrpunkt? Hans Platschek, Dada und die Unsterblichkeit

M.Beltz: Nach-bürgerliche Satire

B.Fichtner: Der unmittelbare Bezug auf Gesellschaft als Kurzschluß — Anmerkungen zur Diskussion um die »Neue Allgemeinbildung«

## 4'87

H.Kühn: Am Fallschirm — Sozialpolitische Umverteilung und private Produktion

A.Steil: Bourdieu

A.Hüfner: Das unglückliche Bewußtsein

M.Hubert: Postmoderne Zeiten? — 68. neue Technik, neue Stimmung

R.Ritter: Die Sprachmine

M.Ben: Basisliberalismus oder Die Unlust am Untergang — Wie Aids auch den politischen Verstand bedrängt

Zeitschriftenschau

4. Jg. 1987

## 4'87

Gläserner Mensch — Undurchsichtiger Staat. Das Netzwerk staatlicher Erfassung  
ISDN — ein neues Großprojekt der Post und seine Risiken

Trinkwasserversorgung — Weitermachen aussichtslos

Die neue Situation im Abrüstungspoker nach Gorbatschows Vorschlägen

Die Philippinen nach der Volksabstimmung. Ein analytischer Reisebericht

Die Indonesia-Connection: Die deutsch-indonesische Rüstungskooperation

Frauengleichstellungsstellen — Mehr Grenzen als Möglichkeiten?

Von der Nützlichkeit des Zweifels an der guten Sache. Ein 68er über die Erinnerungen zweier Altkommunisten

Literatur aus der DDR. Ein Besprechungse-ssay

Fergusons Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Nüchterne Überlegungen zu Beginn der Moderne

Chancen der Sowjetreform. Ein Gespräch mit dem jugoslawischen Philosophen Stojanovic

Bücherdienst: Nicaragua

Kommune-Thema: Durch die Maschen der Volkszählung

5. Jg. 1987

Erscheint monatlich (außer Juli/Aug.) — Herausgeber: Michael Ben, Peter Maiwald — Redaktion: Michael Ben, Thomas Neumann — Einzelheftpreis 15,- DM. Abo 12,- DM. + Versandkosten — Düsseldorf: Debatte, Karl-Anton-Straße 16, 4000 Düsseldorf 1

Redaktion: M.Ackermann, G.Heinemann, M.Ibrahim-Knoke, J.Schmierer. — Monatszeitschrift. — Einzelheft 6 DM. Jahresabo 66 DM. — Kommune, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt II. — Vertrieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach II 62, 6000 Frankfurt II

# L80

# rote blätter

## 41'87

J.Strasser: Den Enkeln in die Suppe gespuckt

### *Im Namen des Individuums*

J.Kraft: Aufklärung und Zeitgeist

S.Papcke: Pathos statt Ethos? Über den Utopieverlust der Linken und was dagegen hilft

R.Cantzen: Wider den Dampfmaschinensozialismus. Gustav Landauers Marxismuskritik

H.Wernicke: Der totgeschwiegene Aufklärer. Plädoyer für Ludwig Marcuse

A.Künzli: Kannitverstan. Über ein mißglücktes Gespräch zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie

W.Michal: Natur und Politik. Der südafrikanische Schriftsteller Breyten Breytenbach

### *Porträt*

L.Wieskerstrauch: Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz

### *Lyrik*

L.Semper: Bis über die letzte Weiche

A.Röhler: Diesmal kommt Kolumbus nicht zurück

### *Prosa*

W.W. Timmler: Das steinerne Herz

F.Kröhnke: U Fleku

H.Schmelmer: Feldbestellung. Ein-seitige Miniaturen

M.Dignal: Mit einem Mal

### *Analyse*

Manfred Henningsen: Die Linke und die USA. Teil I

12. Jg. 1987

Herausgeber: Heinrich Böll †, Günter Grass, Tomas Kosua, Carola Stern, Johano Strasser, Heinrich Vormweg. Redaktion: Johano Strasser, Franziska Sperr. — L'80 erscheint viermal jährlich, Einzelband 15 DM, Jahresabo 50 DM (zzgl. Versand). — L'80 Verlags-GmbH, Hansstraße 63a, 5000 Köln 90

## 4'87

### *Titel*

Volkszählungsboykott

### *Hochschule*

Pilotprojekt Bayern: Studiengebühren, Regelstudienzeit, Zwangsexmatrikulation und Geheimforschung

Erst Frankreich, dann Spanien: Aufbruch der Jugend

NRW-Hochschulpolitik: mit der Wende, gegen Nürnberg

Wissenschaftsläden: stiller Tod einer Perspektive?

Studentenparlamentswahlen: Ergebnisübersicht vom Wintersemester

### *BRD*

Das »Anti-AIDS-Programm« des Franz Josef Strauß

### *Internationales*

K.-P.Wolf: Tagebuch vom Moskauer Friedensforum

F.Iwer: Die Nulllösung und das Paket von Reykjavik

### *Kultur*

M.Schartow: Keineswegs Kosmetik — Dramatik und Theater in der Sowjetunion

Frieder Hitzer im Gespräch: Von der Oktoberrevolution zur Politik der Umgestaltung

Interview: Leo Kofler

*Beilage:* Referat der 5. Bundesvorstandstagung des MSB-Spartakus (14./15.3.)

17. Jg. 1987

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: Manfred Confurius (verantwortlich), Vera Kissel, Michael Rittmeier (Gesultung). — Erscheint monatlich (außer März und August). — Einzelheft 2,50 DM, Jahresabo 24 DM. — Redaktionsanschrift: rote blätter, Postfach 2006, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 22 20 54. — Verlag: Plambeck & Co, Xantener Str. 7, 4040 Neuß





# TEXT+KRITIK

## 34'87

J.Egert: Vom Versuch, Rosa Luxemburg ein zweites Mal zu ermorden

K.Rudolph: Neokonservative Tendenzwende in der Geschichtswissenschaft

D.Dehm: Zwei Philosophien zu schreiben. Entlarvender Journalismus — unsere Stärke?

J.Hindels: Rechtsruck in Österreich

*Nach der Wahl — rot-grüne Zukunft?*

Karnatz/Lienker/Wehr: Thesen zur Situation der SPD und zu den Aufgaben der Linken

E.Stratmann: Was heißt denn hier »links«? Eine organisierte Auseinandersetzung tut not

J.Reusch: Die Linke nach den Wahlen

R.Christ: Anmerkungen zum Bruch der rot-grünen Koalition in Hessen

K.Wand: Große Koalition oder rot-grün in Hamburg?

Besprechungen

10. Jg. 1987

## 93/94'87

*Klaus Mann*

Drei Texte aus dem Exil. Mit einer Einleitung von Martin Gregor-Dellin

M.Töteberg: Eine unglückliche Liebe zum Theater. Unbekanntes und Unveröffentlichtes im Werk Klaus Manns: Sechs Theaterstücke aus zwanzig Jahren

M.Grunewald: Klaus Mann und Frankreich  
A. von Bormann: Das Werk als Auftrag. Formsemantische Hinweise zu Klaus Manns Romanen

L.Winckler: Artist und Aktivist. Zum Künstlerthema in den Exilromanen Klaus Manns

U.Naumann: Der Pazifist als Soldat. Klaus Mann im Zweiten Weltkrieg

A.-M.Lohmeier: Es ist also doch ein sehr privates Buch. Über Klaus Manns »Mephisto«, Gustaf Gründgens und die Nachgeborenen

U.Naumann: Vita Klaus Mann

M.Grunewald: Auswahlbibliographie

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Katrin Fuchs, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Ursula Pausch-Gruber, Olaf Scholz, Klaus Thüsing, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann. — Redaktion: J.Blume, J.Günther, F.Heidenreich, M.Karnatz, A.Wehr, H.-W. Weizen, A. Westphal. — spw erscheint 1987 in 5 Heften mit einem Jahresumfang von 480 Seiten. — Einzelheft: 9,50 DM, Jahresabo 7,- DM zzgl. Versand. Bestellungen: spw-Vertrieb, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65

Herausgeber: Heinz Ludwig Arnold, Redaktionelle Mitarbeiter: Ingrid Laurien, Otto Lorenz und Angelika Machinel. — Erscheint jährlich in vier Heften. — Abopreis 38 DM (zzgl. Versand). — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

**Erziehungswissenschaft**


<i>Jäger, Margret, u.a.</i> : »Da wird der Geist Euch wohl dressiert ...« kontrolliert und abserviert. Computer in Schule und Betrieb ( <i>W.Kühnert</i> ) . . . . .	301
<i>Faulstich, Peter (Hrsg.)</i> : Informationstechnologie — eine Bildungsfrage für alle ( <i>H.Krause</i> ) . . . . .	303
<i>Neuwirth, Erich, Helmut Schauer und Michael J. Tauber (Hrsg.)</i> : Kinder, Computer und Bildung ( <i>W.Kunstmann</i> ) . . . . .	304
<i>Rolff, Hans-Günter, und Peter Zimmermann (Hrsg.)</i> : Neue Medien und Lernen ( <i>W.Kunstmann</i> ) . . . . .	305
<i>Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.)</i> : Technikunterricht in Frankreich und Großbritannien ( <i>I.Schütte</i> ) . . . . .	306
<i>Dulisch, Frank</i> : Lernen als Form menschlichen Handelns ( <i>B.Schneuwly</i> ) . .	307

**Geschichte**

<i>Braudel, Fernand</i> : Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts: Der Alltag ( <i>W.Kindermann</i> ) . . . . .	308
<i>Dülmen, Richard van</i> : Theater des Schreckens. Gerichtspraxis und Strafrituale in der frühen Neuzeit ( <i>P.Jehle</i> ) . . . . .	311
<i>Koenen, Gerd</i> : Der unerklärte Frieden. Deutschland, Polen und Rußland. Eine Geschichte ( <i>H.Ammon</i> ) . . . . .	312

**Soziale Bewegungen und Politik**

<i>Richardson, Elke, A., und Regina Michalik (Hrsg.)</i> : Die quotierte Hälfte. Frauenpolitik in den grün-alternativen Parteien ( <i>S.v.Wasielewski</i> ) . . . . .	315
<i>Martiny, Anke</i> : Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Frauen und der Mut zur Macht ( <i>K.Hauser</i> ) . . . . .	316
<i>Haibach, Marita, u.a. (Hrsg.)</i> : Frauen sind nicht zweite Klasse. Frauenpolitik für Gleichstellung ( <i>A.Brandau</i> ) . . . . .	318
<i>Drescher, Anne, Josef Esser und Wolfgang Fach</i> : Die politische Ökonomie der Liebe. Ein Essay ( <i>K.Hauser</i> ) . . . . .	320



**zuhören    mitreden    streiten    hinschauen lernen  
 selber gestalten  
 feiern**

- Ökonomische Krise – technologische Umwälzung – Umweltkatastrophen – und wie weiter? Die Entscheidungen stehen an: Perspektiven eines rot-grünen Bündnisses
- „Popular Planning“ – Wirtschaftspolitik von unten: Berichte aus London – Projekte in Berlin
- Des Kanzlers „Gnade der späten Geburt“: Zur Entsorgung der deutschen Geschichte
- Demokratischer Umbau in der Sowjetunion – Ende eines linken Alptraums? Außenpolitik in der Ära Gorbatschow
- Wie mit Kultur Politik gemacht wird und was sie sonst noch kann ...
- Postmoderne Tendenzen in der Jugendkultur
- Neue Beziehungen durch neue Technik: im Betrieb, zu Hause, in der Schule
- AIDS – Ursachen und politische Dynamik einer Seuche.
- Naturheilkunde in einer unheilen Umwelt.

**Abends:**

- Erstes und einziges Türkisches Kabarett Deutschlands: „Knobi-Bonbon“
- Bandoneon-Konzert mit dem Klaus Gutjahr Trio
- „Phönix voran“. Neues vom Jazzpoeten. Peter Rühmkorf, M. Naura (p), W. Schlüter (vb)

**Den Zusammenhang begreifen und erleben – auf der 8. Berliner Volksuni**

Weitere Informationen: Volksuni e.V., Dominicusstraße 3, 1000 Berlin 62, Telefon 030 / 784 44 40

## Summaries

### Hinrich Oetjen: The End of a Social-Political option?

The crisis of »Gemeinwirtschaft« is one in which the credibility of the unions is at stake. The traditional demands for »glass pockets«, for visibility, for the solution of problems through economic growth and »Gemeinwirtschaft« as a non-profit economic model have been shaken. Attempts at new strategies have been rudimentary at best.

### Theodor Bergmann: Cooperatives and Non-Capitalist Economy — Agents of Social Change?

Marxism always had a positive approach to the cooperative movement. It was perceived as an instrument of worker's self-education and strengthened self-consciousness, not as an agent transforming society. With the development of »high capitalism« (Spätkapitalismus) the manoeuvring room of cooperative and other non-capitalist forms of enterprise has been narrowed, while reformist illusions in this field have grown with the temporary success of the »Bank für Gemeinwirtschaft« and the housing association »Neue Heimat«. Their failure only confirms that capitalist society sets the rules of the economic game.

### Stefan Krätke: »Gemeinwirtschaft«: Entering instead of Withdrawing

The unions don't need to »withdraw from the 'Gemeinwirtschaft'« because they never really participated in it: From the beginning, their social economic enterprises conformed to capitalism and limited themselves to the supply of socially important goods offered by private enterprise. The »Neue Heimat« was destroyed by an expansive, profit-oriented union policy. A reform socialist perspective for the future would demand withdrawal from social economic structures which conform to capitalism, and participation in non-capitalistic forms of social economy.

### Klaus Novy: End or Beginning of the Social Economy?

Does the end of the »Neue Heimat«, probably the world's largest non-governmental, non-profit housing association, mean the end of reformist concepts of »Gemeinwirtschaft«? Is the »Neue Heimat« a unique case or has the general concept of Gemeinwirtschaft been discredited? There exist concepts which try and renew the ideas of municipal socialism in housing (similar to British Council Housing); these, however, are unhistorical in the way they deal with the problems of modern socialist forms and policies. The author tries to develop an alternative by formulating five essential rules, lessons learned from the crisis of the »Neue Heimat«.

### Kurt Bayer/Peter Kreisky: The Austrian »Gemeinwirtschaft« after the VOEST-Alpine Debacle

The crisis of »Gemeinwirtschaft« in Austria is a crisis of state-owned and controlled industry and the cooperatives. It shows unmistakably the limits of right-wing Social Democratic policy of the SPÖ which has dominated since 1945. It would belittle this debacle to view it in terms of the general world economic crisis. The danger of an »Austrian Thatcherism« can only be effectively countered if activities from below can be mobilized, by abandoning hierarchic organisation forms, and seriously supporting the development of ecologically-oriented, useful production. Lessons could be learned from Norway and Sweden.

### Michael Krätke: On the Trade Unions Helpless Anti-Capitalism

The author discusses the scandal surrounding the »Neue Heimat« in terms of its effects on the »moral economy« of the West German working class. Because anti-capitalist sentiments of the West German working class lack any normative orientation toward a »socialist alternative«, the author re-examines notions of »Gemeinnützigkeit« and »Gemeinwirtschaft«. He argues that efforts to build up any sort of »Gemeinwirtschaft« by the unions or other working class organisations will only be feasible and worthwhile once trust in »Keynesian« policies has faded.

### Frieder Otto Wolf: Illusory Fordism

The author discusses the bankruptcy of the union-owned housing association »Neue Heimat« as an example of the way in which West German trade unions have become integrated in a subalternate way into a Fordist mode of regulation — and the ways in which this process could take up and »recycle« elements from the earlier Fascist project of »mobilisation«. In order to do this, emphasis is laid upon the role of »low-income apartment construction« and »communitarian town planning« within the overall Fordist strategy of producing and marketing housing as an ideological commodity, thus offering the necessary social space for other such commodities characteristic of Fordism.

### Carl-Henrik Hermansson: Union Members and Peter Weiss

The former chairman of the Left-Communist Party (VPK) in Sweden, Carl-Henrik Hermansson, reports on his experiences as head of a study group composed of union members on *Ästhetik des Widerstands*. The study group was organised by the Printer's Union in Stockholm, which has always been supportive of cultural activities. Why did union officials and other active union members spend more than two years reading Peter Weiss' novel? Hermansson's reply: »As far as I understand, they all felt that the common experience of reading *Ästhetik des Widerstands* increased their ability to struggle.«

## Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Augsburg »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel. 0821/5791 73  
Berlin 12 Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel. 030/313 40 17  
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel. 030/3135056  
Berlin 19 Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel. 030/341 7432  
Berlin 33 das europäische buch, Thielallee 32; Tel. 030/8324051  
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel. 030/831 5089  
Berlin 41 Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel. 030/851 1509  
Berlin 62 Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel. 030/78 4001  
Bremen 1 Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel. 0421/720 73  
Duisburg AGORA-Buchhandlung GmbH, Wallstr. 46; Tel. 0203/25 507  
Essen Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel. 0201/23 1923  
Frankfurt Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel. 0611/77 50 82  
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräfeinstr. 77; Tel. 0611/77 7303  
Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934  
Fulda ARGUMENTE, Durchschnitt 21; Tel. 040/45 3680  
Hamburg Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel. 040/44 97 78  
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel. 040/45 3801  
Hannover Internationalismus Buchladen, Engelbosteler Damm 10; Tel. 0511/17 173  
Kassel Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel. 0561/15642  
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel. 0561/77 704  
Köln 41 Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel. 0221/4202 14  
Krefeld Der andere Buchladen, Dionysiusstr. 7; Tel. 02151/66 842  
Marburg Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel. 06421/24 787  
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63 662  
München 40 BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel. 089/28095 22  
Münster Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel. 0251/51 414  
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel. 0251/44 926  
Oldenburg Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Achternstr. 15/16; Tel. 0441/13949  
Stuttwert Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel. 02304/80033  
Schweig Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 9; Tel. 0711/22 32 87  
Bern, Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel. 031/22 82 18  
Zürich, Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft,  
Froschaugasse 7; Tel. 01/25 12674  
Österreich Wien 1, Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel. 0222/433221  
Wien 10, Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel. 0222/42 1234

## Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

- Berlin 12 Lilith Frauenbuchladen, Knesebeckstr. 86-87; Tel. 030/312 31 02  
Berlin 62 Frauenbuchladen Labrys, Hohenstaufenstr. 64; Tel. 030/215 25 00  
Bielefeld bambule e.V., August-Bebel-Str. 154, Tel. 0521/6 84 61  
Bonn Nora-Frauenbuchladen, Wolfstr. 30; Tel. 0228/65 47 67  
Dortmund frauenbuchladen zimpzicke, Adlerstr. 45; Tel. 0521/6 84 61  
Bremen Frauenbuchladen Hagazussa, Friesenstr. 12; Tel. 0421/7 41 40  
Düsseldorf Frauen-Bücher-Zimmer, Duisburger Str. 50, Tel. 0211/46 44 05  
Frankfurt 90 frauenbuchladen gmbh, Kiesstr. 27, Tel. 069/70 52 95  
Göttingen Frauenbuchladen Laura, Burgstr. 3  
Hamburg 20 Frauenbuchladen »Von heute an«, Bismarckstr. 98; Tel. 040/420 47 48  
Hannover Annabee Frauenbuchladen, Hartwigstr. 7; Tel. 0511/32 40 24  
Heidelberg Frauenbuchladen GmbH, Theaterstr. 16; Tel. 06221/2 22 01  
Karlsruhe LUZIA frauen-buchladen, Viktoriastr. 9; Tel. 0721/2 54 46  
Kassel Aradia Frauenbuchladen, Reginastr. 14; Tel. 0561/1 72 10  
Mannheim Frauenbuchladen Xanthippe, T 3, 4; Tel. 0621/2 16 63  
München 40 Lillemor's Frauenbuchladen, Arcisstr. 57; Tel. 089/272 12 05  
Osnabrück mother jones frauenbücher café, jahnstr. 17; tel. 0541/4 37 00  
Tübingen Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2; Tel. 07071/2 65 90  
Schweig Bern, Frauenbuchladen, Münstergasse 41; Tel. 031/21 12 85  
Zürich, Frauenbuchladen, Stockerstr. 37; Tel. 01/202 62 74  
Österreich Wien, Frauenzimmer, Langegasse 11; Tel. 0222/43 86 78